

Georg Wagner-Kyora

Lokale »Wiederaufbau«-Politik im säkularen Konflikt

Die Zerstörung des Braunschweiger Residenzschlosses 1944/1960
und sein Neubau 2005I. ZUR ERFAHRUNGSGESCHICHTE DES »WIEDERAUFBAUS« ZWISCHEN NACHKRIEGS-
MODERNE UND POSTMODERNE

Die Erfahrung der hundertfachen säkularen Katastrophen der Zerstörung und des Neuaufbaus europäischer Städte infolge des Zweiten Weltkrieges harrt noch immer einer synthetisierenden Aufarbeitung in transnationaler Perspektive. Weit entfernt von einer vergleichenden und integrativen *histoire croisée* in einem sehr naheliegenden Untersuchungsfeld wird noch immer der Umweg über die nationalgeschichtliche Codierung der Stadtgeschichte gewählt, um zentrale Erfahrungen von Stadt-Baupolitik zu erklären, obwohl sich ihr Neuaufbau in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts über Jahrzehnte erstreckte und sich keineswegs auf eine gemeinsame staatliche Aufbau-Strategie reduzieren lässt, und das gilt selbst für die vorgeblich staatssozialistischen Staaten des Ostblocks.¹ In der Forschung hat sich bislang nur in wenigen Einzelfällen die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Neuaufbau von Städten als »Katastrophenbewältigung« ein wiederkehrender Prozess in der Auseinandersetzung von Stadtbürgern mit ihrer gebauten Umwelt ist, der intensive Prozesse der Selbstverständigung über gemeinsame Identitätskonstruktionen initiierte und oft eine Neuausrichtung kommunaler Politikmuster begünstigte.² Und dass »Wiederaufbau« in Deutschland ein Janusgesicht von »Aufbruch und Verdrängung« zeigt, ist ebenfalls eine Erkenntnis, die sich erst jüngst in einem breiten architekturhistorischen Aufriss für das Land Bayern durchgesetzt hat.³ »Wiederaufbau« als ein Epochenbegriff für die späten 1940er und die langen 1950er Jahre bis zum Mauerbau hat dementsprechend als eine zeitgenössische Wortschöpfung die Historiografie der Bundesrepublik Deutschland lange unhinterfragt geprägt.⁴ Sprach man in der DDR in prononciert ideologischer Ab-

1 Eine berühmte Ausnahme ist der Wiederaufbau Warschaws als ein nationales Prestigeobjekt. In der international orientierten Selbstdarstellung handelte es sich dezidiert um ein Projekt mit traditionsstiftendem und geschichtspolitischen Anspruch vor dem Hintergrund der gewollten Zerstörung durch die deutsche Wehrmacht und um die Überformung Polens durch den Kommunismus Stalinscher Prägung. Vgl. *Boleslaw Bierut*, Der Sechsjahrplan des Wiederaufbaus von Warschau, Warschau 1951, S. 24–69, 120–133. Aus ideologischen Gründen nahm darin der »Wiederaufbau historischer Gebäude« allerdings einen weitaus marginaleren Platz ein als in der zeitgleich initiierten baulichen Umsetzung, welche die Total-Rekonstruktion der Altstadt bewirkte. Vgl. ebd., S. 23, 102, 226–228. Für zahlreiche substanzielle Hinweise danke ich Peter Albrecht, Braunschweig.

2 Vgl. *Andreas Ranft/Stephan Selzer* (Hg.), Städte aus Trümmern. Katastrophenbewältigung zwischen Antike und Moderne, Göttingen 2004.

3 *Winfried Nerdinger/Inez Florschütz*, Architektur der Wunderkinder. Aufbruch und Verdrängung in Bayern 1945–1960, Salzburg etc. 2005, S. 246–335. Vgl. insbesondere *Sabine Klotz*, »Ich selbst hatte mich nie mit parteipolitischen Tendenzen befasst.« Fallstudien zu Entnazifizierung und Spruchkammerverfahren von Architekten in Bayern, in: ebd., S. 32–43, sowie *Inez Florschütz*, Swinging Fifties – Ein neues Lebensgefühl?, in: ebd., S. 68–73.

4 Vgl. *Klaus von Beyme*, Der Wiederaufbau, München 1987, zum Städtebau vgl. *Werner Durth/Niels Gutschow*, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, 2 Bde., Braunschweig etc. 1988. Erstmals in ideologiekritischer Ab-

sicht von einem Neuaufbau, um den säkularen Bruch zu betonen⁵, sollte in der Bundesrepublik das Wieder-Anknüpfen an vorgeblich gute Traditionsstränge der Nationalgeschichte in den Vordergrund gerückt werden.⁶ Dass hinter diesen aufgeteilten Identitätssträngen gemeinsame biografische Kontinuitätslinien von Akteurseliten wurzeln, ist bereits in den Mittelpunkt architekturhistoriografischer Analysen gerückt worden.⁷ Aber eine systematische Politikfeldanalyse der Entscheidungsträger des »Wiederaufbaus« aus Politik und Verwaltung auf der kommunalen Ebene, die im Rahmen unterschiedlich konturierter städtischer Öffentlichkeiten agierten, ist bislang ausgeblieben. Zu groß sind noch immer die Hemmnisse vor einer Ausweitung der Politik-, Kultur- und Alltagsgeschichte auf das Untersuchungsfeld Stadt und dessen Kultur des Politischen.⁸ Eine Analyse der bundesdeutschen Bau-Politik, die zwischen dem Abriss und dem Neubau kriegszerstörter Baudenkmale changierte, bleibt ohne diesen Fokus jedoch letztlich unausgefüllt, weil die entsprechenden Entscheidungen nicht auf Bundes- oder Landesebene getroffen wurden.

»Wiederaufbau« bezeichnete ausschließlich die materielle Rekonstruktion eines zerstörten und geteilten Landes. Als Gesamtnarration einer neuen (Teil-)Staatlichkeit und einer darin zu festigenden post-nationalsozialistischen Bürgerschaftlichkeit integrierte sie den Sozialstaat genauso wie das Wirtschaftswunder sowie alle anderen politischen und kulturellen Innovationen und Traditionen, sofern sie eine orientierungsstiftende Leitfunktion in den 1950er Jahren erhielten, aber nicht die Rekonstruktion von Baudenkmalen, die als eine genuin kommunale Aufgabe pointiert daraus ausgeklammert wurde.⁹ Schnell mit Heldengestalten personalisiert¹⁰, wurde die materielle Rekonstruktion als primäres Sig-

sicht, auf Denkmalpflege und Erinnerungskultur sowie auf die Variabilität der Begrifflichkeit ausgerichtet *Rudy Koshar, Germany's Transient Pasts. Preservation and National Memory in the Twentieth Century*, Chapel Hill/London 1998 sowie *ders., From Monuments to Traces. Artifacts of German Memory, 1870–1990*, Berkeley etc. 2000. Für die Phase postmoderner Erinnerungskulturen in den Städten vgl. *M. Christine Boyer, The City of Collective Memory. Its Historical Imagery and Architectural Entertainments*, Cambridge/Mass. etc. 1994.

- 5 Vgl. *Werner Durth/Jörn Düwel/Niels Gutschow, Ostkreuz. Personen, Pläne, Perspektiven. Architektur und Städtebau der DDR, Bd. 1, Frankfurt/Main etc. 1999², dies., Aufbau. Städte, Themen, Dokumente. Architektur und Städtebau der DDR, Bd. 2, Frankfurt/Main etc. 1999², S. 99–135.*
- 6 Vgl. *Winfried Nerdinger, Aufbrüche und Kontinuitäten – Positionen der Nachkriegsarchitektur in der Bundesrepublik*, in: *ders./Florschütz, Wunderkinder*, S. 8–23.
- 7 Vgl. *Werner Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970*, Braunschweig etc. 1988³.
- 8 Mit ihrem integrativen Ansatz einer neueren Politikgeschichte der Städte und als eine erste Synthese in vergleichender Perspektive bahnbrechend *Adelheid von Saldern* (Hrsg.), *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten. Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung Bd. 1*, Stuttgart 2003, *dies.* (Hrsg.), *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935–1975)*, Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung Bd. 2, Stuttgart 2005.
- 9 Vgl. *Deutschland im Wiederaufbau 1953. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1953*, hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1954, sowie *Deutschland im Wiederaufbau 1954 und Deutschland im Wiederaufbau 1955*. Diese Begriffs-Verengung erstreckte sich auch auf die Wahrnehmung der Länder. Vgl. etwa den Titel einer zeitgenössischen wirtschaftshistorischen Publikation des Landes Bremen, welche den Begriff ausschließlich zur Beschreibung der ökonomischen Entwicklung verwendete: *Bremen im Wiederaufbau 1945–1957*, hrsg. v. Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung, bearb. von *Gerhard Deissmann*, Bremen 1958.
- 10 Hierzu zählen im nationalen Kontext der Bundesrepublik in erster Linie Ludwig Erhard und Konrad Adenauer, aber auch die zahlreichen Akteure des »Wiederaufbaus« auf Landes- und kommunaler Ebene und schließlich die Architekten, die immer wieder in den entsprechenden »Wiederaufbau«-Publikationen mit Bilanz-Charakter in typischen Schwarz/weiß-Fotografien repräsentativ hervorgehoben wurden. Vgl. Anm. 9 und öfter in einer uferlosen öffentlichkeitsorientierten und oftmals gezielt propagandistischen »Wiederaufbau«-Literatur.

num einer Epoche des Wiederaufstiegs legitimiert, gewissermaßen als das perpetuierte Phönixgefühl einer besiegten Teilnation, die scheinbar nichts so sehr mied wie die Auseinandersetzung mit den Schattenseiten des Zweiten Weltkrieges und den Erfahrungswelten der »Volksgemeinschaft« in der nationalsozialistischen Zustimmungsdiktatur.¹¹ »Wiederaufbau« konnte demzufolge zur zentralen Herrschaftslegitimation der jungen Bundesrepublik Deutschland werden. Denn der westdeutsche Teilstaat konnte mit diesem übergreifenden Sinndeutungsangebot in einem ausgeweiteten öffentlichen Raum Integrationsangebote machen, welche zunehmende Teilhabe und Mitsprache im Sinne der Herrschaftseliten kanalisiert und gleichzeitig den politischen Konsens mit ihnen absicherten.

In den kriegszerstörten Städten der Bundesrepublik mussten die Trümmerbeseitigung und der Neubau als Langzeit-Perspektive der kommunalen Eliten organisiert und geplant werden. »Wiederaufbau« wurde mit der materiellen Rekonstruktion des Stadtraumes gleichgesetzt. Er beinhaltete tatsächlich den Neuaufbau zerstörter Stadtquartiere und ihrer baulichen und sozialen Infrastrukturen in Groß- und Mittelstädten. Aufgrund lang anhaltender drückender materieller Notlagen verlief dieser jahrzehntelange Prozess ganz überwiegend in den Bahnen eines breiten Konsenses bürgerschaftlicher Zustimmung und Teilhabe, der das bautechnisch und finanziell gerade noch Machbare als gemeinsames Ziel lokaler Bürgerschaften definieren konnte. Vielfach wurden die Neuplanungen von Straßen, Geschäfts- und Wohnvierteln allerdings durch entschiedenen Widerstand gehemmt und dieser richtete sich überwiegend auf Streitfälle des Ruinenerhalts. Ruinen von Baudenkmalen mobilisierten Sentiments und Identitätskonstruktionen in einer Zeit des Verlustes.

Kümmertlich wirkende Mauerreste von früher einmal stadtbildprägenden Baudenkmalen erforderten politische Richtungsentscheidungen über ihre Zukunft als potenzielle Gebäuderekonstruktion. Blieben diese aus, wurde schnell abgerissen, um schnell neu bauen zu können. In zahlreichen Fällen entspannen sich allerdings jahre- oder sogar jahrzehntelange Konflikte um den »Wiederaufbau« zerstörter Baudenkmalen. Die Braunschweiger Kontroversen um Abriss und »Wiederaufbau« des Residenzschlosses können aus mehreren Gründen als eines der prominentesten Politikfelder im »Wiederaufbau« identifiziert werden. Ihre phasenspezifisch überaus gesteigerte Intensität und ihre wiederholte Neucodierung über einen Zeitraum von annähernd sechzig Jahren versprechen zudem vielfältige Aufschlüsse über die Langzeitperspektive des bundesdeutschen »Wiederaufbaus« und seines narrativen Selbstverständnisses in der lokalen Öffentlichkeit.

In der zeitgenössischen Erfahrungsperspektive eines »Wiederaufbaus« der Dresdner Frauenkirche zwischen 1993 und 2005 kann dieser Begriff nicht mehr auf die frühen Nachkriegsjahrzehnte eingegrenzt werden. Das vereinte Deutschland hat damit sein Symbol für eine lange Epoche produktiver Auseinandersetzungen um die Zukunft zerstörter Baudenkmalen gefunden und gleichzeitig eine Reihe weiterer »Wiederaufbauten« in Dresden und in anderen deutschen Städten identifiziert, deren Debattenkultur weit in das 21. Jahrhundert hineinragen wird.¹² Eine umfassende postmoderne Renaissance von »Wie-

11 Als Leistungsschau des Baugeschehens aus der bundesstaatlichen Perspektive mit einem dementsprechend zugespitzten Geleitwort des Bundespräsidenten Heuss, das ohne eine Historisierung oder auch nur ansatzweise Problematisierung der NS-Vergangenheit auskommt, vgl. *Planen und Bauen im neuen Deutschland*, hrsg. v. Bund Deutscher Architekten/Deutschen Architekten- und Ingenieurverband/Bund Deutscher Garten- und Landschaftsarchitekten, bearb. von *Alois Gießer/Franz Sales Meyer/Joachim Beinlich*, Köln etc. 1960. »Wiederaufbau« wurde darin in charakteristischer Weise mit Städtebau gleichgesetzt. Vgl. ebd., S. 110–155.

12 Als die zentralen Orte des »Wiederaufbaus« in den 2010er Jahren sind bereits jetzt das Berliner Schloss, die Neubebauung des Frankfurter Römerbergs und das Potsdamer Residenzschloss zu identifizieren, wobei die Debatten über die Zukunft der beiden kriegszerstörten und 1950 und 1960 abgerissenen preußischen Residenzschlösser in Berlin und Potsdam ebenfalls auf einen langen Vorlauf in den 1990er Jahren zurückblicken können. Vgl. *Ulrike Kolb*, Familienstreit. Die Frankfurter Fachwerkdebatte ruft die unterschiedlichsten Stimmen auf den Plan, in: Frank-

deraufbau« ist damit zur kontinuierlichen Alltagspraxis im bundesdeutschen Städtebau geworden. In ihrem Umfeld ist der Neubau eines Innenstadteinkaufszentrums auf dem Grundstück des ehemaligen Braunschweiger Residenzschlosses anzusiedeln, dessen Fassadenrekonstruktion am Bohlweg die Brücke zwischen sehr unterschiedlichen Architekturstilen schlagen soll, um ein gänzlich neues, postmodernes Konzept von »Wiederaufbau« zu verwirklichen. Dennoch können die 1950er Jahre als eine »Sattelzeit« für die wichtigsten Weichenstellungen in der architektonischen und städtebaulichen Rekonstruktion der Innenstadtquartiere identifiziert werden, welche das Erscheinungsbild kriegszerstörter Städte in Europa dauerhaft zu prägen begannen.

Im Folgenden sollen diese beiden Phasen anhand der Braunschweiger Schlossdebatte jeweils hinsichtlich ihrer politischen Weichenstellungen und der damit eng verknüpften narrativen und sinndeutenden Dimensionen eingehend analysiert werden. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der ersten Phase bis 1960, an deren Ende der Abriss des Braunschweiger Schlosses als eines von Teilen der Braunschweiger Öffentlichkeit nicht gewollten Baudenkmals stand. Ihr folgte nach einer langen Interimsphase von etwa vierzig Jahren eine Wiederauflage der »Wiederaufbau«-Diskussion. Vermittels einer avancierten Fassadenrekonstruktion, welche den äußeren Gesamteindruck einer dreiflügeligen Schlossanlage wiederherstellen soll, soll zumindest der visuelle Eindruck des verlorenen Gebäudes seine verloren gegangene Originalität und Authentizität ersetzen. Die Protagonisten dieser neu-alten Bohlweg-Front, allen voran der Braunschweiger Oberbürgermeister Hoffmann, zielen absichtlich auf die Aura des Originalen als öffentlich kommunizierbares Element der Wiedererkennung eines tatsächlich schon lange verschwundenen Bauwerkes. Sie soll durch den Einbau von noch vorhandenen, vor Jahrzehnten vergrabenen originalen Baufragmenten¹³ hergestellt werden können. Denn diese Säulenkapitelle und Figuren stellen, so argumentieren die »Wiederaufbau«-Befürworter, »[...] die direkte Verbindung zum abgerissenen Schloss her und verleihen dem neuen Bau Authentizität.«¹⁴

Postmoderne Authentizität ist spätestens seit den späten 1970er Jahren zum Bestandteil einer postmodernen »Wiederaufbau«-Architektur geworden. Hierbei war von Anfang an zweitrangig, auf welchen Wegen und in welcher Weise diese Authentizität hergestellt werden sollte, denn es dominierte ein unscharfer Gesamteindruck, eine bloße Vorstellung von dem Authentischen und der Geschichte.¹⁵ In dieser Umbewertung von Originalität zugunsten einer absichtsvoll hervorgerufenen Authentizität als einer nicht-essentiellen, konsumierbaren Erfahrungsschicht liegt gleichzeitig der zentrale Umschlagpunkt, welcher die erste, die »moderne« »Wiederaufbau«-Phase der 1950er Jahre mit ihrem schwächeren

furter Rundschau v. 14.3.2006, S. 16. Für Berlin wurde inzwischen eine private Spendenaktion zugunsten eines sponsoring von Architekturfragmenten der Schlüter'schen Schlossfassade initiiert, die sowohl mit kunst- und nationalgeschichtlichen als auch mit stadträumlichen Argumenten beworben wird. *Förderverein Berliner Schloss e. V.* (Hrsg.), Kein Zweifel mehr an der Realisierung. Durchbruch für das Schloss als Humboldt-Forum. Abbruch des Palastes der Republik in vollem Gange, in: Berliner Extrablatt (Gratis-Zeitung) Nr. 2/2006, Berlin. Diese Werbe-Zeitung rückt Computer-Visualisierungen der prospektiven Gesamt-Ansichten und von Architektur-Fragmenten in den Mittelpunkt und verwischt damit die Grenze zwischen den medial hervorgerufenen Realitätsebenen, um ein postmodernes Gefühl von Architekturgeschichte zu wecken.

13 Eine Fotografie der entsprechenden Bauzeichnung mit der Planung der wiederverwendeten Fragmente ist abgedruckt in: *Ernst-Johann Zauner*, Schlossfassade steht schon im August. Derzeit werden die Originalteile im sächsischen Pirna restauriert – Arbeiten sind voll im Plan, in: *Braunschweiger Zeitung* (Abk.: BZ) v. 5.1.2006, S. 20.

14 Direkte Verbindung zum abgerissenen Schloss. Restaurierte historische Bauteile werden in Schlossfassade eingefügt, in: *Neue Braunschweiger* (Anzeigenblatt mit Redaktionsteil) v. 5.1.2006, S. 8.

15 Vgl. *Boyer*, *Collective Memory*, S. 5 f.

Nachhall in den 1960 Jahren von der zweiten »Wiederaufbau«-Epoche, ihrer postmodernen Nachfolgerin, trennt, die seit den 1970er Jahren dominierte und bis heute anhält.¹⁶

Ähnlichkeiten in der öffentlichkeitswirksam inszenierten Antizipation eines »wiederaufgebauten« Originals lassen sich gegenwärtig in der populären Perzeption des Neubaus der Dresdner Frauenkirche beobachten. Dort wurden zahlreiche, an ihrem ehemals ruinösen Standort noch vorhandene und leidlich »original« erhaltene Quadersteine in dezidiert programmatischer Absicht in die Fassade eingebaut.¹⁷ Architektur- und geschichtspolitisches Ziel gleichermaßen war es, damit die erwünschte Authentizität eines historischen Baudenkmals zu gerieren. Für die Wahrnehmung des Baudenkmals Dresdner Frauenkirche wurde ein genuin ahistorisches Erlebnis billigend in Kauf genommen, nämlich dass durch die neue Authentizität einer vorgespiegelten Originalität auch der zeitliche Abstand des »Wiederaufbaus« zum Zeitpunkt der Zerstörung seines Vorgängerbaus übersprungen wurde. Mit diesem Kunstgriff konnte die dazwischen liegende Zeit der DDR-Geschichte *sui generis* »geheilt« werden, einfach indem sie als Erfahrungsperspektive ausgelöscht wurde. An ihre Stelle trat die Narration eines erfolgreichen »Wiederaufbaus« nach der Zerstörung und damit die Erfahrung einer relativen Zeitverknappung von Jahrzehnten im Brennspeigel der Baugeschichte eines »Wiederaufbaus«, die annähernd fünfzehn Jahre in einem Zeitabstand von sechzig Jahren zwischen dem Zeitpunkt der Zerstörung und der Einweihung des Neubaus 2005 einnahm.¹⁸

Auch in Braunschweig sollen die aus verschiedenen Sammellagern zusammengetragenen alten Fassadensteine mit ihrem authentischen Wiedererkennungswert Authentizität visualisieren, um Originalität und damit ein typisch postmodernes Architekturgefühl zu evozieren. Obwohl dezidiert eine vollständige Funktionsveränderung des vorgeblichen Schlosswiederaufbaus als kommerzielle »Schloss-Arkaden« angestrebt ist, sollen Gebäudenutzer eine dementsprechende, ansatzweise historisierte Aura antizipieren und als Identitätsstiftende Sinndeutung von »Wiederaufbau« codieren können. Eine solche Identitätskonstruktion soll die öffentliche Akzeptanz eines umstrittenen Bauvorhabens wie diesem erleichtern, wenn nicht sogar überhaupt erst ermöglichen. Dabei wird jedoch in der öffentlichen Debatte weitgehend ausgeblendet, dass sich gleichzeitig ein Akt kollektiver Geschichtsschreibung im öffentlichen Stadtraum vollzieht, über dessen narrative und geschichtskulturelle Dimensionen bislang noch wenig bekannt ist. In der Verbindung einer stadträumlichen Analyse des »Wiederaufbaus« Braunschweiger Schloss mit seinen geschichtskulturellen und -politischen Bezügen liegt die spezifisch hermeneutische, kulturgeschichtliche Erkenntnisabsicht. Sie ist auf die Verbindung von Politik und ihrer Sinndeutung durch Geschichte ausgerichtet.

16 Trotz stark variierender Konzeptionen im internationalen Vergleich der nördlichen Hemisphäre dominiert überall die Phasierung in eine vor-postmoderne (= moderne) und eine postmoderne Etappe des Denkmalschutzes, die in Deutschland fälschlicherweise globalisiert als »Wiederaufbau« wahrgenommen wurden. Zur englischen und US-amerikanischen Denkmalschutz-Tradition des 20. Jahrhunderts vgl. *Diane Barthel*, *Historic Preservation. Collective Memory and Historical Identity*, New Brunswick 1996, S. 1–10; zur fortschreitenden Medialisierung und der damit verknüpften Öffnung zur »consuming history«, die dennoch an konkrete historische Orte angelehnt bleibt, ebd., S. 117–133; zur Authentizität des historischen Objekts, welche mit »Erinnerungsmarkern« (*Saldern*) omnipräsent gemacht wird, ebd., S. 133–138, sowie *Adelheid von Saldern*, »Sinfonie der Festagsstimmung«. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935–1975), in: *dies.* (Hrsg.), *Inszenierter Stolz*, Stuttgart 2005, S. 409–459, hier: S. 431.

17 Mitte der 1990er Jahre wurden 8.390 noch erhaltene Sandsteinquader geborgen, von denen 3.634 wieder eingebaut wurden. Als dunkler Farbkontrast gegenüber dem hellen Sandstein sind sie in der Fassade der Frauenkirche deutlich zu erkennen. *Baedeker*, Dresden, Ostfildern 2005 (9. Aufl.), S. 174–178, hier: S. 176.

18 Vgl. die »Wiederaufbau«-Narration in: ebd., S. 175–178.

Die städtebauliche Bedeutung des neu-alten Braunschweiger Schlossgebäudes tritt dementsprechend in einem spannungsvollen Übergangsfeld vielfältiger kommunikativer Praxen hervor, welches zwischen den Polen seiner beabsichtigten Aura als eines identitätsstiftenden »Wiederaufbaus« und seiner Funktionsnutzung als einer Architektur des Massenkonsums an diesem besonderen Ort mit Sinndeutungen gefüllt wird. Vermittels einer spezifisch postmodernen Aneignungsweise wurden diese beide Bedeutungsstränge miteinander verknüpft, womit der vorgebliche »Wiederaufbau« des Braunschweiger Schlosses als eine erfolgreiche Legitimationsstrategie für den Neubau eines innenstadtnahen Einkaufszentrums diente. Damit sollten allerdings auch die historischen Sinndeutungen des Residenzschlosses partiell auf die »Schloss-Arkaden« übertragen werden. Und daraus ergaben sich Sollbruchstellen des noch glaubhaft Vermittelbaren, welche die postmoderne »Wiederaufbau«-Debatte mehr oder weniger als ein Instrument der kommerziellen Interessenpolitik enthüllten.

Und dennoch blieb der Erfolg dieser pseudohistoristischen Konsumarchitektur nicht aus. Obwohl mit diesem kommerzialisierten Neubau die ursprüngliche Bedeutung des Schlosses als einer Herrschaftsarchitektur und eines staatlichen Repräsentationsgebäudes nachhaltig desavouiert wurde, konnte in der ersten Hälfte der 2000er Jahre mit dieser prekären »Wiederaufbau«-Strategie der Neubau des Einkaufszentrums »Schloss-Arkaden« vergleichsweise schnell in der Braunschweiger Öffentlichkeit durchgesetzt werden. Sicherlich spielte hier auch eine Rolle, dass verschiedene kommunale Nutzungen darin integriert werden konnten.¹⁹ Alles in allem hatten sich jedoch Motivation und Zielperspektive dieser zweiten »Wiederaufbau«-Debatte denkbar weit von ihrer Vorgängerin aus den späten 1950er Jahren entfernt und dabei in Vielem sogar in ihr Gegenteil verkehrt.

Dieses Spannungsverhältnis von gegensätzlichen Sinndeutungen in der Baugeschichte eines höchst umstrittenen Gebäudes wirft Fragen nach den Geschichtsdeutungen auf, welche den Identitätskonstruktionen von Baudenkmalen im Wiederaufbau zugrunde lagen sowie nach der damit verknüpften lokalen Geschichtspolitik und ihrer Instrumentalisierung seitens der Elite aus Politik und Verwaltung. Außerdem ist zu analysieren, inwieweit unterschiedliche Zeiterfahrungen eine völlig diskontinuierliche »Wiederaufbau«-Politik erklären können, wenn sich Sinndeutungen von Baudenkmalen im Abstand von vier Jahrzehnten nachweislich veränderten. Diese Fragen zielen auf den »Strukturwandel von Öffentlichkeit« in den bundesdeutschen Großstädten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Wurde dieser diskontinuierliche Prozess der Öffnung und Verbreiterung von politischer Teilhabe im Wechsel vom »modernen« zum postmodernen »Wiederaufbau« verstärkt? Insgesamt gesehen verspricht die Analyse großstädtischer Diskursräume Aufschlüsse über eine potentielle Fortsetzung der in Deutschland wie auch im übrigen Europa im letzten Drittel des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts traditionell stark ausgeprägten (kommunal-)politischen Lagerbildung. Allerdings können mentale, soziale und intentionale Unterschiede zwischen einem bürgerlichen und nationalkonservativen Lager auf der einen Seite und einem als »progressiv« und gleichzeitig als wertkonservativ agierenden Lager auf der anderen Seite, das seine Wurzeln in der Arbeiterbewegung hatte, nicht mehr auf Klassenerfahrungen reduziert werden, da mit der Öffnung der Industriegesellschaften zur größeren Mobilität und Flexibilität fixe Wertorientierungen aufgeweicht wurden. Dennoch waren Deutungssphären in der Handelsbürger- und Arbeiterstadt Braunschweig in besonders starkem Maße von traditionellen Konfliktlinien überlagert wor-

¹⁹ Neben der Stadtbibliothek sollen auch das Stadtarchiv und das Standesamt dort einziehen. Vgl. *Ann Claire Richter*, Bibliotheken in die Schloss-Arkaden. Mitte 2007. Zusammenlegung von Öffentlicher Bücherei, Musikbibliothek und Stadtbibliothek, in: BZ v 6.1.2006, S. 17. Darüber hinaus wird ein Schlossmuseum in Regie des Städtischen Museums die Tradition eines älteren Vorgängers wieder aufnehmen.

den²⁰, und in dieser Traditionslagerung zeigte sich eine beeindruckende Persistenz von kollektiven Sinndeutungsangeboten bis in das frühe 21. Jahrhundert hinein.²¹

So polarisierte die traditionell gegensätzliche politische Orientierung in Braunschweig, die in den 1920er Jahren tiefe Gräben zwischen dem bürgerlichen und dem Arbeiterlager aufgerissen hatte, die politischen Akteure in der Stadt-Öffentlichkeit am Ende der 1950er Jahre entlang der früheren Klassenlinie in engagierte Gegner und Befürworter des Schloss-»Wiederaufbaus«. Aber es ist sehr fraglich, ob damit tatsächlich eine politische Kontinuität gestiftet wurde, wie es die Zeitgenossen selber annehmen mochten. Virulente Machtkonflikte zwischen dem politisch organisierten Bürgertum und der Arbeiterbewegung und die daraus abgeleiteten lokalen Sinndeutungen hatten diese kleine niedersächsische Hauptstadt zwar schon seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hinein in gegensätzlicher Weise geprägt und damit das öffentliche Leben zeitweise dominiert. Aber sie waren in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr von wegweisender Bedeutung für die politische Kultur der zweitgrößten niedersächsischen Großstadt geworden. Inwiefern diese politisierten Sinndeutungen eines langen historischen Konflikts von den politischen Akteuren in der »Wiederaufbau«-Debatte des Braunschweiger Schlosses aufgegriffen wurden und als Ferment einer baupolitischen Dauerkontroverse instrumentalisiert wurden, ist ein Analyseschwerpunkt der vorliegenden Studie.

In einem Spektrum an aussagekräftigem Quellenmaterial aus staatlichen und städtischen Archiven sowie mittels Oral-history-Interviews von zwei Zeitzeugen²² sollen auf der Basis

20 So kann Braunschweig als »idealtypische Ausprägung [...] des sozialdemokratischen Radikalismus [...] angesehen werden.« *Friedhelm Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover, Bonn 1981, hier: S. 321. Leicht im Akzent verschoben betont Bernd Rother einerseits, dass »die Braunschweiger Sozialdemokratie [...] kein Gegenbild zur Sozialdemokratie im Reich [war]« und dass sie es andererseits verstand, sehr heterogene Strömungen »weiterhin unter einem gemeinsamen Dach« zu vereinbaren, wozu eine enge Kooperation von »Arbeiterschaft und Parteiaktivisten« gezählt habe. *Bernd Rother*, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933, Bonn 1990, hier: S. 271 f. Demgegenüber radikalisierte sich das lokale nationalkonservative Bürgertum als erstes in Deutschland zugunsten der Nationalsozialisten und ging schon im September 1930 die erste Koalition mit diesen auf Landesebene ein. Ebd., S. 224 f., 238–262.

21 Zur sozialwissenschaftlichen Theoriebildung von kollektiver Identität vgl. *Jürgen Straub*, Identität, in: *Handbuch der Kulturwissenschaften*, Bd. 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe, Stuttgart etc. 2004, S. 277–303, hier: S. 290–303. Die Persistenz traditionaler lokaler politischer Milieus in der Bundesrepublik Deutschland ist nur in Ausnahmefällen analysiert worden, obwohl sie die gesamte Parteienlandschaft des 20. Jahrhunderts nachhaltig prägte. Dass die Annahme vom »Abschied von der Proletarität«, die Josef Mooser Mitte der 1980er Jahre hinsichtlich der ökonomischen Besserstellung von Arbeiterschichten formulierte, ohne jedoch deren »Verbürgerlichung« zu behaupten, aufgefächert werden muss, indem proletarische Werthaltungen und Sinndeutungen analysiert werden, zeigt die neuere Studie von Dietmar Süß. Vgl. *Josef Mooser*, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970, Frankfurt/Main 1984; *Dietmar Süß*, Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003. Zum Forschungsstand der Arbeitergeschichte vgl. auch *Klaus Tenfelde*, Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des »kurzen« 20. Jahrhunderts, in: *Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde* (Hrsg.), Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln etc. 2005, S. 17–34; *Friederike Sattler/Georg Wagner-Kyora*, Einleitung. Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im Blickpunkt der Unternehmens- und Arbeitergeschichtsschreibung, in: *Hermann-Josef Rupieper/Friederike Sattler/Georg Wagner-Kyora* (Hrsg.), Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert, Halle 2005, S. 11–24.

22 Hierzu zählen die Archivbestände zum Braunschweiger Schloss aus dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege Hannover, die Zeitungsausschnittsammlung aus dem Pressear-

einer exzellenten lokal- und regionalgeschichtlichen Forschungsliteratur im Folgenden die politischen und geschichtspolitischen, die alltags- und erfahrungsgeschichtlichen sowie schließlich die stadträumlichen Sinndeutungsstrategien des Braunschweiger Residenzschlosses aufgearbeitet werden, um für die Jahre zwischen 1945 und 2006 ein Panorama bürgerschaftlicher Identitätskonstruktionen in der *longue durée* des bundesdeutschen »Wiederaufbaus« zu erschließen. Ziel ist es, eine spezifisch moderne Stadterfahrung in der Sinndeutung des Stadtraumes kennen zu lernen, welche das Urbane als Ort eines dezidiert republikanischen Begegnungsraumes dissonanter, aber auch potentiell konsensueller kommunikativer Praxen bestimmte.²³

II. AKTEURSHANDELN IN DER ZERREIßPROBE: BRAUNSCHWEIGER »WIEDERAUFBAU«-POLITIK 1950–1960

Bereits die frühe Baugeschichte des später so umstrittenen Baudenkmals Braunschweiger Residenzschloss reflektierte seinen spezifischen Politisierungsgrad in der städtischen Öffentlichkeit. Als spätklassizistischer dreiflügeliger Monumentalbau des Schinkel-Schülers Carl Theodor Ottmer im östlichen Stadtzentrum der niedersächsischen Landesmetropole errichtet²⁴, demonstrierte seine repräsentative Herrschaftsarchitektur den restaurativen politischen Willen der monarchischen Auftraggeber genauso wie eine spezifisch europäische Formensprache im Stadtraum. So intendierte die geniale Noblesse eines süditalienischen

chiv des Stadtarchivs Braunschweig für die Jahre bis 2003 sowie ergänzendes Quellenmaterial der Stadtverwaltung und die Zeitungsausschnittsammlung zum Braunschweiger Schloss von Peter Albrecht, Braunschweig, für die Jahre 2004 bis 2006. Ergänzend wurden Interviews geführt mit dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, Bernhard Liess, sowie mit dem Akademischen Direktor i. R. Peter Albrecht, beide Braunschweig. Aus politischen Gründen galten die Braunschweiger Schloss-Geschichte und auch die beiden großen Debatten, die um seinen »Wiederaufbau« und Neubau geführt wurden, als besonders sensible Streitpunkte. Aufgrund eines frühen Ratsbeschlusses wurden die entsprechenden Bestände des Verwaltungsausschusses und des Oberstadtdirektors aus den 1950er Jahren unter Verschluss gehalten, obwohl die dreißigjährige Sperrfrist schon seit 1990 abgelaufen war. Eine entsprechende Anfrage auf Aktenfreigabe wurde vom Autor im März 2006 beim Stadtarchiv Braunschweig, Hartmut Nickel, gestellt und von diesem dankenswerterweise sofort als Antrag an den Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig weiter geleitet, der bereits am 3.5.2006 der Einsichtnahme zustimmte, so dass hier erstmals auch auf diese Bestände zurückgegriffen werden kann. Aufgrund des Redaktionsschlusses für das Archiv für Sozialgeschichte 2006 kann dies hier jedoch nicht in wünschenswerter Intensität geschehen und bleibt einer späteren Publikation vorbehalten. Danken möchte ich auch Herrn Opalka vom Stadtarchiv Braunschweig, der die Recherche in wünschenswerter Weise unterstützt hat.

23 Vgl. *Adelheid von Saldern/Georg Wagner-Kyora*, Demokratie und Wiederaufbau. Zur Rekonstruktion zerstörter Baudenkmale im Kontext lokaler Öffentlichkeiten, in: *Der Architekt. Zeitschrift des Bundes Deutscher Architekten*, Heft 3/4 (2005): Gegenwart der Geschichte, S. 44–49.

24 Bauzeit zwischen 1835 und 1837, Fertigstellung der Innenräume bis in die 1840er Jahre. Vgl. die politisch sehr einflussreiche Monografie von *Bernd Wedemeyer*, Das ehemalige Residenzschloß zu Braunschweig. Eine Dokumentation über das Gebäude und seinen Abbruch im Jahre 1960, Braunschweig 1986, hrsg. v. d. Richard-Borek-Stiftung, Braunschweig 1986. Nur noch eine kurze, wenngleich zum Abriss betont kritische Erwähnung in: *Wolfgang Kimpflinger*, Stadt Braunschweig. Teil 1, Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Baudenkmale in Niedersachsen, Bd. 1.1, hrsg. v. Niedersächsischen Landesverwaltungsamt Hannover, Institut für Denkmalpflege, Hameln 1993, S. 166 f., außerdem Stichwort Schloß in: *Luitgard Camerer/Manfred Garzmann/Wolf-Dieter Schuegraf* u. a. (Hrsg. im Auftrag der Stadt Braunschweig), Braunschweiger Stadtlexikon, Braunschweig 1996 (4. Aufl.), S. 203.



Fotografie der Schloss-Westfassade und des vorgelagerten Schlossplatzes, Ansicht von Südosten, 1910. Diese repräsentative Ansicht der Schaufront nahm in Stadtführern und auf Ansichtskarten einen festen Platz als eine der wichtigsten Braunschweiger Sehenswürdigkeiten ein. Der ungepflasterte Schlossplatz diente bei Staatsfeierlichkeiten als Paradeplatz.

© Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege. Fotothek der Bau- und Kunstdenkmalpflege.

Fassaden-Spätklassizismus die stadträumliche Neubestimmung des Bohlwegs mittels einer diesen bescheidenen Boulevard entscheidend ausweitenden monumentalen Schlossplatzbegrenzung. Damit erhielt die noch kleinräumige Fachwerkstadt Braunschweig ein punktuell modernes und international ausgerichtetes Aushängeschild in Form einer europäischen Hauptstadarchitektur, dessen politische Bedeutung im Vormärz jedoch eindeutig reaktionär konnotiert war. Diese Janusköpfigkeit an widerstreitenden Sinndeutungen des Gebäudes – einer reaktionären Politisierung auch in seiner Ikonografie, aber einer progressiven stadträumlichen Wirkung – setzte sich in der Figurensprache der Hauptfront fort. So wurde die triumphale Fassadengestaltung des zentralen Portalbereichs durch die Quadriga des ebenfalls erstrangigen Bildhauers Rietschel auf dem Dachgeschoss bekrönt und in seiner Außenwirkung noch wesentlich gesteigert. Die allegorische Frauengestalt Brunonia sollte gleichzeitig ein Symbol des monarchischen, herzoglichen Machtanspruches und der politischen Selbstständigkeit des Herzogtums Braunschweig darstellen. Eine gezielt monarchische baukünstlerische Ausschmückung des Gebäudes im Sinne reaktionärer Herrschaftsansprüche setzte sich auch im zentralen Giebelfeld des Portikus fort, das eine sagenhafte monarchische Gründungsgeschichte mit Hilfe eines frühen historistischen Figurentableaus visualisierte, in dessen Zentrum Heinrich der Löwe braunschweigische Selbstständigkeit und gleichzeitig die Persistenz der Monarchie symbolisieren sollte.²⁵

25 Zur Wirkungsgeschichte des Heinrich-der-Löwe-Mythos vgl. *Hartmut Boockmann*, Heinrich der Löwe in der Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts, in: *Jochen Luckhardt/Franz Niehoff/Gerd Biegel* (Hrsg.), *Heinrich der Löwe und seine Zeit. Herrschaft und Repräsentation der Welfen 1125–1235*, Bd. 3: Abt. Nachleben, München 1995, S. 48–57.



Der leicht vorspringende Portikus im Mittelrisalit der Schaufront betonte den repräsentativen Charakter von Herrschaftsinszenierung im Sinne des Spätklassizismus Schinkels, wie er auch am Berliner Schauspielhaus auf dem Gendarmenmarkt verwirklicht worden war. Im zentralen Giebfeld wurde eine frühe historistische Apotheose Heinrichs des Löwen dargestellt und auf dem dafür befestigten Dach die monumentale Brunonia-Quadriga Rietschels postiert. Zusammen mit den flankierenden mittelalterlichen Herrscher-Denkmalen auf dem Dachgesims und den auf dem Schlossplatz aufgestellten beiden Reiter-Standbildern ergab sich eine geschlossene Denkmal-Ikonographie des Braunschweigischen Herzogshauses. Eine Analogie konnte erst später zum prononcierten Denkmal-Kult der Hohenzollern in Berlin, etwa zum Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal auf der Schloss-Insel sowie zur Siegesallee im Tiergarten gezogen werden. Damit entstand eine symbolische Konkurrenz zum historistischen Repräsentationsanspruch der Welfen.

© Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege. Fotothek der Bau- und Kunstdenkmalpflege.

Aber nicht diese Herrschafts-Ikonografie, sondern eine, diesem avancierten Historismus vollständig entgegen gerichtete, umkämpfte politische Geschichte des Schlossplatzes steigerte von Anfang an die besonders starken identitätspolitischen Bezüge des Schlosses für die Stadt Braunschweig. Denn im Jahre 1830 war sein Vorgängerbau, der »Graue Hof«, eine barocke zweistöckige Dreiflügelanlage in Fachwerkbauweise, während der kurzen vormärzlichen Braunschweiger Revolution gestürmt, geplündert und durch Brandstiftung vollständig zerstört worden.²⁶ Bürgertum und Arbeiterschaft hatten sich im Nachgang der Pariser Juli-Revolution gemeinsam gegen den verhassten Herzog Karl II. und seinen engeren Umkreis erhoben.²⁷ Bereits diese erste Revolutionsgeschichte im 19. Jahrhundert verursachte in Braunschweig zentrale dissonante geschichtspolitische Ausdeutungen des Residenzschlosses, denen sich weitere anschlossen. Ob davon die Episode des Schlossbrandes von Februar 1865 ausgespart blieb, kann nicht beurteilt werden, da keine Quellen über die Reaktionen in der Braunschweiger Bevölkerung vorliegen. Infolge dieser Katastrophe waren das Innere des gesamten Nordflügel und des Zentralbereichs mitsamt der Quadriga zerstört worden, so dass umfangreiche Wiederherstellungsarbeiten entsprechend den ursprünglichen Plänen erforderlich waren, die sich bis Oktober 1868 erstreckten.²⁸ Möglicherweise hatte bereits diese Katastrophe eine widersprüchliche Wirkung in der lokalen politischen Öffentlichkeit, offenbarte sie doch, wie anfällig das vergleichsweise junge Monumentalgebäude gegen einen Brand war, der eine Generation zuvor noch in revolutionärer Absicht gelegt worden war.

So wurde der Status einer dynastischen Residenz erst mit der spektakulären Versöhnungshochzeit des Welfenherzogs Ernst August mit der Kaisertochter Victoria Luise im September 1913 wieder hergestellt. In der fünfjährigen Regierungszeit des Herzogpaares von November 1913 bis November 1918 wurde das Braunschweiger Schloss zum zentralen Bezugspunkt einer neu profilierten Kleinstaatlichkeit. Als Ort der Revolution am 8. November 1918, als republikanischer Funktionsbau und Erinnerungsort des Freistaates in der Weimarer Republik und schließlich als SS-Schule und KZ-Außenstelle wurde das Schloss anschließend innerhalb von fünfundzwanzig Jahren mit jeweils diametral entgegen gesetzten Sinndeutungen überfrachtet²⁹, bis es als Ruine des Bombenkrieges zum zentralen Streitpunkt des »Wiederaufbaus« im Braunschweig der 1950er Jahre erneut die städtische Öffentlichkeit entzweite.³⁰ Diese diskontinuierliche Nutzungs- und Bedeutungsgeschichte legt den Schluss nahe, dass dieses Gebäude in einer selbst für die deut-

26 Vgl. *Gerhard Schildt*, Von der Restauration zur Reichgründungszeit, in: *Horst-Rüdiger Jarck/ Gerhard Schildt* (Hrsg.), *Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region*, Braunschweig 2001², S. 751–820, hier: S. 760–766.

27 Es hatte 1671 die auf politische Autonomie bedachte Stadt Braunschweig militärisch besetzt und die künftige Residenzstadt damit politisch entmachtet. In einer verbreiteten eher populären Ex-post-Historisierung wurde diese ständestaatliche Auseinandersetzung bereits als Eingriff in die lokale Selbstständigkeit gewertet, welche bereits im 17. Jahrhundert eine historische Erfahrung der Abneigung von Bürgertum und Stadtbevölkerung gegenüber den Herzögen gestiftet habe. Vgl. Interview Liess, Typoskript S. 2. Vgl. auch *Christof Römer*, Das Zeitalter des Hochabsolutismus (1635–1735), in: *Jarck/Schildt*, *Landesgeschichte*, S. 535–574, hier: S. 549. Demgegenüber fällt die Bewertung des Herrschaftsverhältnisses in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in der Fachwissenschaft weitaus freundlicher aus, die durch eine lange Phase gemeinsamer Prosperität von Stadt und Herzogshaus geprägt war. Vgl. *Peter Albrecht*, Das Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus (1735–1806), in: ebd., S. 575–610, hier: S. 575, 580. Allerdings blieb das tiefe Misstrauen der Monarchie gegenüber der traditionellen stadtbürgerlichen Kaufmannschaft erhalten, das sich in vielfältigen Restriktionen äußerte. Ebd., S. 582. Vgl. *Manfred R. W. Garzmann*, Bürgertum und Landesherrschaft in Braunschweig während des Mittelalters und der frühen Neuzeit, in: *Luckhardt u. a.*, *Heinrich der Löwe*, S. 29–40.

28 Vgl. *Wedemeyer*, *Residenzschloss*, S. 54–56.

29 Vgl. ebd., S. 78 f.

30 Vgl. ebd., S. 96–144.



In der Nacht vom 7. auf den 8. September 1830 wurde der »Graue Hof« von der kurzzeitig revolutionär eingestellten Braunschweiger Bevölkerung in Brand gesetzt und teilweise ausgeplündert. Da Löscharbeiten verhindert wurden, brannte das gesamte Gebäude ab, – so erst in den frühen Morgenstunden des 8. September der auf der Lithografie noch völlig unbeeinträchtigte Südflügel. Auf dieser zeitgenössischen Darstellung ist die große politische Bedeutung des vorgelagerten Platzes als Sammelpunkt für die revolutionäre Bevölkerung erkennbar. Leicht abgewandelt wurde diese Platzsituation beim Neubau des Braunschweiger Schlosses wiederhergestellt, indem die flankierenden Flügelbauten nicht als vorgelagerte, sondern als rückwärtige Anbauten errichtet wurden. Sowohl die zentrale Säulenreihe des Portikus im Mittelrisalit als auch die Gitter-Einfriedung des Geländes zum Bohlweg, welche die im September 1830 durchbrochene Trennung zur Bürgerstadt wieder aufrichtete, belegen den pointierte restaurativen Charakter der neuen Schlossanlage.

© Braunschweigisches Landesmuseum.

sche Geschichte des 20. Jahrhunderts einzigartiger Weise die politischen Brüche und geschichtspolitischen Umdeutungen einer entzweiten Gesellschaft repräsentierte.

Verglichen mit anderen ehemaligen Residenzschlössern, etwa jenen in Stuttgart, Karlsruhe, Münster oder Berlin, war das Braunschweiger Schloss, infolge des großen Bombenangriffs auf Braunschweig am 7. September 1944, weniger stark zerstört worden.³¹ Fast alle massiven Umfassungsmauern der Vollgeschosse standen noch aufrecht, mit Ausnahme eines Großteils des nördlichen Seitenflügels, der durch einen Sprengbombentreffer mittig zerstört worden war. Hingegen war die Konstruktion der rückwärtigen zentralen Kuppel vollständig erhalten und selbst die Quadriga auf dem zentralen Portikus war unbeschädigt geblieben.³² Bis auf den Nordflügel war auch die Raumstruktur im Erdgeschoss und

31 Zum Vergleich des »Wiederaufbaus« von Schlössern im Bundesgebiet vgl. *Franz-Josef Talbot*, Der Wiederaufbau deutscher Residenzschlösser als Aufgabe der Denkmalpflege nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Neuen Schlosses zu Stuttgart, Diss. masch. Freiburg o. J. Eine neue, am Architekturmuseum München bei Winfried Nerdinger entstandene architekturhistorische Diplomarbeit zum vergleichenden Wiederaufbau von Schlössern, darunter auch des Braunschweigischen, konnte hier nicht berücksichtigt werden.

32 Vgl. Oberregierungs- und -baurat a. D. Hartwig, Die wahre Geschichte der Verhandlungen über den Abbruch des Residenzschlosses zu Braunschweig, Wolfenbüttel v. 20.2.1960, Niedersäch-

im ersten Obergeschoss noch weitgehend erhalten geblieben, während das zweite Obergeschoss und das Dach, mit Ausnahme des Mittelteils, die größten Schäden aufwiesen. Immerhin waren die wichtigsten Repräsentationsräume vergleichsweise weniger stark in Mitleidenschaft gezogen worden, so dass hier selbst wertvolle Ausstattungsstücke wie Treppengeländer und Holzdecken sowie Parkettböden überkommen waren.³³ Vor dem Hintergrund dieses sehr unterschiedlichen Zerstörungsgrades in einzelnen Bereichen des weitläufigen Gebäudes präsentierte es sich aufgrund seiner hervorragenden Bauqualität bis zum Abriss im Frühsommer 1960 in seiner Außenwirkung als eine verhinderte »Stadtkrone«³⁴ am östlichen Altstadtrand, welche einer durch weite Leerflächen und Trümmerfelder gezeichneten Innenstadt gewissermaßen den Spiegel eines in der Zonenrandlage verzögerten »Wiederaufbaus« vorhielt.³⁵

Für den Diskussionsprozess um den »Wiederaufbau« des Braunschweiger Schlosses in den 1950er Jahren entscheidend war, dass die Fachkompetenz von Stadtplanern, Denkmalpflegern und Architekten überlagert wurde durch eine radikale politische Grundsatzentscheidung. Nur so ist auch der Abriss der Schlossruine zu erklären, der den Grundsätzen eines moderaten »Wiederaufbaus« widersprach, wie er die bundesdeutschen Städte in kühler Kosten-Nutzen-Abwägung zu prägen begann. Abgerissen wurde nicht planlos und auch nicht willkürlich und »wiederaufgebaut« wurde im Konsens der Akteurs-Eliten, sobald es um stark zerstörte Baudenkmale ging, oft erst nach jahrelangen Debatten.³⁶ Insofern unterschied sich die Braunschweiger Situation nicht wesentlich von derjenigen in allen anderen deutschen »Wiederaufbau«-Städten, die überall von einer breiten Debattenkultur über den Stellenwert des in Teilen oder ruinös überkommenen baulichen Erbes gekennzeichnet waren.

Von 1945 bis Ende 1953 war der einflussreiche Stadtplaner Johannes Göderitz³⁷ Stadtbaurat in Braunschweig und in dieser Funktion maßgeblich an »Wiederaufbau«-Planungen des Schlosses beteiligt. Er propagierte das zunächst aussichtsreich erscheinende Projekt einer in modernen Formen völlig neu konzipierten Braunschweiger Stadthalle innerhalb des zerstörten Nordflügels des Residenzschlosses, ließ es dann aber wieder fallen.³⁸

sisches Landesamt für Denkmalpflege, Referat Sammlung der Bau- und Kunstdenkmalpflege (Abk.: NLD), Braunschweiger Schloss (Abk.: BrSchl), S. 203/1–11, hier: S. 203/1. Vgl. *Wedemeyer*, Residenzschloß, S. 79–95.

33 Ebd., S. 90–94.

34 Der Braunschweiger Stadtbaurat Professor Göderitz hatte »sich zu Beginn seiner Planungstätigkeit für den totalen Wiederaufbau des Schlosses als 'Stadtkrone' ausgesprochen«, diese Einstellung aber nach »zurückliegenden 8 ½-jährigen Erfahrungen in der Stadtplanung beim Wiederaufbau alter Städte« von einer moderaten Rekonstruktionshaltung zu einer ergebnisoffenen Haltung verändert. Ursprünglich hatte er die noch erhaltenen Bauteile des Nordflügels mit einem radikalen Neubau verschmelzen wollen, so wie das etwa beim Neubau der Technischen Universität Berlin geschehen sollte, der als Fassadenriegel einem noch weitgehend erhaltenen Altbau vorgelagert wurde. Äußerung Göderitz aus: Protokoll Besprechung »Wiederaufbau des Schlosses« am 28.10.1953, Regierungsgebäude Braunschweig, NLD BrSchl S. 65/1 RS.

35 Vgl. Braunschweig 1948 (Trümmerplan-Nachdruck). Bollmann-Stadtplan, Bollmann Bildkarten-Verlag Braunschweig, StABr, sowie im Kontrast des Jahres 2006 und als retrospektive »Wiederaufbau«-Narration: *Harald Duin*, Bollmann: Braunschweig-Plan mit ECE. Blätter, auf denen Häuser zu Baukörpern werden. Verlagsgründer Hermann Bollmann erhielt Ehrentitel »Merian des 20. Jahrhunderts«, in: BZ v. 25.1.2006, S. 25.

36 Vgl. Saldern/Wagner-Kyora, Demokratie.

37 Vgl. sein Standardwerk zum Nachkriegsstädtebau als Zeilenbau *Johannes Göderitz/Roland Rainer/Hubert Hoffmann*, Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957.

38 Zur Begründung verwies Göderitz darauf, dass »der Zerstörungsgrad des Schlosses besonders im Nordflügel den Wiederaufbau ausschloß.« Wiederaufbaubesprechung v. 28.10.1953, S. 65/1 RS. Seine ursprüngliche Haltung hatte er mit Kostenersparnissen beim Wiederaufbau begründet und argumentiert beim Teilneubau des Hauptgebäudes der Technischen Universität

Die Stadt Braunschweig verfolgte ein solches Stadthallen-Projekt parallel zur »Wiederaufbau«-Debatte des Schlosses. Sie wurde darüber hinaus von den aus den 1930er Jahren herrührenden Planungen³⁹ für einen neuen Zentralbahnhof berührt, die ebenfalls beträchtliche städtische Investitionsgelder nach sich ziehen würden. Diese repräsentativen Neubauten und der »Wiederaufbau« des Schlosses wurden gegeneinander ausgespielt, ohne daraus eine realistische Perspektive für die Schlossruine ableiten zu können. Als eine weitere Option wurde für den Nordflügel eines »wiederaufgebauten« Schlosses der Neubau als Hörsaalgebäude der Technischen Hochschule ins Spiel gebracht, aber von dieser vehement abgelehnt.⁴⁰ Ohne eine städtische oder eine staatliche Nutzung blieb der »Wiederaufbau« jedoch obsolet. Als im Februar 1960 alle Architektur-Professoren der Braunschweiger Hochschule in einem gemeinsamen Aufruf protestierten, um die Devastierung des Schlosses noch in letzter Minute abzuwenden, konstatierte der wortführende Professor Pieper

»[...] daß alle amtlichen Stellen, die in Frage kommen und die eigentlich zur Wahrung der Tradition verpflichtet wären einige Mehrkosten und vielleicht auch einige Unbequemlichkeiten hinzunehmen, sehr wenig geneigt sind, in das Schloß einzuziehen. Als solche Stellen nenne ich den Herrn Regierungspräsidenten selbst, die Stadt Braunschweig mit einem Rathaus und die Staatsbank. Die Stadt Braunschweig hat sich vor allen Dingen ein Kulturzentrum im Schloß vorgestellt, für das einerseits erheblicher Bedarf, andererseits gute technische Möglichkeiten bestehen würden. Aber auch diese Fragen sind alle nicht zu Ende gedacht und weder konstruktiv noch finanziell einander gegenübergestellt worden.«⁴¹

Diese berechtigte Kritik an Staat und Stadt sparte allerdings das eigene Desinteresse an einer Nutzung des Schlosses als Hochschulgebäude aus. Während auf diesem Weg die Zukunft zerstörter Schlösser in Münster und Mannheim und nicht zuletzt in der Landeshauptstadt Hannover gesichert werden konnten, die zu Multifunktionsgebäuden ausgebaut wurden⁴², lehnte die Braunschweiger Technische Hochschule eine solche Lösung kate-

Berlin betragen diese 30 % der Baukosten. Ebd. Tatsächlich bezog sich diese Kalkulation allein auf den bis 1953 wiederhergestellten Südflügel, während der Nordflügel erst zwischen 1963 und 1968 neu errichtet wurde. Vgl. *Christoph Brachmann/Robert Suckale* (Hrsg.), *Die Technische Universität Berlin und ihre Bauten. Ein Rundgang durch zwei Jahrhunderte Architektur- und Hochschulgeschichte*, Berlin 1999, S. 112-116, S. 159-163.

39 Vgl. *Prof. Dr.-Ing. Blum*, Verkehrspolitische Lage, in: *Bernhard Mewes/Georg-Wilhelm Schuchardt* (Hrsg.), *Braunschweig. Altes Erbe – Neues Leben*, Braunschweig 1936, S. 200-212, hier: S. 212 mit Fotografie des spätklassizistischen Innenstadt-Bahnhofsgebäudes.

40 Dies geschah mit großer Empörung: »Der Rektor habe sich mit scharfen Worten gegen die Zustimmung verwahrt, obwohl ihm von der Regierung zugesichert worden sei, dass er hinsichtlich der Mittelzuteilungen dadurch keinen Nachteil haben würde.« Vermerk für den Niedersächsischen Landeskonservator von Dr. Wolff, Hannover v. 7.12.1953, NLD BrSchl, S. 44.

41 Technische Hochschule Braunschweig, Lehrstuhl für Hochbaustatik, ord. Professor Dr.-Ing. Klaus Pieper an Landeskonservator Professor Dr. Karpa, Hannover, Braunschweig v. 26.2.1960, ebd., S. 211/2.

42 So argumentierte Professor Dr. Hans Kauffmann, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker in einem Schreiben an die Braunschweiger Oberbürgermeisterin Martha Fuchs aus Berlin v. 30.1.1960, in dem er auf die beiden norddeutschen Universitäts-Schlösser verwies. Ebd., S. 182/2. Das Hannoversche Welfenschloss hatte allerdings schon seit seiner Fertigstellung als Hauptgebäude der Technischen Hochschule Hannover gedient. Beim Wiederaufbau wurde die geringfügig zerstörte Schlosskapelle abgerissen und durch einen monumentalen Hörsaaltrakt ersetzt. Vgl. *Wolfgang Pietsch*, Vom Welfenschloss zum »Campus Center« – die Geschichte ständiger Nutzungsänderungen, in: *Sid Auffarth/Wolfgang Pietsch* (Hrsg.), *Die Universität Hannover. Ihr Bauten, ihre Gärten, ihre Planungsgeschichte*, Petersberg 2003, S. 95–104, hier: S. 97–100. Ein Manifest aller zwölf Professoren für Baugeschichte an den westdeutschen Universitäten sowie des Vorstands der Koldewey-Gesellschaft/Vereinigung für baugeschichtliche Forschung e. V., das auf Initiative des Braunschweiger Bauhistorikers Prof. Dr.-Ing. Hecht

gorisch ab. Vorbehalte gegen die geschichtspolitische Überfrachtung des Gebäudes wurden allerdings in den vorliegenden Quellen nicht ausformuliert. Wahrscheinlicher ist, dass die Hochschule eine Zerstreung ihrer Funktionsgebäude über das Stadtgebiet vermeiden wollte, um so an den Planungen für einen fortlaufend realisierten, einheitlichen innenstadtnahen Campus festhalten zu können.⁴³

Vor dem Hintergrund zahlreicher verweigerter Nutzungsoptionen für das prominenteste »Wiederaufbau«-Vorhaben der Stadt Braunschweig soll im Folgenden die Geschichtspolitik mit Bezug auf das Gebäude in den Mittelpunkt der Analyse gerückt werden, um seine problematische Überfrachtung mit widerstreitenden Identitätskonstruktionen aufklären zu können. Zunächst hinterließ das Desinteresse an einer funktionsadäquaten Primärnutzung auf Seiten aller Landesbeamten und -politiker, der Hochschule sowie der Stadt Braunschweig eine gefährliche Legitimationslücke für das partiell zerstörte Baudenkmal. Sie kann unterhalb eines verdeckt geführten politischen Aushandlungsprozesses über die historische Sinndeutung des Schlosses lokalisiert und kontextualisiert werden, der schließlich seinen Abriss bewirkte.

Hintergrund dieses strategischen Entscheidungsdefizits, den »Wiederaufbau« der Schlossruine nicht nur nicht zu beschließen, sondern auch ins Werk setzen zu wollen, war die schrittweise Überlassung des Schlosses in städtischen Besitz, die im sogenannten Schlossvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig festgeschrieben wurde. Vorausgegangen war im September 1947 ein Pachtvertrag. Weil die Stadt auf dem vorgelagerten Schlossplatz eine Trümmerverwertungsanlage einrichten wollte, überließ ihr das Land dieses Gelände unter der Auflage zur Pacht, gleichzeitig die in Landesbesitz befindliche Schlossruine zu sichern und vor Diebstahl des noch verbliebenen Inventars zu schützen.⁴⁴ Aber die fortlaufende Ausplünderung des Schlosses offenbarte immer wieder die fehlende Aufsicht seitens der dazu verpflichteten Braunschweiger Stadtverwaltung. So wurden zunächst alle noch erhaltenen Eisen- und Holzmaterialien der Innenausstattung wie Fenster- und Türgriffe, Treppengeländer und Türklinken samt der zweiflügeligen Türen aus dem schlecht gesicherten Gebäude geraubt, darunter auch die noch erhaltene Holzdecke des Palisandersaales.⁴⁵

zustande gekommen war, listete die neun Wiederaufbau-Schlösser der Bundesrepublik auf und protokollierte ihren Bauzustand als Argumentationspool zum Erhalt. Es handelte sich um die Residenzschlösser in Stuttgart, Mannheim, Kassel-Wilhelmshöhe, Würzburg, Münster, Trier, Bruchsal und München. Ebd., S. 166 f.

43 Vgl. die Abbildungen über die besonders avancierten Neubauten des TH-Campus an der Pockelstraße, in: Braunschweig. 12 Jahre Aufbau, S. 70–75.

44 Auszugsweise Abschrift aus dem Pachtvertrag Stadt – Staat v. 12. September 1947, NLD BrSchl, S. 13. Der Vertrag untersagte »das eigenmächtige Entfernen von irgendwelchen Gebäudeteilen« (Abs. 4), verlangte »genügend Aufsicht auf dem gesamten Pachtraum, insbesondere im Schlossgebäude [...], damit Diebstähle und sonstige Schäden vermieden werden« (Abs. 8) und verlangte dezidiert den Schutz der Denkmäler (Abs. 9). Ein späterer (undat.) handschriftlicher Vermerk aus dem Haus des Landeskonservators offenbarte jedoch die Missachtung dieser Auflagen: »Die Denkmäler waren bereits am 17.3.47 und zwar ohne Wissen und Zustimmung von Staatshochbauamt und Denkmalpflege in Demontage. Die zugesagte Einmauerung ist nie erfolgt!« Ebd.

45 Schreiben Braunschweigischer Landeskonservator Seelecke an Braunschweigisches Staatsministerium, Abt. für Arbeit und Technik, Bauverwaltung, Hochbauwesen, Oberbaurat Hartwig, Braunschweig v. 20.7.1946. NLD BrSchl, S. 5. Seelecke beauftragte Hartwig infolgedessen, »alle wesentlichen Dekorationsstücke aus dem Schloß noch zu bergen; insbesondere wird um Bergung der drei Kachelöfen im ersten Obergeschoß Zentralbau, der südlichen Heizkörperverkleidung mit den Widderköpfen im Kuppelraum und einer noch erhaltenen Zinkgussfigur im gleichen Raum sowie der umherliegenden Bronzegitter gebeten.« Ebd. Alle diese Gegenstände von beträchtlichem kunstgeschichtlichen und -gewerblichen Wert gingen jedoch verloren. Seelecke bat Hartwig ein Dreivierteljahr später auch um den Ausbau der Holzdecke, aber dieser

Nachdem das Land Niedersachsen der Einrichtung einer Trümmerverwertungsanlage auf dem Schlossplatz zugestimmt hatte, wurde in den Jahren 1946/47 auch die gesamte klassizistische Einfriedung, bestehend aus gemauerten Toranlagen und einem repräsentativen, weit übermannshohen Eisengitter, mit Erlaubnis des Landesdenkmalpflegers demontiert und abtransportiert.⁴⁶ Wie sich später herausstellte, konnte keines dieser denkmalgeschützten Bauteile später wiederbeschafft werden. Sanktionierungen dieses Raubbaus seitens des Landeskonservators Seelecke oder des Landesoberbaurates Hartweg blieben jedoch mangels einer zupackenden Eigeninitiative aus.

Auch Diebe setzten ihr Zerstörungswerk ungestört fort: Bis April 1949 verschwand die gesamte Kupferabdeckung der Rietschel-Quadriga. Der Landeskonservator verlangte erfolglos die Strafverfolgung möglicher Täter⁴⁷, ebenso Oberbaurat Hartweg, der im Januar 1952 »die Wiederherstellung der Schäden« anmahnte, »die nach unserer Auffassung zu Lasten der Stadt gehen«⁴⁸, und damit einen für die Stadtverwaltung lästigen finanziellen Sachzwang begründete. Aber erst als das gleiche Schicksal auch den beiden Herzog-Reiterstandbildern drohte, setzte eine zielgerichtete Aufklärungsarbeit der Braunschweiger Kriminalpolizei ein. Sie endete im März 1953 mit der Verhaftung von vier Buntmetalldieben, die schon Mitte Mai 1952 die Denkmäler teilweise demontiert und das Diebesgut verkauft hatten.⁴⁹ Gegenüber der Stadtverwaltung, die ihrer Pflicht zur Sicherung des

lehnte desinteressiert ab: »Bei der Untersuchung der Kassettendecke im Palisandersaal im Schloß wurde festgestellt, dass die furnierte Decke bereits durch Feuchtigkeit erheblich gelitten hat und ein großer Teil der Perlbänder und der Konsolen entfernt sind. Da ferner die Kassetten aus kurzen Holzteilen zusammengebaut sind, erscheint es mir kaum möglich, dass die Decke später einmal wieder in irgendein Gebäude eingebaut werden kann. Ich beabsichtige daher die Decke nicht auszubauen.« Hartweg an Seelecke v. 15.4.1947, ebd., S. 19. Zum Katalog des Inventars vgl. *Bernd Wedemeyer/Eva-Maria Willemsen*, Braunschweiger Hofkultur 1830–1918. Ausstattung und Fragmente des ehemaligen Residenzschlosses, Braunschweig o. J. (2000), StABr. Infolge von Aufrufen in der Lokalpresse wurde in den Jahren 2005/06 verschiedentlich Inventar an die Stadt zurückerstattet, das durch die Ausplünderung des Gebäudes in der Nachkriegszeit in Privatbesitz gelangt war. Vgl.: Historischer Türdrücker aus dem ehemaligen Schloß gespendet, in: BZ v. 27.2.2006, S. 9.

- 46 Schreiben Braunschweigischer Landeskonservator Seelecke an Firma Peter Büscher, Hannover, betr. Denkmalschutz innerhalb des Schloßbezirkes Braunschweig, Braunschweig v. 5.9.1946, ebd. Hartweg hatte drei Monate zuvor energisch, wenngleich auf Dauer erfolglos, gegen eine erste Eigenmächtigkeit Seeleckes dieser Art protestiert, da gerade die Einfriedung des Schlosses Diebstähle hätte verhindern sollen. Schreiben Hartweg an Seelecke v. 4.6.1946, ebd., S.4.
- 47 Schreiben Landeskonservator, Dr. Wolff, an das Staatliche Hochbauamt, Oberbaurat Hartweg, v. 8.4.1949, ebd., S. 26. Beide Denkmäler konnten gesichert und wiederhergestellt werden. Es handelt sich um monumentale kupferne Reiterstandbilder der beiden Braunschweiger Herzöge Carl Wilhelm Ferdinand und Friedrich Wilhelm. Nach dem Schlossabriss wurden sie an die straßenseitige Front des Löwenwalles, einer arenenförmigen Grünanlage am südöstlichen Innenstadtrand, versetzt und sollen 2007 an ihren ursprünglichen Aufstellungsort vor der Bohlweg-Fassade zurückkehren, um als herrschaftliches Dekor der Eingangsfront der »Schloss-Arkaden« zu dienen. Fotografie einer solchen Computer-Animation in: BZ v. 13.1.2006, S. 26.
- 48 Vermerk des Präsidenten des Ns. Verwaltungsbezirkes Braunschweig, Abt. I C Technik, Ref. T I, OBR Hartweg, v. 10.1.1953 über eine Besprechung des Staatshochbauamtes mit Stadtverwaltungsrat Meyer-Degering von der Stadt Braunschweig sowie in Anlage Entwurf eines Schreibens von Verwaltungspräsident Schlebusch an Oberstadtdirektor Braunschweig, in dem auf die Persistenz der Obhutverpflichtungen der Stadt für das Schlossgelände insistiert wurde und die Wiederherstellung der Denkmäler angemahnt wurde. Das hätte bedeutet, dass die Stadt auch die Quadriga hätte restaurieren müssen, nach deren Zustand sich das Staatshochbauamt in o. g. Besprechung noch einmal erkundigt hatte, wohl auch um seinen Rechtsanspruch auf potentielle Entschädigungen zu untermauern.
- 49 Vgl. Die »Roßschlächter vom Bohlweg« wurden entlarvt. Metalldiebe plünderten Standbilder. Lokaltermin im Braunschweiger Schloß, in: BZ v. 1.4.1953, NLD BrSchl, S. 56. Eine Fotogra-

Denkmäler-Bestandes auf dem Schlossgelände jahrelang nicht nachgekommen war, hatte sich damit ein beträchtliches Konfliktpotential aufgebaut. Aber die Braunschweiger niedersächsische Staatsverwaltung konnte es nicht zugunsten des Erhalts der Ruine ummünzen, einerseits weil es ihr an Nachdrücklichkeit mangelte, andererseits weil sie als eine Liegenschaft in städtischer Pacht ihrem direkten Zugriff entzogen war.

Infolge der daraus herrührenden Kompetenzabgrenzung zwischen der staatlichen Bauverwaltung und Denkmalpflege auf der einen und der Stadtverwaltung auf der anderen Seite, griff der Verlust an denkmalgeschützter Bausubstanz des Residenzschlusses immer weiter um sich. Er erstreckte sich vor allem auf seinen dekorativen Schmuck. Dass damit auch die Gefäße für narrative Sinndeutungen des Gebäudes zerstört wurden, verweist erneut auf die geschichtspolitische Dimension seines verhinderten »Wiederaufbaus«. Es ist nicht belegbar, dass die Staatsverwaltung als einen Subtext ihrer Einlassungen gegenüber der Stadtverwaltung den indirekten Vorwurf mobilisierte, diese wolle das Baudenkmal Schloss zielgerichtet veröden lassen und müsse daran gehindert werden, indem Regressansprüche ausformuliert wurden. Aber schon im Januar 1952 hatte der Niedersächsische Verwaltungspräsident in Braunschweig, Schlebusch, ein uneinheitliches und zum Teil sehr beunruhigendes Stimmungsbild in der Braunschweiger Presse festgestellt: »Es wurde sogar der Vorschlag gemacht, das Gebäude abzureissen und an seiner Stelle Grünanlagen zu schaffen.«⁵⁰

Damit hatte die direkte Konfrontation zwischen den beiden Akteursebenen über die Frage des Schlosserhalts zumindest auf der Ebene der Gerüchte eine feste Basis bekommen. Gleichzeitig stand der Verdacht einer politischen Radikallösung durch Abriss von Anfang an im Raum und prägte die Selbst- und Fremdeinschätzung der Akteursgruppen. Im Kontext der übrigen Sicherungs- und Bauaufgaben des Altstadt-»Wiederaufbaus«, die als vordringlicher eingeschätzt wurden⁵¹, handelte es sich somit schon Anfang der 1950er Jahre um ein ungewöhnliches und politisch hoch sensibles Konfliktfeld, dessen Brisanz noch dadurch gesteigert wurde, dass die ruinöse monumentale Schlossanlage einen eher widerstandsfähigen Gesamteindruck vermittelte.⁵²

Schon aus der Retrospektive des Jahres 1960 konnte die Meinungsbildung über den verhinderten »Wiederaufbau« der Schlossruine während der 1950er Jahre in drei unterschiedliche Phasen eingeteilt werden.⁵³ Nach der langen Interesselosigkeit in der frühen Nachkriegszeit setzte in den Jahren 1952/53 eine erste Phase konzentrierter Beratungen über die Zukunft des Gebäudes ein, die lediglich in konkrete Beschlüsse über den Ausbau des Dachgeschosses einmündeten. Allerdings wurden die zugesagten Landesmittel dafür von der Stadt niemals abgerufen, ein Umstand, der frühzeitig Zweifel am »Wiederaufbau«-Interesse der Stadt Braunschweig weckte. In einer zweiten Phase ungerichteter Meinungsbildung zwischen 1954 und 1958 wurden unterschiedliche Finanzierungs- und Umgestaltungsmodelle erörtert, aus denen sich schließlich ein Stadthallenprojekt in privater Trägerschaft als vielversprechende Lösung herauskristallisierte. Aber auch dieses wurde in

fie des teilzerstörten Denkmals an seinem Aufstellungsort im Eingangsbereich des Hauptportales in: Herzog auf halbem Pferd. Zukunftspläne um das zerstörte Braunschweiger Schloß, in: Hamburger Abendblatt v. 5./6.9.1952, ebd., S. 62.

50 Schreiben Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirkes Braunschweig an Bezirkskonservator Seelecke v. 19.1.1952, ebd., S. 30.

51 Hierzu zählte auch die Renovierung der Burg Dankwarderode, Schreiben Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirkes Braunschweig an Bezirkskonservator Seelecke v. 19.1.1952, NLD BrSchl, S. 30. Vgl. Kurt Seelecke, Der Wiederaufbau der Braunschweiger Altstadt, in: Joachim Gerhardt/Werner Gramberg (Hrsg.), Bewahren und Gestalten. Festschrift zum siebzigsten Geburtstag von Günther Grundmann, Hamburg 1962, S. 115–118.

52 Vgl. Denkschrift Hartwig »Die wahre Geschichte der Verhandlungen über den Abbruch des Residenzschlusses zu Braunschweig« v. 20.2.1960, NLD BRSchl, S. 203/1.

53 Ebd., S. 203/1–11.



Fotografie der teilzerstörten Bohlweg-Front der Schlossruine von Nordosten, Frühsommer 1960. Noch unmittelbar vor dem Abriss präsentierte sich das Gebäude in seiner monumentalen stadträumlichen Wirkung am östlichen Innenstadtring. Zu diesem Zeitpunkt war das Schloss-Gitter schon lange wiederhergestellt worden und durch Neupflanzung einer Baumreihe auch die ursprüngliche Situation des Schlossplatzes. Als Trümmergelände zeitweise nur von mutigen Halbwüchsigen bevölkert, ging von der Ruine dennoch eine permanente, symbolisch überfrachtete Ausstrahlung aus, welche widerstreitende Geschichtsdeutungen bündelte.

© Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege. Fotothek der Bau- und Kunstdenkmalpflege.

der dritten und letzten Phase von der Stadt Braunschweig abgelehnt. Die SPD-Ratsmehrheit schwenkte Ende 1959 vielmehr überraschend auf die politische Radikallösung eines Abbruches ein, den sie im Dezember 1959 und Januar 1960 schließlich mit ihrer Einstimmigkeit brachial durchsetzte und trotz fortwirkender, noch stark ansteigender Proteste zwischen März und Mai 1960 auch durchführte.⁵⁴

Innerhalb dieses Politikfeldes ragen einerseits die frühen Konflikte zwischen der Staatsverwaltung und der Stadt Braunschweig und andererseits die politische Lagerbildung in Braunschweig heraus. Sie wiederum gewann in den späteren Phasen der Schlossdebatte unverhältnismäßig stark an Gewicht und mündete schließlich in eine unversöhnliche Konfrontation zwischen den Befürwortern eines »Wiederaufbaus«, die allesamt Honoratioren aus dem christlich-liberalen Demokratenlager waren, auf der einen Seite und den tonangebenden kommunalpolitischen Akteuren aus der SPD-Arbeiterbewegung, die sich pointiert als Anhänger der (Bundes-)Republik positionierten, auf der anderen Seite. Trotz des hohen Emotionalisierungsgrades der Abrissdebatte in den Jahren 1959/60 spielte die Braunschweiger Bevölkerung lediglich punktuell eine Rolle, die sie auch fast nur in sporadischen Leserbriefen äußerte.⁵⁵ Auf der großen Anti-Abriss-Demonstration Anfang

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Eine verhältnismäßig große Bedeutung erlangten diese Leserbriefe in den Jahren 1958 bis 1960 im direkten Umfeld der polarisierten politischen Auseinandersetzungen um den näher rücken-

1960 trat sie als Beiwerk der Honoratiorenpolitik der Abrissgegner auf, die geschlossen im Braunschweiger Landesverein für Heimatschutz auftraten und von dessen Vorsitzendem, Oberbaurat Hartweg, repräsentiert wurden.⁵⁶

Neben Hartweg, der auf einer in der Braunschweiger Presse abgedruckten Fotografie als Hauptredner gezeigt wurde, traten auch der Architekt Helmut Ebbecke und vor allem Richard Borek als Redner auf, dessen persönliche Invektiven gegen Oberbürgermeisterin Fuchs, die er »im Stile eines Volkstribuns schmetterte«, in der Berichterstattung der SPD-eigenen *Braunschweiger Presse* breiten Raum in der Markierung einer effektiv ausgestalteten Kampfrhetorik der Abrissgegner einnahmen. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt bemühte er das Muster gezielter polarisierender Diskriminierung des politischen Gegners, das auf Seiten des nationalkonservativen Lagers eine prinzipielle Kompromisslosigkeit in der Frage des Schlossabbruchs erkennen ließ, welche mit traditionellen Loyalitätserwartungen verknüpft wurde:

»Es ist unverständlich, dass wir eine Oberbürgermeisterin haben, die unter Nichtachtung des braunschweigischen Herzens kalt und gefühllos die Dinge geschehen lässt. [...] Wenn Sie, Frau Martha Fuchs, eine edel und großmütig denkende Persönlichkeit sind, dann sorgen Sie dafür, dass Ihre Freunde, die die Mehrheit haben, mit den anderen einen Kompromiß schließen. Aber ich glaube nicht, dass Sie das machen. Dann aber wird Ihr Name mit einem der traurigsten Kapitel der Braunschweiger Geschichte verbunden sein. Wenn Sie aber dieses Kulturdenkmal erhalten, setzen Sie sich selbst ein Denkmal damit.«⁵⁷

Wie sich zeigen lässt, waren Diktion und Inhalt dieser Invektive nicht zufällig gewählt. Indem Borek der früheren SPD-Widerstandskämpferin und ehemaligen niedersächsischen Staatskommissarin für Vertriebenenangelegenheiten Martha Fuchs Edelmet und Großzügigkeit absprach und dadurch ihre Bedeutung als überregional anerkannte, prominente sozialdemokratische Spitzenpolitikerin gezielt zu negieren trachtete⁵⁸, setzte er ihre Persönlichkeit in einen indirekten, aber offenkundigen Gegensatz zur zweiten First Lady der Braunschweiger Öffentlichkeit, zur letzten Braunschweiger Herzogin Viktoria Luise.⁵⁹

den Abriss der Schlossruine. Vgl. die Zeitungsausschnittsammlung zur Schlossdebatte, StABr A VII 3.

56 Alle diese Konfrontationen in der lokalen politischen Kultur wurden von einer engagierten Presseberichterstattung protokolliert und kenntnisreich kommentiert: Vgl. RK (Autorenkürzel), »Selbst der Regen kühlte die Kampfstimmung nicht ab. Massendemonstration gegen Schloßabriß. Protest des Landesvereins für Heimatschutz – Scharfe Kritik an dem Ratsbeschuß«, in: BZ v. 25.4.1960; E. M., Landesverein für Heimatschutz. Stopp des Schloß-Abbruches gefordert. Vorwürfe gegen Ratsmehrheit und Oberbürgermeister. Entschließung verlesen, in: Braunschweiger Presse v. 25.4.1960. Vgl. *Wedemeyer*, Residenzschloß, S. 137–139 mit einer Fotografie Boreks auf der Rednertribüne.

57 Stopp des Schloß-Abbruches gefordert, in: Braunschweiger Presse v. 25.4.1960.

58 Martha Fuchs (1892–1966) war von 1925 bis 1928 SPD-Stadtverordnete in Braunschweig und zwischen 1927 und 1930 Mitglied des Braunschweigischen Landtages. 1933 aus politischen Gründen aus ihrem Beruf als Gewerbeaufseherin entlassen, wurde sie von August 1944 bis April 1945 im KZ Ravensbrück gefangengehalten. Danach war sie erneut Ratsherrin in Braunschweig, anschließend Braunschweigische Landesministerin für Volksbildung und Niedersächsische Staatskommissarin für das Flüchtlingswesen. 1949 wurde sie als erste Frau Vorsitzende eines SPD-Bezirks. Zwischen 1947 und 1951 sowie 1954/55 war sie Mitglied des Niedersächsischen Landtags und von 1959 bis 1964 Oberbürgermeisterin von Braunschweig. Martha Fuchs kann damit als eine der herausragenden Politikerinnen der deutschen Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts und der jungen Bundesrepublik bezeichnet werden. Braunschweiger Stadtlexikon, hrsg. im Auftrag der Stadt Braunschweig von *Luitgard Camerer* u. a., Braunschweig 1992, S. 78.

59 Viktoria Luise, Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg, Prinzessin von Preußen (1892–1980), seit Mai 1913 bis November 1918 Herzogin, der zu Kriegsbeginn auch die Regentschaft übertragen wurde. Von 1919 bis 1925 im Exil in Österreich, lebte sie bis Juni 1945 mit ihrer Familie

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums beheimatet, nahm diese in der niedersächsischen Großstadt beträchtliche repräsentative Funktionen ein, wenngleich dies lediglich auf informellem Wege geschah.⁶⁰ Und nicht zufällig erschien »die Herzogin« für den flüchtigen Moment eines Foto-Termins als Zaungast auf dieser Demonstration, allerdings nicht in der Nähe der Redner-Tribüne, sondern weit entfernt davon, im Vorfeld der Protestversammlung, auf dem sie sich im angeregten Gespräch mit Demonstrationsteilnehmerinnen abfotografieren ließ.⁶¹

Inwieweit dieser mehr bürgerschaftliche als hochadelige Gestus Distanz oder Nähe zu den Anliegen der Schlossabrisssgegner um Borek repräsentierte, kann aus diesem Bildinhalt nur indirekt geschlossen werden. Wie weiter unten gezeigt werden kann, war »die Herzogin« allerdings dezidiert keine Anhängerin der Borek'schen Invektiven gegen Oberbürgermeisterin Fuchs, obwohl in Wedemeyers Schlossmonografie fälschlicherweise genau diese politische Orientierung mit der gezielten Präsentation ihrer Fotografie unterhalb der Rednerfotografie Boreks evoziert wird. Retrospektiv wurde damit eine politische Botschaft dieses Auftritts der Herzogin als Bestandteil einer größeren Inszenierung im Sinne Boreks vorgespiegelt, die tatsächlich gar nicht geäußert worden war. Demnach habe die große Pro-Schloss-»Wiederaufbau«-Demonstration die Braunschweiger Eliten mit ihrer Bevölkerung im späten Protest gegen den Abriss der Schlossruine vereint. Das aber verkehrt ex post wesentliche kulturelle und geschichtspolitische Entwicklungen in ihr Gegenteil, die in Braunschweig seit 1945 zu verzeichnen gewesen waren und parallel zur Schloss-Debatte das Spektrum an widerstreitenden geschichtspolitischen Bezügen in erheblichem Umfang neu akzentuiert hatten.

Demnach liegt in der kunstgeschichtlichen Monografie Wedemeyers eine retrospektive Verzerrung von zeitgenössischen Akteurskonstellationen vor, die ihrerseits als ein Argument für eine geschichtspolitische Codierung des gesamten Abrissdiskurses in den 1950er Jahren zu bewerten ist. Sie weist allerdings über vordergründige Zuschreibungen von traditionellen Loyalitätsmustern hinaus, so wie sie Borek im April 1960 rhetorisch zu implementieren trachtete, auch wenn nicht abgestritten werden soll, dass diese letztlich, allerdings in einer wesentlich ausdifferenzierenden Weise, die entscheidenden Maßstäbe des Akteurshandelns präfigurierten.

Wir können feststellen, dass mit dieser mehrfachen Überlagerung von (geschichts-)politischen Bedeutungsebenen noch eindeutig kaiserreichlich konnotierte Identitätskonstruktionen auf einer in ihrem Manifestationscharakter mehr an die Weimarer Republik als an die frühe Bundesrepublik erinnernden, gesteuerten Protestversammlung in die öffentliche Zuschaustellung einer gemeinsamen Sinndeutungsebene der Abrissgegner hineinragten. Diese Solidarierungsstrategie integrierte positive Identitätsanker des Schlosses aus verschiedenen Zeitphasen in einem gemeinsam ausformulierten Protest, welcher das Anliegen eines »Wiederaufbaus« auf beeindruckende Weise innerhalb der Braunschweiger Öffentlichkeit verbreitern konnte. Aus einer langjährigen Debatte innerhalb der Braunschweiger politischen Eliten war schließlich ein manifestes oppositionelles Selbstbewusstsein innerhalb der republikanischen Öffentlichkeit hervorgegangen.

auf Schloss Blankenburg im Harz und bis 1953 auf Schloss Marienburg, südlich von Hildesheim, ehe sie nach dem Tode ihres Mannes, des ehemaligen Herzogs Ernst August, nach Braunschweig zurückkehrte und hier bis zu ihrem Tode eine beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit erzielte, indem sie sich sozial und kulturell entlang ihres hochadeligen Wertesystems engagierte. Victoria Luise von Braunschweig kann sowohl für das späte Kaiserreich als auch für die Bundesrepublik und insbesondere für das Land Niedersachsen als eine der wichtigsten hochadeligen Repräsentationspersonen des 20. Jahrhunderts angesehen werden. Ebd., S. 236.

60 Vgl. Oral history-Interview mit Akademischem Direktor i. R. Peter Albrecht, Braunschweig v. 13.7.2004, Typoskript S. 2.

61 Abgedruckt in: *Wedemeyer*, Residenzschloss, S. 139.

So konnten die hoch emotionalisierten Inhalte des »Wiederaufbau«-Diskurses eine breite Resonanz mobilisieren, wenn sie als politisierte Stimmungslagen manifestiert und als symbolische Repräsentation inszeniert wurden. Gerade in dieser öffentlichkeitsorientierten Ausrichtung eines kontroversen policy-making sind spezifisch modernisierende Elemente des Akteurshandelns in der Braunschweiger »Wiederaufbau«-Politik zu sehen. Sie wiesen bereits in die spätere, postmoderne Phase neuer Braunschweiger »Wiederaufbau«-Debatten voraus, die seit Mitte der 1970er Jahre die lokale Meinungsbildung akzentuierten. Im Unterschied zu späteren »Wiederaufbau«-Diskussionen bleibt jedoch festzustellen, dass die Auseinandersetzung der 1950er Jahre keine konsensbildende politische Wirkung entfalten konnte.⁶²

III. GEPLANTER ABRISS?

Bereits die Zeitgenossen und allen voran Oberbaurat Hartweg aus dem Niedersächsischen Staatshochbauamt in Braunschweig verwiesen wiederholt auf eine ideologische Entscheidungsfindung, welche die Gegner eines Schlosserhalts einte. Ausschlaggebend für den Abriss der Schlossruine wäre demnach nicht eine sachlich begründete Entscheidung gegen den »Wiederaufbau« eines teilzerstörten Monumentalgebäudes in einer herausragenden Zentrums- und Zentrumslage der niedersächsischen Großstadt gewesen, sondern der politische Wille, das Schloss zu beseitigen, weil es vielschichtige Bedeutungen in der lokalen Erinnerungspolitik eröffnete, die seine Bewahrung als einen Braunschweiger Erinnerungsort nicht zuließen. Zu fragen ist deshalb, ob weniger das Gebäude selbst als vielmehr die darauf lastenden Geschichtsdeutungen durch Abriss entsorgt werden sollten. Dementsprechend sind nicht nur die konkreten Bauentscheidungen zu analysieren, sondern vor allem die diesen zugrunde liegenden Weisen der Wahrnehmung des Schlosses als eines zu verhindernden Erinnerungsortes. Demzufolge treten die retrospektiven Legitimationsstrategien der Abrissentscheidung sowie ihrer Konterkarierung für eine Neuinterpretation der Braunschweiger Stadtgeschichte in das Zentrum ihrer historiografischen Analyse. Die in Auszügen wiedergegebene Borek-Rede enthielt bereits Ansätze einer solchen kulturgeschichtlichen Historisierung von Politikstrategien. Allerdings blieb sie eng eingegrenzte Negativ-Stereotypisierungen des politischen Gegners verhaftet und begrenzte damit den Diskursraum in interessenpolitischer Absicht auf antipodisch konstruierte politische Lager und deren vorgebliche Unversöhnlichkeit.

Um dieses Spektrum an gegenläufigen und widerstreitenden Sinndeutungen aufzufächern, soll zunächst die zeitgenössische Perzeption des Aushandlungsprozesses über die Zukunft der Schlossruine analysiert werden. Als maßgeblichen Inspirator des Schlossabbrisses benannte Oberbaurat Hartweg den langjährigen Braunschweiger Oberstadtdirektor Lotz, der in den späten 1940er und den 1950er Jahren die »Wiederaufbau«-Politik der Stadt »maßgeblich« geprägt hatte.⁶³ Dieser Verdacht stützte sich auf konkrete baupoliti-

62 Vgl. *Georg Wagner-Kyora*, »Wiederaufbau« und Stadt-Raum. Streit um die Rekonstruktion des Dortmunder Rathauses und der Alten Waage in Braunschweig 1974–1994, in: *Adelheid von Saldern* (Hrsg.), *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchzeiten*, Stuttgart 2006 (im Erscheinen).

63 Erich Walter Lotz (1895–1966), SPD-Mitglied seit 1919, von 1919–1930 im Schuldienst, Stadtverordneter und -vorsteher in Aschersleben, nach 1933 verhaftet und unter Polizeiaufsicht, anschließend in der Privatwirtschaft, 1945 Landrat und Oberkreisdirektor in Eutin, von 1946 bis 1960 Oberstadtdirektor in Braunschweig, Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages, Angehöriger verschiedener Verkehrsverbände, Ehrenbürger der Stadt Braunschweig sowie Ehrensenator der TH Braunschweig und Ehrenbürger der Universität Frankfurt/Main, Braunschweiger Stadtlexikon. Ergänzungsband, hrsg. im Auftrag der Stadt Braunschweig von *Manfred Garz-*

sche Weichenstellungen: So habe Lotz die von Hartweg initiierte Zusage des Niedersächsischen Finanzministeriums über eine Anschubfinanzierung zugunsten des Dachausbaus der Schlossruine zur »Winterfestmachung« eigenmächtig hintertrieben.⁶⁴ In seiner resümierenden Denkschrift über den Entscheidungsprozess aus dem Jahr 1953, der den Abriss dezidiert nicht verhindert haben sollen, präsentierte Hartweg die Vorstellung von einer gezielten politischen Intrige eines hartnäckigen »Wiederaufbau«-Gegners:

»Nicht lange danach erhielt der Verfasser [Hartweg] die Nachricht, dass der Oberstadtdirektor Lotz der Stadt Braunschweig in Hannover sowohl bei Herrn Gollert [Ministerialdirigent im Niedersächsischen Finanzministerium] als auch beim Minister gewesen sei und sich für die Niederlegung des Schlosses ausgesprochen habe. Danach war es natürlich nicht mehr möglich, von dem Lande Niedersachsen Geldmittel für die Erhaltung des Schlosses zu erhalten. Der Oberstadtdirektor Lotz gab diese Erklärung in Hannover ab, obwohl er sich laut der Niederschrift über die Besprechung Wiederaufbau des Schlosses am 28.10.1953 im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes grundsätzlich für die Verwendung der erhaltenswürdigen Teile eingesetzt hatte.«⁶⁵

Der Schriftwechsel zwischen den föderalen Hierarchieebenen der damit befassten niedersächsischen Staatsverwaltung in den Bereichen Inneres, Kommunalverwaltung und Denkmalschutz in Hannover und Braunschweig belegt, dass Lotz' diskontinuierliche Verhandlungsführung in der Landeshauptstadt beim potentiellen Finanzier eines »Wiederaufbaus« der Ruine einen negativen Eindruck hinterließ, der vom Denkmalkonservator für den Verwaltungsbezirk Braunschweig, Dr. Seelecke, geteilt wurde.⁶⁶ Als staatlicher Repräsentant des Denkmalschutzes suchte Seelecke daraufhin die Unterstützung des niedersächsischen Landeskonservators Professor Karpa in Hannover. Unter Verweis auf die von ihm strikt abgelehnte Abrisshaltung des Oberstadtdirektors regte Seelecke konkrete Handlungsoptionen der staatlichen Denkmalpflege an, welche einen irreversiblen Schub zugunsten des Schloss-»Wiederaufbaus« bewirken sollten: »Es müsste nun wohl 1) ein Pressefeldzug beginnen, 2) ein Nutznießer gesucht, 3) die Finanzierung der Schutzmassnahmen gesichert werden.«⁶⁷

Zwar konnte Seelecke wiederum nichts Konkretes erreichen, aber dennoch einen wichtigen politischen Erfolg verbuchen, der seine interessenpolitische Initiative zunächst belohnte. So wurde auf Initiative des Braunschweiger Verwaltungspräsidenten Schlebusch⁶⁸

mann/Wolf-Dieter Schuegraf, Braunschweig 1996, S. 89 f. Lotz kann damit zu den bedeutendsten Kommunalpolitikern der jungen Bundesrepublik gezählt werden. Das Zitat aus ebd.

64 Auf Befürworten des Ministerialdirigenten Gollert im ns. Finanzministerium durch Finanzminister Kubel persönlich positiv beschieden. Ein Kostenvoranschlag in Höhe von 350.000 DM hätte jedoch von der Stadtverwaltung Braunschweig dort beantragt werden müssen, was niemals geschah. Denkschrift Hartweg »Die wahre Geschichte (...)« v. 20.2.1960, NLD BRSchl, S. 203/3 f.

65 Ebd.

66 »Auf meine Anfrage nach dem Verbleib der vom Land Niedersachsen bewilligten 500.000 DM zwecks Aufbringung des Daches erklärte Herr Min.Dir. Gollert, dass Herr Oberstadtdirektor Lotz sich persönlich Herrn Gollert gegenüber für Beseitigung des Schlosses ausgesprochen habe, und alle Bestrebungen für Beseitigung unterstütze. Unter dem Eindruck der Uneinigkeit der Meinungen und des Fehlens entschiedener Stimmen aus der Öffentlichkeit für Erhaltung des Schlosses habe der Landtag die in Aussicht gestellten Mittel um ein Jahr zurückgestellt.« Interner Vermerk Seelecke, Braunschweig v. 5.8.1953, NLD BRSchl, S. 59.

67 Vermerk Dienststelle des Landeskonservators für Niedersachsen, Wolff für Professor Karpa, Hannover v. 13.8.1953, ebd., S. 61.

68 Hubert Schlebusch (1893–1955), seit 1919 SPD-Mitglied, 1920 SPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Mönchengladbach, anschließend Reichstagsabgeordneter, 1923 Widerstand im Ruhrkampf, 1933 stimmte er gegen das Ermächtigungsgesetz, mehrfache Inhaftierungen aufgrund von organisierter Widerstandstätigkeit, zeitweise im KZ Dachau. Von der britischen Militärregierung Ende April 1945 zum braunschweigischen Ministerpräsidenten ernannt, Anfang

für Ende Oktober 1953 eine meinungsbildende »Wiederaufbau«-Konferenz zwischen allen mit der Schlossfrage befassten politisch wichtigen Akteuren aus der staatlichen und der kommunalen Ebene im Braunschweiger Regierungspräsidium einberufen.⁶⁹ Unter dem Druck der Anwesenden aus der niedersächsischen Staatsverwaltung, welche ein Votum zugunsten des »Wiederaufbaus« erwarteten, schien Oberstadtdirektor Lotz seine harte Haltung tatsächlich zu revidieren. Jedenfalls musste er sich zu Beginn dieser Sitzung mit »vier Möglichkeiten zur Lösung der Wiederaufbaufrage auseinander[setzen]«, wobei er vorausschickte, »dass die Stadt grundsätzlich für die Erhaltung des Erhaltungswürdigen sich einsetzt.«⁷⁰ Allerdings muss gerade dieser letzte Passus in seiner spezifischen Ambivalenz quellenkritisch hervorgehoben werden. Denn wie sich sieben Jahre später herausstellte, hatte Lotz das Schloss wohl eher nicht als erhaltungswürdig eingeschätzt. Dass seiner Argumentation zugunsten eines Erhalts im Jahre 1953 tatsächlich ein Subtext des Abrisses unterstellt werden kann, so wie ihn Hartweg und Seelecke bereits zeitgenössisch als bewusste Intrigenstrategie des Oberstadtdirektors moniert hatten, kann durchaus bestätigt werden.

So sprach sich Lotz schon im Oktober 1953 dezidiert gegen eine »völlige Wiederherstellung des alten Zustandes« aus. Dies geschah mit der Begründung, dass »die gegebenen hohen Räume und ihre Belichtung keine für die heutigen Anforderungen passende [...] Lösung zulassen.«⁷¹ Bereits diese Einschränkung offenbarte eine höchst ambivalente Einschätzung des Bauzustandes der Schlossruine. Denn sie setzte das Vorhandensein noch intakter Raumfolgen innerhalb des Gebäudes voraus, das einem Abriss entgegenstand. Lotz schätzte im Oktober 1953 lediglich deren mögliche Nutzung als inadäquat ein, ohne sich allerdings auf einen künftigen Verwendungszweck festlegen zu wollen. Lotzens Gegner hätten aus diesem ungewollten Zeugnis eines guten Bauzustandes der Ruine schnell starke Pro-»Wiederaufbau«-Argumente schmieden können, wenn sie entsprechend flexibel in die Debatte eingegriffen hätten, zumal sich der Oberstadtdirektor mit solchen Nutzungsoptionen in einen handfesten Widerspruch zum möglicherweise bereits damals schon geplanten Abbruch der Schlossruine verwickelt hätte. Aber das unterblieb. Lotz musste zwar zugestehen, dass »die radikale Lösung, die Ruine abzubrechen und etwas Neues an ihre Stelle zu setzen, [...] nicht [...] vertretbar« sei, und das konnte vordergründig als dezidierte Stellungnahme zugunsten des Erhalts verstanden werden. Aber dass der Braunschweiger Oberstadtdirektor wohl bereits zu diesem frühen Zeitpunkt auf etwas ganz anderes abzielte, nämlich auf den Verzicht einer Neubebauung nach dem von ihm ebenfalls bereits intendierten Abriss der Schlossruine, kann kaum von der Hand gewiesen werden. Eine solche Absicht hätte konzeptionell die spätere Grünflächenplanung eines Schlossparks vorweggenommen, die in den 1960er Jahren auf dem Schlossgelände dann auch verwirklicht wurde.

Mai 1946 Landesdirektor, seit November 1946 bis zum Tod 1955 Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig. Schlebusch war einer der wichtigsten niedersächsischen Landespolitiker der Nachkriegsjahre. *Henning*, in: Braunschweigisches Biographisches Lexikon 19. und 20. Jahrhundert, im Auftrag der Braunschweigischen Landschaft e. V. hrsg. v. *Horst-Rüdiger Jarck/Günter Scheel*, Hannover 1996, S. 521 f.

69 Zur Begründung betonte Schlebusch, der bereits für das Haushaltsjahr 1954 die Mittel zur Dachinstandsetzung erneut in Hannover beantragt hatte, seine primäre Motivation zum Schlosserhalt: »Es ist jedoch kaum damit zu rechnen, dass der Haushaltsausschuss des Landtages diese großen Mittel bewilligen wird, wenn nicht zuvor Einmütigkeit aller beteiligte Kreise in Braunschweig über die Notwendigkeit, das Schloss zu erhalten, herbeigeführt wird.« Schreiben des Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirkes Braunschweig Schlebusch an Bezirkskonservator Seelecke, Braunschweig v. 17.10.1953, ebd., S. 64.

70 Protokoll der Besprechung »Wiederaufbau des Schlosses« am 28.10.1953 im großen Sitzungssaal des [Braunschweiger] Regierungsgebäudes, ebd., S. 64/1–65/2, hier S. 64/1.

71 Ebd., S. 64/1, das folgende ebd. und S. 64/2.

Seine instrumentelle Argumentation offenbarte darüber hinaus eine bemerkenswerte Engführung der Deutungspotentiale für das Gebäude, die für die gesamte Schlossdebatte in den 1950er Jahren kennzeichnend werden sollte. So lehnte Lotz es ab, »das Schloß als Ruine zu erhalten«, weil »diese Ruine nicht etwa mit der Wirkung des Heidelberger Schlosses zu vergleichen sei«. Das aber war ein sehr schwaches, weil geschmäcklerisches Argument gegen eine damit als abseitig und als bloß romantisierend dargestellte Möglichkeit, das Gebäude als einen Erinnerungsort der Braunschweiger Geschichte in seinem Charakter als solitäre Mahnmalarchitektur zu bewahren. Eine solche Lösung wurde zeitgleich in verschiedenen deutschen Großstädten verwirklicht, etwa in Hannover mit dem Erhalt der Ruine der Ägidienkirche, in Berlin mit dem Erhalt eines Teils der Ruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche sowie ihres avancierten Neubaus und in Köln mit dem Erhalt der Ruine der Kirche St. Alban, die in den »Wiederaufbau« des höchst traditionsreichen stadtbürgerlichen Saalbaues Gürzenich integriert wurde, eines der Flaggschiffe des kommunalen »Wiederaufbaus«.⁷²

Lotz ergänzendes Abrissargument, man wolle Braunschweig von Ruinen »befreien«, markierte zudem eine grundsätzlich niedrig angesetzte Reflexionsbereitschaft über den ideellen Wert dieses umstrittenen Baudenkmals, wie sie in den 1950er Jahren in den Akteurseliten der deutschen »Wiederaufbau«-Städte allenthalben anzutreffen war, weil Geschichte und eine darauf basierende Geschichtsarbeit infolge der NS-Erfahrungsgeschichte generell diskreditiert waren. Dass sich in Braunschweig einer der prominentesten Vertreter aus der administrativen Elite diese Geringschätzung zu eigen machte, kann als eine willentliche Vorwegnahme der Entscheidung für den späteren Schloss-Abriss erkannt werden, auch wenn damit zunächst keine konkreten Schritte verbunden waren. Wie die übrigen Argumente des Braunschweiger Oberstadtdirektors war eine solche Primär-Motivation in eine als oberflächliche Zustimmung ausdeutbare Redeweise zugunsten eines allgemeinen »Wiederaufbau«-Konsenses integriert worden. Dennoch kann letztlich nicht geklärt werden, ob dies deshalb geschah, um eine bereits im Oktober 1953 tatsächlich vorhandene instrumentelle Abrissabsicht zu vertuschen.

Immerhin sah sich Lotz infolge der Braunschweiger »Wiederaufbau«-Konferenz trotz aller eigenen Vorbehalte dazu genötigt, dem Braunschweigischen Verwaltungspräsidenten eine aus seiner Sicht »beste Möglichkeit« des Schloss-»Wiederaufbaus« zu präsentieren: »Erhaltung und teilweise Wiederherstellung des Südflügels und des schönsten Teiles der Bohlwegfront von der Südecke bis einschließlich Mittelbau, Abbruch des Nordflügels und seinen Ersatz durch ein großes öffentliches oder privates Gebäude.« Es solle eine Ideenwettbewerb »in Anlehnung an bereits erarbeitete Pläne namhafter Architekten wie Prof. Dr. Göderitz und Prof. Dr. Kraemer« abgehalten werden, »– vorbehaltlich der Beschlüsse der städtischen Gremien [...]«. Vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung erscheint eine in diesem Nachsatz unterstellte Absicht, genau diese Beschlüsse zu verhindern, um damit den Verfall und Abriss des Gebäudes zu bewirken, eine mögliche, aber nicht eine zwangsläufig aus dieser Konstellation herrührende interessenpolitische Absicht gewesen zu sein. Jedoch spricht eindeutig der Umstand für diese Annahme, dass die entsprechenden Finanzierungsmittel zugunsten des Dachausbaus von der Stadt niemals beantragt oder abgerufen worden waren, obwohl Verwaltungspräsident Schlebusch sie geradezu auf dem Präsentierteller angeboten hatte.

Im Meinungsbild der Teilnehmer dieser »Wiederaufbau«-Konferenz hatten sich bemerkenswerte Verschiebungen in Richtung auf einen Kompromiss zugunsten des Schlosser-

⁷² Vgl. *Hartwig Beseler/Niels Gutschow*, *Kriegsschicksale Deutscher Architektur. Verluste, Schäden, Wiederaufbau. Eine Dokumentation für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: Nord, Neumünster o. J., S. 252, 254 f., S. 138–140, 528, 562.

halts ergeben. Während der damalige Braunschweiger Oberbürgermeister Semler⁷³ einen Wettbewerb zugunsten des Erhalts der Bohlwegfront unterstützte, war Stadtbaurat Göderitz inzwischen von seiner Fixierung auf einen Stadthalleneinbau in den zerstörten Nordflügel abgerückt und plädierte zugunsten einer »organischen Verbindung zwischen alter und neuer Form«, ohne sich allerdings auf die künftige Funktion eines »wiederaufgebauten« Schlossgebäudes festzulegen. Auch die Industrie- und Handelskammer hatte sich von ihrer Forderung nach Abriss zugunsten eines moderaten »Teilwiederaufbaues« entschieden und darin fand sie Bundesgenossen in der Kreishandwerkerschaft und der lokalen Gastronomie. Oberregierungsrat Nagel vom Verwaltungspräsidium, Bezirkskonservator Seelecke und der Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig, Prof. Dr. Dorn, drängten jeder für sich auf konkrete Maßnahmen, um das Gebäude erhalten zu können, aber, auf diesen entscheidenden Punkt angesprochen, winkte Lotz ab »mit dem Bemerkten [...], dass man sich jetzt nicht festlegen könne, da der Umfang der Baumassnahmen ja wesentlich von dem Ergebnis des vorgesehenen Wettbewerbs abhängen wird.«⁷⁴ Beurteilt man die fortgesetzte Ablehnung des sichernden Substanzerhalts seitens der Braunschweiger Stadtverwaltung, kann man selbst darin noch keinen eindeutigen Beleg für eine instrumentelle Haltung zugunsten des Schloss-Abrisses erkennen. Aber die zeitgenössischen Gerüchte darüber wurden bestätigt, wenn man sie im Kontext einer bis 1960 praktizierten Hinhaltestrategie analysiert, welche jedwede Baumaßnahmen am Schloss kontinuierlich abwehrte.

In politischer Hinsicht hatte diese Beratung ein Zwischenergebnis zugunsten des Substanzerhalts der Schlossruine erbracht, das dennoch keine konkreten Schritte nach sich zog. Zwar hatte der Braunschweiger Verwaltungspräsident den zögerlichen Oberstadtdirektor dazu verpflichtet können, im Rahmen eines neu konstituierten »Arbeitsausschusses« einen Ideenwettbewerb auszuschreiben, um »das Erhaltungswürdige zu erhalten und mit neuem Leben zu erfüllen.«⁷⁵ Damit war Lotz' konzeptionelle Abwehrstrategie an der geballten Konsenspolitik des Regierungspräsidiums vorerst gescheitert. Denn jetzt musste er das Konzept eines »Wiederaufbaus« der Schlossruine auf die Agenda der Stadtverwaltung setzen. Aber ihre kommunalpolitischen Entscheidungen taten ein Übriges dazu, dass sich in den Folgejahren mehrere fruchtlose Initiativen zum »Wiederaufbau« ablösten, ohne die Zukunft des Gebäudes tatsächlich abzusichern.

Eine wichtige Etappe in diesem Prozess stillgelegter Bauinitiative nimmt der sogenannte Schlossvertrag ein. Juristisch stand er in einer Kontinuität zum Pachtvertrag zwischen der Stadt Braunschweig und dem Land Niedersachsen aus dem Jahr 1946, der die vorübergehende Nutzung des Schlossgeländes für die Entrümmerung geregelt hatte. Nach langjährigen Verhandlungen verkaufte nun das Land Niedersachsen das Schloßgebäude zum 1. April 1955 an die Stadt mit der Maßgabe, dieses innerhalb eines überschaubaren Zeitraums von drei bis fünf Jahren »entweder als Schloß wieder herzustellen, [es] teilweise zu erhalten oder [...] zu beseitigen.«⁷⁶ Gleichzeitig wurde darin festgelegt, »den unbebau-

73 Kurt Semler (1879–1965) 1945 Mitbegründer des CDU-Kreisverbandes Braunschweig, von 1946 bis 1957 Ratsherr, von 1952–1954 Braunschweiger Oberbürgermeister in einer Rechtskoalition der CDU mit der nationalkonservativen Deutschen Partei und dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten. 1957 Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Schliwinski, in: Braunschweigisches Biographisches Lexikon, S. 565.

74 Diskussionsverlauf in Protokoll der Besprechung »Wiederaufbau des Schlosses« am 28.10.1953, NLD BRSchl, S. 64/1- S. 65/2.

75 Ebd., S. 65/2.

76 § 3 des Schlossvertrages, das folgende ebd. In §6 war darüber hinaus eine Konventionalstrafe von einer Million DM im Falle der Fristüberschreitung festgelegt, woraus sich ein schleichernder Handlungsdruck auf die Akteure ergab, den Entscheidungsprozess abzuschließen. Der Kaufpreis (§2) belief sich auf 1,25 Millionen DM inklusive des Schlossgeländes mit 60.000

ten Grundstücksteil als öffentlichen Platz, Straßen- oder Grünflächen herzurichten«, womit die spätere Entscheidung für einen »Schlosspark« auf diesem Gelände bereits konzeptionell vorweggenommen wurde.

Im Dezember 1955 stellte der Braunschweiger Professor für Gebäudelehre und Entwerfen, Friedrich Wilhelm Krämer⁷⁷, seine eigenen Umgestaltungspläne für einen in das Gebäude integrierten Stadthallenbau anstelle des zerstörten Nordflügels vor. Der von Lotz in Aussicht genommene Ideenwettbewerb war nicht ausgeschrieben worden und so war mit diesem Vorschlag die Planungsinitiative zwischenzeitlich an Krämers Lehrstuhl an der Technischen Hochschule übergegangen. In Ermangelung eines Alternativkonzepts sollte er die künftigen Auseinandersetzungen um die Funktionsnutzung eines Schloss-»Wiederaufbaus« maßgeblich beeinflussen. Krämer schlug vor, die Bohlwegfront als Ruinen-Architektur zu belassen, während der Südflügel ausgebaut und auf dem Gelände überdies ein zehnstöckiges Hochhaus errichtet werden sollte. Diese Bauplanung war dadurch erleichtert worden, dass im September 1955 der Wert »der wieder verwertbaren Baumaterialien« der Schloss-Ruine, insbesondere des Mauerwerkes der unzerstörten Gebäudeteile und der Kuppel, vom Bauaufsichtsamt auf den erklecklichen Betrag von 3 Millionen DM taxiert worden war.⁷⁸

Ganz im Gegensatz zu diesen bauplanerischen Initiativen war wenige Monate zuvor, maßgeblich auf Veranlassung des Bauaufsichtsamts, das rückwärtig gelegene, denkmalgeschützte Orangeriegebäude abgerissen worden, das im Umgestaltungsplan Krämers noch als zukünftiges »Orangeriecafé« vorgesehen war. Dieser Abriss war erfolgt, ohne dass

qm Umfang. Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen, gez. Alfred Kubel, und der Stadt Braunschweig, gez. Erichwalter Lotz, von März 1955, zitiert nach der 3. Ausfertigung v. 21.8.1957, StABr E30–106. Vgl. Denkschrift Hartwig v. 20.2.1960, NLD BrSchl, S. 203/4. In einem Verlängerungsvertrag war die letztmögliche Frist für den Beginn der Abrucharbeiten auf den 1.4.1960 verschoben worden, sie mussten zum 1.4.1962 abgeschlossen sein. Kn., Die Entscheidung, in: BZ v. 20.10.1959. Die Motivation seitens der Niedersächsischen Landesregierung für diese ungewöhnliche Entscheidung, ein Schloss aus Landes- in städtischen Besitz zu übergeben, kann hier nicht aufgearbeitet werden, weil die entsprechenden Quellenbestände des Niedersächsischen Kultusministeriums vom Verfasser nicht recherchiert worden sind. Fehlende Bindungen der Hannoverschen Ministerialelite an das Braunschweiger Repräsentationsgebäude mögen ihr Übriges getan haben, verweisen aber auch auf Parallelen hinsichtlich der »Wiederaufbau«-Debatten um das Herrenhauser Schloss. Vgl. *Friedrich Lindau*, Hannover. Der höfische Bereich Herrenhausen. Vom Umgang der Stadt mit den Baudenkmalen ihrer feudalen Epoche, München etc. 2003, S. 159–198, 260–266. Ganz im Gegensatz dazu war die Ruine des Hannoverschen Leineschlusses in den 1950er Jahren gesichert und anschließend aufwändig zum niedersächsischen Parlamentsgebäude ausgebaut worden. Vgl. *Georg Schnath*, Das Leineschloss. Kloster, Fürstensitz, Landtagsgebäude, Hannover 1962, S. 184–194; *Dieter Oesterlen*, Bauten und Texte 1946–1991, Tübingen etc. 1992, S. 20–35. Zum Abriss von Baudenkmalen in den 1950er Jahren in Hannover vgl. außerdem *Friedrich Lindau*, Hannover. Wiederaufbau und Zerstörung. Die Stadt im Umgang mit ihrer bauhistorischen Identität, Hannover 2000².

77 (1907–1990) seit 1929 an der Technischen Hochschule Braunschweig, seit 1935 Architekt in Braunschweig, 1945 Promotion über die Braunschweiger Klassizisten Krahe und Ottmer, anschließend für ein Jahr Oberbaurat und Leiter des Stadtplanungsamtes in Braunschweig. Von 1946 bis 1974 Professor für Gebäudelehre und Entwerfen an der Technischen Hochschule/Universität Braunschweig, gleichzeitig »rege Bautätigkeit« des eigenen Architekturbüros und damit »der bedeutendste und erfolgreichste Architekt im Braunschweig der Nachkriegszeit.« Krämer war als nur einjährig amtierender Stadtplaner verantwortlich für das Braunschweiger Wiederaufbaukonzept eines tangentialen Innenstadtstraßensystems unter Beibehaltung der von ihm entwickelten »Traditionsinseln«. Darüber hinaus konzipierte er später den »Wiederaufbau« des Gewandhauses als »eine moderat modernistische Variante historisierender Rekonstruktion.« *Drüeke*, in: Braunschweigisches Biographisches Lexikon, S. 343.

78 Vermerk Stadt Braunschweig, Bauaufsichtsamt »Bestandsaufnahme der Schlossruine«, NLD BrSchl, S. 83 f.

der Bezirkskonservator Seelecke zuvor davon unterrichtet worden wäre, geschweige denn eine Streichung aus der Liste der denkmalgeschützten Bauwerke vorgenommen hätte.⁷⁹ Er warf ein bezeichnendes Schlaglicht auf einen höchst widersprüchlichen Entscheidungsprozess in der Braunschweiger Stadtverwaltung und bezeichnete damit eine weitere Etappe auf dem Weg zur Devastierung der Schlossruine.

Das Stadthallenprojekt Krämers nahm in dieser zweiten Phase der »Wiederaufbau«-Debatte des Residenzschlusses punktuell einen besonders öffentlichkeitswirksamen Stellenwert ein, ohne jedoch das Meinungsbild in der politischen Elite letztlich entscheidend prägen zu können. Dass die Initiative weiterhin bei Dritten lag, zeigte sich, nachdem weitere knapp drei Jahre ins Land gegangen waren, in denen die Untätigkeit der Stadtverwaltung eine Entscheidungsbildung weiterhin hinausgezögert hatte. So regte im September/Oktober 1958 eine Banken-Investorengruppe die Gründung einer »Verwertungsgesellschaft für den Schlossaufbau der Stadt« in Eigenregie an. Als Sprecher der Investoren traten der Bankier Kurt von Seelen und sein Architekt Hans Hach auf.⁸⁰ Zur Überraschung der kommunalpolitischen Akteure präsentierte von Seelen eine attraktive Multifunktionsnutzung eines »wiederaufgebauten« Schlossgebäudes, hinter dem das solide durchkalkulierte Finanzierungskonzept einer starken Bankengruppe stand.⁸¹

Zwar zeigte sich der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig kurzfristig an darauf basierenden Bauentwürfen und auch an Vertragsunterlagen interessiert, zumal damit das Gegenargument einer fehlenden Finanzierungsbasis für den Schloss-»Wiederaufbau« urplötzlich entfallen war. Im Auftrag der Gruppe von Seelen/Hach wurden dann

79 Schreiben Seelecke an Bauaufsichtsamt Braunschweig v. 16.5.1955, ebd., S. 81.

80 Vermerk Stadtbaurat Schütte v. 13.8.1958 über eine Besprechung mit den Herren von Seelen und Hach vom selben Tag, StABr E 212 (Stadtbaurat) I-6, 3 Seiten unpaginiert. Beide sagten darin eine Eigenkapitalbasis von 1,5 bis 1,8 Millionen DM zur Erlangung eines annähernd zehnfach höheren Bankdarlehens für die Gesamtbausumme zu. Als künftiger Geschäftsführer der Braunschweiger Schlossstadthalle hatte der renommierte Betreiber der Rhein-Main-Halle in Wiesbaden, Stenger, sein Interesse bekundet. Von Seelen und Hach erwarteten von der Stadt Braunschweig Sondertarife für den Unterhalt der Infrastruktur von Gas, Wasser, Licht und Abwasser, die Bürgerschaftsübernahme für einen Teil des Bankkredits und die Stundung des Erbbauzinses für das Grundstück während der ersten Jahre des Stadthallenbetriebs sowie Vertrauensschutz. Daraus kann abgeleitet werden, dass die potentiellen Betreiber neben den beträchtlichen Baufinanzierungskosten auch die monatlichen festen Betriebskosten des Stadthallengebäudes in Höhe von geschätzten 100.000 DM/monatlich durch eigenes Risiko am Kreditmarkt abdecken wollten.

81 Dementsprechend günstig wurde ihr Porträt in der nach Führungsfiguren eines Schloss-»Wiederaufbaus« gierenden Braunschweiger Zeitung gezeichnet: »Kurt von Seelen, gemeinsam mit dem in Braunschweig nicht mehr unbekanntem Frankfurter Architekten Hach (Neckermann-Bau) und dem hannoverschen Bauunternehmer Fritz Schuppert Motor des immerhin imponierenden Projektes Mehrzweckhalle Braunschweig, ist der durch seine Bankenverbindungen und durch die Initiative, mit der er sich an vielen Orten der Bundesrepublik ausgezeichnet hat, der Mann, der unserer Stadt durch das von ihm mit geleitete Unternehmen das Gewicht wiedergeben will, das ihr als bedeutender Mittelpunkt des großen Wirtschaftsraumes zwischen Harz und Heide gebührt.« Kn., Noch verbleibt uns die Hoffnung. Was wird aus dem Schlossplatzplan? BZ-Interview mit Kurt von Seelen, in: BZ v. 18.2.1959, aus: Zeitungsausschnittsammlung Braunschweiger Schloss, StABr A XI 8, unpaginiert, passim. Ähnlich euphorisch geriet das Porträt des avisierten Geschäftsführers der Schlossstadthalle, Stenger, Betreiber der von ihm »mit Gewinn geführten« Wiesbadener Stadthalle, der unter dem Aspekt der Städtekonkurrenz dezidiert als Erfolg verheißender Macher eingeführt wurde: »Es ist der 50jährige Renard Arnulf Stenger, agil, impulsiv, ein Arbeitstier, voller Initiative und jung wie 40, ein Berliner, der Architektur studierte, 1931 ein Betriebsdirektor des Sportpalasts war, danach die Ostpreußenhalle in Königsberg und die Jahrhunderthalle in Breslau leitete. Nach dem Krieg war er, bevor er nach Wiesbaden ging, Direktor der Weser-Ems-Halle in Oldenburg.« Pe., Kein Schloß im Mond. Interview mit R. A. Stenger, Präsident des Hallenverbandes, in: BZ v. 17./18.1.1959.

zwei Gutachten erstellt mit dem Ziel, die Finanzierbarkeit und das hieß auch: die Rentabilität einer künftigen Stadthalle an diesem Standort nachzuweisen.⁸² Während der Stadthallenbau bei veranschlagten Gesamtkosten von 14 Millionen DM in einer knapp kalkulierten und abgespeckten Version seitens des Fachgutachters Vierling akzeptiert wurde, konnte eine künftige wirtschaftliche Betriebsführung allerdings schon deshalb nicht nachgewiesen werden, weil zu diesem Zeitpunkt grundsätzlich kaum ein Stadthallenbau in der Bundesrepublik, mit Ausnahme der Wiesbadener Stadthalle, wirtschaftlich geführt werden konnte, also möglicherweise ein permanentes Zuschussobjekt blieb, worauf Vierling explizit verwies.⁸³ Seine Verhandlungen mit der Investorengruppe führten dennoch zu einem beeindruckend günstig kalkulierten Finanzierungsplan, zumal diese zusicherten, den Stadthallenbetrieb in Eigenregie zu übernehmen.⁸⁴

Aber selbst unter den von der Investorengruppe von Seelen/Hach angebotenen hervorragenden Finanzierungsbedingungen wollte die Stadtverwaltung den »Wiederaufbau« des Schlosses als Stadthalle schließlich nicht akzeptieren.⁸⁵ Von ihr forderten die Investoren lediglich, eine begrenzte Bürgschaft in Höhe von sieben Millionen DM zu übernehmen, um damit einen Kredit auf einen Teil der ursprünglich wesentlich höher, auf 18 Millionen DM, veranschlagten Bausumme⁸⁶ abzusichern; allein 11,8 Millionen DM konnten

82 Gutachten Hans Vierling, öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für das Hotel- und Gaststättengewerbe, »zu den bei der Stadtverwaltung Braunschweig vorliegenden Plänen und Wirtschaftlichkeits-Berechnungen der Schloßbau G.m.b.H. für den Bau einer großen Stadthalle – für Mehrzwecke – verbunden mit Hotel-, Restaurant und Café-Betrieb«, Bad Godesberg v. 3.4.1959, 36 Seiten, StABr E 212 I–6, Architekt Hans Hach, vereidigter Bausachverständiger, Stellungnahme zum Gutachten Vierling, Frankfurt/Main v. 21.4.1959, 4 Seiten, ebd.

83 Bausumme des reduzierten Bauvolumens nach Stellungnahme Hach, S. 1, ebd. Zur Betriebsführung ebd.: »Das mir vorliegende Gutachten [Vierling] zeigt, dass aus dem Hotel- und Restaurantbetrieb ein Überschuß zu erzielen wäre, dass sich aber aus dem Saalbetrieb ein Verlust ergibt, so dass nach Abzug des aus dem Hotel- und Restaurantbetrieb erzielten Überschusses sich immerhin noch ein Gesamtverlust ergeben würde.« Vgl. Gutachten Vierling, S. 36: »Stadthallenbetriebe, die den verschiedensten Zwecken und damit auch den ganz besonderen Interessen der Verwaltung einer Großstadt – also dem öffentlichen Interesse – dienen sollen, werden stets Zuschussbetriebe sein, – eine Erfahrung, die übrigens vom Deutschen Städtetag anerkannt worden ist.« Daraus ergab sich ein ausgewogenes und optimistisches Gesamtbild, zumal Hach die errechnete Verlustsumme als »zu hoch« in Frage stellte. Er verwies zudem auf die Chancen, die sich für Braunschweig als Mehrzweckhallen-Standort neu ergeben könnten, wenn der renommierte Wiesbadener Betreiber Stenger als Geschäftsführer zusage. Voraussetzung sei allerdings »eine grundsätzliche Entscheidung« der Stadtverwaltung Braunschweig, die insbesondere die Überlassung des Grundstücks in Erbpacht und die Zusage einer Bürgschaft für die 2. Hypothek der Bausumme in Höhe von sieben Millionen umfassen müsse. Stellungnahme Hach S. 3 f. Beides blieb allerdings aus, ohne hier aktenkundig zu werden.

84 Selbst dieses weitreichende, die Stadt beinahe vollkommen entlastende Angebot wurde durch eine innovationsfeindliche Gerüchteküche ansatzweise diskreditiert: »Warum hat man denn bisher nicht die Gesellschafter der Schlossbau GmbH herangeholt und sie eindeutig gefragt, ob sie tatsächlich nur darauf aus sind, ein Geschäft durch fettes Makler- und schönes Architektenhonorar zu machen und dann die Stadt im Stich zu lassen, wenn der Kasten einmal steht, wie gemunkelt wird? Haben diese nicht vielmehr wissen lassen, dass sie gewillt sind, den Betrieb auch in eigene Regie zu nehmen?« Horst Knape, Zögern bringt nichts, in: BZ v. 17./18.1.1959.

85 Die Gutachten wurden Ende April 1959 Stadtbaurat Schütte übergeben. Eine abschließende gemeinsame Beratung von von Seelen, Hach und Vierling am 8.5.1959 in Bad Godesberg befestigte eher das Einvernehmen zwischen den Beteiligten, wobei von Seelen und Hach die Entscheidung der Stadtverwaltung einforderten. Vermerk Vierling für Oberstadtdirektor Lotz, Bad Godesberg v. 11.5.1959, StABr E 222 I–6.

86 Sie war erst im Verlauf des Gutachterverfahrens seitens Vierlings auf 14 Millionen DM zurechtgestutzt worden. Vgl. Stellungnahme Hach, S. 2, ebd. Dieser kritisierte ausdrücklich, dass die Stadthalle auf eine Nutzfläche von 1.500 qm wesentlich verkleinert werden sollte, zumal die

bereits aus eigenem Kapital beigebracht werden. Mit diesem Finanzierungsangebot versprachen die potentiellen Bauinvestoren immerhin einen für die Stadt Braunschweig kostenneutralen Ausbau der Schloss-Ruine als Braunschweiger Stadthalle mit einem prospektiven Baubeginn ab 1959. Unter anderen politischen Ausgangsbedingungen hätte allein schon dieses Kostenargument für die durch einen langjährigen, selbstfinanzierten Wiederaufbau der Infrastruktur bereits stark verschuldete Stadt Braunschweig⁸⁷ ausschlaggebend für eine Zustimmung zu diesen Plänen sein können. Denn ein privat finanzierter »Wiederaufbau« ohne beträchtlichen Investitionsaufwand seitens der Kommune machte aus einer öffentlichen faktisch eine privatwirtschaftliche Unternehmung, also ein frühes Beispiel für ein potentiell profitables »outsourcing« von Infrastruktur, ohne dafür den Verlust an städtischen Ressourcen in Kauf nehmen zu müssen.

Aber Zweifel an dieser Option prägten aus Sicht der Stadtverwaltung den gesamten Meinungsbildungsprozess. Zwar ist die schließlich doch erfolgte politische Ablehnung aus ökonomischen Gründen allein nicht zu erklären. Denn die Übernahme des Betreiberisikos durch Dritte hätte die Stadt ja zunächst entlastet und damit fast zwangsläufig für eine fremdfinanzierte Funktionsnutzung an diesem brach liegenden Standort einnehmen können. Aber das Misstrauen gegen eine solche Lösung des Schlossgeländes saß tiefer und deshalb liegt der Schluss nahe, dass es auf tiefer liegenden Abneigungen gegen einen »Wiederaufbau« des Schlosses schlechthin basierte.

Schließlich waren in allen vergleichbaren westdeutschen »Wiederaufbau«-Städten Schlösser unter oftmals wesentlich schlechteren Finanzierungs- und Nutzungsbedingungen für Stadt und Staat längst wiederhergestellt worden.⁸⁸ Dies war allerdings immer in staatlicher Regie geschehen, womit letztlich der Bauherr über das repräsentative Erscheinungsbild dieser stadtbildprägenden Baudenkmale entschied. Und dieser Gesichtspunkt war in Braunschweig besonders wichtig, weil es sich um ein besonders sensibles Gebäude in der wichtigsten stadträumlichen Lage der Innenstadt handelte. Im verwaltungsinternen Abstimmungsprozess traten neben den ökonomischen und funktionalen Argumenten demzufolge auch die baukünstlerischen zutage, welche wohl wiederum auf unausgesprochenen, darunter lagernden geschichtspolitischen Bezügen basierten.

So beauftragte Oberstadtdirektor Lotz Ende Dezember 1958 den Braunschweiger Baudirektor Zerries damit, die Kostenberechnung der Investorengruppe von Seelen/Hach für

Kostensparnis proportional relativ gering ausfiele, »da mit der Größe auch der Preis für den Kubikmeter umbauten Raum geringer wird.« Ebd. Zur Kostenkalkulation vgl. auch W.V., Einzelheiten über Schloß-Gutachten. »Ja« zum Schlossaufbau, aber in anderer Größenordnung als ursprünglich vorgesehen. Auf Braunschweiger Verhältnisse abgestimmt. »Das Kapital bleibt gesichert«. Jetzt an Ausschüsse und Rat, in: Braunschweiger Presse v. 9.4.1959.

87 Die Gesamtverschuldung Braunschweigs lag 1958 bei 56 Millionen DM. Zins und Tilgung erforderten einen jährlichen Aufwand von 4,78 Mio. DM. Grund dafür war eine spezifisch kommunale »Wiederaufbau«-Falle im föderalen Staatsaufbau: »Die Stadt war gezwungen, den Wiederaufbau entweder aus Steuergeldern oder aus der Aufnahme von Darlehen selbst zu finanzieren.« Nach Einschätzung der Industrie- und Handelskammer gab das allerdings »vorläufig zu ernster Besorgnis keinen Anlaß«, sofern die Einnahmen weiter für den Schuldendienst zureichten. Allerdings litt Braunschweig in besonderem Maße unter den nachteiligen ökonomischen Auswirkungen seiner Zonenrandlage: »Der Vergleich mit den Städten des Westens zeigt, dass diese bei gleicher Größenordnung wie Braunschweig eine dreifache Summe an Gewerbesteuer erhalten.« Schreiben Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Ballhausen, an Stadtbaurat Schütte, Braunschweig v. 7.1.1958, StABr E222 I-5.1, Dokument S. 2. Zum Wiederaufbau in Braunschweig vgl. ausführlich Stadtbaurat Schütte, 12 Jahre Aufbau, in: Braunschweig. 12 Jahre Aufbau. Bauherren, Architekten, Baugewerbe, Bauindustrie berichten über Planung und Ausführung der ersten zwölf Aufbaujahre. Monographien des Bauwesens, Folge 16, Stuttgart 1959, S. 6–17, sowie den gesamten Bildband.

88 Vgl. Talbot, Residenzschlösser.

den materialen Umbau der Schlossruine zu einer Stadthalle zu überprüfen, die Lotz in Zweifel zog. Hier waren gravierende Veränderungen angemeldet worden, um die Substanz des Baudenkmals vollständig gemäß den Nutzungserfordernissen als Stadthalle zu verändern:

»Die Innenmauern selbst sind nach dem Vorschlag der Schlossbau GmbH niederzulegen, nur die Außenmauern und die Fassade sollen neben den Gründungen für den neuen Zweck der Errichtung einer Mehrzweckhalle mit Restaurations- und Hotelbetrieb Verwendung finden.«⁸⁹

Das war aber, wie sich dann herausstellte, noch längst nicht alles gewesen:

»Die Überprüfung hat ergeben, dass es sich bei der Durchführung des Hach'schen Projektes nicht darum handelt, die noch vorhandenen und größtenteils in Takt befindlichen Fassaden wiederherzustellen, sondern dieselben abzureißen und hierfür neue Fassadenwände zu errichten.«⁹⁰

Vor diesem Hintergrund erschien das »Wiederaufbau«-Projekt Schlossruine in einem anderen Licht, nämlich demjenigen eines kommerzialisierten Neubaus, wie er Jahrzehnte später tatsächlich auch errichtet werden sollte. Aber für die 1950er Jahre setzte eine solche Entwicklung geradezu einen vollständigen Sinneswandel hinsichtlich der stadträumlichen Bezüge von Wahrzeichen voraus, geradezu einen postmodernen Quantensprung zugunsten von in jeder Hinsicht sehr freien Neugestaltungen von Baudenkmalen, der nach Lage der Dinge von den kommunalpolitischen Akteuren keinesfalls zu erwarten war. Wenn die Vorbehalte des Braunschweiger Oberstadtdirektors Lotz gegen den »Wiederaufbau« der Schlossruine sich verstärkten, dann lag das eher daran, diese Optionen abzuwehren und die staatliche Verfügungsgewalt über das Gebäude zu verteidigen, selbst um den Preis seines Abrisses.

Unter dem Einfluss einer immer ungeduldiger werdenden Berichterstattung über das Stadthallenprojekt in der lokalen Presselandschaft, die von der liberal-konservativen *Braunschweiger Zeitung* dominiert wurde, wurde im ersten Quartal des Jahres 1959 ein stark zerklüftetes Stimmungsbild offenbar. Es warf bereits seine Schatten in die dritte Phase der »Wiederaufbau«-Debatte voraus, die in der zweiten Jahreshälfte 1959 begann und in der die Meinungsbildung über den »Wiederaufbau« des Schlosses angesichts des unmittelbar bevorstehenden Abrisses der Ruine eskalierte. Auch in dieser Phase dominierte ein widersprüchlicher und undurchschaubarer Entscheidungsprozess die Meinungsbildung in der Braunschweiger Öffentlichkeit. Nachdem das Finanzkonsortium von Seelen offiziell am 11. September 1958 der Stadt angeboten hatte »den Schlosskomplex am Bohlweg aufzubauen«, hatten Oberbürgermeister Bennemann und Oberstadtdirektor Lotz nach einer Ratssitzung am 3.12.1958 die Planungen für die Mehrzweckhalle Schloss als nahezu spruchreif verkündet.⁹¹ Am 6. Januar 1959 war das Gutachten bestellt worden, dessen Inhalt am 13.4.1959 dem Verwaltungsausschuss vorgelegt wurde.⁹²

Zwischenzeitlich war die Verärgerung über die städtische Hinhaltetaktik in der Presse rapide angewachsen. Mutmaßungen über eine gezielte Obstruktionspolitik der städtischen Eliten aus Politik und Verwaltung wurden in einem darauf reagierenden Pressekommentar allerdings noch nicht angestellt⁹³, vermutlich deshalb, weil eine »Wiederaufbau«-Lö-

89 Oberstadtdirektor Lotz an Baudirektor Zerries v. 30.12.1958, StABr E 212 VI. 4:5, 1, Dokument S. 2.

90 Zerries an Lotz v. 31.1.1959, E 212 VI. 4:5 vol. 2.

91 Vgl. Chance für Schlossaufbau. Die Vorentwürfe liegen jetzt der Stadtverwaltung vor, in: BZ Nr. 238/1958; *Horst Knape*, Nach 100 Tagen: Stille um Schlossplan, in: Braunschweiger Presse v. 19.3.1959, ebd.

92 Ebd., Aussichten für Schlossbau sind »günstig«. Gutachten vom Sachverständigen des Gaststätten- und Hotelverbandes vorgelegt, in: BZ v. 8.4.1959, »Ja« zum Schlossaufbau, aber ..., in: Braunschweiger Presse v. 9.4.1959.

93 »Die seit vielen Jahren nicht erkennbare Aktivität auf dem Gebiet der Schlossplatzbebauung hat ausgerechnet nach der Bekanntgabe des [Stadthallen-]Planes eingesetzt, um nachzuweisen,

sung noch zu sehr in greifbarer Nähe zu liegen schien, als dass über das Gegenteil hätte spekuliert werden müssen. Aber die Dinge entwickelten sich in die gegenteilige Richtung; denn unmittelbar nachdem Rat und Verwaltung mit dem Stadthallenprojekt befasst worden waren, verschwand es im April 1959 aus der Öffentlichkeit – genauso plötzlich, wie es ein halbes Jahr zuvor durch die Initiative von Seelens auf die Agenda gesetzt worden war.

Erst am 19. Oktober desselben Jahres, also ein weiteres halbes Jahr später, entschied sich der Verwaltungsausschuss unter dem Vorsitz der neuen Oberbürgermeisterin Fuchs mit den Stimmen der SPD-Mehrheitsfraktion überraschend gegen die Pläne der Schlossbau GmbH.⁹⁴ Ausschlaggebend war die Weigerung der Stadt, die von den Bauherren geforderte Bürgerschaft für einen Teil der Bausumme zu übernehmen. Darüber hinaus wurden in der Presseerklärung des Verwaltungsausschusses keine sachlichen Gegengründe gegen den »Wiederaufbau« an sich, sondern lediglich gegenüber den Zukunftschancen des Stadthallenprojekts in Verbindung mit dem »Wiederaufbau« angedeutet. Insgesamt wurden die Ablehnungsgründe sehr vage formuliert und der Eindruck erweckt, nur eine Stadthalle in Verbindung mit dem Schloss-»Wiederaufbau« sei unrentabel, also kein Argument für den Erhalt der Schlossruine. Eine daraus herrührende interessenpolitische Schiefelage war jedoch unverkennbar, zumal man sich gleichzeitig prinzipiell für eine neue Stadthalle in Braunschweig aussprach, allerdings an einem anderen Standort. In diesem Kontext hätte ein pauschalisierendes Unrentabilitätsargument eher deplatziert gewirkt. Wie die für diesen Aufsatz freigegebenen Akten des Oberstadtdirektors über den Schriftwechsel der Stadtverwaltung belegen, kann diese widersprüchliche Entwicklung weitaus genauer hinsichtlich ihrer Motivationslagen nachgezeichnet werden.⁹⁵

dass die Baumasse zu groß ist, dass kein Parkraum da ist, dass die von dem Architekten Hach angegebenen Kosten für Kubikmeter umbauten Raumes zu niedrig sind (Mehrkosten, die die Gesellschaft selbst bezahlen müsste), dass es besser wäre, die alte Bahnhofshalle zu benutzen, dass eine Mehrzweckhalle am neuen Bahnhof entstehen soll, und dass überhaupt, überhaupt ... [...] Wir, so scheint es immer mehr, wissen in Braunschweig, wie wir uns Freunde verleiden, und Männer, die etwas können, von uns fernhalten. Machen wir weiter so, wird das Schloß, aus dem etwas entstehen soll, bald zu den Schlössern gehören, die endgültig im Monde liegen.« *Horst Knape*, *Zögern bringt nichts*, in: BZ v. 17./18.1.1959.

- 94 Schlossplan von Senatoren nun endgültig abgelehnt. Verwaltungsausschuß fasste Montag fällige Grundsatzentscheidung, in: BZ v. 20.10.1959. Darin die ausführliche Wiedergabe der Presseerklärung des Verwaltungsausschusses. Vgl. Denkschrift Hartwig v. 20.2.1960, NLD BrSchl, S. 203/7: »Wie aus der schriftlich festgelegten Erklärung vor der Presse hervorgeht, scheint die Grundsatzentscheidung vor allem von der Fraktion der SPD beeinflusst zu sein.« Ebd. Das entsprechende Protokoll des Verwaltungsausschusses ist im Braunschweiger Stadtarchiv für die Archivbenutzung ad infinitum gesperrt unter der Maßgabe, hier habe ein besonders umstrittener, nicht-öffentlich gefasster Ratsbeschluss vorgelegen, womit seitdem eine aus Sicht der Geschichtswissenschaft abzulehnende und juristisch fragwürdige Dauerzensur auf die Analyse der Akteursebene ausgeübt wurde und wird.
- 95 Mit Schreiben v. 8.3.2006 hatte der Verfasser beim Stadtarchiv Braunschweig die Entsperrung der Akten E 212 (Bestand Oberstadtdirektor) VI. 4, 1–7, beantragt, welche den Schriftwechsel des Oberstadtdirektors Lotz über das Braunschweiger Schloss aus den 1950er Jahren enthalten. In der Geheimhaltungsverpflichtung den dauerhaft gesperrten Akten der Landesverwaltung als gleich geheim betrachtet, musste einer Freigabe sowohl der Oberbürgermeister empfehlend als auch der Verwaltungsausschuss mehrheitlich zustimmen, was zum 2.5.2006 auch erfolgte, so dass bereits am 3.5.2006 einer erste Auswertung erfolgen konnte. Danken möchte ich hierfür Hartmut Nickel und Herrn Mark Opalka von Stadtarchiv Braunschweig sowie den politischen Entscheidungsträgern. Anmerken möchte ich allerdings, dass diese weitreichenden Geheimhaltungsaufgaben im Vergleich zum in diesen Akten enthaltenen Inhalt stark übertrieben und die vor ihr aufgerichteten Hürden zu ihrer Überwindung viel zu hoch angelegt sind, zumal sie einer offenen Geschichtsforschung diametral entgegen gesetzt werden.

Während die Oberbürgermeister Bennemann und Fuchs nur en passant in den Abstimmungsprozess der zuständigen Stadtämter involviert waren, was allerdings ihre letztliche politische Entscheidungskompetenz nicht tangierte, trat Oberstadtdirektor Lotz als Moderator eines internen Gutachterverfahrens über die Pläne der Schlossbau-GmbH für eine Schloss-Stadthalle auf. Hierbei ergaben sich verschiedene Sachzwänge, von denen nur die genannt werden sollen, dass die Stadtverwaltung aufgrund des Schlossvertrages mit dem Land Niedersachsen unter Realisierungsdruck stand sowie dass sie die Finanzierung des Projekts durch Dritte absichern wollte. In völliger Überspannung der Realisierungspotenziale forderte sie einen garantiert wirtschaftlich geführten Stadthallenbetrieb von den Betreibern, an dessen hypothetischer Berechnung dieses »Wiederaufbau«-Projekt schließlich scheitern sollte. Während Lotz auf verschiedenen Wegen Druck auf die Investorengruppe von Seelen und insbesondere auf ihren Architekten Hach ausüben konnte, entzogen sich diese lange einem erzwungenen Offenbarungseid über fehlende Zukunftsperspektiven einer Schloss-Stadthalle. Obwohl sie hartnäckig an ihrem Lieblingsvorhaben festgehalten hatten, zogen sie in den zähen Verhandlungen, die sich über die Jahre 1958/59 bis zur letztlichen Ablehnung durch den Verwaltungsausschuss im Oktober 1959 hin erstreckten, letztlich deshalb den Kürzeren, weil es der Stadt gelang, ihr beträchtliches Renommee, das sie in der Braunschweiger Öffentlichkeit als potentielle »Retterin« der Schlossruine erlangt hatte, zu demontieren.⁹⁶

In der Schlussphase dieser Beratungen, also nachdem die politische Entscheidung gegen den Stadthallenbau auf dem Gelände der Schlossruine bereits gefallen war, trat erstmals auch eine messbare verwaltungsinterne Opposition zutage. Stadtbaurat Schütte präsentierte dem nach außen hin zögerlich auftretenden, intern aber ausgesprochen agilen Oberstadtdirektor Lotz einen »Kompromissvorschlag«, wonach »Erweiterungsbauten für Verwaltungen auf dem Schlossplatz zu entwickeln und gleichzeitig ein. [...] Teil der vorhandenen wertvollen Bausubstanz in vorgelagerter Schlosssilhouette zu erhalten« wären.⁹⁷ Als Lotz auf diesen erstmaligen Vorstoß aus der Stadtverwaltung, die Realisierung eines (Teil-)»Wiederaufbaus« der Schlossruine selbst in die Hand zu nehmen, nicht reagierte, verstärkte Schütte noch seine Lobbyarbeit zugunsten des Gebäudes. Er verletzte dezidiert den bisherigen Stillhaltekonsens in der Stadtverwaltung mit ihrer Spitze, indem er einerseits darauf verwies, dass der im Braunschweiger nationalkonservativen Umfeld beson-

96 Hierzu ausführlich der Schriftwechsel aus den Jahren 1956 bis 1958 in StABr E 212 VI. 4:5, 1, sowie für 1959 in ebd., Bd. 2. Einen ersten Höhepunkt der Diskreditierung erlebte der als künftiger Betreiber auftretende Wiesbadener Stadthallendirektor Stenger, als ihm seitens des Deutschen Städtetages die Kompetenz abgesprochen wurde, in seiner Eigenschaft als Chef des Verbandes der Deutschen Sport- und Mehrzweckhallen Vereine auch als Sachverständiger des Deutschen Städtetages in der Öffentlichkeit aufzutreten, was allerdings bis dahin unausgesprochene Praxis gewesen war. Schreiben Deutscher Städtetag, Dr. Apfelstedt, an Hallen-Verband, Hn. Stenger, Köln v. 2.3.1959, ebd. Die Investorengruppe von Seelen/Hach wurde im Verlauf des Jahres 1959 mehrfach zu kosten- und arbeitsaufwändigen Mehrauskünften genötigt, ohne dass die Stadt Braunschweig eine bindende Entscheidung treffen wollte. Als Grund der formalen Ablehnung des Stadthallenprojekts durch den Verwaltungsausschuss wurde letztlich die fehlende Auskunftsfreude der Beteiligten angeführt, was deren beträchtliches Engagement in dieser Sache satirereif desavouierte. Beschluss des Verwaltungsausschusses v. 19.10.1959, gez. OB Fuchs, Ratsherr Schneemann, OStD Lotz, ebd.

97 Stadtbaurat Schütte (Ämter 61, 63, 65 und 23) an Oberstadtdirektor Lotz v. 2.11.1959, StABr E 212 VI. 4:5, 2, hier Dokument S. 5. Neben diesen städtischen Verwaltungsbauten sollte in unmittelbarer Nachbarschaft am Karrenführerplatz (heute der Standort des Kaufhauses Horten) der bereits länger geplante Neubau für die Staatsbank oder ein Technisches Rathaus oder das Sozialamt entstehen und damit das innerstädtische Verwaltungszentrum um Regierungspräsidium und Neues Rathaus um einen neuen Schwerpunkt am Bohlweg erweitert werden, in: ebd., S. 6.

ders einflussreiche Bundesverkehrsminister Seeböhm sich vor dem Hintergrund des Potsdamer Schlossabrisses als entschiedener Gegner eines Wiederholungsfalles in Braunschweig positioniert hatte, und andererseits darauf, dass das Land Niedersachsen signalisiert habe, die Frist für einen Abriss der Schlossruine, die bekanntlich aus dem Schlossvertrag herrührte, um ein Jahr verlängern zu wollen, falls die Stadt Braunschweig dies wünsche.⁹⁸

Lotz reagiert jedoch auch darauf nicht, so dass es am 20. Dezember 1959 zum ersten, vorentscheidenden negativen Votum des Stadtrates kam, dem diese Informationen entgegen den Intentionen Schüttes instrumentell vorenthalten worden waren. Daraufhin zeigten sich sowohl Stadtbaurat Schütte als auch Stadtdirektor Ringe in neuerlichen, diesmal als entschiedener Protest zu wertenden Schreiben an Lotz enttäuscht vor allem über das juristisch anfechtbare *Procedere*, dass über die wichtigen vorangegangenen Weichenstellungen der Verwaltungsausschuss und nicht der eigentlich dafür zuständige Stadtrat entschieden habe. Schütte seinerseits lehnte gegenüber Lotz jedwede Verantwortung für den Schlossabriss ab unter Verweis darauf, dass diese so wichtige »Entscheidung ohne ausreichende Mitwirkung der Bauverwaltung festgelegt werden wird.«⁹⁹

Worin lagen nun die Motivationen für den Abriss auf Seiten der entscheidenden Akteure begründet? Diese Frage ist letztlich auf Grundlage des verfügbaren Archivmaterials aus diversen staatlichen und städtischen Quellen nicht zu beantworten. Zwar kann eine instrumentelle Absicht, eine negative »Wiederaufbau«-Strategie, seitens der Kommunalpolitik nicht von der Hand gewiesen werden, aber welche Beweggründe hierfür den Ausschlag gegeben haben mögen, geht aus dem hoch formalisierten Schriftwechsel nur in Untertönen hervor. Eine dieser eher unwillkürlichen Motivationen kann in einem Schreiben des Oberstadtdirektors Lotz an seinen Stadtbaurat Schütte von Januar 1958, also aus der beginnenden Beschleunigungsphase der Schlossdebatte, identifiziert werden:

»Im Zuge der Anlage der Blumenausstellung am Schloß bitte ich zu prüfen, ob mit wenigen Kosten der Schlossplatz durch Trümmerräumung ein bisschen ansehnlicher gestaltet werden kann. Das jetzige Bild deutet auf eine bewusste Innehaltung des Zustandes hin, der nicht zu ertragen ist. Die Bürger können es nicht mehr mit ansehen. Jedoch ist kein besonderer Ansatz dafür vorgesehen, sondern die Kosten müssen aus laufenden Mitteln bestritten werden.«¹⁰⁰

In dieser persönlichen stadträumlichen Erfahrung von Lotz liegt ein Schlüssel zum Verständnis der in vielfältigen Begründungszusammenhängen mäandernden grundsätzlichen Abneigung, welche der Oberstadtdirektor immer wieder verdeckt gegen die Schlossruine mobilisierte. So war es ihr purer Anblick, der ihn in Schrecken versetzte, der »nicht zu ertragen ist.« Und diese Steigerungsform von Abscheu suggerierte eindeutig, dass sich dahinter ganz andere Erfahrungsräume verbargen als diejenigen, die offen ausgesprochen wurden. Zumindest bewirkte die Ruine durch ihre schiere Präsenz noch eine gesteigerte Ablehnung und dieser Gesichtspunkt machte sie auch für Abrissbefürworter attraktiv in dem Sinne, dass sie nach außen für die eigene Beseitigung warb. Dieser negative Schnee-

98 Stadtbaurat Schütte an Oberstadtdirektor Lotz v. 23.11.1959, StABr E 212 VI. 4:5, 2. Noch im Januar des Vorjahres 1958 hatten Oberbürgermeister Bennemann und Lotz gemeinsam vergeblich versucht, das Land um eine Ausweitung der im Schlossvertrag ursprünglich auf drei Jahre festgelegten Abbruchfrist um weitere fünf Jahre auf 1963 festzulegen und hierbei lediglich die Zusicherung erhalten, die Konventionalstrafe auf zwei Jahre auszusetzen, sofern noch im Laufe des Jahres 1960 mit den Umgestaltungsarbeiten begonnen worden sei. Schreiben Bennemann/Lotz an das Land Niedersachsen und den Präsidenten des Verwaltungsbezirks Braunschweig v. 12.1.1958, StABr E 212 VI. 4:5, 1, sowie Vermerk Oberstadtdirektor Lotz v. 25.2.1958 über einen Telefonanruf von Ministerialdirigent Prof. Dr. Hunke, Hannover, vom selben Tage, ebd.

99 Stadtbaurat Schütte an Oberstadtdirektor Lotz v. 30.12.1959, ebd., sowie Stadtdirektor Ringe an Lotz v. 29.12.1959, ebd.

100 Oberstadtdirektor Lotz an Stadtbaurat Schütte v. 29.1.1958, StABr E 212 VI. 4:5, Bd. 1.

balleffekt erfasste schließlich sogar den hartnäckigen »Wiederaufbau«-Befürworter Friedrich-Wilhelm Krämer, der im Herbst 1959 offen für einen Abbruch plädierte. Allerdings wollte er zumindest den seitlichen Portikus der nördlichen Säulenfront im künftig zu gestaltenden Schlosspark als Relikt der Vergangenheit belassen.¹⁰¹ Dass auch diese romantisierende Option seitens der Stadtverwaltung nicht aufgenommen wurde, zeigt allerdings erneut, dass es um mehr ging als um die Beseitigung eines Bauwerkes: Am Bohlweg sollte Geschichte mitsamt ihrer steinernen Umhüllung abgebrochen und vergraben werden, um damit einen Akt nachträglicher Wiedergutmachung im Stadtraum zu vollbringen!¹⁰²

Damit war die aussichtsreichste Option zum Schloss-»Wiederaufbau«, die zudem große Resonanz in der Bevölkerung gefunden hatte¹⁰³, am politischen Widerstand der zentralen kommunalpolitischen Akteure aus der Braunschweiger SPD gescheitert. Unter dem damit übermächtig werdenden Eindruck des im Schloss-Vertrag mit dem Land von 1955 juristisch fixierten Zeitdrucks, der auf einen Abriss der Schlossruine spätestens zum März 1960 abzielte, hatte sich danach der Handlungsspielraum für die »Wiederaufbau«-Befürworter radikal verengt. Demgegenüber konnte die Abrissfraktion auf Zeit spielen, um einen Sachzwang politisch in ihrem Sinne instrumentalisieren zu können, was dann auch geschah. Auch die ansonsten überaus Schlossfreundliche *Braunschweiger Zeitung* plädierte in dieser Situation indirekt für den schnellen Abriss, wobei Chef-Kommentator Knappe jedoch lediglich das Argument seiner Ermüdung als politischer Beobachter aufgrund des langen Entscheidungsprozesses ins Feld führte.¹⁰⁴

So gesehen war der Handlungsdruck das nach außen ausschlaggebende Entscheidungskriterium in dieser Phase der »Wiederaufbau«-Debatte geworden, die schleichend bereits zur Abrissdebatte mutiert war. Nachdem innerhalb Jahresfrist die Schlossruine geplant worden war, geriet der für den Abriss eintretende Teil der politischen Akteurselite der Stadt Braunschweig geradezu zwangsläufig in die argumentative Defensive, weil damit der Entscheidungsdruck entfallen war. So konnte die Negativ-Option des Schloss-»Wiederaufbaus«, als sie unumkehrbare Realität geworden war, nicht eine Beruhigung der aufgebauten Stimmungslage erwirken, wie sie von den Abriss-Befürwortern erhofft worden war, sondern sie bewirkte das Gegenteil, eine Vertiefung radikaler Gegensätze in der politischen Wahrnehmung. Erst als unübersehbar geworden war, was die Schlossbefürworter als schlimmste Konsequenz befürchteten, nämlich die Devastierung der Ruine,

101 Der repräsentativere Mittelteil sollte nach Abbruch im Bürgerpark wieder errichtet werden. Stadtbaurat Schütte an Oberstadtdirektor Lotz v. 2.11.1959, StABr E 212 VI. 4:5, Bd. 2, Dokument S. 8.

102 In gegensätzlicher Weise argumentierte Krämer, der Geschichte und Gegenwart mittels eines architektonisch anspruchsvollen Städtebaus miteinander aussöhnen wollte: »Nur eine großzügige städtebauliche Komposition mit erholsamem Parkgelände für die Allgemeinheit kann vor den Braunschweiger Bürgern den schweren Entschluß rechtfertigen, das wertvolle Zeugnis ihrer Geschichte endgültig aufzugeben, und nur so auch ist der ungeheure Verlust vor kommenden Generationen zu verantworten.« Zitat nach ebd.

103 Auf dem Höhepunkt der Pressekampagne zugunsten des Investorenkonzeptes von Seelen/Hach hatte die Braunschweiger Zeitung eine Leserumfrage unter Beteiligung von 3086 Bürgern initiiert, von denen sich 79,3% zugunsten des Konzepts der Schlossbau GmbH ausgesprochen hatten, 14,9% für einen Neubau, 3,6% für Abriss und eine Grünfläche und nur 2,2% für den rekonstruktiven Aufbau als Braunschweiger Schloss. Mit dem Schlossplatz muß nun etwas geschehen. Der Wunsch aller: ein Kulturzentrum, in: BZ v. 19.12.1958, vgl. auch: Kn., Die Entscheidung, in: BZ v. 20.10.1959.

104 »Das Feilschen um das Schloß, das viele als Denkmal einer baukünstlerischen Epoche erhalten wissen wollen, ist nicht mehr sinnvoll. Die Stadt hat nicht das Geld. Die Stadt kann das Risiko nicht tragen. So heißt es. Wir wissen es. Wir wissen auch, dass niemand der Stadt etwas schenken wird. Nicht einmal der Schlossvertrag hat das getan. Anstatt unseren Ruhm zu fördern, hat er einiges dazu getan, uns lächerlich zu machen.« Ebd.

mobilisierten diese radikal formulierte politische Reaktionen, die schließlich in fortgesetzte öffentliche Beschimpfungen einmünden sollten, während die Gegenseite, um Schadensbegrenzung bemüht, ungeschickt abwiegelte:

»Es stimmt einfach nicht, dass von vornherein ein Vorsatz auf Abbruch vorhanden gewesen wäre. Erst die vergeblichen Bemühungen, der enttäuschende Verlauf der langjährigen Verhandlungen, die absolut ungünstigen technischen Gutachten, die Unmöglichkeit der Finanzierung haben schließlich notgedrungen zu dem Beschluß des Abbruchs geführt. Man stelle sich einmal vor, der Rat hätte im November 1959, als das zweite negative Gutachten des Instituts für Baustoffkunde und Materialprüfung der Technischen Hochschule Braunschweig vorlag, als ferner, wie heute, keinerlei finanzielle Zuschüsse in Aussicht standen, beschlossen, das Schloß für 25 Millionen Mark wieder aufzubauen, mit dem Risiko, ständig weitere Gelder in das morsche Mauerwerk stecken zu müssen und ohne eine vernünftige Verwendung der Räume! Mit Recht hätte man dann den Ratsherren unverantwortlichen Leichtsinn vorgeworfen, man hätte sie höchstwahrscheinlich für irrsinnig erklärt.«¹⁰⁵

Die in dieser Rechtfertigung erkennbare Intention des ehemaligen Braunschweiger Oberbürgermeisters Ernst Böhme¹⁰⁶, »ein letztes aufklärendes und versöhnendes Wort zu sprechen«, gewissermaßen das »Schlusswort zur Schlossruine«, wie sein ausführlicher Leserbrief in der SPD-eigenen Braunschweiger Presse überschrieben war, schlug auf lange Sicht gründlich fehl. Dafür, dass das Meinungsspektrum bereits so klar auseinander dividiert war, so dass ein Konsens über die Abriss-Motivation grundsätzlich nicht mehr herzustellen war, nachdem die Schlossruine beseitigt worden war, ist nicht zuletzt die wütende Abrechnung ein Beleg, welche der Braunschweiger Briefmarkenhändler und Verleger Richard Borek kurz zuvor in Form eines Leserbriefes in der *Braunschweiger Zeitung* veröffentlicht hatte. Borek, einer der engagiertesten Lobbyisten zugunsten des Schloss-»Wiederaufbaus«, war zuvor als publikumswirksamer Redner auf der Gegendemonstration der Abrissgegner aufgetreten (vgl. weiter oben). Demzufolge gewannen seine Einlassungen besonderes Gewicht in der Braunschweiger Öffentlichkeit, auch wenn sie den Grad zulässiger Polemik überschritten:

»Und nun zu Euch aus dem anderen Lager! Ihrer, lieber Lotz und bester Bennemann, die Sie so beharrlich dem Werk der Zerstörung nachgingen, Ihrer sei für ewig gedacht! Sie, liebenswerte Frau Oberbürgermeisterin, seien Sie bedankt für Ihre trostlosen Worte am Grabe. Euch Kämpfern für Wohnungen, Krankenhäuser und eine bessere Friesenstraße, die die zu ergatternden Gelder nun in die neckische Grünanlage, die neue Stadthalle am Bahnhofs und in die Kasse der Abbruchfirma entwischen seht, Euer sei gedankt! Dir, SED-Ulbricht, dessen Hohngelächter gellend über die nahe Zonengrenze klingt, Dir heißen Dank für Spott und Hohn!«¹⁰⁷

105 Leserbrief Oberbürgermeister a. D. Ernst Böhme, Rechtsanwalt und Notar, in: Braunschweiger Presse v. 17.5.1960.

106 (1892–1968) seit 1912 SPD-Mitglied, von 1923–1929 Angestellter des Magdeburger Magistrats, zuletzt als besoldeter Stadtrat, seit November 1929 Braunschweiger Oberbürgermeister und seit 1930 Mitglied des Braunschweigischen Landtags, im März 1933 durch den NS-Innenminister Klagges widerrechtlich amtsenthoben. Am 25. März wurde er aus seiner Wohnung entführt und im Volksfreundehaus von SA-Horden so lange gefoltert, bis er den Verzicht auf sein Landtagsmandat unterschrieb. Am 1.6.1945 von der amerikanischen Militärregierung wieder in das Amt des Oberbürgermeisters eingesetzt, das er bis Dezember 1948 bekleidete. In dieser Zeit »maßgeblich am Wiederaufbau der Stadt beteiligt« (Ludewig). Von 1947–1955 war Böhme Mitglied des niedersächsischen Landtags, Ehrenbürger der Stadt Braunschweig. Braunschweigisches Biographisches Lexikon, S. 76 f., vgl. auch *Hans-Ulrich Ludewig*, Das Land Braunschweig im Dritten Reich (1933–1945), in: *Horst-Rüdiger Jarck/Gerhard Schildt* (Hrsg.), Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region, Braunschweig 2001², S. 981–1024, hier: S. 983, sowie *Wedemeyer*, Residenzschloß, S. 162, Anm. 154, nach *Reinhardt Bein*, Widerstand im Nationalsozialismus. Braunschweig 1930–1945, Braunschweig 1985, hier: S. 120.

107 In: BZ v. 5.5.1960.

In der Geschichtswissenschaft ist es nach wie vor ein offenes methodisches Problem, wie solche hoch emotionalisierten öffentlichen Invektiven, die als gezielte Ehrverletzungen wirken sollten, angemessen zu analysieren sind.¹⁰⁸ Ihre Wirkungsmächtigkeit im öffentlichen Diskurs erstreckte sich auf die gegensätzlichen Stimmungslagen in der Braunschweiger politischen Öffentlichkeit und sie resultierten aus gezielten Attacken, welche einen Kern schwerwiegender politischer Abneigungen bloßlegten. So belegen auch diese fortgesetzten Invektiven, dass es gerade die irrationalen Komponenten des Entscheidungsprozesses über den Schlossabriss gewesen waren, die nach Lage der Dinge die stärksten Wirkungen entfalteten. Gegenstand der Auseinandersetzung waren narrativ kommunizierte Identitätskonstruktionen des politischen Gegners und des eigenen Lagers geworden, fest stehende politische Emotionen, die als veröffentlichte Pamphlete positioniert wurden und die in der fachwissenschaftlichen Historisierung danach verlangen, dass ihr politischer, ihr narrativer und ethischer und schließlich auch ihr selbst-historisierender Kontext umfassend erschlossen wird.¹⁰⁹

Es kann festgestellt werden, dass Borek gegenüber der Akteursebene in der Kommunalpolitik eine Stigmatisierung von persönlichen Dispositionen im Rahmen eines punktuellen Politikmanagements evozieren wollte. Sie wurde in binären Loyalitätsmustern lokalisiert, in sich ausschließenden Lagerbindungen innerhalb des nationalkonservativen und des sozialdemokratischen Politiksegments. Das war eine einfache Mobilisierungsstrategie, die sich auf lange Sicht auch als sehr erfolgreich herausstellen sollte – allerdings auf Kosten der Konsensbildung in der politischen Öffentlichkeit Braunschweigs und ausdrücklich mit dem Mittel einer strukturellen und tendenziell unversöhnlichen politischen Polarisierung. Ob der Sprecher die Nachteile solcher Lagerbildung einkalkulierte, kann vor dem Hintergrund des hohen Emotionalisierungsgrades der »Wiederaufbau«-Debatte um das Braunschweiger Schloss bezweifelt werden, da dieser ein irrationales Akteurshandeln nahe legte, wenn nicht sogar legitimierte. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass sich Borek strategisch und instrumentell verhielt und damit auf Abgrenzungs- und Ausschlussmechanismen des politischen Kampfes zurückgriff, wie er die Braunschweiger Kommunalpolitik seit der Novemberrevolution von 1918 immer wieder entscheidend geprägt hatte.

108 Auch hier handelt es sich um einen Gegenstand der qualitativen, hermeneutischen Methode, der in der Soziologie bereits einen angemessenen theoretischen Rahmen erhalten hat, wenngleich dieser nur zögerlich rezipiert wird. Grundlegend ist *Ludgera Vogt, Zur Logik der Ehre in der Gegenwartsgesellschaft. Differenzierung, Macht, Integration*, Frankfurt/Main 1997.

109 Methodisch wird diese Anforderung hier im Abgleich unterschiedlicher Quellenprovenienz geleistet werden können. Zwar könnte im Rahmen einer noch größer angelegten Grundlagenforschung, die möglicherweise durch weitere Quellen aus den Presse-, Privat- und staatlichen Archiven sowie dem Braunschweiger Stadtarchiv noch beträchtlich erweitert würde, die narrative Dimension des »Wiederaufbaus« noch quantitativ erweitert werden. Hierfür wäre eine umfassende Oral-history-Recherche als Ergänzung der rudimentären biografischen Schriftlichkeit sehr geeignet. Die gewünschte Tiefenanalyse von Sinndeutungen und Identitätskonstruktionen kann jedoch bereits im Rahmen unserer hermeneutischen Analyse durch die qualitative Methodik erreicht werden, wobei textkritisch im Detail dominierende und randständige öffentliche und individuelle Sinndeutungen abgeglichen werden. Es wird behauptet, dass ein (noch) größerer Umfang der Quellenanalyse als er hier bereits erbracht werden kann, nicht mehr auf andere Einflussfaktoren hinführen, sondern lediglich die bereits vorhandenen ergänzen würde. Die Dichte der hier vorgestellten Überlieferung erlaubt demzufolge den Rückschluss, dass alle maßgeblichen Motivationen und Begründungszusammenhänge des Akteurshandelns erfasst werden können, wenngleich in einigen Fällen nur auf indirektem Wege. Zur qualitativen Methode vgl. *Uwe Flick/Ernst von Kardorff/Ines Steinke* (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, Reinbek 2000.

Der Abriss der Schlossruine im Mai 1960 markierte gleichzeitig das Ende der dritten Phase der Schlossdebatte, welche in der Braunschweiger Kommunalpolitik scharfe Fronten zwischen den Befürwortern und Gegnern des Schloss-»Wiederaufbaus« neu aufgerichtet hatte. Damit war ein Dauerkonflikt entstanden, wie es ihn zuvor im »Wiederaufbau« dieser niedersächsischen Großstadt nicht gegeben hatte.¹¹⁰ Die strikte Entzweiung der politischen Stimmungslage konnte indirekt selbst in der Argumentationsführung des über jeden Zweifel erhabenen sozialdemokratischen Ex-Oberbürgermeisters Ernst Böhme abgelesen werden. Im Ton verbindlich, aber in der Sache konfrontativ, forderte er sehr unsensibel einen Konsens ein, welcher auf einer nachgiebigen Haltung der unterlegenen Abrissgegner basieren sollte.¹¹¹ Aber diese vorgebliche Konsensstrategie war völlig verfehlt, zumal Böhme teilweise sachlich falsch und verwirrend über die entscheidenden Konfliktpunkte, den Bauzustand der Ruine und die von der Stadt nicht in Anspruch genommenen Finanzierungsoptionen eines »Wiederaufbaus« berichtete. Böhme polarisierte damit gezielt den Entscheidungsprozess, der vergeblich von Seiten der Schlossbau GmbH und der Schlosskommission zugunsten eines ergebnisoffeneren Meinungsbildes aufgefüchert worden war. Konsens war ohne integrative Politik aber nicht zu haben und integrative »Wiederaufbau«-Politik setzte die Berücksichtigung vitaler Interessen der Gegenseite voraus, zum mindesten jedoch das Vertrauen in einen transparenten Entscheidungsablauf. Beide Prämissen wurden durch die meinungsführende SPD jedoch nachhaltig ignoriert, so dass von einem zutiefst verletzten Meinungsbild in der Braunschweiger Öffentlichkeit gesprochen werden muss.

Und auch der geschichtspolitische Hintergrund dieser Konfrontationsstrategie verbreiterte Gräben im lokalen Parteienspektrum: Böhme berief sich auf die Mehrheitsbeschlusslage des Stadtrates, der im November 1959 »das zweite negative Gutachten des Instituts für Baustoffkunde und Materialprüfung der Technischen Hochschule Braunschweig« zum Zustand der Schlossruine zur Begründung des Abrisses hinzugezogen hatte, während bis auf eine Ausnahme die Architekturprofessoren der TH, die sich wenig später in einer »Schlosskommission« zusammengeschlossen hatten, im April 1960 ein gegenteiliges Gutachten vorlegten, das gerade den hervorragenden Erhaltungszustand des Mauerwerkes dokumentierte.¹¹² In dieser Gegenüberstellung trat eine überraschende Verkettung ansonsten gegensätzlicher politischer Segmente zutage, weil der langjährige Ordinarius für Baustoffkunde an der TH, Prof. Maximilian Kristen, der 1956 emeritiert worden war, als Inspirator dieser akademischen Minderheitenmeinung gelten konnte.¹¹³ Kristen war seit 1937 Ordinarius in Braunschweig, von 1940 bis 1945 als Leiter des Seminars für Luftschutz, und des Instituts für baulichen Luftschutz und wurde deshalb bis 1947 vom Dienst suspendiert, ehe er seine Professur wieder einnehmen konnte. Kristen kann damit als maßgeblicher Vertreter einer zeitgenössisch dezidiert nationalsozialistisch eingestellten Techniker- generation in Braunschweig gelten, was ihn nicht daran hinderte, später sowohl das Große Bundesverdienstkreuz als auch 1961 die Ehrendoktorwürde der Technischen Hochschule Hannover zu erlangen. Wenn sich der ehemalige NS-Verfolgte Böhme auf die von einem früheren NS-Parteigänger aus der akademischen Elite inspirierten Gegengutachten zur

110 Darauf wurde im Frühjahr 1960 vermehrt in der Lokalpresse hingewiesen: »Damit ist die Schlossruine, vor der sich die kommunalpolitischen Fronten seit Dezember so unversöhnlich wie noch nie gegenüberstehen, erneut ins Blickfeld der Stadtpolitik gerückt.« *Karl-Joachim Krause*, »Mehr Vertrauen ist nötig!«, in: BZ v. 20.4.1960.

111 Leserbrief Ernst Böhme, Schlußwort zur Schlossruine, in: Braunschweiger Post v. 17.5.1960.

112 Vgl. hierzu *Wedemeyer*, Residenzschloß.

113 Zu Kristens möglicher »Verstrickung« in radikalfaschistische Politikplanungen vgl. die eher zurückhaltende Darstellung von *Maaß*, in: Braunschweigisches Biographisches Lexikon, S. 349.

Schlossruine berief¹¹⁴, war damit eine ungewöhnliche Koalition politisch weit entfernter Antipoden entstanden, welche einerseits auf den nicht zu erschütternden Willen der SPD verweist, das Gebäude zu beseitigen, und andererseits auf eine instrumentelle Haltung der ehemaligen NS-Eliten in dieser Frage, nämlich auf einen Schlossabriss hinzuwirken, deren Implikationen allerdings noch weitgehend unerforscht sind.

Weil die Bereitschaft zur Integration gegnerischer Meinungen letztlich ausblieb, wurden im Frühjahr 1960 sachliche Kontroversen verstärkt durch neu zugespitzte Dimensionen des persönlichen Misstrauens¹¹⁵ gegenüber dem politischen Gegner und der Gerüchte über möglicherweise von diesem inszenierte politische Lügen konturiert, welche die politische Stimmungslage vergifteten. Solche symbolische Ehrverletzungen sollten das politische Klima des »Wiederaufbaus« in der niedersächsischen Großstadt tatsächlich auf lange Sicht vergiften, indem sie diskursiv eine Lagerbildung festschrieben, welche, sehr ungewöhnlich für bundesdeutsche Großstädte in »Wiederaufbau«-Zeiten, erst durch den unversöhnlichen Dissens über die Zukunft der Schlossruine partiell (wieder)entstanden war. Die jahrzehntelange Nachwirkung dieses »Wiederaufbau«-Konflikts bis in die frühen 2000er Jahre hinein ist möglicherweise vor allem aus dieser nachholenden Polarisierung zu erklären, welche das politische Meinungsspektrum ausschnittthaft in einer sich potenziell gegenseitig ausschließenden Emotionalisierung gefangen hielt – sofern diese in der Öffentlichkeit als solche positioniert werden konnte. Aufgrund der Abrissentscheidung konnte sich das Parteienspektrum deshalb nicht mehr über eine gemeinsame Haltung verständigen, weil darin genuine Standards des Politikmanagements zugunsten einer lokalen, stadt-republikanischen Konsensbildung außer Kraft gesetzt worden waren. Infolgedessen war die vollständige Umkehrung der Abrissentscheidung in den 2000er Jahren die nicht zwangsläufig erwartbare, aber in der Logik der Auseinandersetzung durchaus angelegte Konsequenz einer radikalen Interessenpolitik, welche strukturell vitale Interessen konkurrierender politischer Kräfte negierte. Reüssierte die jeweils andere Partei, verkehrte sie auch wieder die ausschlaggebenden Entscheidungsprämissen und -ziele dieser Sektoralentscheidung in ihr Gegenteil, weil sie neben dem greifbaren Ergebnis einer gegenteiligen Sachentscheidung auch die pure Machtdemonstration zur Stabilisierung ihres Selbstbildes und der eigenen politischen Richtlinienkompetenz einfordern wollte. Auf diesem Wege wurde das Braunschweiger Schloss zu einem Phantombild einer tendenziell unversöhnlichen Interessenlage in einem ansonsten auf Kommunikation, Ausgleich und Konsens angelegten bürgerlich-liberalen, (national-)konservativen und sozialdemokratischen lokalen Parteienspektrum.

Damit waren ältere Muster lokaler Machtbildung in der Braunschweiger Kommunalpolitik wieder aufgegriffen worden, die durch das narrativ dominierende, vorgeblich konsensstiftende Gemeinschaftserlebnis von Bombenkrieg und Nachkriegsnot keineswegs aus der Welt geschafft worden waren. Unter vergleichbaren Voraussetzungen hatte eine scharfe Lagerabgrenzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf der einen

114 Zu verweisen ist hier auf einen längeren Auszug des vorgeblichen Gutachtens Kristens, das tatsächlich nur eine von ihm selbst veranlasste Begehung der Schlossruine protokollierte, den Stadtbaurat Schütte in einem längeren Vermerk für Oberbürgermeisterin Fuchs wiedergab und der eine dezidierte Meinung zugunsten des Abrisses enthielt: »Ich bin kein Architekt und kann daher die ästhetischen Gründe und die Gründe des Herrn Landeskonservators Dr. Seelecke, die das Schloss erhalten wissen wollen, nicht beurteilen. Ich muss aber als Ingenieur, der in der ganzen Bundesrepublik Bombenschäden und Ruinen zu beurteilen hatte, nur erklären, dass es m. E. ganz ausgeschlossen ist, die Ruinen zu einem Wiederaufbau einer Mehrzweckhalle oder was es auch sei zu benutzen.« Stadtbaurat Schütte an Oberbürgermeisterin Fuchs, Vermerk Schlossaufbau v. 30.9.1969, StABr E 212 VI. 4:5, Bd. 2, Dokument S. 1 f.

115 Entsprechende Gegenappelle in der Lokalpresse verhallten ungehört: »Im Interesse dieser traditionsbewussten Stadt, die Schlossanhängern wie -gegnern gleichermaßen Heimat ist, sollte der letzte Akt dieses kommunalen Dramas wenigstens frei von Missdeutungen bleiben.« Leserbrief Böhme, in: BZ v. 17.5.1960.

Seite und den bürgerlich-konservativen Parteien auf der anderen Seite schon während der 1920er Jahre das politische Leben im Freistaat Braunschweig stellenweise dominiert. Sie lässt sich vor allem an der äußerst kontroversen und desintegrativen Kirchenpolitik ablesen, welche zunächst von den Sozialdemokraten initiiert, dann von den Konservativen rückgängig gemacht worden war, ehe sie von den Sozialdemokraten zwischen 1927 und 1930 kurzfristig reetabliert werden konnte, bevor sie schließlich von den Nationalsozialisten in einem antizivilisatorischen Sinne präfiguriert werden konnte.¹¹⁶ Bernd Rother spricht in diesem Zusammenhang von einem sich selbst verstärkenden Mechanismus »der Kompromißunfähigkeit der Braunschweiger Parteien«.¹¹⁷

Warum weder dreißig Jahre später, in den 1950er Jahren, ein erfolgreiches Konfliktmanagement für den Schloss-»Wiederaufbau« in Hinblick auf einen daraus herrührenden kommunalen Konsens möglich war, noch weitere fünfundvierzig Jahre später, zu Beginn der 2000er Jahre, ist demzufolge vor allem mit der Persistenz gegensätzlicher kommunalpolitischer Sinndeutungen und Identitätskonstruktionen zu erklären, wie sie als Standards der politischen Konfliktbewältigung in der Braunschweiger Lokalpolitik während des 20. Jahrhunderts lange eingeübt worden waren, nicht jedoch oder nicht so sehr mit fortbestehenden politischen Interessenkonflikten. Sie basierten primär auf dem ideologischen Dissens von sich in dieser Sektoralfrage gegenseitig ausschließenden und dadurch erst bewusst herbei konstruierten politischen Lagern und den daraus herrührenden pointiert gegensätzlichen stadträumlichen und auch gesellschaftspolitischen Zielsetzungen in einer ausschnitthaft bedeutungsvollen Aufgabe der lokalen Stadtplanung. Demzufolge können diese kontroversen Standards des policy-making auch nicht allein aus den materiellen Anforderungen des »Wiederaufbaus« und der späteren postmodernen City-Bildung heraus erklärt werden, wie sie vorzugsweise in der Diktion der politischen Akteure ihren Niederschlag gefunden haben, sondern nur im Zusammenhang mit der Art und Weise, wie diese Akteure über Sinndeutungen und Geschichtsbilder in variablen Identitätskonstruktionen verfügten und diese Deutungsmacht in der politischen Auseinandersetzung als sichtbare Ergebnisse ihrer prospektiven Lagerbildung kommunikativ instrumentalisierten.

IV. SINNDEUTUNGEN DES ABRISSEKONFLIKTS 1959/60: DAS BRAUNSCHWEIGER SCHLOSS UND SEINE IDENTITÄTSANKER IN DER LOKALEN ERINNERUNGSKULTUR

Mit der punktuellen ideologisch-politischen Überfrachtung der Kommunalpolitik in Braunschweig wird erklärbar, warum kunstgeschichtliche und städtebauliche sowie ansatzweise vorhandene touristische Aspekte einer überlokalen Stadtwerbung¹¹⁸ in der Schlossdebatte eine so nachrangige Rolle einnahmen und aus der politischen Meinungsbildung schließlich völlig ausgegrenzt wurden. Zwar wurde dem Gebäude in seiner architekturhistorischen

116 Vgl. Bernd Rother, *Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik (1919–1933)*, in: Jarck/Schildt, *Braunschweigische Landesgeschichte*, S. 945–980, hier: S. 965–967.

117 Ebd., S. 967: »Es war eine Art *circulus vitiosus*, denn zugleich verstärkten sich durch die fehlende Praxis der alltäglichen Zusammenarbeit die gegenseitigen Vorbehalte.« Einschränkend bemerkt Rother, dass dennoch zwischen 1927 und 1930 in anderen Einzelfragen »eine ungewöhnliche Häufung wechselnder Mehrheiten« zu beobachten war, welche auf der Zersplitterung des bürgerlichen Lagers basierte. Ebd., S. 968. Demzufolge kann man keineswegs von einem unumkehrbaren Prozess der strukturellen Entfremdung beider Lager sprechen. Er trat allerdings in ideologisch umstrittenen Fragen besonders krass hervor und konnte dann nicht mehr überbrückt werden.

118 Während der Monarchie hatte das Residenzschloss noch den prominentesten Stellenwert als wichtigste Sehenswürdigkeit der Stadt Braunschweig eingenommen. Vgl. Führer durch Braunschweig, bearbeitet von Schulinspektor A. Sattler, hrsg. v. Verkehrs-Verein Braunschweig, Braunschweig 1911, S. 73–75.

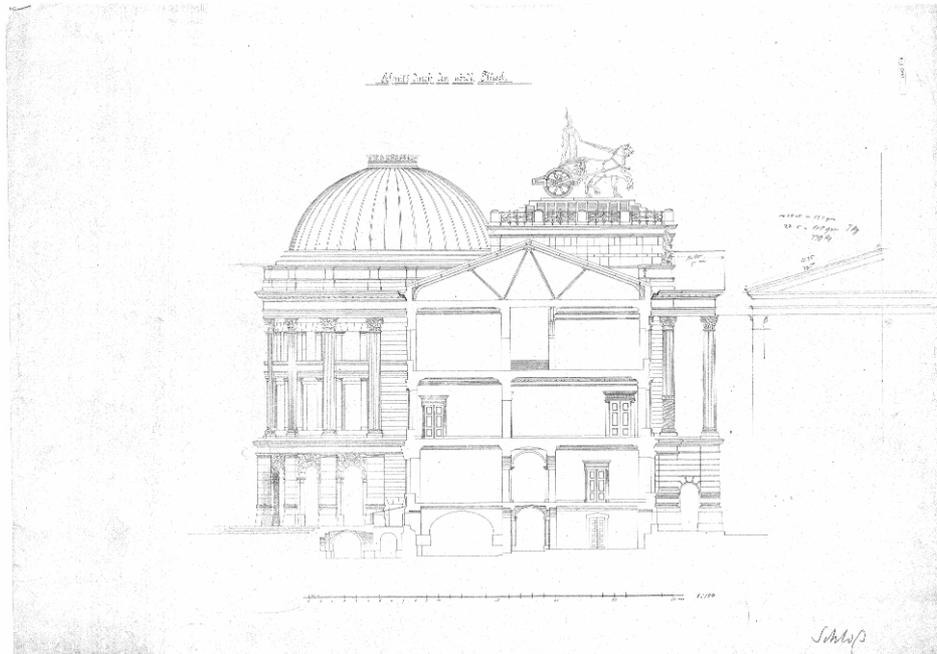
Bedeutung, als »Dokument« einer Übergangsepoche vom Spätklassizismus zum frühen Historismus, ein spezifischer Eigenwert zuerkannt. So war der Architekt Karl Theodor Ottmer ein besonders prominenter Schinkel-Schüler gewesen, dessen Hauptwerk, das Braunschweiger Residenzschloss, einen in Deutschland seltenen, späten klassizistischen Stil mit neobarocken Elementen zeigte. Damit stellte es einen sehr eigenwilligen Beitrag zur Stilgeschichte monarchischer Repräsentationsarchitektur dar.¹¹⁹ Aber obwohl die besondere kunstgeschichtliche Bedeutung des Bauwerkes, mehr als seine wuchtige Ästhetik, die im ruinösen Zustand nicht mehr angemessen wahrgenommen werden konnte, von unterschiedlichen Lobbyisten, so auch vom Braunschweigischen Landesverein für Heimatschutz, wiederholt als die maßgebliche Begründung seines angestrebten Erhalts in die Waagschale geworfen wurde, verhallten entsprechende Argumentationsmuster ungehört, weil sie nicht die geschichtspolitische Überfrachtung des Bauwerkes aufwiegen konnten.¹²⁰

Diese verschobene Wahrnehmung erstreckte sich sogar auf eine Aufsehen erregende Denkschrift aller deutschen Bauhistoriker von Januar 1960, welche die in diesem Monat ergangene letztverbindliche Abrissentscheidung des Braunschweiger Stadtrates¹²¹ noch einmal in letzter Minute konterkarieren wollte. Darin wurde eine vergleichsweise fortschrittliche Rezeption der baukünstlerischen Leistungen des 19. Jahrhunderts als Argument zugunsten des Schlosserhalts angemahnt – allerdings ohne die politische Bedeutung

119 Vgl. die knappe bauhistorische Beschreibung durch *Bernd Wedemeyer*: »Das Schloss entstand in Anlehnung an das Grund- und Aufrisschema der Schlösser des französischen und preußischen Hochbarocks als dreiflügeliger Bau auf U-förmigem Grundriss. Die barocken Fassadenformen wurden jedoch [...] sehr vereinfacht und in ihrer Wirkung gesteigert. Die Hauptfront bildete einen straffen rasterartigen Fassadenblock, den die kubischen, mit wichtigen Säulen besetzten Risalite an den Seiten und in der Mitte der Fassade [...] gliederten«, in: Braunschweiger Stadtlexikon 1992, S. 203. Vgl. dies., in: *Gerd Biegel/Angela Klein* (Hg.), *Carl Theodor Ottmer 1800–1843. Braunschweigischer Hofbaumeister, Europäischer Architekt*, Braunschweig 2000, S. 141–177, 336–354.

120 Die ganze Delikatesse kunstwissenschaftlicher Positivbewertungen, die sich gleichzeitig vom Missverständnis als eines historistischen Allerweltsbaus absetzte, wurde insbesondere gegen virulente Vorschläge eines Teilneubaus als Rathausgebäude oder einer Ruinenarchitektur mobilisiert, die während der dritten Phase der Debatte wahllos und ohne Realisierungschance diskutiert wurden: »Der Gedanke, einen solchen überdimensionalen Verwaltungsneubau so in die stehengebliebenen Fassaden des Schlosses einzufügen, dass diese filigranartig als zierende Ummantelung der unteren Geschosse die Erinnerung an das Schloss Ottmers aufrechterhalten, entspringt einer irgeleiteten Romantik, der wir nicht das Wort reden können. Auf diese Weise würde einerseits der Baustil unserer Tage historisierend verfälscht, andererseits aber das Werk Ottmers, dessen Wert gerade in den wohlabgewogenen Maßverhältnissen zwischen Länge, Breite und Höhe des Baukörpers beruhte, zu einer bloß ornamentalen Dekoration herabgewürdigt.« Braunschweigischer Landesverein für Heimatschutz an Rat und Verwaltung der Stadt Braunschweig betr. Braunschweiger Schloß, Braunschweig v. 10.12.1959, NLD BrSchl, S. 146 f., hier: S. 146. Unterzeichner der Denkschrift waren neben Oberbaurat Hartweg fünf weitere Vereinsmitglieder. Gleichlautend übersandt an Bezirkskonservator Seelecke am 16.12.1959, ebd. S. 150.

121 Eine erste Abrissabstimmung hatte es bereits am 21.12.1959 gegeben, die jedoch aufgrund formaler Mängel am 20.1.1960 mit dem gleichen Ergebnis wiederholt wurde, wobei die 25 Ratsherren der SPD, inklusive der Oberbürgermeisterin Fuchs, für den Abriss votierten und die übrigen 23 Ratsherren von CDU, Deutscher Partei (DP), FDP, Gesamtdeutscher Bund/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) dagegen. Vgl. Dramatisches Ende der Schloß-Debatte im Rat. SPD beschließt: Abriß und Grünanlage. Protest der anderen Parteien. Klage möglich, in: BZ v. 22.12.1959, V./M., Entscheidung nach harten Auseinandersetzungen. Die Schlossruine wird abgerissen. Parkanlage von der Oker bis zum Bohlweg. »Rechte Seite« zog aus. Stadthalle am neuen Bahnhof, in: Braunschweiger Post v. 22.12.1959, kjk, Entscheidung: Schloß wird abgerissen. Die SPD-Fraktion überstimmte mit 25 Ratsherren die 23 Befürworter des Aufbaus, in: BZ v. 21.1.1960.



Architekturzeichnung des Schloss-Architekten Karl Theodor Ottmer, »Schnitt durch den nördl. Flügel«, undatiert (frühe 1830er Jahre). Das Schloss verschmolz den süditalienisch-barocken Riegel der Schaufront und der beiden Flügelbauten mit einem klassizistisch-neobarocken, rückwärtigen Kuppelbau, welcher den eher eintönigen Grundriss zentrierte.

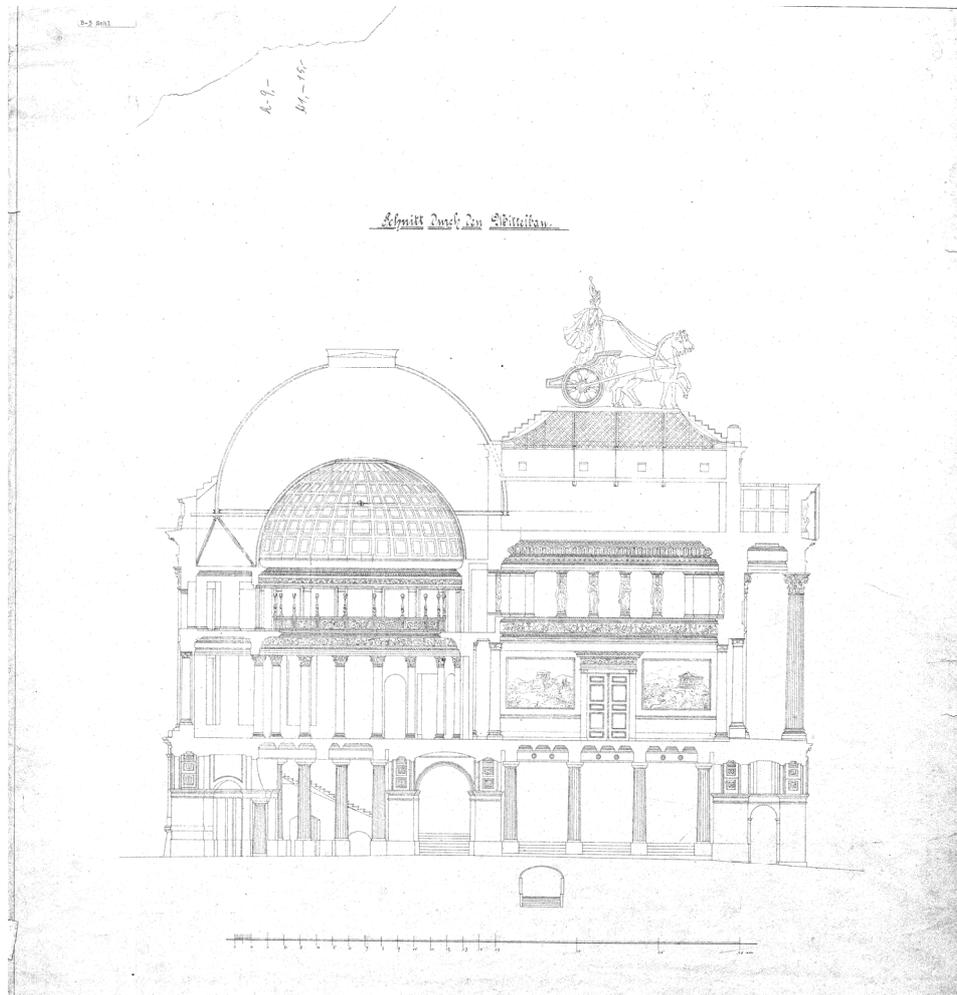
© Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege. Plansammlung der Bau- und Denkmalpflege.

des Bauwerks auch nur ansatzweise zu würdigen, womit diese zum wiederholten Male faktisch vollständig ausgeklammert wurde:

»Baudenkmäler sind Kulturwerte. Der Wille, Kulturwerte zu erhalten, setzt Einsicht voraus. So wurde den Bauten des Barock noch vor wenigen Jahrzehnten jeder Wert abgesprochen; heute zählen viele dieser Bauten zu den höchsten Leistungen der Baukunst. Für Bauten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat die Öffentlichkeit heute noch wenig Verständnis; die Rehabilitierung auch dieser Bauten ist seit etwa 20 Jahren im Gang. Dehio-Gall nennt das Braunschweiger Schloß mit Recht einen wahrhaft fürstlichen Bau. In naher Zukunft wird die breite Öffentlichkeit auch diese neue Wertschätzung wie eine Selbstverständlichkeit anerkennen. Wer dieser Wertschätzung durch ein Todesurteil zuvorkommt, handelt ohne Einsicht.«¹²²

Die von den westdeutschen Bauhistorikern erstrebte »Einsicht« erstreckte sich lediglich auf ein fachwissenschaftlich begründetes Urteil zugunsten der Schlossruine. Für sich allein genommen hätte es seinerseits durchaus eine paradigmatische Bedeutung für das Bundes-

122 Denkschrift deutscher Bauhistoriker zur »Wiederherstellung des Schlosses«, unterzeichnet von den Professoren Dr.-Ing. Th. Dombart/München, H. G. Evers/Darmstadt, H. Flesche/Braunschweig, K. Gruber/Darmstadt, Prof. Regierungsbaurat a. D. H. Hanson/Stuttgart, E. Heinrich/Berlin, U. Hölscher/Hannover, Prof. Dr. phil. G. Hoeltje/Hannover, A. Tschira/Karlsruhe, E. Wedepohl/Berlin, W. Weyres/Aachen sowie aus dem Vorstand der Koldewey-Gesellschaft R. Naumann/Rom, E. Heinrich/Karlsruhe, Dr.-Ing. E.H. Botz/Karlsruhe, Dr.-Ing. K. G. Siegler/Stuttgart, federführend Prof. Dr.-Ing. Hecht/Braunschweig, o. O. O.D., Eingangsvermerk Ns. Landeskonservator v. 19.1.1960, NLD BrSchl.



Architekturzeichnung des Schloss-Architekten Karl Theodor Ottmer, »Schnitt durch den Mittelbau«, undatiert (frühe 1830er Jahre). Sowohl die eher funktionslose Repräsentativität der Rotunde als auch die monumentale Brunonia-Quadriga, die in enger Anlehnung an die Quadriga des Brandenburger Tores ausgestaltet und positioniert wurde, betonten den in seinem rückwärts gewandten politischen Anspruch begründeten, dezidiert eklektizistischen Charakter des Gebäudes.

© Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege. Plansammlung der Bau- und Denkmalpflege.

gebiet erlangen können, zumal es noch während der ersten Nachkriegsmoderne und damit etwa fünfzehn Jahre vor der Rehabilitierung des Historismus in die Öffentlichkeit ausgestrahlt hätte, eine Rehabilitierung die im Bundesgebiet erst seit Mitte der 1970er Jahre einsetzte. Aber in der Exklusion sämtlicher politischer Bezüge von Geschichte und Erinnerung des Gebäudes wirkte es seltsam vereinzelt und unkommunikativ und hatte dementsprechend geringe Aussichten, den engen Kreis fachbezogener Autorität zu durchbrechen, um die politische Öffentlichkeit der Stadt Braunschweig nachhaltig prägen zu können.



Der aufgrund seiner geschützten Lage am wenigsten beschädigte Gebäudeteil war die Rotunde mit dem noch vollständig erhalten gebliebenen eisernen Tragwerk der Kuppel.

© Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege. Fotothek der Bau- und Kunstdenkmalpflege.

Immerhin war damit eine frühe stadträumliche Wertdiskussion initiiert worden, die auf dem architekturhistorischen Wertekanon der Kunstwissenschaft basierte. Indem sie aus der bauhistorischen Perspektive den Wert des Gebäudes taxierte, schlug sie in der Fachwissenschaft möglicherweise hohe Wellen. Aber obwohl dieser Protestaufruf von einem Bauhistoriker der Braunschweiger Technischen Hochschule initiiert worden war und als bundesweiter Appell zur Rettung der Schlossruine auch die entsprechende Resonanz verzeichnen konnte, lief seine einseitig kunstgeschichtliche Argumentation ins Leere. Gerade weil er in Diktion und Inhalt zentrale Bestandteile der öffentlich wirksamen Identitätskonstruktionen über das Braunschweiger Schloss ausklammerte, erreichte er kein Publikum. Darin trat eine spezifische erkenntnis- und politiktheoretische Diskrepanz im »Wiederaufbau« zutage, welche in ihrer konstitutiven Widersprüchlichkeit landauf landab ähnliche Streitfragen über den Erhalt und den Abriss beschädigter und teilzerstörter Baudenkmale prägte. Einerseits wurden recht unterschiedlich bemessene Ressourcen kollektiver Identitätskonstruktionen zur Rechtfertigung eines Baudenkmals bemüht und andererseits wirkte ein elitärer bildungsbürgerlicher Habitus aus der Gruppe der politischen Akteure diskontinuierlich in den öffentlichen Raum hinein. Beides konnte sich in dem einen Falle zu Gunsten und im anderen Fall zu Ungunsten der Ruine eines besonders wichtigen Baudenkmals auswirken und von interessierter Seite instrumentalisiert werden; und oft geschah dies in einer radikal ausgrenzenden Art und Weise.¹²³

So konnte die Betonung des »wahrhaft fürstlichen« Charakters des ruinenhaften Braunschweiger Schlosses nur von jenen akzeptiert werden, die darin keinen Affront gegen ihr politisches Weltbild erblicken würden. In einer Zeit, in der die Abdankung der royalen Dynastie erst vier Jahrzehnte, und zwar im Ergebnis einer Revolution, zurück lag, war es noch nicht selbstverständlich, mit einer solchen Diktion keine Wertschätzung des Braunschweiger Herzogs auszudrücken. Diese Aporie kunstgeschichtlicher Sinndeutungen für Schlösser in der frühen Bundesrepublik wurde bereits zeitgenössisch erkannt. So hatte wenige Wochen vor den bundesdeutschen Bauhistorikern der Braunschweiger Landesverein für Heimatschutz seine eigene Kritik an dem Abrissentschluss hellsichtig in Hinblick auf dessen geschichtspolitische Kontaminierung ausformuliert, welche sich als ein beträchtlicher Imageschaden der Schlossruine entpuppte:

»Die grundsätzliche Antwort auf die Frage, ob das Schloß wiederaufgebaut werden sollte oder nicht, ist von den Ratsmitgliedern schon einmal bejaht worden, nachdem sie sich von dem hohen baugeschichtlichen Werte dieses Kulturdenkmals überzeugt hatten. Was könnte es für triftige Gründe geben, jetzt eine andere Entscheidung zu treffen, es sei denn die technische Undurchführbarkeit eines Wiederaufbaues? Es wird ja wohl im Ernst niemand behaupten wollen, dass die Erhaltung eines als Baudenkmal wertvollen Fürstenschlosses zugleich ein Bekenntnis zur Monarchie sei und daher die republikanische Staatsform gefährde. Wäre dem so, dann hätte man in Süddeutschland gewiss nicht nach dem letzten Kriege mehrere schwer angeschlagene Schlösser mit außerordentlichen Kosten wiederhergestellt. Was wäre aus den griechischen und römischen Tempelruinen des Altertums geworden, wenn man sich im vorigen Jahrhundert gescheut hätte, sie auszugraben und zu restaurieren, weil sie Zeugnisse einer nichtchristlichen Weltanschauung sind?«¹²⁴

Ausweislich seiner Denkschrift war es dem Braunschweigischen Landesverein um »die Kulturtraditionen des Abendlandes«¹²⁵ zu tun, die er gegen Abbrüche denkmalwerter Bau-

123 Dass ein potentiell radikal ausgrenzender Charakter in kollektiven Identitätskonstruktionen genuin angelegt sei, wie Niethammer betont hat, ist in der neueren kulturwissenschaftlichen Forschung allerdings strittig. Vgl. *Jürgen Straub*, Identität, in: *Handbuch der Kulturwissenschaften* Bd. 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe, Stuttgart etc. 2004, S. 277–303, hier: S. 294; *Lutz Niethammer*, Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek 2000, S. 11 f.

124 Denkschrift Braunschweigischer Landesverein v. 10.12.1959, S. 146 f., NLD BrSchl.

125 Ebd.

substanz, wie sie namentlich in der DDR getätigt worden waren und noch bevorstanden, in Schutz nehmen wollte. Damit bewegte er sich ganz auf der Linie eines christlichen Konservatismus, wie er die bürgerlichen Eliten der 1950er Jahre insgesamt charakterisierte.¹²⁶ Dieser sollte erkennbar den ideologischen Hintergrund für eine bürgerliche Sammlungsbewegung zugunsten des Schloss-»Wiederaufbaus« abgeben können. Aber die vom Landesverband ausformulierten Bedenken gegen eine aus seiner Sicht fehlgeleitete Monarchie Rezeption innerhalb des prospektiven »Wiederaufbaus« des Braunschweiger Schlosses enthielten ihrerseits beträchtliche Sprengkraft. Sie verwiesen nämlich auf eine Langzeitperspektive monarchischer Legitimations- und Repräsentationsmuster, die in Braunschweig in einer letztmalig erneuerten dynastischen Version im November 1913 noch einmal renaturiert worden waren. Nach ihrer Abschaffung im November 1918 waren sie in der Perspektive der Zeitgenossen in den 1950er Jahren jedoch mental noch immer nicht überwunden.¹²⁷ Und damit zeigte sich der Landesverein wesentlich informierter über die multiplen und divergierenden Bestandteile von herrschaftsloyalen und -illoyalen Identitätskonstruktionen der Schlossruine, als es die bundesdeutschen Hochschullehrer gewesen waren. Sie hatten diese Bedeutungsebene aus ihrer fachwissenschaftlichen Perspektive vielmehr vollständig ausgegrenzt und damit prägende Identitätskonstruktionen innerhalb der Braunschweiger Öffentlichkeit professionell ignoriert.¹²⁸

126 Vgl. *Axel Schildt*, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999; *Paul Nolte*, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 377–390.

127 Eine solche diachrone Kontextualisierung von Geschichtserfahrung mit ihren Weiterungen für die Geschichtspolitik ist erst jüngst von Axel Schildt betont worden: »Die frühe Gesellschaft der Bundesrepublik hat in der Tat wilhelminische Züge. Einen Unterschied allerdings gibt es: Die nationale Hybris fehlt. Die wilhelminische Gesellschaft ist durch den Ersten Weltkrieg kaputtgegangen, die Gesellschaft der jungen Bundesrepublik hingegen wandelte sich friedlich.« Axel Schildt im Spiegel-Gespräch »Eine enorme Modernisierung«. Der Hamburger Historiker Axel Schildt, 54, über Glanz und Elend der Nachkriegszeit, die Rolle der Alliierten bei der Gründung der Bundesrepublik und den Preis des Aufbaus einer stabilen, liberalen Demokratie in Deutschland, in: *Der Spiegel*, Nr. 48 (2005), S. 65–68, hier: S. 66.

128 Auch der mit der Braunschweiger Nachkriegsgeschichte besonders eng verbundene Entwurfs-Professor Krämer machte in einer beeindruckenden Gesamtschau der kunstgeschichtlichen und der lokalpolitischen Bezüge des Schlosses in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hier keine Ausnahme, obwohl er eine zeitgenössisch überraschend emotionslose und gleichzeitig heuristisch fruchtbare Bilanz der Braunschweiger Schloss-Debatte in den 1950er Jahren ziehen konnte, die er mit einem vorsichtigen Plädoyer gegen den Abriss der Schlossruine verknüpfte: *Friedrich Wilhelm Krämer*, Muß das Braunschweiger Schloß abgerissen werden?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 11.3.1960, StABr A XI 8. Bezeichnenderweise untertitelte Krämer eine darin abgedruckte S/w-Frontalansicht des Gebäudes mit einer pointiert kunstgeschichtlichen Würdigung: »Das Braunschweiger Schloss, eine Meisterleistung des ausgehenden Klassizismus, von dem Schinkelschüler Ottmer als das letzte große Residenzschloß Europas in den Jahren 1830 bis 1838 ausgeführt, in seinem heutigen Zustand.« Sie ging nicht auf die Identitätsanker des Gebäudes ein, wie auch Krämers überaus lange Ausführungen nur an einer Stelle im weiter o. g. Sinne die identitätspolitische Polarisierung der Ruine thematisierten, allerdings in der Absicht, sie dadurch auch zu minimieren: »Möglicherweise haben bei dem unglückseligen Beschluß auch unbewusste [sic] SPD-Sentiments gegen das Herrschaftskastell mitgewirkt; aber tatsächlich verbindet ja nichts mehr die imponierenden Reste mit dem Herzogsregime, im Gegenteil: Nach der feurigen Ausschmelzung ist die Architektur nun zur reinen Form geläutert, leuchtender Ausdruck der künstlerischen Genialität und des handwerklichen Fleißes der Landeskinder selbst.« In dieser Diktion übernahm Krämer ein höchst fragwürdiges, aber zeitgenössisch populäres Reinigungsmotiv, das er an die Zerstörung des Gebäudes im Zweiten Weltkrieg anlehnte, das sich allerdings seinerseits einer produktiven Geschichtsaufarbeitung verschloss.

Demzufolge war ein Braunschweiger Fürst als Identitätskonstrukt eindeutig zuzuordnen: Es handelte sich um den letzten regierenden Herzog aus der Dynastie Braunschweig-Lüneburg, Ernst August, der von November 1913 bis November 1918 regiert hatte, nachdem er als erster Welfenherzog nach 1866 in die von der Berliner Hohenzollern-Familie bis dato blockierte selbstständige dynastische Regierungsgewalt des Herzogtums eingesetzt worden war.¹²⁹ Aufgrund seines Militärdienstes in der preußischen Armee hatte er zu Beginn des Ersten Weltkrieges die Regentschaft an seine Ehefrau, Victoria-Luise von Braunschweig-Lüneburg, die Tochter Kaiser Wilhelms II., übertragen, die damit ebenfalls eine besonders große repräsentative und auch eine charismatische monarchische Funktion in Braunschweig ausgeübt hatte.¹³⁰ Beider Biografien waren in der zweiten Nachkriegszeit weitaus stärker als nach der Revolution von 1918 im öffentlichen Leben der Stadt Braunschweig präsent. Diese Verankerung im kollektiven Gedächtnis zeigte sich nicht zuletzt darin, dass das auf seinem Wohnsitz Marienburg, südlich von Hildesheim, residierende »Herzogspar« permanent mit diesem, seinem ehemaligen Herrschaftstitel angesprochen wurde. Konnten »Herzog« und »Herzogin« damit ein informell-formelles Schattenherzogtum ihres eigenen öffentlichen Ansehens reetablieren, erschöpfte sich dessen repräsentative Reichweite nicht allein in einem für die 1950er Jahre kennzeichnenden Exotismus, der die symbolische Vereinigung von monarchischen und republikanischen Verhaltensstandards in alltäglich gewordenen performativen Akten bürgerlicher Kommunikation perpetuierte, sondern begründete auch immer konkrete Symbolpolitik mit breiter öffentlicher Ausstrahlung.¹³¹

Die öffentlichen Biografien des ehemals monarchischen Ehepaares Ernst August und Victoria Luise fungierten in gewisser Weise auch als Negativfolie für die retrospektive Wahrnehmung der prekären Hauptstadtfunktionen der Stadt Braunschweig in seinen diachron abrupt wechselnden politischen Bezügen als Regierungsort eines sehr kleinen re-

129 Ernst August Christian Georg, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg (1887–1953) Heirat mit Viktoria Luise von Preußen am 24.5.1913, konnte allerdings erst nach Abgabe einer Loyalitätserklärung gegenüber Preußen, die erforderlich geworden war, weil er nicht auf den hannoverschen Thron verzichten wollte, am 1.11.1913 die Regierungsgewalt in Braunschweig übernehmen, die am 8.11.1918 unfreiwillig endete. In diesen fünf Jahren reformierte er nicht die Landesverfassung und hielt damit am ungleichen Wahlrecht fest, zeigte sich also als typisch reformunwillige, vermeintliche »Herrscher«-Persönlichkeit während des späten Wilhelminismus mit einem stark elitären Zug und damit nicht gerade als Speerspitze einer bürgerfreundlichen hochadligen Avantgarde. *Normann-Mathias Pingel*, in: Braunschweiger Stadtlexikon. Ergänzungsband 1996, S. 42.

130 So jedenfalls in ihrer populären Autobiografie dargestellt. Vgl. *Herzogin Viktoria Luise*, Ein Leben als Tochter des Kaisers, Göttingen etc. 1966 (6. Aufl.), S. 118–120. Adlige Autobiografien arbeiten grundsätzlich mit gezielten Auslassungen und Selbststilisierung und das gilt insbesondere für die vorliegende Autobiografie in Hinblick auf die NS-Kontakte der Familie Braunschweig-Lüneburg. Vgl. dazu *Stephan Malinowski*, Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 2004², S. 568 f. und weiter unten.

131 Vgl. *Herzogin*, Ein Leben, S. 329–345, insbesondere die Darstellung einer Begegnung mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf Ende der 1940er Jahre, in der sie sich zur informellen Landesfürstin stilisierte, ebd., S. 332. In der einerseits gönnerhaften Beschreibung dieses dominierenden niedersächsischen Landespolitikers floss andererseits allerdings bereits ein groß-koalitionärer Zug ein, der das alltagspraktische Politik-Management der »Herzogin« in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre weitaus stärker charakterisierte als eine rückwärtsgewandte pseudo-monarchische Haltung: »Der Sozialdemokrat Kopf fand bald ein vertrauensvolles Verhältnis zu meinem Mann. Das gilt auch für maßgebliche Persönlichkeiten der anderen politischen Gruppen, wenn man von den Kommunisten absieht [...]« Ebd., S. 331. »Wir haben Kopf geschätzt. Er, den man den roten Welfen nannte, imponierte durch seine pragmatische, von starrer Parteidoktrin weit entfernten Art des Regierens.« Ebd., S. 332.

publikanischen Freistaates in der Weimarer Republik, als frühes und besonders ausgeprägtes nationalsozialistisches Kraftzentrum im norddeutschen Raum und als sich kurzzeitig re-demokratisierende Landeshauptstadt in der britischen Besatzungszone. Daraus resultierten höchst widersprüchliche regionalpolitische Loyalitätsbezüge, welche die fragmentierte politische Landschaft noch einmal perspektivisch auffächerten.¹³² Nachdem das Land Braunschweig schon Mitte 1946 in das größere Niedersachsen eingegliedert worden war, verlor die Stadt ihre regionale Bedeutung als staatlicher Regierungssitz und das problematische Konkurrenzverhältnis zur weitaus bedeutenderen niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover deklassierte die eigenen repräsentativen Ansprüche. Lediglich im Status einer administrativen Bezirkshauptstadt des kleinsten niedersächsischen Verwaltungsbezirks bewahrte sich die Stadt noch Reste symbolischer Eigenständigkeit, die mit der Umwandlung in einen vergrößerten Regierungsbezirk im Jahr 1978 jedoch administrativ uniformiert wurde, ehe auch dieser im Rahmen einer weiteren einschneidenden Verwaltungsreform im Jahr 2004 ersatzlos aufgelöst wurde.¹³³

Der Mangel an Größe des ehemals selbstständigen Bundeslandes wurde demnach verstärkt durch ein sich über Jahrzehnte fortsetzendes Schwinden von Hauptstadtfunktionen. Daraus resultierte ein zunehmend prekärer werdendes landesspezifisches Legitimationsbedürfnis im schmalen, aber einflussreichen nationalkonservativen Elitesegment, welches die symbolische Repräsentation des »Braunschweiger-Seins« in institutionell immer stärker verunsicherten staatlichen Identitätskonstruktionen aufrecht erhalten wollte. Und diese dynamische Konstellation langfristig bedrohter regionskonstituierender Identitätsanker strahlte als diskursives Problembewusstsein weit in die lokale Öffentlichkeit und sogar ins starke sozialdemokratische Lager aus.

Fürstliche Repräsentationsarchitektur hatte im Städtebau des »Wiederaufbaus« eher einen pejorativen Beigeschmack, weil sie die Rückwärtsgewandtheit monarchischer Familiennetzwerke abzubilden schien, die noch während des Nationalsozialismus eine Stütze der antidemokratischen Kräfte gewesen waren. Erschwerend wirkte zudem, dass der Historismus noch stark diskreditiert war und dass selbst der Spätklassizismus des Braunschweiger Schlosses aus weitgehender Unkenntnis als ein minderere historistische Stil in dessen Umfeld wahrgenommen wurde und nicht als eigenständige baukünstlerische Epoche. Widersprüchliche Erinnerungen an das ehemalige Braunschweiger Herzogshaus wurden mit dieser prekären Einschätzung der Baugeschichte des Schlosses in der Öffentlichkeit noch verstärkt. In der Summe konnten Aversionen gegen die ehemalige Monarchie und gegen die Ästhetik und städtebauliche Lage des Schlosses die geballte Ablehnung seines »Wiederaufbaus« begründen, wie das nachfolgende geschlossene Identitätskonstrukt zeigt, welches der ehemalige Braunschweiger SPD-Oberbürgermeister von 1964 bis 1972, Bernhard Liess, im Oral-history-Interview äußerte:

132 Vgl. hierzu ihre Beurteilung aus der Sicht des ehemaligen sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Liess: »Dazu kommt, dass ich auch innerlich kein Verhältnis zum Herzogtum Braunschweig hatte, ich war immer Republikaner im positiven Sinne. Wir waren Freistaat Braunschweig, da waren wir stolz auf unsere blau-gelben Farben, nicht auf die gelb-weißen der Welfen, das spielt bloß keine Rolle.« Interview Liess, Typoskript S. 8. Die Bedeutung dieser Farbsymbolik wird gestützt durch Herzogin, Ein Leben, S. 332. In dieser Darstellung wurde Ministerpräsident Kopf genötigt der »Herzogin« mit gelb-weißen Farben als »Landesmutter« gewissermaßen zu huldigen. Blau-gelb waren allerdings bereits die regulären Landesfarben des Herzogtums gewesen, so dass beide autobiografischen Darstellungen, von Liess und der »Herzogin« gleichermaßen, wenngleich aus unterschiedlicher Motivation in ihrer Verkürzung auf die dynastische Perspektive des Landes eine nach außen kaum mehr vermittelbare Übersteigerung der Farbsymbolik zeigen. Vgl. Peter Veddel, Landessymbole, in: Jarck/Schildt, Braunschweigische Landesgeschichte, S. 79–98, hier: S. 94.

133 Vgl. Gudrun Fiedler, Nicht mehr Land und doch Region (1945–1989), in: Jarck/Schildt, Braunschweigische Landesgeschichte, S. 1119–1170, hier: S. 1126–1128.

»Deshalb hatten wir uns entschieden, das heißt die Stadt, keinen Wiederaufbau, sondern nur bestimmte historische Inseln, Traditionsinseln, wie wir sagen, das war also der Burgbezirk, der Altstadtmarkt, das Altstadt-Rathaus mit dem Gewandhaus, um nur zwei zu nennen. Nicht dazu gehörte von vornherein unser Schloss, was ja nicht direkt in der Innenstadt lag, also periphere Innenstadt-Lage hatte, hatte also mit der eigentlichen Altstadt [nichts zu tun], [war] ein relativ junges Gebäude gewesen, passt also gar nicht in die Historie Braunschweigs hinein.

Dazu kommt schließlich, dass wir Braunschweiger nie ein sonderlich gutes Verhältnis zu unserem Herzogshaus hatten. Die residierten meist außerhalb, meist in Wolfenbüttel, mal in Blankenburg, sofern sie überhaupt im Lande waren. Und sie führten Kriege gegen ihre Residenzstadt Braunschweig, das nannten sie zwar Residenzstadt, aber residierten hier relativ wenig.«¹³⁴

In dieser zugespitzten »Wiederaufbau«-Narration des ehemaligen Braunschweiger Oberbürgermeisters, der als wichtiger Wortführer der SPD-Fraktion großen Anteil an der befürwortenden Haltung seiner Partei zum Schlossabriss gehabt hatte¹³⁵, nimmt die Erinnerung an eine lange und lang vergangene monarchische Epoche einen zentralen Stellenwert zur Rechtfertigung dieser kontroversen Entscheidung ein. Damit urteilte der ehemalige Braunschweiger SPD-Spitzenpolitiker noch im Jahre 2004 im Rahmen jenes älteren Rechtfertigungsmusters, das der Braunschweiger Landesverein 45 Jahre zuvor als irgeleitete Monarchierezeption gebrandmarkt hatte.

Vor dem Hintergrund einer solchen beeindruckenden Persistenz von Sinndeutungen kann festgestellt werden, dass der Landesverein die Stimmungslage in Braunschweig zeitgenössisch sehr genau einschätzen konnte, indem er den verborgenen Sprengsatz der lokalen Erinnerungspolitik zielgenau ortete, wenngleich nicht differenzierend zuordnen konnte. Denn die instrumentell verborgene Lücke der NS-Geschichte des Bauwerkes spielte in keiner der vorgefundenen Einlassungen eine Rolle – mit Ausnahme jener, welche der ehemalige SPD-Oberbürgermeister retrospektiv im Oral-history-Interview gegenüber dem Verfasser machen konnte. Gerade dieses Interview zeigt in einem beeindruckenden Überblick auf die verschiedenen Angebote weit auseinander liegender Identitätsanker die Aporien einer lokalen Erinnerungspolitik an, die aus deutlich voneinander geschiedenen Richtungen nach einem jeweils von einem spezifischen politischen Standort dominierten Konsens in der Geschichtspolitik des Braunschweiger Schlosses suchten. So hielt der ehemalige Oberbürgermeister Liess noch unter dem Eindruck einer wieder auflebenden Schlossdebatte im Jahr 2004 an der einmal getroffenen Abrissentscheidung fest, ohne ihre Prämissen zu hinterfragen und einen späten Konsens in dieser Kontroverse anzustreben.

In der Persistenz des Dissenses über fünf Jahrzehnte hinweg markiert die Braunschweiger Schlossdebatte zweifellos einen besonderen Höhepunkt kontroverser »Wiederaufbau«-

134 Interview Bernhard Liess am 13.7.2004 in Braunschweig, Typoskript S. 2 und S. 8. Das Konzept der Traditionsinseln war schon 1946 vom Braunschweiger Stadtplanungschef Friedrich Wilhelm Krämer entwickelt worden und mehr als ein halbes Jahrhundert, bis 2003/04, städtebauliche Leitlinie geblieben. Erst dann stellte es das städtebauliche Gutachten des Braunschweiger TU-Professors Ackers erstmals zur Disposition, das im Umfeld des ECE-Neubaus Schloss-Arkaden in Auftrag gegeben worden war, um eine stärkere Vernetzung der bislang isoliert angelegten Traditionsinseln durch eine Auffüllung des historistischen Neubaubestandes zu begründen, zu dem der Schloss-Fassaden-Neubau gezählt wurde. Prof. Walter Ackers, Einkaufszentrum Schlosspark Braunschweig. Städtebauliche Gutachten Rahmenbedingungen und Anforderungen für ein Einkaufszentrum Schlosspark Braunschweig, Auftraggeber: Stadt Braunschweig, Braunschweig 2003, hier: S. 42–65.

135 »Auch wir haben als Sozialdemokraten, ich als alter Sozialdemokrat, haben seinerzeit auch mit einer Einstimmen-Mehrheit ...« G. W.-K.: »Das war immer knapp!« Liess: »Ja, das war auch knapp und wird heute vollkommen fehl interpretiert. Leute wie Wedemeyer und andere sagen heute, die Oberbürgermeisterin, Martha Fuchs, die hat das gemacht. Quatsch, meine Stimme war's, das kann jetzt jeder behaupten, der daran beteiligt war. Das war eben die Mehrheit.« Ebd., S. 6. Vgl. *Wedemeyer*, Residenzschloß, S. 118.

Diskurse in der Bundesrepublik Deutschland, wie er in dieser Dauerhaftigkeit etwa auch für den Frankfurter Römerberg, die Dresdner Frauenkirche und das Berliner Schloss zu verzeichnen ist. Gerade die lange Perspektive einer über Jahrzehnte konstanten Sinndeutung markiert eine für die Braunschweiger »Wiederaufbau«-Erfahrung kennzeichnende Orientierung an festen geschichtspolitischen Identitätsankern. Sie können als Hintergrund einer dominierenden »Wiederaufbau«-Erinnerung für die gesamte Stadt angesehen werden, wie sie in paradigmatischer Weise von der Amtsvorgängerin von Bernhard Liess, SPD-Oberbürgermeisterin Martha Fuchs, im Jahr 1962 im Rahmen eines offiziellen Redetextes formuliert worden war.¹³⁶

Darin nahm die Wiederherstellung von Baudenkmalen einen nachrangigen Platz hinter der Schilderung der Kriegszerstörungen, des Aufbaus neuer Wohnquartiere und des Schulbaus ein, rangierte allerdings noch vor der Jugendpflege, der Gesundheitsfürsorge, der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und den Neubauplanungen für einen Durchgangsbahnhof. Fuchs betonte erneut das damals bereits seit vierzehn Jahren feststehende, selektive Muster der »Wiederaufbau«-Narration von »Traditionsinseln«, welches in ein spezifisches Konzept stadträumlicher Erfahrung im Nebeneinander von »Moderne« und Tradition eingebettet war:

»Im Zusammenhang mit dem Schulbau soll aber auch mit Nachdruck auf die Erhaltung und Wiederherstellung alter Kulturstätten hingewiesen werden. Die beiden Traditionsinseln im Herzen der Stadt, Burgplatz und Altstadtmarkt mit den ehrwürdigen Zeugen des Mittelalters, Dom, Gildehaus, dem berühmten erzenen Löwen, Gewandhaus, Marienbrunnen und Altstadtrathaus erfreuen wieder in alter Pracht auch die vielen tausend Besucher, die alljährlich nach Braunschweig kommen. Auch das Schlösschen Richmond, ein Barockbau aus dem 18. Jahrhundert, wurde nach dem Krieg wiederhergestellt und ist heute eine Stätte internationaler Begegnungen und kultureller Veranstaltungen.«¹³⁷

Baudenkmale wurden damit als Bestandteil der Bildungs- und Kulturpolitik mit einem touristischen Mehrwert definiert. Das Residenzschloss wurde von Fuchs schon im Jahr 1962 aus der kollektiven Identitätspolitik vollständig ausgeklammert und diese Leerstelle durch die Präsenz des kleinen Sommerschlösschens Richmond außerhalb des Innenstadtbereichs ersetzt. Geschichtspolitik erwähnte sie nicht und sie sollte demnach im »Wiederaufbau« auch keine Rolle mehr spielen. Fuchs sattelte damit dasselbe Phantombild einer von historischen Bezügen entleerten Baugeschichte der Stadt, wie es auch die Bauhistoriker und der Landesverband getan hatten, wenn sie über das Schloss schrieben, nur wählte sie nicht den Weg kunstgeschichtlicher Wert-Zuschreibungen, sondern denjenigen einer weit interpretierten Kulturpolitik im Rahmen eines sozialstaatlichen Kommunalinterventionismus. Dessen Außenseite wiederum mutierte zum Tourismus und signalisierte damit Modernität als eine Spielart ökonomisch codierter Weltoffenheit. Alles in allem lag damit ein geschichtsabstinenter Minimalkonsens lokaler »Wiederaufbau«-Narration vor, der in den Folgejahren immer wieder in der Publizistik aufgenommen wurde.¹³⁸

136 Braunschweigs Wiederaufbau 1945–1960, von Frau Oberbürgermeister Martha Fuchs, StABr E 15.

137 Ebd., Dokument S. 2.

138 Erstmals publiziert in der von Fuchs und Oberstadtdirektor Weber 1961 herausgegebenen Stadtmonografie: Braunschweig. Portrait einer Stadt, Hannover 1961, Abbildungen der genannten beiden Traditionsinseln, S. 70–75, des Schlosses Richmond als städtischen Repräsentationsgebäudes S. 135, 154 f. Die entsprechenden Abbildungen der Spitzen der politischen Elite zeigen ein gewachsenes Selbstbewusstsein dieser »Wiederaufbau«-Generation: von Oberbürgermeisterin Fuchs bei einem Repräsentationsakt mit Hamburgs Bürgermeister Nevermann, S. 136, von Oberstadtdirektor Weber zusammen mit Berlins Bürgermeister Brandt und zusammen mit dem Amtsvorgänger von Fuchs, dem damaligen niedersächsischen Innenminister Bennemann, S. 139. Im Textteil wird lediglich der »Wiederaufbau« einzelner Fachwerkbau-

In Braunschweig waren parallele Sinndeutungen des »Wiederaufbaus« entstanden, in denen das Schloss einen völlig unterschiedlichen Stellenwert einnahm. Während seine Gegner den partiellen »Wiederaufbau« der Altstadt ohne das Schloss als nicht erhaltenswertes Baudenkmal konzipierten, war es für seine Befürworter ein integraler Bestandteil des in seinen Resten zu bewahrenden historischen Stadtbildes geworden. Aus dieser binären Konstruktion eines gewünschten integrativen stadtbildprägenden Leitbildes der neualten Stadt in den 1950er Jahren resultierten allerdings desintegrative Einschätzungen des »Wiederaufbaus« in Braunschweig. Sie existierten auf Dauer ohne gegenseitige Berührungspunkte nebeneinander fort und begründeten eine Persistenz von gegensätzlichen und dennoch historisch legitimierten Beurteilungskriterien in der Schlossdebatte, welche dezidiert nicht den geschichtspolitischen Konsens intendierten, sondern die Konfrontation gegeneinander gerichteter Sinndeutungen. Infolgedessen lässt sich eine lange Kontinuitätslinie von historischen Deutungen des »Wiederaufbaus« in Braunschweig über die gesamte zweite Jahrhunderthälfte feststellen.

Eingebettet in eine pointierte Ablehnung der auf eine Ruine bezogenen klassizistisch-historistischen Schlossästhetik, konnte vom ehemaligen Braunschweiger Oberbürgermeister Liess noch im Jahr 2004 konsequenterweise eine nachhaltig polarisierende Identitätskonstruktion von Geschichte und Schlossabriss für die öffentliche Wahrnehmung in der Stadt Braunschweig ausformuliert werden. Darin nahm das negative Geschichtsbild des Braunschweiger Herzogshauses einen zentralen Stellenwert ein. In einer Aneinanderreihung stereotypisierter Ablehnungsreflexe evozierte es eine Steigerung von historischem Fehlverhalten:

»Unsere Herzöge, die hier nicht gelebt hatten, bis sie 1918 abdanken mussten, als sie den Krieg verloren hatten. Und Braunschweig [hatte] natürlich mit der Tochter des letzten deutschen Kaisers ein besonders inniges Verhältnis [dazu ...] Der kleine Bund der Bürgerlichen [...], die waren diejenigen, die die alte Tradition hochhielten, denn das Herzogshaus war ja im Grunde abgelegt von den Hannoveranern. [...] Das kommt alles hinzu, rein materielle Gründe, kein Geld vorhanden, wie eine großzügigere Planung dieser Anlage [hätte verwirklicht werden können], dazu eben diese psychologischen Gründe, die eine große Rolle spielten und aus meiner Sicht heute, 45 Jahre nach dieser Situation, spielten diese psychologisch-politischen Gründe auch eine *wesentliche* Rolle.«¹³⁹

In nuce stellt diese Interviewpassage eine geschlossene Geschichtskonstruktion für die Wirkung des Braunschweiger Schlosses auf die (SPD-)Arbeiterbewegung der Stadt dar. Antirepublikanische und kriegerische Affekte der Monarchie, welche fälschlicherweise von einem kleinen, aber einflussreichen, reaktionären Bürgertum als identitätsstiftende Braunschweiger Traditionen angesehen würden, begründeten in der Braunschweiger Bevölkerung eine verständliche Abneigung gegen das Residenzschloss als ein potentiell erhaltenswürdiges Bauwerk, weil es aus »psychologisch-politischen Gründen« die falschen Identitätskonstruktionen für die Stadtbürgerschaft repräsentierte. Deshalb waren das gewichtige, politikmächtige Ablehnungsgründe gegen seinen »Wiederaufbau«, denen die SPD schließlich entsprochen hatte. Sie waren auch nicht durch gegenteilige Geschichtsinterpretationen aus der Welt zu schaffen, weil diese im Kern ja reaktionär waren und damit die moralischen Grundlagen der »Wiederaufbau«-Gesellschaft unterhöhlten, welche auf der republikanischen Staatsform basierte. Im Zusammenhang mit einer finanziellen Notlage erklärten diese Dispositionen den Abriss: »Wiederaufbau« in Braunschweig war nur als ein republikanischer denkbar, der keine schlechten Traditionen erneuerte!

ten erwähnt und das Bahnprojekts ausführlich abgehandelt, während das Residenzschloss völlig ausgespart bleibt, S. 25–27. Damit ist diese Publikation als die erste und gleichzeitig auch als eine radikale »Wiederaufbau«-Narration der Stadt Braunschweig nach dem Schlossabriss mit eindeutig geschichtspolitischer Absicht zu bewerten, die im Sinne des SPD-»Wiederaufbau«-Konzepts programmatisch aufgeladen worden war.

139 Interview Liess, S. 5.

Es ist evident, dass eine solche Narration von Geschichte im »Wiederaufbau« die Klippe des Nationalsozialismus umschiffen musste, um schlüssig zu sein. Das Schloss als einseitig monarchische Erblast zu denunzieren, konnte aus verschiedenen Gründen nur die halbe Wahrheit sein, wie auch die Regionalhistorikerin Gudrun Fiedler herausstellte:

»Eine große, bis heute noch nachwirkende Auseinandersetzung um städtebauliche Fragen löste die Debatte um den Abriss des im Kriege zerstörten Braunschweiger Schlosses aus. Das Residenzschloss erinnerte die Braunschweiger an ihre Zeit als herzogliche Residenzstadt, aber wegen der im Dritten Reich eingerichteten SS-Junkerschule auch an das düsterste Kapitel ihrer Geschichte. Mit einer Mehrheit von 2 Stimmen beschloss der Stadtrat den Abriss.«¹⁴⁰

In dieser knappen Schlossbilanz aus der großen Landesgeschichte von 2001 wurde ein Gegensatz zwischen Monarchie und Nationalsozialismus konstruiert. Von der eher freundlichen landesgeschichtlichen Perzeption des Schlosses als Identitätsort einer Hauptstadt führte ein Bruch zur NS-Geschichte des Gebäudes, das mit der Einrichtung einer von reichsweit nur drei SS-Führungsschulen¹⁴¹ im Jahr 1935 in geradezu exzessiver Weise von dieser nationalsozialistischen Terror-Truppe vereinnahmt worden war und damit zum Kernbestand politisch besonders wichtiger NS-Bauten von überregionaler Bedeutung im Reichsgebiet zählte.¹⁴² Infolgedessen liegt die Vermutung nahe, dass es vor allem diese Bedeutungsebene war, welche das Gebäude in der Perzeption der Braunschweiger Nachkriegs-SPD vollständig delegitimierte und nicht so sehr die vorhergehende monarchische Ebene.

Um diese Vermutung zu erhärten, sei die weiter oben abgedruckte Anti-Schloss-Narration des ehemaligen SPD-Oberbürgermeisters Liess ergänzt durch eine von ihm vorgehaltene Narration über Geschichte, die sich ausschließlich mit der NS-Kontaminierung des Gebäudes auseinandersetzte:

»Das Schloss war also in sich überhaupt nicht als einheitlicher Baukörper zu erkennen, sondern praktisch nur, auch vom Bild von Wedemeyer her, praktisch nur als Fassade. Aber es war praktisch so, dass auch hier ein riesengroßes Gitter davor war; aus meiner Kindheit [erschien es] unüberwindlich, ein sicher drei oder vier Meter hohes Eisengitter. Und der Platz vor dem Schloss war, bei meiner Zeit, nur bei Feierlichkeiten der Nazis geöffnet. Dass das Schloss als SS-Junkerschule genutzt wurde, war noch eins oben drauf in der allgemeinen psychologischen Situation, in der sich viele Braunschweiger befanden gegenüber dem Schloss.«¹⁴³

140 Fiedler, Land, S. 143. In einer ersten Abstimmung im Stadtrat am 21.12.1959 votierte nur eine Stimme mehrheitlich zugunsten des Abrisses. Diese Abstimmung wurde aufgrund eines Formfehlers hinsichtlich der Vollzähligkeit des Rates erfolgreich von der CDU-Fraktion angefochten: »Da es eindeutig feststeht, dass ein nicht beschlussfähiger Rat den Beschluss über die Verwendung des Schlossgeländes gefasst hat, bitten wir höflichst, diesen Beschluss in Ihrer Eigenschaft als Verwaltungschef anzufechten.« Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Braunschweiger Stadtrat an Oberstadtdirektor Lotz v. 22.12.1959 betr. Ratsbeschluss v. 20.12.1959. StABr E 212 VI.4:5, Bd. 2. Sie musste deshalb im Januar 1960 wiederholt werden, als zwei (SPD-)Stimmen über der absoluten Mehrheit zugunsten des Abrisses votierten.

141 Außer in Braunschweig gab es nur noch in Bad Tölz und später in Janowitz bei Prag SS-»Junkerschulen«. Für diese Auskunft danke ich Prof. Dr. Michael Schneider von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

142 Zur repräsentativen Braunschweiger NS-Bautätigkeit, darunter der Umgestaltung des Doms zur »NS-Weihestätte«, vgl. Markus Mittmann, Bauen im Nationalsozialismus. Braunschweig, die »Deutsche Siedlungsstadt« und die »Mustersiedlung der Deutschen Arbeitsfront« Braunschweig-Mascherode, Hameln 2003, S. 39–52, hier: S. 45 f.

143 Interview Liess, S. 5. Vgl. auch weiter unten. Der NS-Terminus »Junkerschule« wird in allen Publikationen und Narrationen unreflektiert adaptiert und damit, ganz entgegen den Sprechabsichten, implizit auch als ein feststehender Begriff legitimiert, obwohl es sich um eine typische Selbstpropaganda-Stereotypisierung aus dem NS-Herrschaftsapparat handelt.

Damit präsentierte der ehemalige Oberbürgermeister eine lang anhaltende historische Erfahrung der Ablehnung durch politische Regime, welche sich in der stadträumlichen Wirkung des Schlossgebäudes auf die Braunschweiger Bevölkerung manifestierte. In der Paraphrasierung können seine Sinndeutungen folgendermaßen entschlüsselt und zugeordnet werden: Da war dieses Gebäude, es war ein Machtzentrum politischer Herrschaft in der Stadt, und ein Außenstehender kam nicht an es heran, weil ihm der Zugang dazu instrumentell verwehrt wurde – symbolisiert durch die Abtrennung des Schlossgitters und narrativ zugespitzt durch die abweisende und dennoch geheimnislose spätere Ruinenhaftigkeit der Schlossfassade. Nur dann, wenn das Schloss vor seiner Zerstörung den Bürgern, hier als Passanten identifiziert, geöffnet wurde, lud es zur Teilhabe ein, aber diese war eine nationalsozialistische der »Volksgemeinschaft«, die im Rahmen der NS-Festkultur inszeniert wurde. Weder die Zugänglichkeit des Schlosses, noch die Teilhabe an seiner räumlichen Wirkung entsprachen somit den Bedürfnissen der Bevölkerung. Vielmehr wurde das Schloss durch althergebrachte und dann durch böse autokratische Regime genutzt, um die große Bevölkerungsmehrheit von beidem auszuschließen, dem Zugang zum Gebäude und zu seiner räumlichen Inszenierung als symbolisch wirkungsvollen städtischen Repräsentationsgebäudes. Diese Exklusion war gleichbedeutend damit, die Braunschweiger Bevölkerung in ihren stadträumlichen Erfahrungen symbolisch zu unterdrücken.¹⁴⁴

Ein solcher geschichtsdeutender Begründungszusammenhang kann nur aus der vorliegenden Interview-Mitschrift zugeordnet werden. Sie nimmt damit einen vergleichsweise besonders hohen heuristischen Stellenwert für die qualitative Analyse ein. Auch wenn im Abgleich mit ergänzenden Quellen-Überlieferungen aus den zeitgenössischen Besprechungsprotokollen der ausschlaggebenden städtischen und insbesondere der hier ausgesparten SPD-Gremien weitere Begründungsmerkmale erschlossen werden könnten, kann doch davon ausgegangen werden, dass diese nicht mehr wesentlich die erfahrungsgeschichtliche Perspektive erweitern würden, die durch das Interview mit Oberbürgermeister a. D. Liess eröffnet wurde. Festzuhalten ist dennoch, dass Liess in der Ex-post Interview-Narration weder die Schlossgeschichte während der Weimarer Republik, noch diejenige der Schlossruine während der Besatzungszeit und in der Bundesrepublik der 1950er Jahre berücksichtigte. Sie fielen aus seinem Schlossgeschichtsbild vollständig heraus. Wenn Liess die negative Zeiterfahrung des Gebäudes als Voraussetzung für seine durch Geschichte vermittelte negative sozialpsychologische Wirkung identifizierte, dann formuliert er damit eine retrospektive, fest gefügte Geschichtsnarration aus. Mutmaßlich deckte sich diese mit solchen, welche bereits früher eine zeitgenössisch virulente politische Wirkung gehabt hatten. Denn mittels einer solchen negativen Geschichtsdeutung konnten weitergehende Entscheidungskriterien für den Schlossabriss begründet und politisch legitimiert werden und möglicherweise handelte es sich dabei bereits um die ausschlaggebenden Motivationslagen.

144 Dass Liess in diesem Kontext die negative Symbolwirkung in umgekehrter zeitlicher Abfolge und umgedrehter Gewichtung darstellte, also die NS-Vereinnahmung als Vorspann und Vorläufer der herzoglichen Schlosszeit, bedeutet nicht, dass er die Monarchie als Summe einer gesteigerten Unterdrückungserfahrung genuin abzulehnender politischer Regime ansah, sondern reflektiert seine politische Zeitzeugenschaft. In den 1950er Jahren war die Monarchie durch die Präsenz »der Herzogin« im öffentlichen Leben der Stadt Braunschweig permanent anwesend, aber nicht mehr der Nationalsozialismus. Potentiell konnte diese repräsentative Kompetenz vom gegnerischen politischen Lager der Bürgerlichen und der Nationalkonservativen ausgenutzt werden, während für den Nationalsozialismus keinerlei Sympathien mehr bestanden. Insofern sagt diese Äußerung weitaus mehr über das politische Klima im Nachkriegs-Braunschweig aus als über eine korrekte politikhistorische Zuordnung, was von einem Interview mit einem Gesprächspartner aus der damaligen politischen Akteurselite auch zu erwarten war.

In seiner Narration fügte Liess solche Argumente für die politische Entscheidungspraxis mit den sinndeutenden Negativbildern der Braunschweiger Bürger-Schloss-Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem stimmigen Gesamturteil über die Abrissentscheidung zusammen. Es sollte auch nach Ablauf von fast 45 Jahren im Rahmen des Interviews als eine feststehende Narration des Abrisses rationalisiert werden können und damit seine Persistenz legitimieren. Insgesamt gesehen, war damit ein statisches Geschichtsbild diskursmächtig geworden, das politisch verbreitert und instrumentalisiert werden konnte. Aber in dieser Verengung von Beurteilungskriterien lag auch ein genuiner Verlust an Geschichtserfahrungen begründet, zumal solcher, welche für die eigene Partei des ehemaligen Oberbürgermeisters von existenzieller Bedeutung gewesen waren: der Verlust an Erfahrungen des Braunschweiger Schlosses als eines vergessenen republikanischen Erinnerungsortes.

V. STADTREPUBLIK OHNE SCHLOSS: DIE UNFÄHIGKEIT DER BRAUNSCHWEIGER SPD ZUR KONSENSSTIFTENDEN SCHLOSS-TRADITIONSBILDUNG

Das Braunschweiger Residenzschloss wurde am 8. November 1918 gleich auf zweierlei Weise zum zentralen Ort der Republikgründung in Braunschweig: als ein Schauplatz der großen Massendemonstration und als Ort der Abdankung des Herzogs.¹⁴⁵ Nachdem sich die »Mehrheitsparteien des Herzogtums«, MSPD, Zentrum, Fortschritts- und Welfen-Partei, am 5. November zunächst auf die Einführung des Reichstagswahlrechts geeinigt hatten, gewannen unabhängig davon die revolutionären Ereignisse durch zurückkehrende Matrosen und Soldaten an Dynamik. Nach entsprechenden Revolutionskundgebungen am 7.11. wurden in der Nacht detaillierte Pläne geschmiedet und am Folgetag von revolutionären Obleuten, der Spartakusgruppe und dem neu gegründeten Arbeiter- und Soldaten-Rat generalstabsmäßig umgesetzt. Als erstes wurde das »Volksfreund«-Haus, das »Rote Schloss« der Braunschweiger Arbeiterbewegung, besetzt und hier eine revolutionäre Sonderausgabe der Zeitung gedruckt. Nachdem aus den Industriebetrieben genügend Arbeiter/innen angeworben worden waren, bewegte sich eine Massendemonstration zunächst zu zwei Innenstadt-Kasernen, ehe sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen, inzwischen auf etwa 20.000 angewachsen, zur zentralen Revolutionskundgebung auf dem Schlossplatz versammelten, »wo auf dem Schloß die rote Fahne gehisst und die Republik ausgerufen wurde.«¹⁴⁶ Schon damit war dieser Ort, der Braunschweiger Schlossplatz, zum wichtigsten republikanischen Erinnerungsort der Stadt Braunschweig geworden. Seine revolutionäre Bedeutung kann mit der stadträumlichen Wirkung parallelisiert werden, welche das Reichstagsgebäude und das Berliner Schloss als zentrale Erinnerungsorte der Novemberrevolution bei der Ausrufung der Republik auf nationaler Ebene erzielten.¹⁴⁷

145 Für das Folgende ausführlich *Friedhelm Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover, Bonn 1981, S. 259–261.

146 Ebd., S. 260.

147 Möglicherweise hat die stadträumliche Symbolik der Revolution in Braunschweig stimulierend auf die erst am 9. November stattfindenden Revolutionsszenarien in Berlin ausgestrahlt, die von Karl Liebknecht bewusst zum Berliner Residenzschloss verlegt worden war, obwohl hier keine Abdankung erfolgen konnte, weil der Kaiser bereits flüchtig war. Die Proklamation der (sozialistischen) Republik vom Schlossbalkon trat dann in die bekannte Konkurrenz zur späteren Scheidemannschen Proklamation aus dem Reichstagsgebäude. Erstere wurde nach der Zerstörung des Berliner Schlosses 1950 von der DDR geschichtspolitisch so weit aufgewertet, dass das entsprechende Schloss-Portal als einziges wieder verwendetes Architekturfragment in die neu errichtete Fassade des Staatsratsgebäudes am Berliner Schlossplatz eingebaut wurde und dort eine bislang unerforschte öffentliche Wirkung als transepochoales Architekturfragment

Im Unterschied zu Berlin wurde allerdings das Braunschweiger Residenzschloss selbst zum Schauplatz eines zentralen revolutionären Ereignisses. Während die große Protestdemonstration auf dem Schlossplatz anhielt, entsandte der im Anschluss an die Kundgebung gewählte Arbeiter- und Soldaten-Rat eine Delegation von vier Soldaten und drei Arbeitern in das Schloss, um unter Führung des MSPD-Landesvorstands August Merges Herzog Ernst August ultimativ zur Abdankung zu zwingen. Damit übernahm der Arbeiter- und Soldaten-Rat auch die Regierungsgeschäfte.¹⁴⁸ Nicht nur waren Stadt und Land Braunschweig einen Tag früher als Preußen Republik geworden und damit zum Vorreiter der revolutionären Dynamik in Norddeutschland, die entscheidenden revolutionären Akte hatten sich am 8. November 1918 auf dem Schlossplatz und innerhalb des Schlossgebäudes abgespielt und damit einen doppelten republikanischen Erinnerungsort geschaffen. Die weitere Revolutionsgeschichte verlief aufgrund des zeitweiligen Freikorpsseinmarches der Mercker-Truppen am 16./17. April 1919 ebenfalls sehr turbulent. Dennoch konnte sich danach eine starke, wenngleich zwischen MSPD und USPD völlig zerstrittene politische Arbeiterbewegung als mächtiger Gegenpol der ihrerseits nach einem tragfähigen Binnenkonsens strebenden bürgerlichen Kräfte etablieren.¹⁴⁹ Erst als die Nationalsozialisten im September 1930 in einer bürgerlichen Koalitionsregierung frühzeitig in Braunschweig an die Macht kamen, zerbrach der republikanische Konsens zwischen den demokratischen Parteien vollends.¹⁵⁰

Die lokale Perzeption des öffentlichen Repräsentationsgebäudes Braunschweiger Schloss in den Jahren von 1918 bis 1960 blieb von dieser tief gehenden Erfahrung einer gespaltenen politischen Öffentlichkeit der Stadt nicht verschont. Und gerade weil dieses Gebäude eine so zentrale stadträumliche und geschichtspolitische Wirkung entfalten konnte, wurden umkämpfte Deutungsinteressen eng mit der symbolischen Wahrnehmung dieses Gebäudes verknüpft und bewusst an dessen stadträumliche Wirkung angelehnt. Hierzu zählte auch die später verdrängte Inanspruchnahme des Schlossplatzes für eine Verfassungsfeier, welche das sozialdemokratische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im August 1926 auf dem Schlossplatz abhielt.¹⁵¹ Aktive Geschichtspolitik und politische Legitima-

entfaltete. Die Parallelen zur Braunschweiger Schlosszerstörung sind demnach seit Beginn der Revolutionsgeschichte in mehrfacher Weise vorhanden, allerdings noch nicht aufgearbeitet. Vgl. *Heinrich Trost* (Hrsg.), *Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR. Hauptstadt Berlin I*, hrsg. v. Institut für Denkmalpflege, Berlin 1984, S. 88 f. Vgl. *Bernd Roock*, *Der Reichstag*, in: *Etienne François/Hagen Schulze* (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 1, München 2003, S. 138–155, hier: S. 150.

148 Fotografie von sechs Delegationsmitgliedern sowie der Abdankungsurkunde in *Hans-Ulrich Ludewig*, *Der Erste Weltkrieg und die Revolution (1914–1918/19)*, in: *Jarck/Schildt*, *Braunschweigische Landesgeschichte*, S. 915–944, hier: S. 933 f.

149 Ebd., S. 935–943. Daraus resultierten scharf voneinander abgegrenzte republikanische Lager: »Die Polarisierung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum hatte sich in den Revolutionsmonaten verschärft. Sie setzte sich in die Nachkriegszeit fort und prägte die gesamten zwanziger Jahre.« Ebd., S. 943.

150 Trotzdem »[sind] die genauen Ursachen für diese großen Erfolge der Nationalsozialisten gerade in Braunschweig [...] bisher nicht erforscht.« *Rother*, *Freistaat*, in: *Jarck/Schildt*, *Braunschweigische Landesgeschichte*, S. 971. Von Rother wird diese unglücklich verlaufende Konfliktgeschichte pauschalisiert und ähnlich negativ beurteilt wie von Ludewig, ohne jedoch die aus dieser parteipolitischen Konstellation resultierenden enormen Erblasten angemessen zu berücksichtigen: »Wohl nie zuvor und nie danach waren die Braunschweiger in einem so starken Maße politisiert wie während der vierzehn Jahre der Weimarer Republik. Die politischen Energien wurden jedoch nicht vorrangig für den gemeinsamen Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft nach dem verlorenen Krieg eingesetzt, sondern für erbitterte Auseinandersetzungen zwischen den beiden Blöcken Arbeiterbewegung und Bürgertum.« *Ludewig*, *Weltkrieg*, S. 946.

151 Fotografie der Verfassungsfeier am 15.8.1926 mit dem Reichsbannervorsitzenden Friedrich Lube als Redner neben einer Reichsbannermannschaft vor der Kulisse des Schlossportikus,

tion machten diesen Festakt zum Kristallisationspunkt einer symbolischen Umdeutung. Indem die zurückliegenden revolutionären Veränderungen in der Regierungsgewalt eine öffentlich sichtbare, repräsentative Aufwertung erfuhren, wurden Schloss und Schlossplatz zu einem republikanischen Symbolraum umgedeutet. Da es sich um einen Jubiläumsakt handelte, geschah dies sehr wahrscheinlich in der Absicht, die darin eingeschlossenen Sinndeutungen propagandistisch zu perpetuieren, um sie zugunsten der mentalen Stabilisierung der Republik instrumentalisieren zu können.

Hingegen blieb das Schlossgebäude selbst von dieser politischen Umdeutung als Ort des zentralen Revolutionsereignisses unberührt. Umfunktioniert zum Schlossmuseum, als Naturhistorisches Museum, als Sitz der Steuerbehörde und als Theatersaal, verloren die ursprünglich neben der staatlichen Repräsentation auch als Wohngebäude der Herzogsfamilie genutzten Raumfluchten ihre ursprüngliche Bedeutung als Regierungssitz der Monarchie, als oberes Verwaltungszentrum und als Wohnort der Dynastie.¹⁵² Sowohl die »Kammerspiele im Schloss« als auch das Naturkunde-Museum erfreuten sich vergleichsweise großer Beliebtheit und funktionierten das Residenzschloss binnen kurzem zu einem stark frequentierten öffentlichen Museums- und Theaterbau¹⁵³ um, dessen politische Dimensionen vollständig in den Hintergrund rückten. Ungeachtet der Konfrontationen zwischen den zerklüfteten parteipolitischen Lagern in Braunschweig entzündeten sich um die Nutzung des Schlossgebäudes in den 1920er Jahren keine politischen Konflikte, weil sie den öffentlichen Bedürfnissen voll und ganz entsprach.

Aber seit 1930 wurden diese republikanischen Bezüge im Konsens über das Schlossgebäude durch SA-Aufmärsche radikal in Frage gestellt. Nachdem bereits im Oktober 1930 und im Februar 1931 Schlossplatz und Bohlweg Schauplatz von regionalen SA-Aufmärschen geworden waren, weil die bürgerlich-nationalsozialistische Landesregierung in Gestalt ihres NSDAP-Innenministers Klagges jeweils die Erlaubnis dazu gab, hielt der prominenteste NSDAP-Parteiführer, Hitler, am 18. Oktober 1931 eine SA-Massenkundgebung in Braunschweig ab, die als Kulminationspunkt der NS-Propaganda unmittelbar nach der Bildung der »Harzburger Front« angesehen werden muss. Nach eigenen Angaben zogen 100.000 SA-Uniformierte in einem ersten Massenaufmarsch dieser Art in Braunschweig auf dem Schlossplatz an ihrem Parteichef vorbei.¹⁵⁴ Damit war des-

abgedruckt in: *Bernd Rother*, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918–1933, Bonn 1990, S. 265, Foto aus dem Bestand des StABr.

- 152 In das Erdgeschoss des Nordflügels zog die städtische öffentliche Bücherei ein, in das Erdgeschoss des Haupt- und Südflügels die Landessteuerbehörde, das 1. Obergeschoss mit den zahlreichen Repräsentationsräumen wurde als Schlossmuseum genutzt, wobei in den großen Sälen Konzerte und Ausstellungen stattfanden, im Großen Ballsaal das Schauspiel. Im 2. Obergeschoss befand sich das Naturhistorische Museum, das seit 1921 auch Teile des Nordwestflügels im Erdgeschoss nutzte. Daneben residierten hier die Institute für Philosophie und Geschichte der Technischen Hochschule und, nach Auszug der Generalhofintendantur 1920, die Luftverkehrsstelle. *Wedemeyer*, Residenzschloß, S. 78.
- 153 Vgl. Museumsdirektor Dr. von Frankenberg, Das Naturhistorische Museum, in: *Stadtbaurat Gebensleben*, Deutschlands Städtebau. Braunschweig, hrsg. v. d. Stadt Braunschweig, Berlin 1928², S. 87–93. Insgesamt wurden 15 große Schauräume des Erd- und des Obergeschosses mit den umfangreichen Museumsbeständen gefüllt, Fotografien ebd., S. 90 f. Jährlich kamen 57.000 Besucher, ebd., S. 93. Vgl. auch: Dramaturg Schettler, Braunschweig als Theaterstadt, ebd., S. 131–136, hier: S. 136. Die apolitische Rolle des Schlosses im Erscheinungsjahr dieser repräsentativen Braunschweiger Stadtmonografie wird auch dadurch unterlegt, dass der Museumsdirektor Frankenberg seinen Beitrag mit einem vorangestellten Querfoto der oberen Giebelfront des Schlosses krönte, welches die Quadriga zeigte, ohne auf die ursprüngliche repräsentative Herrschaftsabsicht dieses Landessymbols einzugehen. Ebd., S. 87. Abbildung des Theaters, das im Großen Ballsaal eingerichtet worden war, in: *Wedemeyer*, Residenzschloß, S. 79.
- 154 Ebd., S. 78. Eine aufschlussreiche Propagandafotografie dazu ist abgedruckt in: *Rother*, Freistaat, S. 974.

sen stadträumliche Wirkung als öffentlicher Ort im Sinne der radikalen Rechten pervertiert worden. Mit der symbolischen Inbesitznahme des Schlossplatzes als eines NS-Aufmarschplatzes, um Hitlers Auftritt in Braunschweig als diszipliniertes Massenspektakel zu inszenieren, war der Kampf um das Schloss als Ort der jüngeren Braunschweiger Landesgeschichte unversehens voll entbrannt. Bereits diese größte Massenkundgebung auf dem Schlossplatz zielte auf die kollektive Erinnerung der Braunschweiger ab, indem sie eine hysterische Bereitschaft stimulierte, der propagandistischen NS-Geschichtsumdeutung zu folgen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die frühere republikanische Inbesitznahme dieses Stadtraumes mit dieser Massenpropagandaveranstaltung wirkungsvoll umgekehrt werden sollte, zumal die NS-Faschisten nach Januar 1933 in ihrem Bemühen nicht nachließen, die Novemberrevolution geschichtspolitisch zu diskreditieren. Wie die individuelle Erinnerung des ehemaligen SPD-Oberbürgermeisters Liess zeigt, war diese Strategie einer bewussten Umkehrung geschichtspolitischer Bezüge des Schlosses auf lange Sicht auch sehr erfolgreich. Wenn selbst einer der wichtigsten Repräsentanten der Braunschweiger SPD aus den 1950er und 1960er Jahren im Jahr 2004 keine Erinnerungen an die republikanische Geschichte dieses Ortes mehr kommunizierte, was allerdings nicht ausschließt, dass diese in verborgenen Identitätskonstruktion vorhanden blieben –, dann war dessen politische Diskreditierung im lokalen Kontext, die mit den NS-Propagandaveranstaltungen begann, ein wichtiges Element dieses kollektiven Verdrängungsaktes gewesen.

Seine spätere vollständige Vereinnahmung durch die NS-Schergen war zunächst eng mit der Inszenierung eines brutalen NS-Terrors gegenüber den Exponenten der Braunschweiger Arbeiterbewegung im März 1933 verknüpft. Der nationalsozialistische Innenminister Klagges hielt am 7. März 1933 auf dem Schlossplatz einen »Appell der Hilfspolizei« ab, der den Auftakt für die Gewaltexzesse und die willkürliche Verhaftung von Sozialdemokraten und Kommunisten abgab. Die Art der Inszenierung ähnelte Hitlers Aufmarsch anderthalb Jahre zuvor: Auch im März 1933 inszenierte sich Klagges als »Führer« vor Uniformierten; das Schlossgebäude im Rücken einer ausgewählten Figurenentourage bildete erneut die wuchtige Kulisse für die Repräsentation nationalsozialistischer Macht, welche sich diesmal allerdings schon im Gewand des Freistaates präsentieren konnte.

Vierzehn Tage später, am 21. März 1933, der auf Reichsebene von Reichspräsident Hindenburg und seinem Reichskanzler Hitler als »der Tag von Potsdam« inszeniert wurde, paradierten Reichswehr, Schutzpolizei, Luftschutzpolizei, SA und SS auf dem Schlossplatz.¹⁵⁵ Auch in diesem Wiederholungsfall stand nicht allein eine einschüchternde Demonstration bewaffneter Stärke im Mittelpunkt des Aufmarsches, sondern die inszenierte Vereinigung der paramilitärischen NS-Schläger- und Mordtrupps mit Armee und Polizei. Schaulustige konnten sich an beiden Tagen an den Rand der Szenerie drängen und jeweils aus unterschiedlicher Perspektive – am 7. März im Rücken des Redners und am 21. März weit von den Paradierenden entfernt noch innerhalb des vom Schlossgitter umfriedeten Platzbereiches – passiv an dieser Inszenierung partizipieren. Die Staffage der Uniformierten, die räumliche Situation auf dem Schlossplatz und schließlich die kulissenhafte Präsenz des Schlossgebäudes bewirkten einen synthetischen Gesamteindruck von divergenten Identitätskonstruktionen des Lokalen, des Regionalen und des Nationalen. Damit sollten die als landesgeschichtliche Narration eindeutig auf die Braunschweiger Herzogsmonarchie zugeschnittenen architektonischen und stadträumlichen Herrschaftsrepräsentationen von Schloss und Schlossplatz symbolisch mit dem gewalttätigen Herrschaftsanspruch des nationalsozialistischen Terrorregimes verschmolzen werden. Mittels dieser Performanz diktatorischer Gewalt wurde eine Propagandawirkung hervorgerufen, welche

155 Propagandafotografien beider Ereignisse abgedruckt in: *Ludewig*, Land Braunschweig, S. 982, 987.

auf die Neuformierung traditioneller Identitätskonstruktionen abzielte, auf eine Melange von Tradition, Ordnung und Reaktion. Sie konnte den Zwecken des NS-Terrors dienstbar gemacht werden, sobald die Braunschweiger Bevölkerung per (stummer) Akklamation diese Machtdemonstration als einen Akt der Herrschaftslegitimierung anerkannte. Dieses Ziel wurde umstandslos erreicht.

Direkte politische Konsequenzen hatten diese Akte gewaltsamer Traditionsumkehrung für die Braunschweiger Arbeiterbewegung. Sie wurde davon nicht nur ausgeschlossen, sondern geriet infolge dieser Propagandaveranstaltungen auch zum Freiwild des NS-Terrors: Nur sechs Tage nach dem zweiten 1933er Schlossaufmarsch stürmten SA-Horden das AOK-Gebäude, in dem sich mehrere hundert Sozialdemokraten und Kommunisten eingefunden hatten, und misshandelten diese fürchterlich.¹⁵⁶ Der Straßenterror und die symbolische Repräsentation terroristischer Macht bildeten im März 1933 in Braunschweig eine symbolische Einheit mit dem Ziel, neue Identitätskonstruktionen für politische Herrschaft und ihre Erfahrung durch die Bevölkerung zu schaffen. Inhalt dieser Symbolik war die Demonstration von Stärke und sie wurde durch die unmittelbare physische Ausübung von Gewalt auf NS-Gegner kontinuierlich umgesetzt.

Entscheidend für die spätere Zukunft der Schlossruine wurde, dass diese Gewalt-Erfahrung unmittelbar mit der traditionellen Stadtrepräsentation in Braunschweig verknüpft wurde, indem ihre symbolische Inszenierung am Ort monarchischer Machtentfaltung erfolgte. Zu vermuten ist, dass damit einerseits die Revolutionsgeschichte ausgelöscht und andererseits eine neue »Volksgemeinschaft« gestiftet werden sollte, um Loyalitätsbezüge zur NS-Herrschaft aufzurichten. Mit ihrer ebenmäßigen repräsentativen Fassade und der darauf thronenden Braunschweig-Quadriga als Allegorie auf die historisch und identitätspolitisch hinter dem Schloss liegende herzogliche (Landes-)Geschichte bildete die Schlossfront die ideale Kulisse für diese Akte der Traditionsuncodierung zugunsten des Neuen, das davor lag. Ziel war die symbolische Inbesitznahme des Schlosses durch das NS-Terrorregime und damit auch seiner geschichtspolitischen Bezüge. Sie wurden als teleologische Notwendigkeit für die NS-Gegenwart, als braune »Zeitgeschichte«, inszeniert, und speisten aus diesem Akt der Inbesitznahme von Vergangenheit einen Teil ihrer propagandistischen Dynamik. Ausgeblendet, negiert und durch die physische Gewaltausübung gegen die Repräsentanten der Republik überschrieben wurde die republikanische und öffentliche Inbesitznahme des Gebäudes und seines Vorplatzes in den 1920er Jahren.

Den Abschluss dieser dynamischen Veränderung von Identitätskonstruktionen bildete der Tag der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933, der von der Braunschweiger NS-Studentenschaft ebenfalls auf dem Schlossplatz inszeniert wurde.¹⁵⁷ Damit war das Braunschweiger Schloss von Oktober 1931 bis Mai 1933 insgesamt viermal zum Brennpunkt von NS-Massenveranstaltungen geworden, welche eine direkte oder indirekte terroristische Wirkung innerhalb des Stadtgebietes entfalteten. Infolgedessen war es schon zu diesem frühen Zeitpunkt weitgehend als Kulisse des NS-Terrorstaates vereinnahmt worden, ohne jedoch seinen Charakter als städtisches Multifunktionsgebäude zu verlieren. Aber die Prominenz des Gebäudes und seiner stadträumlichen Lage legten eine Umnutzung zugunsten des NS-Gewaltregimes nahe. Dies umso mehr, als sich die Stadt Braunschweig in der zweiten Hälfte der dreißiger und zu Beginn der vierziger Jahre als Experimentierfeld für ein breit angelegtes nationalsozialistisches Städtebauprogramm profilierte. Neben

156 Ebd., S. 984. Die Opfer der Gewalt jener Nazi-Schlägertrupps hatten sich in einem schwer verständlichen Akt präventiver Loyalitätsbekundung und mutmaßlich um weiteren zu erwartenden Gewaltexzessen auszuweichen im AOK-Gebäude eingefunden, um dort in den Stahlhelm-Verband einzutreten.

157 Ebd., S. 988. Ein vergleichbares öffentliches Autodafé fand bereits am 9. März 1933 auf dem Ackerhof, nach der Besetzung des Volksfreunde-Hauses durch die SA, statt. Vgl. die entsprechende Fotografie in: Braunschweiger Stadtlexikon. Ergänzungsband 1996, S. 98.

vielfältigen Quartiersneugründungen mit Siedlerstellen hinterließ es im Innenstadtbereich einige als NS-Ästhetik erkennbare stadträumliche Dominanten am Ringstraßensystem, welche noch heute stadtbildprägend sind.¹⁵⁸ Das Schloss in diese massive Reihung von neu entstehenden NS-Funktionsbauten zu integrieren, musste aus verschiedenen Gründen besonders anziehend für die NS-Elite sein. Um eine nationalsozialistische Propagandawirkung zu erzielen, sollten sehr einfache Ursache-Wirkung-Verhältnisse inszeniert werden, welche die pure Macht-Demonstration durch Massierung von Körpern auf der einen Seite und die Unterordnung der Masse auf der anderen Seite implizierten. Infolgedessen konnte die Symbolik eines Gebäudes, welches ein charismatisches Imponiergehabe kulissenhaft überhöhte, problemlos als Staffage für die propagandistische Demonstration einer politischen »Führer«-Willensbildung in der NS-Diktatur vereinnahmt werden. Konsequenterweise wurde die massive Wuchtigkeit in der Außenwirkung der Braunschweiger Schlossfassade unmittelbar zum Ausgangspunkt eines nationalsozialistischen stadträumlichen Nutzungskonzepts des Braunschweiger Schlossplatzes.

In welcher Weise hierbei das Braunschweiger Schloss eine repräsentative Vorbildwirkung auf das spätere NS-Baugeschehen in der Stadt ausgeübt hat, kann in der Architektur des zwischen 1936 und 1939 erbauten Gebäudes der »Reichsakademie für Jugendführung« an der Wolfenbütteler Straße abgelesen werden.¹⁵⁹ Es handelt sich um einen langgestreckten Zentralbau mit zwei niedrigeren Seitenflügeln, dessen Mittelfront mit seiner dreigeschossigen großformatigen Fensterreihung die Fassadengliederung des Schlosses in der NS-Formensprache rustifizierter Steinsichtigkeit reproduzierte. Eine weitere und noch größere architektonische Ähnlichkeit ergibt sich aus der mittigen Portalgestaltung des NS-Neubaus. Durch vier überdimensionierte, eckige Säulenschäfte eröffnet sich mittels fünf monumentaler Durchgänge ein in seiner Außenwirkung überhöhter Eingangsbereich. Damit zitiert er die Frontalansicht auf die ebenfalls fünf Hauptfensterachsen, welche durch sechs monumentale Säulen den zentralen Portikus im ersten und zweiten Obergeschoss der Hauptfront des Schlosses gliederte. Darüber hinaus wurde er durch eine monumentale Doppelfigur gekrönt und reproduzierte damit das Quadriga-Motiv des Schlosses als ein

158 Am wichtigsten war der zwischen 1935 und 1937 in einem nachexpressionistischen Monumentalstil in Backstein errichtete »Bernhard-Rust-Hochschul«-Gebäudekomplex von Emil Herzig. Außerdem: »Reichsjägerhof Hermann Göring« von Emil Herzig sowie das Empfangsgebäude des Verkehrsflughafens von 1939, das Heeresstabsgebäude von 1938, verschiedene Hochbunker, die »HJ-Gebietsführerschule« 1936–38 vom Chef des Hochbauamtes, Hans Bernhard Reichow, das Reichsarbeitsdienst-Bekleidungsamt 1935/36, ebenfalls von Reichow, sowie das Arbeitsamt am Cyriaksring 1939/40 von Fritz Garbe. Stadtbildbeherrschend wurde auch die Kommandozentrale der Luftwaffengruppe 2, während der vom Stadtbaurat Heinrich Lutz geplante Monumentalbau eines nationalsozialistischen megalomanen Denkmal-Gebäudes in Speer'scher Manier auf dem östlich der Innenstadt gelegenen Franz'schen Feld von 1937 negative Utopie blieb. Dies vor allem deshalb, weil Speer selbst diesen Konkurrenzentwurf in direkter Lobbyarbeit bei Hitler bis 1939 erfolgreich hintertrieb. Diese Episode unterlegt erneut die reichsweite Bedeutung der Braunschweiger Repräsentationsarchitektur für die NS-Führungsschicht. Vgl. *Mittmann*, S. 40 f., 47–50, 279, 326.

159 Ausführlich dazu *Manfred Bültemann*, *Architektur für das Dritte Reich. Die Akademie für deutsche Jugendführung in Braunschweig*, Berlin 1986. In der Perzeption »des Bauherren, der Reichsjugendführung der Hitler-Jugend, [handelte es sich] um die höchste Schule der Hitler-Jugend«. Ebd., S. 78, zitiert nach: *Hein Stünke*, *Die Akademie für Jugendführung*, in: *Westermanns Monatshefte* von Juli 1944, S. 434. Eine Fotografie auch in *Ludewig*, *Land Braunschweig*, S. 993; ein Modellfoto der Gesamtanlage auch in *Mittmann*, S. 41. Architekt war der Hamburger Erich zu Putlitz, dessen Entwurfstätigkeit eng mit der nationalsozialistischen Architekturmegalomanie verknüpft war, u. a. mit den Planungen für das Rügener Massenbad Prora. Vgl. *Bültemann*, *Architektur*, S. 47–58, hier: S. 56. Ästhetische Analogien der »Akademie für Deutsche Jugendführung« ergeben sich insbesondere zur Speer'schen Reichskanzlei. Vgl. *Albert Speer*, *Die Neue Reichskanzlei*, München o. D. (1938).

ikonografisches monumentales stadträumliches Herrschaftssymbol. Damit zeigte der HJ-Schulungsbau eine weitgehende ästhetische Interferenz mit der Bohlweg-Hauptfront des zentralen Braunschweiger Repräsentationsgebäudes am Rand der Innenstadt, des Schlosses. Dieser Prozess der Anverwandlung und Neuinterpretation einer dominierenden stadträumlichen Wirkung war mehr als eine bloße Kopie einer älteren architektonischen Formensprache. Er markiert in idealtypischer Weise, mit welcher instrumentell-mimetischen Intelligenz sich das NS-Regime in die zentralen geschichtspolitischen Bezüge der lokalen Braunschweig Herrschaftsarchitektur eingraben konnte, um sie in ihrem Sinne auszunutzen.¹⁶⁰

Diese enge Vorbildfunktion des Repräsentationsgebäudes Schloss für den nationalsozialistischen Städtebau ist allerdings nicht mit dessen kunstgeschichtlicher Bedeutung zu erklären, sondern nur mit dessen Rezeptionsästhetik. So bot der Spätklassizismus des Ottmer-Schlosses nur einen ungefähren Anknüpfungspunkt für den monumental übersteigerten NS-Neoklassizismus, wie er, mutmaßlich inspiriert von den nationalsozialistischen Großplanungen Speers, zwar in wesentlich bescheidenerem Umfang, aber in der beabsichtigten Außenwirkung vergleichbar, auch in der Fassade der Braunschweiger HJ-»Führungsschule« inszeniert wurde. Vielmehr bestand Mitte der dreißiger Jahre bereits eine direkte politische Verbindungslinie zum Braunschweiger Schloss, dessen Verwaltungsräumlichkeiten Ende Juni 1935 zur »SS-Junkerschule« umfunktioniert worden waren. Damit erlangte dieses Gebäude als eines von zunächst zwei SS-Schulungszentren, neben demjenigen in Bad Tölz, ebenfalls reichsweite Bedeutung als eine nationalsozialistische Herrschaftsarchitektur. Die Begleitumstände für diese Entscheidung, die »SS-Junkerschule« in Braunschweig zu gründen, sind bislang nicht erforscht, so dass wenig über ihre politische Motivation ausgesagt werden kann, zumal unbekannt ist, wer sie getroffen hat.¹⁶¹ Immerhin handelte es sich um die Kadernschmiede für die wichtigste NS-Terrororganisation, deren Absolventen mutmaßlich Akteure der NS-Menscheitsverbrechen wurden.

160 Bültemann geht auf diese Braunschweiger Analogien nicht ein, sondern verweist lediglich auf die Quadriga des Brandenburger Torres in Berlin. Vgl. *ders.*, Architektur, S. 61–99, hier: S. 92.

161 Ludewig nennt lediglich NS-Ministerpräsident Klagges als Initiator, der »eine entschiedene Landespolitik« betrieben habe und aus diesem Grunde »eine Reihe wichtiger Behörden und Institutionen nach Braunschweig« geholt habe. Eine solche pointierte NS-Infrastrukturpolitik korrespondierte mit den darin eingelagerten spezifischen Hauptstadtaspekten dieser reichsweit wichtigen Institutionen. Sie nahmen im regionalen Kontext der NS-Musterstadt Braunschweig eine umso größere Bedeutung ein, als diese nicht Hauptstadt des NS-Gaues Südhannover-Braunschweig hatte werden können und damit gegenüber der größeren Konkurrenzstadt Hannover erneut ins Hintertreffen geraten war. Neben der »SS-Junkerschule« handelte es sich um die »Akademie für Jugendführung«, die »Gebietsführerschule der Hitler-Jugend«, den »Reichsjägerhof«, die »Führerschule des deutschen Handwerks« und um die »Forschungsanstalt für Luftfahrt«. Ludewig, Land Braunschweig, S. 992. Die erstgenannten Drei waren der zentralen Parteiorganisation, die vierte und sechste den Reichsbehörden im weitesten Sinne und die fünfte der reichsweiten Verbandsebene zuzuordnen. Ihnen kam jeweils eine solitäre Funktion im NS-Herrschaftsapparat zu und damit auch eine Vorbildwirkung im lokalen städtebaulichen Kontext. Demzufolge wird die Entscheidung für den Standort Braunschweig für die »SS-Junkerschule« möglicherweise auf einer weit höheren Ebene des NS-Parteiapparates anzusiedeln sein als bei Klagges – bei SS-Chef Himmler oder beim Parteichef Hitler selbst, der Braunschweig ja von wiederholten Besuchen seit Ende der 1920er Jahre sehr genau kannte und als NS-Hochburg schätzte. Das Einrichtungsjahr 1935 übernommen aus *Wedemeyer*, Residenzschloß, S. 79. Über die Ausbildungspraxis innerhalb des Gebäudes liegen dem Verfasser keine Informationen vor. Jedoch ist davon auszugehen, dass die SS-Kader in ihrer schwarzen Uniform das alltägliche Innenstadtleben in Braunschweig nachhaltig prägten und durch ihre visuelle und kommunikative Präsenz als alltagsweltliche Botschafter eines SS-Schlosses wahrgenommen wurden.

Entsprechend der negativen Rangfolge in der NS-Hierarchie nahm diese SS-»Schule« alle zentralen Funktions- und Repräsentationsräume des Gebäudes im Erdgeschoss, im ersten und im zweiten Obergeschoss in Beschlag, also jene Räume, die zuvor vom Naturkunde-Museum, von der Steuerbehörde und von der Technischen Hochschule genutzt worden waren. Bis zu seiner Zerstörung im Jahr 1944 war das Schlossgebäude damit auf eine, für die Dauer des Nationalsozialismus lange Perspektive von neun Jahren als ein zentrales NS-Repräsentationsgebäude des nationalsozialistischen Deutschen Reiches in der Stadt Braunschweig vereinnahmt worden. Und wie sich dann in den 1950er Jahren herausstellte, war es damit in der Perzeption der lokalen SPD-Arbeiterbewegung irreversibel diskreditiert worden.

Im Resümee dieser entschiedenen geschichtspolitischen Vereinnahmung des Braunschweiger Schlosses durch die Exponenten des NS-Gewaltregimes wird verständlich, warum in der Braunschweiger Sozialdemokratie unüberwindlich große Affekte gegen das Schloss gewachsen waren. Sie sind als dominierende Identitätskonstruktionen des Gebäudes aus der Fremdsicht der davon ausgeschlossenen Zeitzeugen zu bestimmen, ohne damit allerdings die Repräsentativität einer solchen Erfahrungsschicht in der gesamten Braunschweiger Sozialdemokratie quantitativ belegen zu können. Jedoch ist davon auszugehen, dass die Parteilite diese Vorbehalte in mehr oder minder starkem Umfange teilte. Obwohl es zu Beginn der Weimarer Republik ein Symbol der freien Republik geworden und als solches von der SPD für ihre eigene Geschichtspolitik instrumentalisiert worden war, konnte es nicht mehr als republikanisches Gebäude wahrgenommen werden. Denn seine spätere Umcodierung als NS-Herrschaftsarchitektur war durch vielfältige öffentliche Performanz und schließlich durch seine Inanspruchnahme als zentrales Schulungszentrum der SS vollständig überschrieben worden. Die geschichtspolitische Bedeutung des Schlosses war damit sehr erfolgreich im Sinne der Nationalsozialisten umgedeutet worden und sie nahm nun eine Position in der Braunschweiger »Zeitgeschichte« ein, an der zuvor die Republik gestanden hatte, welche ihrerseits für mehr als ein Jahrzehnt ein fortschrittliches Gegenbild zur Monarchie verkörpert hatte. In machtpolitischer Konkurrenz dazu löschte die NS-Umnutzung alle republikanischen Identitätskonstruktionen des Gebäudes aus. Sie hinterblieben lediglich als Erinnerungslücke im kollektiven Gedächtnis derjenigen sozialdemokratisch orientierten Braunschweiger, die eine pointiert nicht-nationalsozialistische Erinnerungspolitik anstrebten, als sie den Abriss der Schlossruine durchsetzten und damit den Wert des Baudenkmals für die eigene, die pointiert republikanische Geschichtspolitik in der Nachkriegszeit negierten.

Auch die Zerstörungserfahrung des Schlosses im Bombenkrieg konnte demzufolge keine konsensstiftende Wirkung zugunsten seines Erhalts entfalten, wie das für den noch überkommenen Baubestand im übrigen Altstadtgebiet generell der Fall war. Denn gerade die Zerstörung hatte ja das Ende der »SS-Junkerschule« herbeigeführt und damit die Stadt Braunschweig von der nationalsozialistischen Nutzung des Gebäudes befreit. Darin lag indirekt eine positive Bedeutung der Zerstörungserfahrung des Bombenkrieges, welche neben den zivilgesellschaftlichen Schrecknissen eben auch zum Ende des nationalsozialistischen Gewaltregimes geführt hatte. Demzufolge musste die Zerstörung des Schlosses in der Braunschweiger Öffentlichkeit nicht ausschließlich negativ konnotiert sein und sie war es auch nicht. Sie konnte in Teilen der Bevölkerung auch als etwas ganz anderes wahrgenommen werden, denn als Verlust baukünstlerischer Werte, nämlich als zerstörerische Befreiung vom Hitler-Faschismus.

Diese Umwertung betraf nicht nur den zentralen Herrschaftsaspekt der Diktaturerfahrung im Allgemeinen, sondern insbesondere die Alltagserfahrung des Schlossgebäudes während des Nationalsozialismus, welche die republikanischen Deutungsbezüge aus der Weimarer Republik fortgesetzt diskreditiert hatte. Als letzte Erinnerungsschicht an den Nationalsozialismus musste nämlich die Nutzung des Gebäudes als Gefangenaußenla-

ger des KZ Buchenwald zwischen 1941 und 1943 erinnert werden¹⁶², auch wenn das nicht öffentlich kommuniziert wurde. Unbekannt ist deshalb auch, in welchem Umfang Gewaltakte auf dem Schlossgelände zu beobachten waren und sehr wahrscheinlich auch Morde an KZ-Zwangsarbeitern. In der Kumulation von negativen Erinnerungsschichten als NS-Paradeplatz, als SS-Schule und als Konzentrationslager waren die Negativbelastungen dieses Gebäudes für die Nachkriegszeit somit kaum mehr zu überbieten.

Infolgedessen konnte die negative Aufladung der Schlossruine mit der Erfahrungsgeschichte des NS-Terrors im antifaschistischen Lager auch eine Umwertung in ihrer grundlegenden Bedeutung für den »Wiederaufbau« bewirken. Dies geschah dadurch, dass der »Wiederaufbau« der Stadt Braunschweig vom »Wiederaufbau« des Schlosses entkoppelt wurde, wie sich das in den zeitgenössischen Braunschweig-Monografien der 1950er Jahre auch beobachten lässt. Darin wurde eine spezifische »Wiederaufbau«-Narration entfaltet, welche das Konzept der »Traditionsinsel« in den Vordergrund rückte, ohne die Schlossruine zu erwähnen oder abzubilden.¹⁶³ Schon in dieser publizierten Form öffentlicher Selbstwahrnehmung geriet der Wunsch, das Schloss in seiner (moralischen) Ruinenhaftigkeit zu negieren, weil es sowohl die negative Geschichtspolitik der Nationalsozialisten als auch deren Terrorregime symbolisierte, nicht in Widerspruch zum dominierenden »Wiederaufbau«-Konzept der 1950er Jahre, das auch in Braunschweig die großflächige Neugestaltung der Innenstadt entlang des überkommenen Straßennetzes erlaubte.

Vor diesem Hintergrund war es auch kein Widerspruch, dass sich Ende der 1950er Jahre in einer begrenzten Umfrage der *Braunschweiger Zeitung* etwa 80 % der befragten 3.086 Braunschweiger zugunsten des Schloss-»Wiederaufbaus« als Stadthalle ausgesprochen hatten¹⁶⁴, und damit einer gegenwartsbezogenen Neubebauung des mit Geschichte kontaminierten Gebäudes zustimmten, während nur 2,2 %, also 66, für einen »Aufbau altes Schloß« gestimmt hatten. Eine rekonstruktive Ausrichtung des Wiederaufbaus lag in dieser Phase des »Wiederaufbaus« allen Beteiligten fern. Das bedeutet aber nicht im Umkehrschluss, dass sich eine Mehrheit der Braunschweiger Bevölkerung für einen Abriss der Schlossruine aussprechen wollte. Ganz im Gegenteil war eine Bewahrung des Gebäudes im Sinne der umgestaltungsfreudigen Nachkriegsmoderne zum konsensfähigen »Wiederaufbau«-Ziel in der niedersächsischen Großstadt geworden.

Demzufolge verstieß die SPD-Elite in einem zentralen Punkt tatsächlich gegen einen in der Braunschweiger Öffentlichkeit vorhandenen »Wiederaufbau«-Konsens, auch wenn mangels quantitativer Quellen unklar bleiben muss, inwieweit dieser in der gesamten Stadtbevölkerung verbreitet war. Allerdings verhält es sich damit nicht so, wie es Wede-

162 Nach Ludewig bestand das KZ-Außenlager der »SS-Junkerschule« von September 1941 bis Mai 1943. Unklar ist, wo auf dem Schlossgelände die KZ-Zwangsarbeiter untergebracht worden waren. Ludewig, Land Braunschweig, S. 1019. Wie im übrigen Reichsgebiet stieg die Zahl der in die Rüstungsindustrie verlegten Zwangsarbeiter noch im Herbst 1944 durch den Zugang von jüdischen KZ-Häftlingen, auch aus dem KZ-Auschwitz, rapide an. Sie wurden überwiegend noch in den letzten Kriegswochen an ihrem letzten Ausbeutungsort bestialisch ermordet. Möglicherweise fand dies im Umfeld oder im Nachgang von Trümmerräumaktionen statt, die überall im Reichsgebiet von KZ-Häftlingen ausgeführt wurden. Ebd., S. 1021. Zur Arbeitskräfte- und Disziplinarpolitik gegenüber rassistisch verfolgten KZ-Zwangsarbeitern in der Rüstungsindustrie vgl. Georg Wagner-Kyora, »Menschenführung« in der Rüstungswirtschaft der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/2: Krieg und Gesellschaft 1939–1945. Zweiter Halbband: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung. Hrsg. v. Jörg Echternkamp, München 2005, S. 383–474, hier: S. 454–471.

163 Vgl. die Auswertung von entsprechenden Stadtmonografien durch Wedemeyer, Residenzschloß, S. 114 f.

164 BZ-Umfrage von Dezember 1958, die Ergebnisse wurden abgedruckt in: BZ v. 19.12.1958, S. 26.

meyers Argumentationsführung nahe legt, die in abgewandelter Form schon seit mehreren Jahrzehnten immer wieder vom gegnerischen politischen Lager propagiert wurde und nicht zuletzt in der Neubaudiskussion der 2000er Jahre erneut eine strategisch wichtige Rolle spielte: Es war nicht in erster Linie die kunstgeschichtliche Bewertung des Gebäudes, die für die Braunschweiger Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt wichtig war, sondern es war ein Konglomerat widerstreitender, wenig reflektierter Identitätsbezüge, welche eine Entscheidung zugunsten des Schlosserhaltes legitimieren sollten.

Wie die zeitgenössischen Leserbriefe in der Lokalpresse zeigen, waren die darin enthaltenen Argumentationsmuster zwar eng mit einer widersprüchlichen Wahrnehmung der Stadtgeschichte des 20. Jahrhunderts verknüpft; aber diese vielfältigen historischen Bezüge auf das Schloss wurden nur von den Gegnern, und zwar in einer pointiert negativen Perspektive ausformuliert. Während also die Befürworter des Schlosserhaltes die darin dominierenden Erinnerungsschichten weitgehend ausblendeten und nur jene zuließen, welche eine positive Rezeption der Herzogsgeschichte ermöglichten, nicht aber die republikanischen, wurde seine NS-Geschichte nur dann nicht vollständig ausgeblendet, wenn sie als ein finales Argument von den Abrissbefürwortern instrumentalisiert wurde.¹⁶⁵ Eine reflektierende Bilanz dieser widersprüchlichen Wertorientierungen, welche die stadträumliche Bedeutung des Schlosses in die Bewertung integrierte, war in diesem Meinungsbild eher die Ausnahme, auch wenn sie, gemessen an der oben genannten Umfrage, die überwiegende Stimmungslage ausformulieren mochte:

»Seit geraumer Zeit wird bei den Verhandlungen über das Schloß-Problem die Meinung vertreten, dass dieser Schandfleck inmitten der Stadt endlich zu verschwinden habe. Leichtfertig wird hier von einem Schandfleck gesprochen, ohne dabei zu definieren, was denn nun eigentlich der Schandfleck ist. Soll das etwa die Schlossruine sein? Für die Mehrheit der Braunschweiger Bürger ist die Schlossruine kein Schandfleck. Aber sicher ist es der Platz vor der Ruine! Für diese Tatsache aber ist nicht die Vergangenheit schuldig, sondern die heutige Stadtvertretung, die hier schon längst hätte Ordnung schaffen können. Würde dieser Platz als Anlage hergerichtet und sei es nur mit Rasen und Blumenbeeten, könnte niemand mehr – trotz der Ruine – von einem Schandfleck sprechen.«¹⁶⁶

Das war die Narration einer potentiellen stadträumlichen Ehrenrettung des Schlossplatzes, der mit Geschichte negativ vollgesogen war, dessen »Reinigung« jedoch unter Ausblendung aller historischen Bezüge schlichtweg durch die Anlage von Blumenrabatten erfolgen sollte, um damit sein als Ruinengebiet markiertes inferiores Äußeres wiederherzustellen und in den Stadtraum zu reintegrieren. Auf diesem Wege sollte »Ordnung« wiederhergestellt werden und damit eine Bereinigung von kontaminierten Erinnerungen erfolgen können. Ähnlich wie im Falle des Braunschweiger Doms war diese Ehrenrettung aber nur durch eine Überschreibung dieser negativen Erinnerungen möglich und eine solche Gelegenheit schien das Stadthallenprojekt zu bieten, mit dem die Neueröffnung eines Horizonts moderner Nutzungen im Gewand des alten Gebäudes möglich schien. So kön-

165 Idealtypisch hierfür ist ein ironisch-kritischer Leserbrief, welcher in der Schlussphase der Schlossdebatte die geschichtspolitischen Aporien des Gebäudes pointiert in Form eines populären Rate-Quiz offenlegte: »1. Wer ist älter, a) mein Großvater oder b) das Schloß zu Braunschweig? 2. Wie lange wohnten im Schloß die angestammten Fürsten, a) keine 20 Jahre oder b) mehr als 200 Jahre? 3. Wer wohnte länger im Schloß, a) die SS-Junkerschule oder b) IKH Herzogin Viktoria Luise? 4. Was ist dem Bürger A. notwendiger, a) 200 Klassenräume und 10 Turnhallen oder b) ein neues Schloß? [...] 6. Welche Kunstgeschichte zeigt das Schloß als bedeutendes Bauwerk, a) keine oder b) jede? Addieren Sie die Punkte und empfangen Sie Ihr Urteil: 11–12: guter Untertan, Baronisierung möglich; 9–10: Passable Gesinnung, christlicher Abendländer; 7–8: suspektes Subjekt, Spiegelleser, potentieller Feind von Thron und Altar; nur 6: Vandale, Bilderstürmer, Jakobiner! Polizeiaufsicht ist wünschenswert.« Leserbrief K. H. Brandt, in: BZ v. 3.5.1960, StABr AXI 8d. Weitere Leserbriefe mit einem sehr ausdifferenzierten Stimmungsbild ebd.

166 Leserbrief Carl Schultheis, in: BZ v.27.10.1959, ebd.

nen in der pointiert kritischen Haltung in der Bevölkerung gegenüber einer Totalrekonstruktion der Schlossruine »als Schloß«, wie sie in der Leserumfrage der *Braunschweiger Zeitung* von Dezember 1958 hervorgetreten war, zeittypische Lernprozesse verortet werden, welche zwar die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausblendeten, aber gleichzeitig doch Geschichte für dessen zweite Hälfte neu schaffen wollten. »Wiederaufbau« mit oder ohne Schloss war damit in Braunschweig zu einem kollektiven Lernprozess geworden, zu einem Selbstfindungsprojekt einer republikanischen Stadtöffentlichkeit, welche Geschichte selektiv negierte, um sie dadurch, vorgeblich unbelastet, neu erfinden zu können.

So hatte in breiten Bevölkerungskreisen der Stadt Braunschweig die Vorstellung eines von moralischer, politischer und historischer Schuld bereinigten »Wiederaufbaus« Platz gegriffen, als deren Wortführerin sich am Ende der 1950er Jahre vor allem die SPD-Mehrheitsfraktion im Stadtrat und die kommunale Spitze profilierten. In dieses Konzept eines mit der modernen Nachkriegsdemokratie in Einklang gebrachten Neuaufbaus der Großstadt wurden sowohl die »Traditionsinseln« als auch die großen Neubauprojekte der Stadthalle und des Hauptbahnhofs integriert. Und das war nun keine Braunschweiger Besonderheit mehr, sondern ein in allen deutschen »Wiederaufbau«-Städten zu beobachtender Prozess der Ausdifferenzierung eines als zeittypisch empfundenen modernen Städtebaus im Rahmen des »Wiederaufbaus«. ¹⁶⁷ Die Entsorgung störender Vergangenheit spielte in diesem Konzept eine randständige, wenngleich keine unwichtige Rolle. Konsens war jedoch ein allgemeiner Wunsch nach Bereinigung der städtebaulichen »Schandflecken« aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts, ihr Umbau, ihr Neubau oder ihr Abriss. Wenn die nationalsozialistische Vergangenheit an Baudenkmalen zu kleben schien, konnte man sie umstandslos beseitigen, wie das etwa auch mit dem Prinz-Albrecht-Palais in der Berliner Niederkirchnerstraße geschah. ¹⁶⁸

Dessen ungeachtet blieben jedoch solche nationalsozialistischen Repräsentationsbauten unbehelligt, die, aus der kunstgeschichtlichen Perspektive willkürlich, im öffentlichen Konsens als »moderne« Funktionsbauten bewertet wurden, obwohl sie in ihrer monumentalen Architektursprache und insbesondere in ihrer Nutzung zu den Kernbereichen des nationalsozialistischen Partei- und Staatsapparates gezählt hatten. Es ist ein aporetischer Befund des »Wiederaufbaus« im geteilten Nachkriegsdeutschland, dass insbesondere Verwaltungsbauten des NS-Regimes überwiegend als städtebaulich nicht mehr mit negativen Sinndeutungen belastet wahrgenommen wurden, wie etwa das Reichsluftfahrtministerium an der Wilhelmstraße in Ost-Berlin ¹⁶⁹ oder die monumentalen Verwaltungsbauten am Fehrbelliner Platz in West-Berlin. Diese unterschwellige und dennoch zielgerichtete, pointiert antiideologisch verbrämte Entkontaminierung einer architektonischen NS-Moderne erstreckte sich in gleicher Weise auf die großen steinsichtigen Rasterfassadenbauten in Braunschweig aus den späten dreißiger Jahren. Sie machte konkrete Geschichtsarbeit unmöglich, indem sie mit den historischen Bezügen der Gebäude auch die Spurensuche nach Tätern und Opfern verdeckte.

In dieser Gemengelage von konkurrierenden Sinnzuschreibungen war es weder willkürlich noch unausweichlich, dass ein vom NS-Gewaltregime okkupiertes historisches

167 Vgl. *Beyme* u. a., *Neue Städte. Die Vergleichsperspektive auf neun »Wiederaufbau«-Städte* ist demzufolge als die zentrale methodische Herangehensweise eines DFG-Projektes des Verfassers gewählt worden, das unter der Leitung von Adelheid von Saldern und Axel Schildt bis 2007 am Historischen Seminar der Universität Hannover angesiedelt ist, mit dem Titel »Lokale Wiederaufbaupolitik und Geschichtsdeutungen, Kontroversen um kriegszerstörte Baudenkmale in bundesdeutschen Städten im Spannungsfeld von Expertenpolitik und bürgerschaftlichem Engagement 1949–1989«.

168 Vgl. *Beseler/Gutschow*, *Kriegsschicksale*, Bd. 1, S. 158–160.

169 Vgl. *Bau- und Kunstdenkmale in der DDR, Hauptstadt Berlin I*, Berlin 1984, S. 228.

Gebäude in der Nachkriegszeit unrettbar in Verruf geriet. Vielmehr wurden offene oder verdeckte Diskurse über deren Zukunft geführt und politische Entscheidungen getroffen, deren Mechanismen aber weitgehend unerforscht geblieben sind. Das Braunschweiger Residenzschloss stand auf der Kippe in der Entscheidung zwischen den beiden Extremen des »Wiederaufbaus«, der noch möglichen öffentlichen Akzeptanz und des mit NS-Geschichte unwiderruflich stigmatisierenden Verrufs, der zum Abriss führte. Voraussetzung eines auf den Abriss hinauslaufenden Identitätskonstruktes, so wie es schließlich für die Braunschweiger Schloss-Ruine entstand, war, dass die spätere NS-Kontaminierung alle übrigen Alltagserfahrungen und geschichtspolitischen Bezüge des Baudenkmals in den Schatten stellen konnte oder/und diese im Sinne einer negativen Stigmatisierung kumulierte und damit unumkehrbar machte.

Dieser Prozess einer Überwölbung und partiellen Stigmatisierung konkurrierender Identitätsbezüge kann in der Interviewnarration des ehemaligen Braunschweiger Oberbürgermeisters Liess abgelesen werden:

W.-K.: »Aber dann kennen Sie ja das Schloss so vom Sehen. Was hat denn das für eine Erinnerung, können Sie sich noch daran erinnern, so als Kind, als Jugendlicher?

L.: Das Schloss?

W.-K.: Ja, das Gebäude, was machte das für einen Eindruck auf Sie, auf Ihre Bekannten, Verwandten?

L.: Wenn man zu Fuß in die Stadt ging, früher Kaiser-Wilhelm-Straße, ging es da rein und [man] kam kaum hier rüber, hier das ist eine Kunststraße, wie die gemacht worden ist. Das sind alle Straßen, die vor dem Kriege entweder ganz schmale waren und man gar nicht rein kam. Man kam im Wesentlichen über diesen Bereich rein und dann hier Herzog-Anton-Ulrich-Museum. Und ich kam von hinten an das Schloss ran. Das war von hinten überhaupt nicht sichtbar. Das Schloss, ich sagte es schon, war umbaut, Sanierungsgebiet, Vergnügungsbereich und viele Einkaufsmöglichkeiten. Und man kam immer, also ich kam immer, jedenfalls mein persönlicher Eindruck, immer von hinten an das Schloss.

Ich habe mit dem Schloss als solchem nur zweimal etwas zu tun gehabt, einmal weil sich in der alten Orangerie und in einem Teil des Schlosses unser altes Naturhistorisches Museum befand. Und bei einem Besuch des Museums ging man auch nicht ordentlich vorne ins Schloss rein, sondern durch einen Seiteneingang. Wie gesagt, der Schlossplatz war vorne in einen Paradeplatz eingezäunt und davor waren Baumreihen, das war alles nicht sichtbar, so dass man auch keinen direkten Blick auf das Schloss hatte. Für mich als Kind war einfach dieser unwahrscheinliche Eisenzaun einfach so die Grenze. [...]

Der Eindruck des Schlosses ist für mich ein zweiter und zwar weil dort ein großer Nazi-Aufmarsch war. Das war, ich weiß nicht wie das technisch richtig hieß, Treffen der Hitlerjugend? Das gab ja auch in Braunschweig die Reichsjugend-Führerakademie. Und Baldur von Schirach war ja seinerzeit der große HJ-Führer, der lebte am Theater in einem Hotel.«¹⁷⁰

Die narrative Dimension des Schlosses in der individuellen Erinnerung des Jugendlichen, der als Schüler »sein« Naturhistorisches Museum besuchte, erschließt sich in dieser langen Erzähl-Passage als eine versteckte Annäherung an einen geheimnisvollen, nicht einsehbaren Ort. Distanz, Absperrung, Grenze, das sind die zentralen Erfahrungsbilder des Erinnerens, die Liess hierbei präsentierte, obwohl der Sprecher ja alle Hindernisse überwunden und als Schüler Einlass in das Schloss erhalten hatte. Damit hatte er die Räumlichkeiten des Schlosses als ein Museumsbesucher genau kennenlernen können, nachdem er ein Treppenhaus im Seitenflügel benutzt hatte. Über diese konkrete Alltagserfahrung der Innenräume eines repräsentativen Museumsbaus der Stadt Braunschweig reflektierte

170 Liess spielt hier auf »Reichsjugendführer« Baldur von Schirach an, der in der späteren HJ-»Führerschule« eine Privatwohnung eingerichtet bekam. Über Schirachs Aufenthalte in Braunschweig ist dem Verfasser nichts bekannt. Interview Liess, Typoskript S. 7 f.

Liess in diesem Gesprächsabschnitt allerdings nicht, sondern lediglich darüber, welche Erinnerung er mit diesem Gebäude verbinden sollte. Darüber bestanden klare Anhaltspunkte in der Negation, die er noch immer ungeschmälert reproduzierte: Es sollten keine herzoglichen und selbstverständlich keine nationalsozialistischen Erinnerungen sein, es waren aber auch keine republikanischen mehr vorhanden, welche Liess ihnen hätte entgegensetzen können, um daraus möglicherweise Loyalitätsbezüge zu diesem Gebäude abzuleiten. Aber sie waren in der erinnerten Erfahrungsperspektive seiner Jugendbiografie einfach nicht vorhanden.

Es ist anzunehmen, dass die positive Erinnerung an das Schloss bereits im Erfahrungstransfer der Vätergeneration Weimarer Sozialdemokraten an ihre Kinder vollständig überschrieben worden war. Denn aus der Erinnerungslücke von Liess über den republikanischen Erinnerungsort Schloss lässt sich schlussfolgern, dass im Braunschweig der 1930er Jahre das Schloss, das als ein Museumsbau anfangs sowohl das Schlossmuseum als auch das Naturhistorische Museum beherbergte, ausschließlich als ein NS-Bau kommuniziert wurde und dass diese von den NS-Machthabern zielbewusst gesteuerte Erinnerungspolitik bereits weit in das Arbeitermilieu eingedrungen war, dem Liess entstammte. In der Rückschau des professionellen Parteipolitikers Liess überlagerten noch immer genau diese negativen Sinndeutungen einer programmatischen Geschichtspolitik alle positiven Alltagserfahrungen der Museumsnutzung. Und sie überlagerten auch alle negativen eigenen Erfahrungen, die zu einer Neujustierung der eigenen Erfahrungsgeschichte hätten beitragen können.

Die konkrete Erfahrung der Schlossräumlichkeiten durch die Museumsnutzung war nämlich im übertragenen Sinne Tür an Tür mit der Elitenrekrutierung der SS erfolgt, die allerdings erst später dort stattfand, und zudem im unmittelbaren Umkreis eines ebenfalls wesentlich später dort von ihr geführten Konzentrationslagers. Daraus musste eine widersprüchliche Jugenderinnerung der unmittelbaren Zeitzeugenschaft von Holocausttätern und Zwangsarbeiterausbeutung resultieren, welche potentiell einen die eigene Wahrnehmung störenden Ansatzpunkt für eine produktive Diskursivität der Erfahrung von NS-Geschichte in Braunschweig hätte bewirken können. Synchron hatte Liess als junger Zeitzeuge diese Erfahrungen allerdings nicht machen können, da das Naturhistorische Museum auf Drängen des neuen Nutzers, der SS, schon im Dezember 1934 seine Bestände ausräumen musste, um der SS-Kaderschule Platz zu machen.¹⁷¹ In der Erinnerung verfloßen diese diachronen Zeitschichten jedoch zu einer starken Monochromie der entschiedenen Ablehnung des Schlossgebäudes.

Das eigene alltägliche Mitläufertum in der diktatorisch überformten deutschen Zivilgesellschaft während des Nationalsozialismus und die damit verknüpften, aber dann vergessen gemachten, randständigen oder auch stärker in den Vordergrund tretenden Loyalitätsbezüge zum NS-Herrschaftssystem motivierten keine diskursive Kritik an der eigenen Biografie und Geschichte. Eine solche geschichtskulturelle Horizonterweiterung überforderte die erfahrungsgeschichtliche Wahrnehmung des SPD-Politikers der 1950er Jahre, zumal als dessen Basis ein schmerzhafter Emanzipationsprozess aus den vorgegebenen Sinnbezügen der eigenen Referenzgruppe, der lokalen Sozialdemokratie, hätte in Gang gesetzt werden müssen. Aber in der Perzeption der Braunschweiger Bevölkerung war schon seit Mitte der dreißiger Jahre aus einem Multifunktionsgebäude der Republik, das

171 Vgl. Sabine Ahrens, 250 Jahre Naturhistorisches Museum in Braunschweig. »Eine Pflanzstätte für die naturgeschichtliche Bildung«, Braunschweig 2004, S. 155. Das Museum zog 1935–1937 für eine Zwischenzeit in das innerstädtische Barockpalais Wilhelmgarten und anschließend, nunmehr umbenannt in »Biologisches Institut«, in ein eigens dafür errichtetes Museumsgebäude, das im gotisierenden Ziegelstil als ein Seitengebäude unmittelbar an die »Bernhard-Rust-Hochschule« angrenzte. Ebd. S. 157. Zum Umzug des Naturhistorischen Museums im Jahr 1925 in das ehemalige Residenzschloss vgl. ebd. S. 144–147, 150–152.

einmal ein Bauwerk der Monarchie gewesen war, ein Nazi-Schloss geworden, das als ein hermetischer Block in der stadträumlichen Wahrnehmung von Geschichte produktive Erinnerungsarbeit blockierte, insbesondere jene an die Weimarer Republik.

Noch in der erzählenden Rückschau des Jahres 2004 wurde die Schlossruine von einem Akteur der späteren Abriss-Entscheidung konsequenterweise intentional vollkommen abgelehnt, weil sie schon lange vor der von ihm erfahrenen Alltäglichkeit zu einem Mühlstein der lokalen Geschichtspolitik geworden war. Zwar mochte seine lastende Diskursivität biografisch uneindeutige und schwer zuzuordnende Erfahrungsräume erschlossen haben, die einer von konsensualen Identitätskonstruktionen vorgegebenen Wahrnehmung des Gebäudes potenziell widersprachen. Aber gerade diese Überlagerung divergenter Erlebnishaftigkeit und konkurrierender Wertbezüge verlangte nach eindeutigen Perspektiven in der Nachkriegszeit und nach einer klaren Positionierung des Braunschweiger Republikaners in der bundesdeutschen Demokratie des Kommunalen. Sie fiel konsequenterweise sehr zu Ungunsten des von Abriss bedrohten, ruinenhaften Baudenkmal aus.

VI. DIE POLITISIERTE DISKURSIVITÄT DER RUINENERINNERUNG

Schon die Zeitgenossen haben übereinstimmend den radikalen Charakter der Abrissentscheidung für die Schlossruine betont und schon seit Anfang der 1950er Jahre die ausschlaggebende Rolle einzelner Kommunal- und Landespolitiker sowie der SPD-Fraktion im Braunschweiger Stadtrat hervorgehoben.¹⁷² Noch während der Hochphase des Entscheidungsprozesses zur Jahreswende 1959/60 wurde die politische Abrissstrategie der SPD ihrerseits vom bürgerlich-nationalkonservativen Parteienspektrum instrumentalisiert und damit zum nachhaltigen Geschichtsvorwurf in der Braunschweiger Lokalpolitik aufgebaut. Er stabilisierte maßgeblich die Vorstellung einer daraus neu entstehenden politischen Lagerbildung, welche in nicht eindeutig bestimmbarer Weise ansatzweise polarisierend auf das politische Klima in Braunschweig zurück wirkte.¹⁷³ An einer instrumentellen Machtstrategie, die auf den Abriss der Schlossruine abzielte, kann nach dem vorliegenden Quellenmaterial und der darauf basierenden Forschungsliteratur kein Zweifel bestehen¹⁷⁴ und eben so wenig an der nachhaltigen, geradezu brutalen Spaltung der Braunschweiger politischen Öffentlichkeit in dieser Frage. Sie ging aus dem Dissens über die Zukunft der

172 Vgl. weiter oben die entsprechenden Vorwürfe des Landesdenkmalamtes gegen Oberstadtdirektor Lotz, die bereits seit 1953 ventiliert wurden.

173 Als früher Quellenbeleg kann auf die Einlassung des rechtsradikalen Ratsherren der Deutschen Reichs Partei, Otto Kamm, verwiesen werden, der daraus bereits einen politischen Vorwurf in denunziatorischer Absicht geschmiedet hat: »Bereits die Diskussion [in der entscheidenden Ratssitzung am 21.12.1959] hat ergeben, dass die SPD sich eine Durchsetzung des Abbruchs der Schlossruine zum Ziel gesetzt hatte und hierin ein Politikum ersah.« Schreiben Otto Robert Kamm an den Präsidenten des niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig, Braunschweig v. 22.1.1960. NLD BrSchl, S. 175/1 VS.

174 Hierzu zählt die Überlieferung in NLD BrSchl sowie die ergänzende Zeitungsausschnittsgl. im StABr A XI 8. Eine Gegenüberlieferung im Staatsarchiv Wolfenbüttel ist bislang nur von Wedemeyer aufgearbeitet und in seiner Monografie ausführlich und quellenkritisch korrekt dargestellt sowie mit hervorragendem Foto-Material ergänzt worden, weshalb auf eine erneute Darstellung verzichtet werden kann. Vgl. *Wedemeyer*, Residenzschloß, S. 96–144. Auch die im Stadtarchiv Braunschweig lagernden Akten des Oberstadtdirektors unter der Signatur E 212 VI.4:5 vol. 1–7, Schriftverkehr in bezug auf den Wiederaufbau bzw. Abriß des Braunschweiger Schlosses, Bde. 1–7, 1955–60, die für die allgemeine Benutzung gesperrt sind, konnten aufgrund eines Antrages beim Verwaltungsausschuss im Stadtarchiv Braunschweig ausgewertet werden.

Ruine hervor, auch wenn dieses Politikfeld keineswegs dominierte, sondern über lange Jahrzehnte hinweg nur punktuell und ausschnitthaft öffentlich thematisiert wurde.

Erst mit dieser Trennung in Abrissgegner und sozialdemokratische Befürworter einer Radikallösung wurde das Schloss als *lieux de mémoire* in der lokalen Erinnerungskultur dauerhaft als ein Stein des Anstoßes fixiert. Es schuf damit erneut zwei scharf voneinander getrennte politische Deutungsfelder, so wie sie bereits während der Weimarer Republik als dezidierte politische Lager in der Braunschweiger Kirchen- und Bildungspolitik hervorgetreten waren. Der Diskurs über den Abriss und den fehlgeschlagenen Erhalt als ein Baudenkmal mutierte infolgedessen zu einem statischen Negativ in der schnell wechselnden Geschichtspolitik der Stadt Braunschweig im 20. Jahrhundert. Damit wurde indirekt der Diskurs über die lokalen politischen Traditionsbindungen an das Schloss blockiert und diese Blockade verhinderte ihrerseits eine offensive Aufarbeitung vor allem der NS-Vergangenheit des Gebäudes sowie des Schlossplatzes. Der Verlust von Schloss und Schlossplatz verschüttete darüber hinaus erneut alle positiv konnotierten Erinnerungen an die Braunschweiger Freistaatrepublik, weil er deren zentralen Erinnerungsorte, die Orte der Gründung und der Proklamation der Republik im Verlauf einer freiheitlichen Revolution, zunichte machte. Und schließlich rückte damit die Aufarbeitung der Monarchie in eine mythologisierende Ferne, die durch die Nähe zur letzten Braunschweiger Herzogin Victoria Luise an ihrem Wohnort Braunschweig nur desto schemenhafter erinnert werden konnte, weil die lange Gegenwart ihrer post-monarchischen Existenz ihre eigene Geschichte als ehemalige Regentin des Herzogtums verdeckte und diese in der Braunschweiger Öffentlichkeit potentiell zum Spielball einer instrumentellen Geschichtspolitik degradierte.

Für alle diese Erinnerungsschichten¹⁷⁵ wurde das Schloss durch den Abriss zum Phantom der Braunschweiger Geschichte, zum zerbrochenen Spiegel der Öffentlichkeit, in dem sich statisch gewordene Erinnerungsblöcke monadenhaft umeinander drehten und in dieser neurotischen Wechselwirkung ein Perpetuum mobile der nicht aufgelösten Traditionsbezüge des 20. Jahrhunderts beschrieben. Im Effekt blieb das Schloss über Jahrzehnte ein Motor der gegeneinander gerichteten politischen Sinndeutung im demokratisch aufgefächerten lokalen Parteienspektrum der Stadt Braunschweig:

»Und [...] bei jeder denkbaren politischen Kontroverse, die kulturell kontrovers ist, wird das von der CDU hervor geholt: Kulturvernichtung! Berliner Schloss. Das ist dann vielleicht auch nicht so wichtig in den Leserbriefen hier, das sind schon drei andere Reflexionsebenen. Aber das ist immer, permanent hier der zentrale Vorwurf gegen die [SPD-]Genossen. Die [SPD-]Genossen achten im Großen und Ganzen sehr darauf, dass man ihnen diesen nicht machen kann. Also das ist keineswegs [vergessen], das ist virulent.«¹⁷⁶

175 Der Historiografiehistoriker Reinhart Koselleck spricht in diesem Kontext von »Zeitschichten«. Dieses vordergründig eingängige Konzept der Historik ist für unsere Fragestellung allerdings heuristisch nur von geringer Bedeutung, weil es räumlich nicht gefasst ist. Demzufolge entpuppt es sich als eine statische Zeitphilosophie, welche ihrerseits eher eine monadologische Erkenntnishemmung entfaltet, wenn man es einem konkreten Ort zuordnen möchte. Da die spezifische Zeitverhaftetheit von Erfahrungsgeschichte zur ubiquitären Beobachtung des Historikers zählt, ist der erkenntnistheoretische Mehrwert von Kosellecks Begriff ohnehin äußerst begrenzt. So kann er lediglich feuilletonistisch den punktuellen Wiedererkennungswert für die Ausgangslage eines Problems der *spatial history* in der diachronen Perspektive beschreiben, für das die französische Geschichtswissenschaft als erste eine probate Begrifflichkeit entwickelt hat, nämlich Pierre Noras Konzept der *lieux de mémoire*. Vgl. *Reinhart Koselleck, Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt/Main 2000, hier: S. 9–26 sowie *Etienne François/Hagen Schulze, Einleitung*, in: *dies.* (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 1, München 2005 (5. Aufl.), S. 9–24, hier: S. 15–18. Erneut zeigt sich damit die Rückständigkeit der deutschen Geschichtstheorie des mittleren 20. Jahrhunderts gegenüber der französischen.

176 Interview mit dem Akademischen Direktor a. D. Dr. Peter Albrecht, Braunschweig am 13.7. 2004, Typoskript S. 4 f.

Aus dieser lastenden, mehrfach geschichteten Polarisierung resultierte nach der Jahrtausendwende schließlich eine erfolgreiche politische Gegenstrategie zur Teilrekonstruktion des Gebäudes als *shopping mall* mit einer dieser zugeordneten Multifunktion städtischer Museums-, Kultur- und Archivnutzung in der rekonstruierten Bohlwegfront. Damit wird eine grundsätzlich als widersprüchlich erscheinende Funktionsnutzung realisiert werden, welche die überwiegende Kommerzialisierung des Neubaus auf dem gesamten ehemaligen Schlosspark-Gelände mit einer partiellen Wiederaufnahme der ursprünglichen, »republikanischen« Museums- und Kulturnutzung verbinden wird. Aus der Perspektive des Historikers kann dann eine produktive Aufarbeitung dissenter Sinnbezüge des verlorenen Braunschweiger Schlosses erwartet werden, wenn sich die Geschichtsarbeit des neu erbauten Hauses »Schloss-Arkaden« allen seinen Erinnerungsschichten an diesem repräsentativen Ort der Braunschweiger Geschichte öffnet. Besonders problematisch ist das hinsichtlich der historischen Belastung des Schlossgeländes als Ort eines KZ-Außenlagers, der durch die raumgreifende *shopping mall* vollständig überbaut und damit als Erinnerungsort ausgelöscht werden wird.

Das zentrale Problem dieser kollektiven Erinnerungsarbeit in der geschichtspolitischen Sackgasse bestand schon an der Jahreswende 1959/60 in ihrer spezifischen Überlagerung durch instrumentelle Strategien tendenziell konfrontativ angelegter Sinndeutungen. Schon für die Zeitgenossen erkennbar, waren diese an negativ konnotierte Erfahrungsräume des Gebäudes geknüpft:

»In der Bevölkerung der Stadt Braunschweig ist eine lebhaft Unruhe darüber entstanden, dass die Frage der Erhaltung oder des Abbruchs der Schlossruine zu einer parteipolitischen Prestigeangelegenheit gemacht worden ist. Ohne meinen Ratskollegen von der SPD-Fraktion insoweit zu nahe treten zu wollen, muß ich diese Überzeugung äußern, weil der Ratsherr Schiller als Sprecher seiner Fraktion in der außerordentlichen Ratssitzung vom 21. Dezember 1959 u. a. zum Ausdruck gebracht hat, dass die frühere Zweckverwendung des Schlosses für die SS-Junkerschule für viele seiner Freunde eine unangenehme Erinnerung bedeuten müsse. Ganz abgesehen davon, dass die SS-Junkerschule nur für wenige Jahre in dem früheren Residenzschloß untergebracht war – das Schloß hatte bis dahin auch anderen Zwecken gedient, die den Anhängern der SPD genau so gut förderlich gewesen sind wie den sonstigen Einwohnern der Stadt Braunschweig – darf ich darauf hinweisen, dass die Braunschweiger Bevölkerung nicht um ihr Einverständnis zu der das Schloß nunmehr belastenden Verwendung befragt worden ist.«¹⁷⁷

Der DRP-Ratsherr Kamm legte in dieser Recherche seines konkurrierenden politischen Umfeldes die Basismotivation der Abrissbefürworter als eine geschichtspolitische Strategie der Entsorgung von negativer Erinnerung bloß, so wie sie als gängige Anti-»Wiederaufbau«-Strategie im bundesdeutschen »Wiederaufbau« allgemein angenommen wird. Hervorzuheben ist, dass Kamm, der ja eigentlich einer rechtskonservativen deutschnationalen Partei zuzuordnen war, als zentrales Gegenargument die fehlende demokratische Legitimation ins Feld führte, welche die Umwidmung des Schlosses zur SS-Kader-Schule ermöglicht habe. Damit unterstellte er der SPD eine analoge Unrechthaltung, wenn diese ihrerseits ohne plebiszitäres Mandat den Abriss der Schlossruine verfüge. Das wiederum enthüllte aus der Perspektive des Nationalkonservativen eine geschickt beobachtete Blöße, welche die Chance zur offensiven, politisch instrumentalisierten Braunschweiger Geschichtspolitik bot: die Diskriminierung der Abrissakteure als ihrerseits undemokratisch agierende Geschichtspolitiker.

Nicht zuletzt weil damit ein wunder Punkt getroffen war, der einerseits aufgrund der im bürgerlich-nationalkonservativen Parteienspektrum weitaus stärkeren Affizierung mit dem NS-Regime bewusst schief konstruiert war, der andererseits dennoch propagandistisch nicht leicht abgewehrt werden konnte, verwies die SPD-Seite seitdem kontinuierlich auf ihre demokratische Legitimation im Entscheidungsprozess des Schlossabrisses. Auch in

177 Schreiben Kamm an Verwaltungspräsidenten v. 22.1.1960, S. 175/2 VS.

dieser politischen Zuspitzung als ein geschichtspolitischer Vorwurf wurde nicht akkurat getrennt zwischen der Akklamation der NS-Herrschaft, die auf dem Schlossplatz als Paradeplatz der SA-Horden hervorgerufen worden war, und der späteren Nutzung des Schlossgebäudes als SS-Terrorschule. Eine weitere Unschärfe entstand daraus, dass der demokratisch legitimierte Entscheidungsprozess in der repräsentativen Demokratie nicht mit der Akklamationsdiktatur des Nationalsozialismus in einen Topf geworfen werden konnte. Wenn das doch geschah und damit Stereotypen bedient wurden, welche die demokratischen Regeln diskreditierten, dann war Vorsicht geboten gegenüber einem Sprecher, der erkennbar vom äußeren rechten Rand des politischen Spektrums aus in propagandistischer Absicht agierte.

In seiner nahen Kenntnis des gegnerischen Lagers schob Kamm aber noch ein gewichtiges Argument nach, indem er die als implizites Gegenbild fungierende Geschichte des nur etwa hundert Meter benachbart liegenden »Roten Schlosses«¹⁷⁸, des Volksfreundhauses, als diskursive Gegenprobe der geschichtspolitisch ungünstigen Prämissen für das Residenzschloss ausformulierte:

»Ich habe in der gleichen Sitzung darauf hingewiesen, dass das Volksfreundhaus, welches die SPD einmal mit ihren eigenen Mitteln aufgeführt hat, gegen ihren Willen in den Jahren nach der Revolution von 1918 von dem damaligen Spartakusbund, dann später der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und in den Jahren 1933 auch von den damaligen Machthabern in Benutzung genommen worden ist. Außerdem ist mir aufgefallen, dass die zahlreichen SPD-Ratsherren, die mit mir über die Schloßangelegenheit persönlich Rücksprache genommen haben, fast ein jeder für sich einen anderen Grund für den von ihnen begehrten Abbruch der Ruine anführt.«¹⁷⁹

Mit seiner genauen Kenntnis über eine parallelisierbare Gebäudeerinnerung bezüglich des Braunschweiger »Roten Schlosses« als einer feststehenden, positiv konnotierten sozialdemokratischen Identitätskonstruktion wollte der rechtsradikale Nationalkonservative Kamm die aus seiner Sicht negative Abrissidentitätskonstruktion der SPD-Elite für das Residenzschloss diskreditieren. Zu diesem Zwecke parallelisierte er die Schicksale beider Gebäude, um im Ergebnis eine fehlerhafte Identitätskonstruktion der SPD für das Braunschweiger Schloss zu evozieren. Kamms Argumentationsführung bediente sich zu diesem Zweck einiger Winkelzüge, die aus Sicht der Sozialdemokraten Anstoß hätten erregen müssen, da sie zentrale politische Wertorientierungen ihres lokalen Geschichtsbildes verletzen. Hierzu zählte insbesondere die Diskreditierung von Spartakus sowie mehr noch der mehrheitlich gewählten Räteregierung aus Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) als vorgeblicher Fremdnutzer des Gebäudes. Implizit wurde damit die im Anschluss an die Revolution von Dezember 1918 bis April 1919 regierende Braunschweiger sozialistische Räterepublik mit der späteren Okkupation des Schlossplatzes durch die Nationalsozialisten im März 1933 parallelisiert.¹⁸⁰

DRP-Ratsherr Kamm diskreditierte damit absichtsvoll die zentrale Bedeutung dieses Gebäudes als eines der ersten Koordinationszentren der Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenräte während und unmittelbar nach der Novemberrevolution, auf die sich auch die Braunschweiger Sozialdemokraten als die eigentlichen Geburtshelfer der Weimarer Republik später als eine zentrale Identitätskonstruktion ihrer lokalen Geschichtspolitik beriefen. Und damit wurde das zentrale Erkennungsmerkmal für eine positive Sinndeutung des Residenzschlosses aus Sicht der Arbeiterbewegung angegriffen. Mit seiner gezielten

178 Hinweis auf diese populäre Benennung aus Gesprächen mit Dr. Peter Albrecht, Braunschweig. Abbildung und Baubeschreibung des 1913 als Wohn- und Bürohaus sowie als Druckerei in rotem Schmuckziegel erbauten Multifunktionsgebäudes in: *Wolfgang Kimpflinger*, *Denkmaltopographie Stadt Braunschweig*, Teil 1, Hameln 1993, S. 152.

179 Schreiben Kamm an Verwaltungspräsidenten v. 22.1.1960, NLD BrSchl, S. 175/2 VS.

180 Zu den Vorgängen während der Revolution vgl. *Boll*, *Massenbewegungen*, S. 272–292, hier: S. 274–277.

Invektive verstieß Kamm gleich mehrfach gegen das republikanische Selbstverständnis der Sozialdemokraten, indem er es durch eine nationalkonservative Abwertung der Novemberrevolution generell in Zweifel zog. Sein Beschwerdeschreiben an den Braunschweiger Verwaltungspräsidenten war damit vor allem eines: eine Kampfansage an die sozialdemokratische Geschichtspolitik via räumlicher Identitätskonstruktionen des »roten« und des Residenzschlosses.

Es belegte auf indirektem Wege, in welchem großem Ausmaß virulent der Dissens über die Braunschweiger Republikgründung während der Novemberrevolution zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und dem nationalkonservativen Lager in Braunschweig noch im Jahr 1960 war. Letzteres bestritt einfach die Legitimation des Umsturzes und re-legitimierte damit vordergründig vor allem die vorrevolutionäre herzogliche Erinnerungsschicht des Schlosses. Aus Sicht der Sozialdemokraten war das ein Tabubruch ihrer Identitätsbezüge, der zum Argument für eine offensiv forcierte Geschichtspolitik auf Seiten der SPD-Elite hätte werden können, sofern diese davon Kenntnis erlangte. Vor diesem Hintergrund wird einmal mehr verständlich, warum sich einer der damaligen Wortführer des Abrisses aus der SPD-Ratsfraktion, der spätere SPD-Oberbürgermeister Bernhard Liess, in seiner Interviewnarration so entschieden gegen diese Identitätskonstruktion und nicht gegen die nationalsozialistische ausgesprochen hatte. Denn offensichtlich war sie es, die als feststehendes Identitätskonstrukt des rechtsradikalen und des nationalkonservativen Lagers eine erhebliche Mobilisierungswirkung in Braunschweig erzielen konnte, während im Kontrast dazu die nationalsozialistische Identitätskonstruktion bereits vollständig verschwunden war. Demnach kann geschlussfolgert werden, dass die SPD-Elite die Schlossruine deshalb abreißen wollte, weil sie gegen die herzogliche und nicht gegen die nationalsozialistische Erinnerungsschicht ankämpfen musste, auch wenn dies unter den falschen geschichtspolitischen Prämissen geschah, nämlich jenen, die das deutschnational-konservative Lager bevorzugte. Aus diesem Grund soll im Folgenden ansatzweise die Langzeitwirkung der Herzogmonarchie auf die Braunschweiger Öffentlichkeit der 1950er Jahre skizziert werden. Sie wurde sehr konkret vermittelt durch die permanente Anwesenheit der berühmten letzten Herzogin von Braunschweig-Lüneburg, Victoria-Luise, in ihrer ehemaligen Residenzstadt.

VII. HERZOGIN, DEUTSCH-NATIONAL BRAUNSCHWEIGISCHES LAGER UND DER ERINNERUNGORT SCHLOSSRUINE

Mangels kritischer biografischer Analyse muss die Präsenz des ehemaligen Hochadels in der Geschichtspolitik und sicherlich mehr in der Regenbogenpresse während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch als ein weißer Fleck der neueren Politik- und Kulturgeschichte Westdeutschlands gelten. Bislang wird Axel Schildts These noch nicht zureichend gewürdigt, wonach die Bundesrepublik der 1950er Jahre in ihren kulturellen Bezügen stärker vom Wilhelminischen Kaiserreich geprägt gewesen sei als von Republik und Faschismus.¹⁸¹ Demzufolge ist nachhaltig in Frage zu stellen, dass das »Wiederaufbau«-Jahrzehnt der 1950er Jahre seine Fluchtpunkte für negative Traditionsbezüge lediglich in den Jahren abrupten politischen Wandels zwischen 1918 bis 1947 verankert hätte. Aber darin erschöpfte sich die Wahrnehmung des öffentlichen Raumes keineswegs. Vielmehr wirkten lange Traditions- und Geschichtsbezüge nach, welche die Geschichte von lokalen Baudenkmalen diskursiv als hyperaktive Sammelstellen von widersprüchlichen Erinnerungsschichten konstituierten.

181 Vgl. Spiegel Nr. 48 (2005), S. 66.

Als ein zureichender Beleg für eine solche Persistenz kultureller *longue durée* von Identitätsbezügen über die rasch wechselnden Phasen der deutschen Zeitgeschichte hinweg kann der letzte Lebensabschnitt der Braunschweiger Herzogin-Witwe Viktoria Luise zwischen 1953 und 1980 dienen, der sich in der Stadt Braunschweig, an ihrem letzten Wohnort, abspielte und der in seiner Frühphase die Geschichte des Schlossabrisses streifte, aber nicht nachhaltig berührte. Wenn die ehemalige Herzogin von Braunschweig-Lüneburg 35 Jahre nach ihrem unfreiwilligen Revolutionsexil in Braunschweig wieder so etwas wie ein post-monarchisches, repräsentatives Eigen-Erleben führen konnte, dann basierte das elementar auf ihrem Wiedererkennungswert als monarchische Person der Zeitgeschichte. Trotz aller Vorzüge, welche der informelle Status, als öffentliche Person des regionalen Landes- und Traditionsbewusstseins zu gelten, ihr bot, resultierte die Bedeutung »der Herzogin« weniger aus ihrer charismatischen, post-adeligen Präsenz im öffentlichen Leben der Stadt, die sie als ein gesellschaftlich omnipräsentes »Kommunikationsgenie«¹⁸² optimal ausreizte, als vielmehr aus ihrer repräsentativen Bedeutung als ein politisches Symbol eines unabhängigen Braunschweiger-Seins für die nationalkonservativen Kräfte der Stadt.

Politisch wurden diese von den führenden Industriellen und Handelsherren bestimmt, womit ein eigenständiger politischer Einfluss der Herzogsfamilie obsolet war.¹⁸³ Und so sehr diese Konstellation vordergründig in eine politisch reaktionäre Ecke verweisen mochte, war die zeitgenössische Außenwirkung der ehemaligen Herzogin als populäre Identitätsgeneratorin doch eine andere, weil sie punktuell sogar eine überraschend große Affinität zum entgegengesetzten politischen Lager zeigen konnte. Insofern handelte es sich um einen fluiden öffentlichen Status, der einerseits große Chancen der Konsensstiftung und damit des öffentlichen Erfolgs einer charismatischen Kommunikation bot, der andererseits aber auch mancherlei Falltüren möglicher Nichtachtung und sogar der Ehrverletzung öffnete, denen auszuweichen ein großes diplomatisches Geschick und nahe Kenntnis der politischen Akteure sowie ihrer Stimmungslagen erforderte.

Viel spricht für ein genuines politisches Eigenleben »der Herzogin« als einer allseits anerkannten Post-Monarchin in Braunschweig während der 1950er 1960er und bis in die 1970er Jahre hinein. Dessen ideologische Wirkung war jedoch äußerst flexibel. Denn als »geborene« Kommunikatorin nationalkonservativer Identitätskonstruktionen nahm sie dennoch einen zentralen Stellenwert in einer langsamen Bewegung zur Redemokratisierung deutschnationaler und welfischer Elitenangehöriger ein, wie sie in den 1950er und 1960er Jahren das lokale Kräftefeld nicht nur der Stadt Braunschweig entscheidend neu zu akzentuieren begann, sondern auch auf den verschiedensten Ebenen der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik zu beobachten war. Mangels eines zureichenden Forschungsstandes kann in diesem Zusammenhang vorerst nur die beträchtliche Symbolwirkung verwiesen werden, welche die post-monarchische Repräsentation in den 1950er Jahren in Braunschweig entfaltete. Anzusprechen sind in unserem Kontext insbesondere zwei bedeutende Staatsfeiern, welche die nationalsozialistische Überformung des Braunschweiger Domes mittels der Performanz eines neu-alten monarchischen Kults gewissermaßen

182 Interview Albrecht, Typoskript S. 2.

183 »Diese national, speziell Braunschweigische Gruppe hat hinterher sehr großen Einfluss. Der Seebohm wird hier Kammerpräsident, der spätere Verkehrsminister, und der beherrscht das hier.« Ebd., S. 2. Hans-Christoph Seebohm (1903–1967) seit 1933 Direktor und Geschäftsführer verschiedener deutscher Bergbauunternehmen, seit 1947 Präsident der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, seit 1946 Direktoriumsmitglied der Niedersächsischen Landespartei (NLP), dann der Deutschen Partei (DP), seit 1960 CDU-Mitglied, von 1946–1948 niedersächsischer Minister, von 1949 bis zum Tod 1967 Bundesverkehrsminister, seit 1959 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Braunschweiger Stadtflexikon. Ergänzungsband 1996, S. 121.

rückgängig zu machen versuchten und damit in der Öffentlichkeit der Stadt-Republic als nachgelassene Wunde im kollektiven Gedächtnis »heilten«. Es handelte sich um den offiziellen Gedenkgottesdienst zum Begräbnis des letzten Herzogs Ernst August im Februar 1953 und um den Staatsbesuch des griechischen Königspaares in der Stadt Braunschweig im September 1956.

Das erste Ereignis verknüpfte letztmalig die herzogliche Erinnerungsschicht des ehemaligen Braunschweiger Residenzschlosses mit dem ehemaligen Herzogspaar. Wie die *Braunschweiger Zeitung* am 4. Februar 1953 berichtete, [war] »vor der Ruine des ausgebrannten Schlosses [...] an einem hohen Pfahl ein schwarzes Tuch befestigt. Ein mit Tannengrün bekränzttes Schild trug die Inschrift: »Du lebst hier weiter.«¹⁸⁴ Diese traditionelle symbolische Inbesitznahme eines umstrittenen öffentlichen Raumes seitens monarchietreuer Trauernder dürfte sich jedoch schwerlich zugunsten einer republikanischen Konsensstiftung der Schlossruine ausgewirkt haben, zumal der Inhalt dieser Traueradresse von sozialdemokratischen Politikern eher als Kampfansage aufgefasst worden sein dürfte.

Wesentlich konsensbetonter agierte demgegenüber der griechische Staatsbesuch, der allerdings das Schloss völlig aussparte: Königin Friederike von Griechenland hatte als einzige Tochter des ehemaligen Braunschweiger Herzogspaares noch in den frühen vierziger Jahren den im innerdeutschen Maßstab vergleichbar größten gesellschaftlichen Aufstieg einer Angehörigen des europäischen Hochadels im internationalen Rahmen geschafft. Aus dynastischen Gründen blieb sie dennoch eng mit den familialen Traditionsträngen verknüpft. So besuchte sie in ihrer herausgehobenen Stellung als griechische Königin zusammen mit ihrem Ehemann im September 1956 den Braunschweiger Dom während eines Gottesdienstes.¹⁸⁵ Dieser repräsentative Akt entlastete symbolisch von der nationalsozialistischen Umcodierung des Gebäudes als einer NS-»Weihestätte« durch ein betont antifaschistisches, wenngleich repräsentativ monarchisches Auftreten und legte gleichzeitig neue Identifikationsformen frei:

Albrecht: »Die besucht ja dann als Königin von Griechenland Braunschweig.

W.-K.: Das war in den Sechzigern?

Albrecht: Nein, das war vorher, ich war noch Jugendlicher. Denn darüber gab es eine Auseinandersetzung, ob die Polizei den Dom schützt, im Dom tätig ist oder nicht. Und nun war das ja was Besonderes, der Dom war ja nationalsozialistische Weihestätte, da war ein Museum drin [gewesen]. Ich weiß noch, wie gesagt wurde, dann nehmt doch die Pfadfinder. Und so sind wir also zu diesem feierlichen Akt alle gekommen. [...] Das vergesse ich mein Leben nicht. Ich hatte die Ehre, der Königin von Griechenland die Hand gegeben zu haben. Das werde ich nie vergessen in meinem Leben. Und danach hat sich die [familiäre] Auseinandersetzung verschärft, dann wurde die Friederike verteufelt, weil sie sich nicht auf die Seite ihrer Mutter stellt.«¹⁸⁶

184 Trauerfeier im Dom, in: BZ v. 4.2.1953. Zeitungsausschnittsgl. im StABr. Für diesen Hinweis danke ich Peter Albrecht.

185 Der Besuch fand am 23. September 1956 statt. Verwaltungsbericht der Stadt Braunschweig 1956 hrsg. im Auftrag des Stadtdirektors vom Amt für Statistik und Wahlen, Braunschweig 1958, S. 2. Vgl. die Fotografie zum Empfang des griechischen Königspaares im Braunschweiger Rathaus, in: ebd., nach S. XIII. Aufgrund der virulenten Erbstreitigkeiten der Welfenfamilie mit der ehemaligen Herzogin Viktoria Luise wurde diese allerdings nicht zu diesen Festlichkeiten eingeladen, woraufhin aus den Reihen ihrer weiblichen Anhängerschaft aus dem NS-Landfrauenbund lautstarke Proteste gegen ihre Tochter geäußert wurden, des Inhalts: »Rieke, wo ist Deine Mutter!«, als sich diese mitsamt Gatten vom Rathausbalkon den Braunschweigern zeigte. Gespräch mit Dr. Peter Albrecht am 3.5.2006.

186 Interview Albrecht, Typoskript S. 18. Der Grund der Pfadfinderbegleitung des Gottesdienstes lag einerseits in einem völkerverbindenden Akt, da auch griechische Pfadfinder mitgereist waren, und andererseits in konkreten Ordner-Funktionen, um (Medien-)»Rummel« aus dem Gottesdienst abwehren zu können. Gespräch Albrecht am 3.5.2006.

Die Tiefe und hohe Emotionalisierung in der Erinnerung dieser Interviewäußerung des dezidiert nicht nationalkonservativen Identifikationsangeboten folgenden, sondern eher links-liberal eingestellten Zeitzeugen Peter Albrecht lassen darauf schließen, dass dieser zweite repräsentative Reinigungsakt, analog dem ersten, eine überwältigende Wirkung in der Braunschweiger Öffentlichkeit entfaltet hat. Zu vermuten ist, dass damit das gesamte demokratische Parteienspektrum in der gemeinsamen Abwehr nationalsozialistischer Sinn- und Geschichtsdeutungen viel enger aneinander rückte, als das jemals während der Weimarer Republik geschehen war. Hervorzuheben ist vor allem, dass der Katalysator dieser lange überfälligen republikanischen Konsensgerierung gerade das monarchische Element gewesen war, das ansonsten in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik vollständig marginalisiert wurde, wenn es um (geschichts-)politische Deutungsabsichten ging.

Vor diesem historischen Hintergrund stellte die einmalige performative Vereinigung von drei sich ansonsten misstrauisch gegenüberstehenden politischen Richtungen, des nationalkonservativen, des bürgerlich-liberalen und des sozialdemokratischen, in der punktuellen Dom-Begegnung eine besonders große identitäts- und geschichtspolitische Besonderheit der Braunschweiger Stadtgeschichte dar, die auf dem charismatischen Erfolg einzelner weiblicher Identifikationspersonen beruhte. Dementsprechend wurde dieser Staatsakt in der repräsentativen Bildmonografie der Stadt Braunschweig aus dem Jahr 1961 mit einer Frontalaufnahme der Königin Friederike vor dem Bildhintergrund des Domes in geschichtspolitisch eindeutig gemeinter, nämlich republikanischer Absicht verewigt.¹⁸⁷ Das war nur vordergründig ein paradoxer Akt der Relegitimierung von monarchischen Identitätsbezügen, wie sie geradezu alteuropäisch, in Deutschland: post-wilhelminisch anmuten konnten. Denn in einer genuin städtischen Sinndeutungsperspektive handelte es sich vielmehr um einen Gründungsakt der Re-Republikanisierung von Öffentlichkeit und ihres repräsentativen öffentlichen Raumes, indem sich die Stadt-Republik des monarchischen Charismas bediente. Somit hatte die repräsentative Kompetenz der Post-Monarchie des Braunschweiger Herzogshauses über den Umweg ihrer dynastischen Erfolgsgeschichte eine direkte Annäherung an die politische Realität der jungen Bundesrepublik vollzogen und sie tat das weitaus früher, als es die Geschichtspolitik der dafür eigentlich zuständigen (bundes-)republikanischen Akteurseliten in Politik und Verwaltung vermochte, die sich in Braunschweig als wenig flexibel und in ihren jeweiligen kommunalpolitischen Sinndeutungshorizonten als ausgesprochen strukturkonservativ erwies.

Vor diesem Hintergrund ist die Außenwirkung der Herzogin in ihrer integrativen Wirkung als Post-Monarchin für die neu entstehende bundesrepublikanische Öffentlichkeit der Stadt Braunschweig somit »nicht [zu] unterschätzen«, wie der Zeitzeuge Peter Albrecht aus der Nah-Perspektive des damit direkt befassten jugendlichen Lehrlings in der traditionsreichen und gleichzeitig innovationsfreudigen Braunschweiger Kaffee-Großrösterei Heimbs retrospektiv zu Protokoll gab:

»Die Herzogin und der Herzog waren ja ausgesprochen beliebt in der Nachkriegszeit. Sie wurden ja von Blankenburg hierher transportiert, bevor die Russen dort drüben einzogen. Die haben den Krieg in Blankenburg erlebt, in ihrem Schloss Blankenburg, sind da so unmittelbar vor den Russen

187 Braunschweig. Portrait einer Stadt, Hannover 1961, S. 133. Dieses ganzseitige Foto mit den Porträtsichten des griechischen Königspaares auf dem Rathausbalkon mit der Blickrichtung nach links, so dass im Bildhintergrund der romanische Chor des Domes zu sehen ist, wurde nicht zufällig einer auf S. 132 abgedruckten Fotografie des Bundespräsidenten Heuss zugeordnet, der sich nach rechts gewandt in das Goldene Buch der Stadt eintrug. Republikanisches Selbstverständnis und monarchische Identitätsanker wurden damit als eine gleichzeitige repräsentative Realität inszeniert. Sie reflektierte ihre synchrone Bedeutung für das anti-nationalsozialistische Selbstverständnis der Braunschweiger Öffentlichkeit sowie eine neue Toleranz gegenüber der monarchischen Geschichte, welche insbesondere die kommunikativen Horizonte der Braunschweiger Sozialdemokratie öffnete.

[...] hierher gekommen, mit oder ohne Hilfe, jedenfalls sind sie hierher gekommen. Und die Dame definierte sich dann im Zusammenhang mit dem Landvolk, mit den Bauern, Kinderverschickungsprogramme. Ich kann das so sagen, weil die ja in meinem Hause, bei meinem Lehrherren [gesellschaftlich] verkehrte. [...] Ja, kein Betriebsfest [wurde] ohne Königliche Hoheit [abgehalten]. Also ein bisschen musste man was tun, wenn man Geld bekam. Und ich durfte immer für sie kopieren. Also die verkehrte [gesellschaftlich] mit jedem hier. Sie hatte eine Gabe, das muss man rückschauend sagen: bemerkenswert. Sie konnte sich mit jeder Art von Volk unterhalten. Sie konnte sich mit dem Lehrling unterhalten, das waren wir zwei, die für sie meistens arbeiteten. Oder sie konnte sich mit feinen Leuten unterhalten und dann auch mit dem Pförtner. [...] Ja, also sie war wirklich ein Kommunikationsgenie würde man das modern-deutsch sagen. Das kann man [in seiner Wirkung auf die Braunschweiger Öffentlichkeit] nicht unterschätzen.«¹⁸⁸

Dennoch wurde die ehemalige Herzogin nicht zur Kristallisationsfigur eines Schloss-»Wiederaufbaus«.¹⁸⁹ Weder sie noch der sie finanziell stark unterstützende Kaffee-Fabrikant Carl Heimbs¹⁹⁰, der genau so wie der Briefmarkenhändler Richard Borek zu den maßgeblichen Sponsoren eines informell agierenden Herzogin-Freundeskreises gehörte¹⁹¹, un-

188 Ebd., S. 2. Diese besondere kommunikative Qualität tritt in der Doppel-Autobiografie nicht zutage, was auf zumindest partiell völlig fremde Autorenschaft schließen lässt. Vgl. hier den zwischen deutsch-nationaler, hochadeliger Geschichtsdarstellung und geringer autobiografischer Perspektive changierenden berühmteren, aber inhaltsleeren Band: Im Glanz der Krone, Göttingen etc. 1970 (4. Aufl.).

189 Ihre politische Instrumentalisierung als Teilnehmerin an der großen, von Hartweg und Borek initiierten Schlossdemonstration am 23. April 1960 mit (selbst geschätzten) 2.000 bis 3.000 Teilnehmern war eine große Ausnahme und ist wohl nur aus persönlicher Rücksichtnahme gegenüber Borek zu erklären. Eine Fotografie mit der Hintergrundkulisse des Schlossportikus zeigt sie als charismatischen Mittelpunkt einer engagiert diskutierenden Gruppe von Demonstranten, allerdings in weitestmöglichem Abstand von der Rednertribüne, die Borek ostentativ besetzt hatte. Fotografien aus dem Privatarchiv Richard Borek sen., abgedruckt in: *Wedemeyer*, Residenzschloß, S. 139.

190 Carl Heimbs (1878–1972) Kaffee-Handelsunternehmer in Braunschweig, sicherte 1954 mit dem eigenen Patent auf das Aerotherm-Röstverfahren den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg seines Unternehmens, das schon seit 1930 reichsweite Bedeutung hatte. 1945 Vorsitzender des Braunschweigischen Einzelhandelsverbandes und Vizepräsident der IHK, seit 1949 deren Ehrenpräsident, Ehrensenator der Technischen Hochschule. Vor 1933 in der liberalen Deutschen Volkspartei (DVP), nach 1945 in der Deutschen Partei (DP), von 1952–1955 Stadtrat, später Unterstützer der CDU. 1964 Ehrenbürger der Stadt Braunschweig, Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik. *Albrecht*, in: Braunschweigisches Biographisches Lexikon, S. 254 f.

191 Ausgangspunkt für den Umzug der ehemaligen Braunschweiger Herzogin von der Marienburg, dem Welfen-Stammsitz südlich Hildesheims, nach Braunschweig im Jahre 1953 war ihre Weigerung, auf den ihr zugewiesenen Witwensitz nach Gmunden in Österreich auszuweichen, den ihr die Welfen-Familie zugewiesen hatte und den sie bereits von 1919 bis 1931 bewohnt hatte. »Daraufhin haben Braunschweiger Unternehmer, unter anderem die Firma, bei der ich tätig war, die stellte Fahrer und Wagen, zwar klein, also einen Käfer. Andere stellten ihr Wohnung, [...] das war eine Inhaberin von einem Textilhaus. Dieses Gelände [in dem sich das Wohnhaus Viktoria Luises befand] gehört heute Boreks. Also das ist sozusagen eine bestimmte Gruppierung, dazu gehören eingesessene Braunschweiger Bürger dazu, die nicht unbedingt Nazi waren, das muss man ganz vorsichtig [betonen.] Interview Albrecht, S. 2 f. Es handelte sich um ein Privathaus der Eigentümerin Margarete Haar, das auf Lebenszeit gemietet wurde. Vgl. *Herzogin Viktoria Luise*, Ein Leben als Tochter des Kaisers, Göttingen 1966 (6. Aufl.), S. 349. Die enge Verbindung zu Carl Heimbs visualisiert eine offiziöse Fotografie zusammen mit »der Herzogin« anlässlich einer Betriebsbesichtigung seiner Kaffeerösterei. *Herzogin*, Leben, S. 353. In das gesellschaftliche Leben der Stadt Braunschweig war sie schon Anfang der 1950er Jahre vollständig integriert worden, indem sie etwa bei einem halb-offiziellen Jubiläumssessen auf das Jahr 1953 sowohl mit Verwaltungsbezirkspräsident Hubert Schlebusch, Oberbürgermeister Kurd Semler und Oberstadtdirektor Hans Walter Lotz auf der einen als

terstützten den rekonstruktiven Erhalt des Gebäudes. Dieser Umstand frappiert deshalb, weil sich gerade Borek, als eine breite Stütze des nationalkonservativen Lagers in Braunschweig, der so genannten Welfen-Partei, die in der Deutschen Partei des langjährigen Bundesverkehrsministers Seeborn organisiert war, zum engagiertesten Wortführer der Schlossrekonstruktion, in welcher Gestalt auch immer, aufgeschwungen hatte. Aber auch das nicht-sozialdemokratische Lager war in der Frage des Schlosserhalts alles andere als homogen, wie die im Dezember 1958 prominent wiedergegebene Stellungnahme des DP-Mitglieds Heimbs in der *Braunschweiger Zeitung* klar stellte:

»Daß dieser gigantische Bau nur 20 Millionen kosten soll, möchte ich bezweifeln. Ich habe selbst erfahren, dass der Ausbau eines ausgebrannten und größtenteils vernichteten Hauses viel, viel teurer ist, als wenn man ein neues, gutes und festes Haus hinstellt. Die Braunschweiger sollten sich auch nicht zu sehr an eine Tradition klammern. Dieses Schloß, erst nach 1830 erbaut, kann gar nicht auf eine alte Tradition zurückblicken, es ist also nicht wichtig genug, dass man seine Ruinen noch benutzt, zumal diejenigen, welche das Schloß einmal bewohnt haben, kaum großes Interesse haben werden, es in der aufgezeichneten Form wiedererstehen zu sehen.«¹⁹²

Mit dieser antitraditionalistischen, geradezu sozialdemokratischen Argumentation gegen den Erhalt der Schlossruine setzte Heimbs einen unerwarteten Akzent in der Braunschweiger Öffentlichkeit, obwohl er ein lokal einflussreicher Politiker aus dem bürgerlich-nationalkonservativen Parteienspektrum war. Und weil seine öffentlich kommunizierten und repräsentativ inszenierten engen Verbindung zur ehemaligen Herzogin in Braunschweig das kollektive Gedächtnis über die frühere Monarchie einerseits stabilisierte und andererseits seine Kommunikationspotentiale erweiterten¹⁹³, konnte die Schlusspassage dieser Äußerung auch als indirekte Meinungsäußerung ihrerseits gelesen und damit als ein eine Abkehr der früheren Hausherrin von ihrem herzoglichen Wohnort identifiziert werden.

Dem entsprechen die wenigen Verweise aus ihrer Doppel-Autobiografie, welche eine eher zurückhaltende Bewertung des Gebäude enthalten. Weil die Herzogin eine der wenigen Zeitgenossinnen gewesen war, welche tatsächlich im Schloss gewohnt hatte, richtete sich ihre Bewertung des Gebäudes auch auf die private Sphäre. Demzufolge hob sie einen funktionalen Gegensatz zwischen dem Repräsentationszweck und dem niedrigen Wohnkomfort des Schlosses hervor, welcher einerseits der Diktion Heimbs' nahe kam, andererseits aber auch ein Element intimer Nähe an diesen konkreten Ort der Geschichte zurückführte und damit erstmalig ein Stück Erfahrungsgeschichte des Schlosses in der Braunschweiger Öffentlichkeit kommunizierte:

»Schwierigkeiten gab es zunächst mit dem Schloß, in dem wir nun Wohnung nahmen. Als Bauwerk war das in den Jahren 1831 bis 1838 von dem Schinkelschüler Karl Theodor Ottmer erbaute Schloß mit der gewaltigen Architektur seiner stolzen Hauptfront eine Meisterleistung des ausgehenden Klassizismus. Der Kunsthistoriker Dehio nannte es einen wahrhaft fürstlichen Bau. Unter der Perspektive der Wohnlichkeit war es nicht so großartig qualifiziert. Da wir es zuvor nicht hatten ansehen können, gingen wir zuerst einmal auf die Suche nach unseren Zimmern. Die Gemächer des Schlosses waren prunkvoll, doch schrecklich ungemütlich. Man merkte den räumlichen Anordnungen an, dass hier jahrzehntelang ein Junggeselle gewohnt hatte. Herzog Wilhelm, der von 1830 bis 1884 regiert hatte, war nicht verheiratet gewesen. Als störend empfanden wir, dass die Wohnräume nach Norden gelegen waren. Mit der Zeit haben wir die Räume wohnlicher gestaltet. Als wir schließlich unsere Möbel herangeschafft hatten, war das Wohnen wesentlich gemütlicher geworden.«¹⁹⁴

auch mit den Unternehmern Carl Heimbs und Max und Margarete Haar auf der anderen Seite zusammentraf. Festliche Stunde in Haus Witting, in: BZ v. 20.1.1953, Zeitungsslg. StABr. Für diesen Hinweis danke ich Peter Albrecht.

192 Mit dem Schlossplatz muß nun etwas geschehen, in: BZ v. 19.12.1958.

193 So trat Heimbs als Empfangschef bei ihrer Rückkehr nach Braunschweig auf. Vgl. *Herzogin, Leben*, S. 349.

194 Ebd., S. 120 f.

Auch das Selbstzeugnis von Viktoria Luise von Braunschweig-Lüneburg überrascht mit einer teilweise eher bürgerlichen Narration über die Geschichte ihrer Aneignung eines neuen und noch unbekanntes Schlosses. In der Perspektive der jugendlichen Fremden lag jedoch auch eine bewusste Untertreibung der Ausmaße dieses fürstlichen (Wohn-)Gebäudes. Darin sind Züge einer typischen hochadligen Erzählfigur über den vorfindlichen Prunk in den räumlichen Hinterlassenschaften von Vorfahren enthalten, die ja niemals ganz privat waren und nicht öffentlich sein sollten.¹⁹⁵ Weder kann daraus eine persönliche Aversion der »Herzogin« gegen dieses Gebäude noch gar eine Befürwortung seines Abrisses abgeleitet werden, zumal ein bürgerliches Effizienzdenken, wie es die Narration Heimbs leitete, in derjenigen Viktoria Luisens keine Rolle spielte.

Um diese scheinbare Gegensätzlichkeit von bürgerlicher Ablehnung und adliger Gleichgültigkeit gegenüber dem Schlosserhalt zu hinterfragen, sollen der politische Hintergrund und die politischen Aktivitäten beider Schlosszeitzeugen aus ihrer sehr unterschiedlichen Beobachterperspektive in der jungen Bundesrepublik nachgezeichnet werden. Der Kaffee-Unternehmer Carl Heimbs war im Umfeld seiner Nazi-Verwandtschaft – sein Schwager Ernst Zörner war einflussreicher NSDAP-Funktionär in Braunschweig – kurzzeitig als mit den autoritären NS-Zielen sympathisierender DDP-Liberaler hervorgetreten. Er war beratend in die Machenschaften derjenigen nationalkonservativ-faschistischen Clique verstrickt gewesen, welche Hitler als Braunschweiger Staatsrat im Jahr 1932 die deutsche Staatsangehörigkeit verschafft hatte, um ihm die Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl zu ermöglichen.¹⁹⁶

Die politische Rolle der ehemaligen Herzogin trat bis 1953 wesentlich hinter derjenigen ihres Ehemannes zurück. Während des Ersten Weltkriegs hatte sie immerhin dauerhaft die Regentschaft des Herzogtums Braunschweig von ihrem Ehemann übertragen bekommen. Sie war damit zwischen 1914 und 1918 als einzige Frau neben der holländischen Königin Wilhelmina faktisches Landes-/Staatsoberhaupt in Europa geworden. In ihrer Autobiografie wird der Eindruck einer zurückhaltenden Politisierung während dieser langen Zwischenzeit eines nachlassenden öffentlichen Einflusses erweckt. Er habe zwischen gelegentlichen Besuchen beim Ex-Kaiser in Doorn und einer punktuell unmittelbaren Bedrückung durch die Gestapo changiert, welcher die Familie im Winter 1944 ausgesetzt gewesen sei, als der älteste Sohn zeitweise in Berlin inhaftiert worden sei.¹⁹⁷

195 Sie ist im narrativen Kontext des in den 1950er Jahren populären Kinofilms »Desiree« anzusiedeln, in welchem die Protagonistin, die Jugendfreundin Napoleons als frisch verheiratete schwedische Königin versuchte, sich in der mondänen Fremde des Stockholmer Hofes einzuleben. Der Film zeigte aus ihrer Perspektive die (vergebliche) räumliche Aneignung des Stockholmer Schlosses und begründete damit erneut einen populären Topos der jugendlichen adligen Frauenfigur, wie er seit den Romanen der Erfolgsautorin Hedwig Courths-Mahler in Deutschland seit der Jahrhundertwende ohnehin massenhaft eingeführt war. Anzumerken ist, dass sich die oben abgedruckte Anfangspassage der Narration Viktoria Luisens so in fast allen kunsthistorischen Würdigungen des Braunschweiger Schlosses wieder findet. Wesentlich weniger emphatisch lautete eine analoge Passage, welche die Rückkehr der »Herzogin« nach Braunschweig im Jahre 1953 beschrieb, die familienpolitisch äußerst umstritten gewesen war: »Einziger Trost war mir die Liebe, mit der ich in Braunschweig, wohin ich mich nun wandte, aufgenommen wurde. Das Residenzschloß, in das wir bei unserem Regierungsantritt eingezogen waren, stand nur noch als Ruine.« Ebd., S. 349.

196 »Also diese Herren besetzten alles hier. Also der Herr Heimbs geht in den Rat, also das ist jener Heimbs, der das [...] mit vermittelt hat, dass Hitler Staatsbürgerschaft bekam. [...] Ja, die waren am Anfang dafür. Das soll man nicht verleugnen.« Interview Albrecht, S. 3. Heimbs war Teilnehmer eines informellen Honoratiorentreffens im angesagten Braunschweiger Operncafé Kalms, das über entsprechende administrative Schritte beriet. Gespräch Albrecht am 3.5.2006.

197 *Herzogin*, Leben, S. 312–315.

Die »Herzogin« verschwiegen in ihren Memoiren allerdings, dass ihr Ehemann schon im Frühjahr 1933 anlässlich eines offiziellen Empfangs beim britischen Militärattaché in Berlin in SA-Uniform erschien und bei dieser Gelegenheit auch noch den Erbprinzen Ernst August in SS-Uniform vorgeführt hatte. Das war eine sicherlich nicht regimedistanzierte öffentliche Zurschaustellung unterwürfiger Nazi-Loyalität gewesen, die auf eine starke ideologische Fixierung der ehemaligen Herzogsfamilie auf das rechtsradikale politische Lager des Deutschen Reiches schließen lässt – so wie sie auch die männlichen Repräsentanten der Hohenzollernfamilie durchgängig charakterisierte.¹⁹⁸ Geradezu nonchalant wird dieser, in der retrospektiven Sicht der Bundesrepublik, mehr als peinliche Auftritt mit großer Selbstverständlichkeit einfach verschwiegen. Jedoch wird darin dessen ungeachtet mit hinkender Noblesse vermerkt, dass es seit 1933 mehrfach zu Begegnungen des ehemaligen Herzog-Paares mit Hitler gekommen sei, die vor allem den hervorragenden eigenen Kontakten zum englischen Hochadel gegolten hätten, die also ebenfalls in einem sehr anrühigen Feld diplomatischer Fühlungnahme anzusiedeln sind.¹⁹⁹

Zwar lassen diese beiden autobiografischen Passagen über Schnittpunkte der Welfenfamilie mit der NS-Diktatur auf eine vergleichsweise große politische Nähe des ehemaligen Herzogspaares zum NS-Regime schließen, die sich später möglicherweise in ähnlicher Weise wie bei Heimbs relativierte.²⁰⁰ Bewertet man jedoch den tatsächlichen Ertrag beider NS-Kontakte, hatte sich die ehemalige Herzogin im Vergleich mit den zwar noch punktuelleren, aber dennoch wesentlich folgenreicheren intriganten Machenschaften des Braunschweiger Stadtpatriziers Carl Heimbs politisch weitaus weniger belastet. Denn ihre Handlungen hatten, soweit ersichtlich, im Gegensatz dazu keine konkreten politische Folgen. Dieser Umstand eines asymmetrischen biografischen »Verstrickt«-Seins in die kommunikativen Angebote des NS-»Führerstaates« an die nationalkonservativen und liberaldemokratischen sowie die ehemals hochadligen Eliten Deutschlands mag erklären, warum Heimbs in Braunschweig nicht mehr zugunsten des Schlosses auftrat. Möglicherweise hätte eine solche direkte Parteinahme, wie sie der Standesgenosse Borek selbstbewusst inszenierte, seine ausgesprochen guten politischen Kontakte inner- und außerhalb des bür-

198 Vgl. *Malinowski*, Vom König, S. 568 f.

199 Ebd., S. 273. Das ist sehr glaubhaft, zumal auch der spätere Herzog von Windsor aus dem britischen Königshaus, samt seiner US-amerikanischen Ehefrau Wallis Simpson, Hitler besuchte und offenkundige Sympathien für den deutschen Diktator hegte. Ausführlich zu den NS-Verbindungen der Brüder aus der Hohenzollern-Familie, ebd., S. 265–272. In den Memoiren »der Herzogin« wird die politische Orientierung ihres Ehemannes jeweils ausgespart.

200 Hier haben wir es mit dem zentralen erkenntniskritischen Problem autobiografischer Darstellungen zu tun. Brigitte Hamann hat in ihrer Analyse der autobiografischen Selbstbezeichnungen Winifred Wagners seit Kriegsende als »einzige Nazi in Deutschland« und bekennende Hitler-Freundin, die sie bis zu ihrem Tod 1980 aufrecht erhielt, auf höchst komplizierte Formen des autobiografischen Selbstbetrugs verwiesen. Sie basierten auf einer verzerrten Wahrnehmung der eigenen Lebensgeschichte und ihrer Fokussierung auf deren vorgeblich »beste Zeiten«. So war Wagner seit Mai 1940 von Hitler faktisch kaltgestellt worden, sie hatte sich renitent gegenüber dem von ihm gerechtfertigten Kriegsausbruch gezeigt und schützte jüdische Künstler, die sie zudem, entgegen den Goebbelsschen Theatervorschriften, noch bis 1939 kontinuierlich in Bayreuth engagiert hatte, weil sie nicht Mitglied der Reichstheaterkammer geworden war. Dennoch entwickelte Wagner ihre eigene hypertrophe Hitler-Narration als eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Identifikationsangeboten. Vgl. *Brigitte Hamann*, Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth, München 2003², S. 614–622 sowie *Hans Jürgen Syberberg*, Winifred Wagner und die Geschichte des Hauses Wahnfried 1914–1975, Interview-Film von 1975, Teil I. Im Gegensatz zu Wagner erlebte »die Herzogin« allerdings nach 1953 eine nachhaltige Renaissance ihres öffentlichen Ansehens in der Bundesrepublik, die geradezu nahtlos an ihre Herzogin-Zeit von November 1913 bis November 1918 anknüpfte. Ihre Biografie steht noch aus.

gerlich-liberalen und nationalkonservativen Lagers unmittelbar in Frage gestellt und auch die angestrebte Ehrenbürgerschaft zunichte gemacht, die Heimbs (erst) 1964 erlangte.

Und möglicherweise waren solche politischen Rücksichtnahmen auch entscheidend dafür, warum »die Herzogin« sich hinsichtlich des Schlosses generell zurückhielt. Sicherlich wäre es ziemlich überspannt erschienen, hätte sie sich noch dezidiert als ehemalige Hausherrin des Residenzschlosses profilieren und aus dieser Position heraus statuspolitisch in der Braunschweiger Öffentlichkeit agieren wollen, um auf diesem Wege seinen Erhalt als ein Baudenkmal zu legitimieren. Dennoch wäre eine solche Lobbyarbeit im eher Verborgenen der lokalen konservativen Netzwerke keine unrealistische Option gewesen, zumal sie ihre kommunikative Präsenz in diesem Meinungsspektrum signifikant erhöht hätte. Entscheidender war wohl die Überlegung, dass eine solche Parteinahme ihrem eigenen Selbstverständnis als überparteilich positionierte öffentliche Größe der Braunschweiger Landesidentität diametral widersprach. Darüber hinaus hätte sie im bürgerlich-liberalen und im sozialdemokratischen Parteienspektrum auch nur als ein verstecktes Votum für ein indirektes Monarchie-Revival wahrgenommen werden können. Gerade weil das öffentliche Ansehen »der Herzogin« im südniedersächsischen Raum so groß war, hätte eine solche Festlegung aber kontraproduktiv auf ihre öffentliche Position zurückwirken können, zumal diese durch den familiären Erbfolgestreit über ihren nicht gewünschten Verbleib als Herzogin-Witwe in Niedersachsen nachhaltig geschwächt war.

Nicht auszuschließen ist überdies, dass der Ex-Monarchin die Zukunft dieses Baudenkmales einfach ziemlich gleichgültig gewesen ist, da sie ihre eigene gesellschaftliche Stellung in Vergangenheit und Gegenwart an andere Identitätsanker knüpfen konnte und sie in ihrer Vergangenheit als mehrjährig regierende Herzogin der Jahre 1914 bis 1918 ebenfalls geknüpft hatte. Ihre Regentschaft und ihr »Herzogin-Sein« waren mehr gewesen als das Agieren im Wohn- und Regierungsort Residenzschloss und deshalb in der individuellen Erinnerung und Traditionsstiftung auch von diesem abzulösen. So agierte sie weitaus dynamischer mit den Zufällen der Geschichte, als es ein Wiederanknüpfen an die schlecht beleumundeten Traditionen hätte ermöglichen können, die mit der Schlossruine in Verbindung gebracht wurden.²⁰¹

Insgesamt gesehen blieb die öffentliche Wirkung »der Herzogin« auf die Schloss-Debatte sehr beschränkt, zumal sie sich nur in dem weiter oben genannten Ausnahmefall der Schlossdemonstration von Borek für einen öffentlichen Auftritt gegen den Abriss instrumentalisieren ließ, wenn sie nicht überhaupt aus purer Neugierde einfach so dazu gekommen war. Aversionen der Sozialdemokraten richteten sich demzufolge auch nicht gegen ihre Person, sondern gegen die Monarchie als Staatsform, so wie sie der spätere Braun-

201 In diesem Zusammenhang ist auf ihre höchst eigenständige Rolle im öffentlichen Leben der Bundesrepublik zu verweisen, die Züge einer hochadeligen Emanzipationsgeschichte in der Bürgerrepublik, insbesondere auch gegenüber den Zwängen des eigenen Hausgesetzes trägt, dem sie sich mit dem Verbleib in Niedersachsen im Jahr 1953 ja diametral widersetzt hatte. Dennoch war »die Herzogin« auch im hochadeligen Wertehorizont ungeheuer erfolgreich, indem sie als Mutter der griechischen Königin und durch diese als Großmutter des späteren griechischen Königs sowie als Großmutter der späteren spanischen Königin mittelbar von den erheblichen Prestigeerfolgen dieser traditionellen europäischen dynastischen Querverbindungen profitieren konnte, während die übrige Welfen- und auch ihre frühere Hohenzollern-Familie auf dieser Ebene vollständig »versagt« hatten. Vgl. das Fotomaterial in: *Herzogin*, Leben, nach S. 336 und nach S. 368. Ihre Tochter Friederike gewann als Königin-Witwe in den 1960er Jahren maßgeblichen Einfluss in der griechischen Innenpolitik. Zu ihrer Rolle aus der Perspektive des Hochadels ebd. S. 340. Zur adeligen Selbst-Propaganda in gezielten Inklusions-/Exklusionsnarrationen der eigenen Helden/-innenviten vgl. *Malinowski*, Vom König zum Führer, S. 56 f. Dementsprechend wird dieser familiäre Konflikt in der Herzogin-Autobiografie vollständig ausgeklammert, obwohl er den zentralen Schritt zur politischen Selbstbestimmung ihrer eigenen Persönlichkeit und Wirkungsgeschichte markierte.

schweiger SPD-Oberbürgermeister Liess im Interview retrospektiv als starke anti-herzogliche Vorwürfe ausformulierte. Aber diese geschichtspolitische Festlegung hatte immer einen sehr artifiziellen Charakter. Denn ob damit im Braunschweig der 1950er und 1960er Jahre gleichzeitig auch ein Anti-Herzogin-Affekt verknüpft war, kann aufgrund ihrer über großen Popularität in der Braunschweiger Bevölkerung als eher unwahrscheinlich gelten. Möglicherweise war eher das Gegenteil der Fall: die informelle Anerkennung der öffentlichen Rolle einer charismatisch agierenden Post-Monarchin, die eng mit nationalkonservativen und bürgerlich-liberalen Honoratioren verbunden war und allgemein konsensstiftend wirkte, bei gleichzeitig aus ideologischen Gründen strikt gewahrter Monarchiedistanz!²⁰²

Dieses scheinbare Paradoxon lässt sich nicht nur mit der spezifisch charismatischen Wirkung dieser letzten großen Dame der deutschen Monarchien im 20. Jahrhundert erklären, welche habituelle und kommunikative Grenzen scheinbar mühelos überschreiten konnte. Immerhin engagierte sich die ehemalige Herzogin in verschiedenen bundesweit beachteten Sozialprojekten mit nachhaltigem Erfolg, von denen die Gründung der »Niedersächsischen Kinderfreiplatzspende« zu Beginn der 1950er Jahre maßgeblich auf ihren hervorragenden Kontakten einerseits zum Niedersächsischen Landfrauenbund und andererseits zur südniedersächsischen Industrie beruhte, die sie einerseits als Organisatorinnen der Ferienbeherbergung und andererseits als deren langfristig tätige Sponsorengruppe gewinnen konnte.²⁰³ Davon profitierten in den 1950er Jahren mehrere Zehntausende Kinder aus benachteiligten Verhältnissen, darunter viele aus West-Berlin.

Allein aus diesem äußerst publikumswirksamen Engagement resultierte eine erhebliche Aufwertung des Prestiges der Herzogsfamilie²⁰⁴, das unmittelbar eine wachsende Wertschätzung im späteren bürgerlich-liberalen und nationalkonservativen Unterstützerkreis zur Folge hatte und sehr wahrscheinlich sogar in die Braunschweiger Sozialdemokratie ausstrahlte.²⁰⁵ Ein indirekter Beleg dafür ist ein längeres Kondolenzschreiben Viktoria Luises aus dem Januar 1966 zum Tod der von 1959 bis 1964 amtierenden Braunschweiger SPD-Oberbürgermeisterin Martha Fuchs. Darin hob »die Herzogin« die sozialen Verdienste der ehemaligen Oberbürgermeisterin ausdrücklich hervor und beschrieb damit gleichzeitig die interessenpolitische Schnittmenge zu ihrem eigenen ehrenamtlichen sozialpolitischen Engagement. Ihre zentrale Aussage in dieser Kondolenz konnte sogar als eine programmatisch profilierte, proto-sozialistische Schnittmenge mit den Zielen der

202 Hinsichtlich dieser post-monarchischen Loyalität und ihrer Perzeption in der Braunschweiger und auch der gesamten bundesdeutschen Öffentlichkeit besteht allerdings noch Forschungsbedarf.

203 *Herzogin*, Leben, S. 335–339.

204 In hypertropher Übersteigerung aus der Perspektive der prononcierten Selbstwahrnehmung schrieb sich »die Herzogin« indirekt sogar ein Konkurrenzverhältnis zur ersten First Lady, der Bundespräsidenten-Ehefrau Elly Heuss-Knapp, zu. Ebd., S. 338. Das nationalkonservative Lager Braunschweigs wurde auf Bundesebene vom bis zu seinem Tod 1967 einflussreich agierenden Verkehrsminister Seeborn repräsentiert, zu dem ebenfalls enge Kontakte aufgebaut worden waren. Ebd., S. 339.

205 Das Fremdbild »der Herzogin« auf die Sozialdemokratie ist ebenfalls nicht einheitlich konturiert. Mit Ausnahme der Schilderung des führenden Politikers der Räterepublik in Braunschweig, August Merges, arrangierte sie in ihrer Autobiografie die Darstellung der Braunschweiger Sozialdemokratie während der Revolutionswochen 1918 teilweise eher freundlich. Aber diese wurde mit völlig übersteigerten Schilderungen einer sich daran anschließenden abenteuerlichen Flucht-Geschichte der Herzogsfamilie kreuz und quer durch Deutschland bis ins österreichische Exil an ihren Wohnort bis 1925, den Familiensitz Gmunden, übermäßig angereichert und mit entsprechenden Negativschilderungen der dabei auftretenden Revolutionäre kontrastiert. Mit diesem antirevolutionären, reaktionären Pamphlet innerhalb ihrer Autobiografie überschritt sie allerdings die Grenze zur ungläubhaften Räuberpistole und leider auch zur deutsch-nationalen Kampfschrift. *Herzogin*, Leben, S. 194–196, 201–207, 217–220.

Oberbürgermeisterin und gleichzeitig auch als ein bewusstes republikanisches Bekenntnis ausgedeutet werden:

»In den vielen Jahren, in denen ich nun wieder Braunschweiger Bürgerin bin [sic], habe ich an der lieben Verstorbenen besonders ihr großes soziales Verständnis für die vielen Menschen bewundert, die trotz des sogenannten Wirtschaftswunders auch heute noch im Schatten leben.«²⁰⁶

Dieser hohe Grad an Anteilnahme und punktueller, symbolischer persönlicher Unterordnung war keineswegs geheuchelt, weil er sich auf die nahe Bekanntschaft dieser beiden großen Damen der Braunschweiger Kommunalpolitik in den 1950er und 1960er Jahren stützte, die persönliche Begegnungen nicht ausschloss. Trotz der durch den Schlossabriss neu aufgerissenen politischen Gräben zwischen den Sozialdemokraten und den Bürgerlichen sowie den Nationalkonservativen in Braunschweig verkehrte die Braunschweiger Oberbürgermeisterin wiederholt gesellschaftlich in der Firma Heimbs²⁰⁷, weil diese ein wichtiges Standbein des Braunschweiger Wirtschaftslebens darstellte.²⁰⁸ Ob es im Umfeld dieser repräsentativen Anlässe auch zu öffentlich inszenierten Begegnungen der Oberbürgermeisterin und »der Herzogin« gekommen ist, darf nach dem vorliegenden Informationsstand als sehr wahrscheinlich gelten, auch wenn sich das jeweilige Prestige in seinem repräsentativen Anspruch, die konsensstiftende Braunschweiger First Lady zu sein, gegenseitig ausschloss. Denn zwischen diesen beiden First Ladies aus divergenten politischen und sozialen Milieus gab es eine so große Schnittmenge intentionaler und sozialpolitischer Übereinstimmungen, dass wiederholte informelle Besprechungen nicht auszuschließen sind. Beide waren starke Persönlichkeiten, die dezidiert als emanzipierte Frauen in der Öffentlichkeit auftraten, ohne als Vorläuferinnen eines politischen Feminismus gelten zu können, und die ein überaus großes soziales Engagement zeigten und auch praktisch umsetzten.

206 »Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, dem Rat der Stadt Braunschweig und der Verwaltung unserer Stadt mein tief empfundenen Beileid zu dem plötzlichen Heimgang unserer langjährigen Oberbürgermeisterin Frau Martha Fuchs auszusprechen. [...] Stets hat sie sich bemüht, für alle da zu sein, und ich weiß, wie wenig sie dabei an ihre eigene Gesundheit gedacht hat. So hat auch mich der plötzliche Tod Ihrer Alt-Oberbürgermeisterin tief getroffen, und ich möchte allen zu dem großen und schmerzlichen Verlust meine aufrichtige Anteilnahme aussprechen. In stiller Mittrauer Victorialuise Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg Prinzessin von Preußen.« Kondolenzschreiben an Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor der Stadt Braunschweig, Braunschweig v. 10.1.1966, StABr E 15 II-39. Fuchs genoss bundesweit hohes Ansehen als ehemalige Niedersächsische Vertriebenenministerin und Nazi-Verfolgte, was die Diktion der offiziellen Beileidstelegramme aus dem eigenen politischen Lager sowie auch diejenige der Jüdischen Gemeinde Braunschweig eindrucksvoll dokumentierte. Alle Kondolenz war an ihren Nachfolger als Braunschweiger Oberbürgermeister, Bernhard Liess, adressiert, den engen politischen Weggefährten von Martha Fuchs. Ebd.

207 Vgl. Interview Albrecht, S. 3 f. Voraussetzung dessen war allerdings, dass Heimbs nach seiner schnellen Entfremdung von der NSDAP Mitte der dreißiger Jahre in der Nachkriegszeit wieder als Nazi-abstinent galt und auch deshalb mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet werden konnte. Ebd.

208 Vgl. die repräsentative Anzeige der Firma Heimbs & Sohn Kaffeegroßrösterei, in: Braunschweig. 12 Jahre Aufbau, Stuttgart 1959, S. 150 f. Darin nimmt eine dezidiert apologetische »Wiederaufbau«-Narration die zentrale einleitende Funktion ein: »Ein Gewirr von Mauertrümmern, verbogenen Eisenträgern und zerfetzten Maschinenteilen war alles, was nach der Bombennacht des 15. Oktober 1944 übriggeblieben war. Was in mehr als sechzigjähriger Arbeit entstanden, war in Schutt und Asche versunken. Am 16. November 1950 konnten die neu entstandenen Betriebsräume ihrer Bestimmung übergeben werden. Den Besucher begrüßt in der Empfangshalle ein Buntglasfenster und die dort verankerten Worte sagen eigentlich alles über den Geist im Hause Heimbs & Sohn.« Der entsprechende Text aus der nebenstehenden Fotografie lautet: »Zwei Lebensstützen brechen nie/Gebet und Arbeit heissen sie/Was durch Feuer vernichtet/aufs Neue erstand/Möge Gott es behüten/mit schützender Hand.«

Da es sich bei der Betrauerten, Martha Fuchs, immerhin um diejenige Politikerin handelte, die letztlich den Ausschlag für den Schlossabriss gegeben hatte, ist die ähnliche Gegensätzlichkeit beider Biografien auch politisch unterlegt. Denn nominell hatte erst Fuchs' Stimme als Oberbürgermeisterin den knappen Mehrheitsbeschluss in den hoch emotionalisierten Abstimmungen von Dezember 1959 und Januar 1960 zugunsten der SPD-Fraktion ermöglicht. Demzufolge haben wir es hier mit einer gesteigerten programmatischen Konfrontation und dennoch mit einem klassischen Fall gegenseitiger politischer Grenzüberschreitung zu tun: Die sozialdemokratische Oberbürgermeisterin konnte mit »der Herzogin« einen Konsens über das Machbare von Sozialpolitik anstreben, weil beide darin ihre gemeinsame politische Plattform gefunden hatten, und jene rührte in der Öffentlichkeit keinen Finger für ihr ehemaliges Residenzschloss, weil sie keine Konflikte mit dem sozialdemokratischen Milieu Braunschweigs riskieren konnte und deshalb in der lokalen Öffentlichkeit Interesselosigkeit demonstrieren musste und dies möglicherweise auch wollte.²⁰⁹

Die starke Zurückhaltung der ehemaligen Herzogin hinsichtlich ihres ehemaligen Residenzschlosses ist demzufolge gerade aus ihrer lokal und regional überaus starken und bundesweit beachteten charismatischen Position und weniger aus ihrer (vermuteten) politischen Stellung innerhalb der Anhänger des nationalkonservativen Parteienspektrums zu erklären. Infolgedessen konnte ihr ein Engagement zugunsten der Schlossruine als eine nachrangige Option erscheinen. Möglicherweise wäre das anders gewesen, hätte die Schlossdebatte nicht in einer derart unversöhnlichen Weise polarisierend gewirkt.

Ohnehin spielte das Braunschweiger Schloss als ein Erinnerungsort in der Autobiografie »der Herzogin« nur eine nachrangige Rolle. Selbst im regionalspezifischen Umfeld ihrer eigenen Fürstenhochzeit des Jahres 1913 räumte sie dem Gebäude nur wenige Zeilen ein, obwohl dieses Ereignis das letzte große monarchische Event in Deutschland gewesen war. Es ist jedoch zu vermuten, das sich diese Gedächtniskonstruktion wesentlich anders dargestellt hätte, wäre die Schlossruine nicht zum Stein des Anstoßes in der Braunschweiger Lokalpolitik mutiert. Dann hätte ein intaktes Meinungsbild über ein zu restaurierendes Schloss umstandslos positive Narrationen über das Gebäude gerieren und damit Aufnahme in die Herzogin-Autobiografie finden können. Aber als politisch umstrittene Ruine belastete das Gebäude die zeitgemäße Selbstdarstellung ihrer öffentlichen Rolle als Post-Monarchin. Ähnlich der ideologisch fixierten republikanischen Narration auf Seiten der Linken konnte auch im post-monarchischen Umfeld der nationalkonservativen Rechten keine symbolkräftige Identitätskonstruktion aus dem Schloss-»Wiederaufbau« gewonnen werden, der einen politischen Mehrwert versprochen hätte, weil er mit dem öffentlichen Erscheinungsbild »der Herzogin« verknüpft werden konnte.

Vielmehr überwogen in beiden Richtungen des Parteienspektrums die negativen Stereotypisierungen des Gebäudes, welche die eigene, potentiell eher konsensstiftende Erfahrungsgeschichte im Umgang weniger mit der Monarchie als mit der Post-Monarchin nachhaltig überwölbten. Demzufolge gerieten die für beide Akteursgruppen positiv konnotierten Erinnerungsschichten des Gebäudes, der Repräsentations- und der Herrschafts-ort der Monarchie sowie der Brennpunkt der Novemberrevolution und der Räterepublik in Braunschweig, als Identitätsanker für ein konsensstiftendes bundesrepublikanisches Selbstverständnis völlig aus dem Blickfeld, welches sich in der gemeinsamen Wertschätzung des Gebäudes hätte treffen können. Aus diesem Grund überwog als dominierende Sinndeutung des Schlosses allein seine politische Diskreditierung durch den Nationalsozialismus.

An dieser fest gefügten Identitätskonstruktion scheiterte sogar das praktikable Angebot einer Fremdfinanzierung des »Wiederaufbaus« seitens der privatwirtschaftlichen Schloss-

209 Leider wird auch dieses sensible öffentliche und politische Problemfeld in ihrer Autobiografie weitgehend ausgespart.

bau GmbH mittels dezidiert modern konnotierter Nutzungsfunktionen. Mit dem visionären Konzept einer Stadthalle zielte sie unreflektiert auf eine Reanimierung von verdrängten Nutzungstraditionen des Schlosses, das in der Freistaatzeit ebenfalls ein öffentliches Multifunktionsgebäude gewesen war. Gerade darin lag die größte Konsenszone in der Braunschweiger Öffentlichkeit, die jedoch aus geschichtspolitischen Gründen an die Seite gedrängt wurde. So belegt die entschiedene Überwölbung von positiven Identitätskonstruktionen, wie stark das Braunschweiger Schloss als ein Ort des Schreckens im kollektiven Gedächtnis der Braunschweiger Bevölkerung verankert worden war. Desinteresse an seinem baugeschichtlichen Wert tat ein Übriges dazu, dass gewichtige Einreden prominenter Kunst- und Bauhistoriker sowie der Denkmalpflege in den Wind geschlagen wurden, wenn über seine Zukunft entschieden wurde.

Letztlich wurde ein an Braunschweiger Stadt- und Landes-Geschichte(n) reiches, jedoch ruinenhaftes Baudenkmal mit stadtbildprägender Wirkung aus geschichtspolitischen Gründen abgerissen mit dem Ziel, dadurch auch seine spezifisch negativ stigmatisierten Identitätsanker zu kappen. Im Ergebnis eines lang anhaltenden Kampfes widersprüchlicher und miteinander konkurrierender Identitätskonstruktionen entstanden während der Schlossdebatte zunehmend unversöhnlich gegeneinander gerichtete politische Argumentationsmuster. Sie entfalteten in gegensätzlichen politischen Parteiungen eine jeweils nur dort konsensstiftende Binnenwirkung, welche der konkurrierenden Meinung entgegengesetzt wurde. Auf diesem Wege entstanden ein Schloss-»Wiederaufbau«-Lager und ein Schloss-Abriss-Lager. Damit wurde am Ende der 1950er Jahre eine binäre Konstruktion republikanischer Öffentlichkeit rekonstruiert, welche auf konfliktbetonte Vorläufer in den 1920er Jahren verwies. Auch deshalb wurde die Zukunft dieses mit Geschichte unverhältnismäßig stark aufgeladenen Gebäudes prinzipiell nicht mehr als potentiell konsensstiftend identifiziert. Denn seine öffentliche Wahrnehmung spaltete die Öffentlichkeit in unversöhnliche Gegner auf.

So wirkte die überwiegende negative Erinnerungsschicht an den Terror des Nationalsozialismus mechanisch, bildhaft gesprochen: analog dem physikalischen Gesetz der kommunizierenden Röhren, und einhegend auf die jeweilige Gegennarration ein und begrenzte deren potentiell integrative Wirkungsradien. Auf indirektem Wege mutierte das Braunschweiger Schloss somit zum Objekt einer negativen Geschichtspolitik, welche die Stadtgesellschaft in Befürworter und Gegner des Schlosses und seiner eigenen sowie einer bipolar konstruierten Stadtgeschichte aufspaltete. In Braunschweig wurde eine radikale städtebauliche Abrisslösung vor allem deshalb durchgesetzt, weil damit eine politische Entscheidung aus dem sozialdemokratischen Politikmilieu und seinem lokalpolitischen Management über schwankende Loyalitätsbezüge in einer durch gegensätzliche Loyalitätsmuster mental, aber nicht politisch tief gespaltenen Kommune der jungen Bundesrepublik herbeigeführt werden sollte. Diese grundsätzlich gewordene programmatische politische Richtungsentscheidung hatte sich pointiert die radikale städtebauliche Abnabelung von einem Erinnerungsort der schlechten Braunschweiger Geschichte zum Ziel gesetzt und nicht ihre diskursive Aufarbeitung, die als kommunikative Geschichtsarbeit im Dienste einer konsensstiftenden Traditionsbildung der Stadtbevölkerung in der Konfrontation mit den vielen Erinnerungsschichten des Braunschweiger Schlosses jederzeit hätte initiiert werden können, sofern die Bereitschaft dazu tatsächlich vorhanden gewesen wäre.

Im Verlust der (negativen) Identitätskonstruktionen der Schlossruine sollte handstreichartig der Versuch gemacht werden, die Braunschweiger Geschichte ex post zu »heilen«, so wie es mit der repräsentativen Umcodierung des Braunschweiger Domes als Ort der Landeskirche, allerdings paradoxerweise gerade durch dezidiert (post-)monarchische Traditionsbezüge, bereits geschehen war, die für die Schlossruine vehement abgelehnt wurden. Aber das war ein ebenso ahistorisches wie aussichtsloses Unterfangen. Weder konnte damit in der Braunschweiger Öffentlichkeit ein kathartischer Effekt über die gemeinsame

»Verstrickung« in den Nationalsozialismus und dessen politisch gegensätzlich verankerte, asymmetrische Sozialbeziehungen zwischen Tätern und Opfern erzielt werden, noch eine mit großen Verbrechen belastete Kriegsgeschichte einfach ausgelöscht oder auch nur an die potentiell konsensstiftende Erfahrungsgeschichte des Bombenkrieges erinnert werden. Der »Wiederaufbau« schuf im Abriss der Schlossruine vielmehr eine *tabula rasa*, welche in den nachfolgenden Jahrzehnten mit neu konturierten Identitätskonstruktionen belegt wurde. Sie wiederum folgten älteren, dann wieder traditionell gewordenen Frontstellungen und einer erneut aufkeimenden politischen Lagerbildung innerhalb der konfliktbeladenen Parteienlandschaft der Stadtrepublik Braunschweig.

VIII. ENTHISTORISIERUNG UND PERSISTENZ DER »WIEDERAUFBAU«-DEBATTE 1961 BIS 2001

Weil die politischen Widerstände gegen den »Wiederaufbau« des Braunschweiger Schlosses so groß gewesen waren, entfaltete die hoch emotionalisierte Abrissdebatte um die Schlossruine zwischen Dezember 1959 und Mai 1960 ihrerseits eine geradezu ideologische Wirkung und verdoppelte damit das Potenzial an widerstreitenden Sinndeutungen. Sie polarisierte die wortführenden Abrissgegner, indem sie einen wichtigen Teil des nationalkonservativen Parteienspektrums, mit ihrem zeitweiligen Wortführer Richard Borek an der Spitze, auf Dauer zugunsten einer Revision der einmal getroffenen städtebaulichen Entscheidung einnahm und damit die Schlossdebatte der Jahre 1959/60 als ein immer wiederkehrendes, kontroverses und unauflösbares Diskursschema, als ein »Untotes« der Braunschweiger politischen Kultur, stabilisierte. Diese ideologisierende Fernwirkung der Schlossdebatte sollte allerdings erst Jahrzehnte später direkte politische Folgen zeitigen, welche im Verlauf eines vergleichsweise kurzen Entscheidungsprozesses die Intentionen der Abrissakteure dann tatsächlich in ihr blankes Gegenteil verkehrten. In den vierzig Jahren bis zur Jahrtausendwende fiel das Schlossgelände zunächst jedoch buchstäblich in einen politischen Dornröschenschlaf. Er war durch vielfältige Versuche gekennzeichnet, seine exponierte Innenstadtlage mit den gartenkünstlerischen Erfordernissen eines zentrumsnahen Parkgeländes zu harmonisieren, was auf Dauer mehr recht als schlecht auch gelang.²¹⁰

Den Beginn markieren die erfolglosen Bemühungen von einflussreichen Professoren der Technischen Hochschule Braunschweig, noch erhaltene Fragmente der Fassade des Mittelrisalits der Schlossruine als eine Art neoromantischer Ruinenarchitektur in den neuen »Schlosspark« zu integrieren.²¹¹ Gerade die mittlere Schauffront wurde als kunst-

210 Ausführlich dazu die Zeitungsausschnittslg. im Braunschweiger Stadtarchiv, A VII 3. Immer wieder wurden konkrete Veränderungen des Schlossparkgeländes in der Öffentlichkeit angemahnt und diskutiert, ohne die einmal eingerichtete Landschaftsarchitektur jedoch maßgeblich zu verändern. Auf diese Vorschläge kann in ihrem narrativen und politischen Gewicht hier nicht im Einzelnen eingegangen werden. Vgl. is, Tägliche teure Reinigung der Schlosspark-Becken, der Erfolg ist kläglich. Schmierige Dreckteppiche auf den Bassins. Aufwendige Säuberungen kosten je Arbeitsstunde 120 Mark – Wasser als große Müllkübel, in: BZ v. 7.7.1987, sp, Dornen im Auge des Professors. Ferdinand Stracke stellte Schlosspark-Entwürfe seiner Architekturstudenten vor, in: BZ v. 1.10.1988, ebd.

211 Es handelte sich um eine Initiative von sieben Architekturprofessoren der Technischen Hochschule Braunschweig, die sich als Bürgerinitiative nominell zu einer »Schlosskommission« aufgewertet hatten und die von Januar bis März 1960 im Schriftwechsel mit der Stadtverwaltung (Ns. Staatsarchiv Wolfenbüttel) um die Resteverwertung der Fassadenarchitektur stritt. Nach Wedemeyer nahm der seit 1.3.1960 neu amtierende Oberstadtdirektor Weber in dieser Konfrontation zunächst eine vermittelnde Position ein, ehe er sich auf die Hardliner-Seite,

geschichtlich besonders wertvoll eingeschätzt, weil sie einen avancierten Figureschmuck des frühhistoristischen Bildhauers Gustav Bläser oberhalb der klassizistischen Säulen Ottmers aufwies. Erstmals war innerhalb eines klassizistischen Giebelfeldes ein romantisiertes landesgeschichtliches Bild-Programm ausgestaltet worden, in dessen Zentrum der hochmittelalterliche Braunschweiger Herzog Heinrich der Löwe als schildebewehrte und behelmte soldatische Ganzfigur im Kettenhemd dargestellt wurde. Während der »langen 1950er Jahre« konnte diese frühe historistische Ikonografie nicht mehr unvoreingenommen rezipiert werden, weil gerade Heinrich der Löwe als Symbol eines ins Mittelalter projizierten Führerkultes mit dem inhärenten Drang zur Ostexpansion von den nationalsozialistischen Machthabern Braunschweigs als ein geschichtspolitisches Propagandastereotyp intensiv vereinnahmt worden war. Hierbei hatte der Erinnerungsort Braunschweiger Dom durch seine Umcodierung zur NS-Geschichtsstätte eine fatale Rolle gespielt, indem dessen architektonische Umgestaltung alle hypertrophen geschichtspolitischen Absichten der nationalsozialistischen Machthaber, angefangen von Hitler und Himmler bis zum Braunschweigischen NS-Ministerpräsidenten Klagges, in einer platten ahistorischen Weise propagandistisch visualisierten.²¹²

Ungeachtet dieser mehrfachen ideologischen Vorbelastung der Heinrich-der-Löwe-Ikonografie in der Braunschweiger Öffentlichkeit wurde in der meinungsführenden liberal-konservativen *Braunschweiger Zeitung* schon im Mai 1957 eine Würdigung des Figurengiebelfeldes abgedruckt, welche zwar die NS-Überformung des Heinrich der Löwe-Mythos ausblendete, aber dennoch eine distanzierte Rezeption der kunstgeschichtlichen Epoche des Frühhistorismus intendierte. Indem diese allerdings auf ihre emotionale Wirkung reduziert wurde, desavouierte der Autor seine eigene Intention, damit im Sinne des »Wiederaufbaus« verbend auf die Schlossdebatte einwirken zu können, weil er die beträchtliche Stigmatisierung dieser Narration durch den Nationalsozialismus einfach unterschlug:

»Aber, und das ist das Merkwürdige – wenn man ehrlich ist: man gewinnt vor diesen Werken nicht das Gefühl, dass sie zunächst oder gar »nur« Kunst sein wollen, sondern dass sie sich dieser künstlerisch abgegriffenen Formen nur bedienen, um etwas dieser Epoche viel wesentlicher Scheinendes zum Ausdruck zu bringen, nämlich: eine geschichtliche Empfindung. Dies ist es: *Dieser Fries lebt zunächst an die große geschichtliche Zeit Heinrichs des Löwen.*«²¹³

verkörpert von Oberbürgermeisterin Fuchs, geschlagen habe und dem ersatzlosen Abriss der Schlossruine zustimmte. Vgl. ausführlich dazu: *Wedemeyer*, S. 125–131, hier: S. 127 f.

212 Vgl. *Karl Arndt*, Missbrauchte Geschichte. Der Braunschweiger Dom als politisches Denkmal 1935/45, in: *Jochen Luckhardt/Franz Niehoff/Gerd Biegel* (Hrsg.), *Heinrich der Löwe und seine Zeit. Herrschaft und Repräsentation der Welfen 1125–1235*. Katalog der Ausstellung Braunschweig 1995, Bd. 3: Abteilung Nachleben, München 1995, S. 88–95, Katalog NS-Zeit und »Staatsdom«, in: ebd., S. 224–245; *Wulf Otte*, Zur populären Rezeption Heinrichs des Löwen im 20. Jahrhundert. Zwischen politischer Instrumentalisierung und Kommerz, in: ebd., S. 96–102; Katalog Denkmäler des 19. und 20. Jahrhunderts, in: ebd., S. 185–223; Katalog 1945 bis heute, in: ebd., S. 247–263; außerdem *H. Hammer-Schenk*, Burg und Burgbereich. Ein neues Stadtzentrum für Braunschweig, in: *ders./Dieter Lange* (Hrsg.), *Alte Stadt – Moderne Zeiten. Eine Fotodokumentation zum 19. und 20. Jahrhundert*. Stadt im Wandel, Landesausstellung Niedersachsen 1985, hrsg. v. *Cord Meckseper*, o. O. (Braunschweig) 1985, S. 10–50, hier: S. 25–27 sowie *Klaus Schreiner*, Die Stadt des Mittelalters als Faktor bürgerlicher Identitätsbildung. Zur Gegenwärtigkeit des mittelalterlichen Stadtbürgertums im historisch-politischen Bewusstsein des 18., 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, in: *Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150–1650*, Bd. 4, hrsg. v. *Cord Meckseper*, o. O. (Braunschweig) 1985, S. 517–541, hier: S. 532–534.

213 *Bruno Kroll*, Ein Kapitel Braunschweiger Kunstgeschichte. Bildschmuck der Schlossruine, in: *BZ* v. 15.5.1957. Der Bildhauer dieses Figurenfrieses war Gustav Bläser, ein Schüler des Berliner Klassizisten Christian Daniel Rauch.

Eine solche bildungsbürgerliche Essayistik, der Versuch historistische Emotionalität in einer zeittypischen Diktion zu vergegenwärtigen, konnte nur geringe Öffentlichkeitswirkung entfalten. Dennoch wird gerade darin, im bemühten Umweg über eine kunstgeschichtliche Legitimierung des Historismus, die Aporie einer konsensualen Geschichtsstrategie für die Wahrnehmung der Schlossruine als eines Bauwerkes der Braunschweiger Landesgeschichte deutlich. Lediglich ihre Anbindung an eine ältere, mittelalterliche Landesgeschichte, so wie sie die Ikonografie des Herzog-Frieses zeigte, war unumstritten. Wenn der Verfasser des Beitrages die historistische Motivation seiner Auftraggeber schilderte, dann wollte er dezidiert eine ähnliche Wirkung auch für die 1950er Jahre erzielen, also eine analoge historistische Wahrnehmung von Geschichte aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts fortschreiben.

Geschichtsarbeit verschwand in dieser Narration über Geschichte unter der Decke eines historisierenden Gefühls, das in doppelter Hinsicht rückwärtsgerichtet war, als Legitimation des frühen Historismus der 1840er Jahre und als versuchsweise Legitimation eines wesentlich späteren im »Wiederaufbau« der 1950er Jahre. Eine solche Konsensstrategie war allerdings chancenlos, da sie sowohl die noch sehr präsenten historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ausblendete, als auch eine geschönte Sichtweise auf das 19. Jahrhundert freilegte, das gerade in der Braunschweiger Sozialdemokratie eindeutig negativ konnotiert war. Und darüber hinaus negierte eine solche bildungsbürgerliche Narration die geschichtspolitische Kontaminierung des Heinrich-der-Löwe-Motivs im Nationalsozialismus. Das aber konnte von allen jenen, die sich vom Nationalsozialismus abgrenzen wollten, als ein direkter geschichtspolitischer Affront aufgefasst werden.

Zwar warf die Beseitigung der Schaufront gerade aus den genannten kunstgeschichtlichen Rücksichten große Legitimationsprobleme auf, zumal an dieser Stelle am sichtbarsten vorhandene baukünstlerische Leistungen durch den Abriss entwertet wurden. Aber weil auch ein potentiell möglicher Kompromiss verworfen wurde, sie als Portikusruine auf dem Gelände des ehemaligen Schlossplatzes zu belassen und damit zum Blickpunkt innerhalb des Schlossparks aufzuwerten, kann davon ausgegangen werden, dass auch diese Zurschaustellung von permanenter Ruinenhaftigkeit aus ideologischen Gründen nicht gewollt war. Vielmehr war die Beseitigung sämtlicher Relikte des Gebäudes politisch gewollt, weil die Öffentlichkeit sich dezidiert von einem damit verknüpften historistischen Gefühl abkehren sollte, einer von der Linken befürchteten Frühform politisch neutralisierter Nostalgie, wie sie in den 1970er Jahren Konjunktur als ein postmodernes Lebensgefühl haben sollte und eine spätere Aufarbeitung der NS-Geschichte begleitete und auch partiell überlagerte.

Während die Figuren aus dem Giebelfeld nach dem Abriss auf dem städtischen Bauhof und einige davon später im städtischen Museum eingelagert wurden, wurden die Säulen fragmentiert und bis auf geringe Reste in einer städtischen Baugrube eingegraben.²¹⁴ Nur sehr wenige Fassadenteile wurden als gelegentlich sichtbares historistisches Dekor in Neu- oder Umbauten im Stadtgebiet integriert. Die prominenteste Wirkung erzielten noch die vier Säulenkapitelle aus dem Giebelfeld, die innerhalb des neu angelegten Bassins des Schlossparks aufgestellt wurden.²¹⁵ Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der überwie-

214 Allerdings waren sie zur späteren Wiederverwendung markiert worden Vgl. Ausschreibung betr. Abbruchs- und Trümmerräumungsarbeiten, Stadt Braunschweig v. 10.2.1960, NLD BrSchl, S. 193/1.

215 Vgl. *Wedemeyer*, S. 145–148. Weitere Fragmente wurden privat schwarz verbaut und punktuell als nostalgisierte Artefakte erinnert: Private Hilfsaktion: Ein Kapitell gerettet!, in: Neue Braunschweiger (wöchentliches Anzeigenblatt mit redaktionellem Teil) v. 19.6.1980, S. 5. Diese schnell realisierbare Form des öffentlich legitimierten Kunstraubs war allgemein anerkannt: »Viele Private oder einzelne Unternehmer holten sich einzelne Kapitelle oder Säulenstücke oder irgendwas und stellten das in ihre Gärten rein. Ein Dekan, also Architekturdekan

gende Teil der Schlossruine als Trümmerschutt verwendet wurde, um einen Rodelberg in dem städtischen Freizeitgelände Kralenriede aufzuschütten, mutet auch diese Praxis zur Weiterverwendung von Architekturfragmenten insgesamt wenig pietätvoll an, zumal sie alles andere als baukulturellen Sachverstand bloßlegte und eine museale oder eine wissenschaftliche Nutzung unmöglich machte.

Es sind wenige Quellen über die Wirkung dieser selektiven und auch brutalen Art der Trümmerbeseitigung vorhanden. Ironisch-distanziert berichtete darüber die SPD-eigene *Braunschweiger Presse*, indem sie jegliche kunstgeschichtlichen Rücksichten ausblendete:

»In den Sanddünen vor den Toren der Stadt, da, wo sich Füchse und Hasen bis vor kurzem noch ›Gute Nacht‹ sagten, steigt kühn ein Hügel auf, dessen Zweck einstweilen nicht ohne weiteres erkennbar ist. Eingeweihte wissen es: hier entsteht ein Rodelberg [...]. Nur die ›Masse‹ erscheint etwas merkwürdig. Da liegen Säulen herum, Mauerquadern von beachtlicher Größe, kurz, Überreste von einem Bauwerk mit respektablen Ausmaßen. Späteren Generationen wird man auf die Frage nach dem Braunschweiger Schloß ohne Übertreibungen sagen können, dass es draußen in den Sanddünen hinter der Kralenriede zu finden ist. Wenn auch in einer für Schlösser oder Gebäude etwas ungewöhnlichen Form. Aber das ist des Rätsels Lösung: die Schuttmassen der Schlossruine werden zu einem Berg zusammengetragen, von dem später eine Rodelbahn ins ›Tal‹ führen soll. Der Nachwuchs aus der im Entstehen begriffenen Kinderreichen-Siedlung freut sich schon jetzt darauf.«²¹⁶

Wie auch das neben diesem Kurzbeitrag abgedruckte Pressefoto zeigt, in dessen Zentrum noch erkennbare mächtige Säulenreste vor einer gewaltigen Trümmerlandschaft aus Stein-Fragmenten abgebildet wurden, war das Baudenkmal Schlossruine in seinen beträchtlichen filetierten Resten zu einem großen Haufen Trümmerschutt als Grundlage eines Freizeitgeländes mutiert. Im Kontext der geschichtspolitisch höchst umstrittenen Abriss-Debatte ist davon auszugehen, dass mit der Entscheidung für einen Trümmer-Rodelberg auf dem Bauschutt der Schlossruine bewusst der Sieg einer neuen (republikanischen) Zeit über eine alte (herzogliche) Epoche auf Dauer visualisiert und demonstriert werden sollte. Es erübrigt sich beinahe darauf hinzuweisen, dass eine solche Form nekropoler Vergangenheitsbewältigung wenig Ansatzpunkte zur Überwindung der durch den Abriss der Schlossruine aufgerissenen geschichtspolitischen Gräben bieten konnte. Sie rückten dennoch auf Jahrzehnte in den Hintergrund des öffentlichen Interesses.

Auf dem Schlossgelände wurde in den frühen 1960er Jahren schrittweise der Braunschweiger Schlosspark angelegt. Als eine breit gelagerte Grünfläche mit spärlichem, neu angelegtem Baumbewuchs konnte er anfangs nur geringe optische Akzente setzen. Vor dem räumlichen Hintergrund dieser Leerfläche geriet die polarisierende Schlossdebatte der Jahre 1959/60 in den anschließenden zweieinhalb Jahrzehnten zunächst völlig in Vergessenheit.²¹⁷ Punktuelle Initiativen in der Lokalpresse erinnerten zuweilen schlaglicht-

[...] selbst dieser Professor Krämer baute in ein Hotel gegenüber vom Bahnhof, das Atrium-Hotel, Teile von der Schlossruine als einen Atrium-Brunnen ein.« Interview Liess, S. 4.

216 Stroletzki, Rodelberg aus Schlosstrümmern, in: BP v. 10.5.1960. Lediglich die beiden monumentalen kupfernen Reiter-Standbilder wurden nach einer schon in den Jahren 1965/66 lange andauernden Suche nach einem passenden öffentlichen Repräsentationsort um das Jahr 1972 nach aufwändiger Rekonstruktion, die teilweise einem völligen Neubau (der kupfernen Standbilder) gleich kam, am Süden des Löwenwalls repräsentativ platziert. Der ausführliche Schriftwechsel dazu in StABr E 222 II-8; vgl. auch *Wedemeyer*, S. 147 f.

217 Dem entsprach eine ausnahmslos positive Presseberichterstattung darüber. Vgl. Grünfläche im Häusermeer, in: BZ v. 14.2.1961, zustimmende Leserbriefe zur Grünfläche in BZ v. 13.7.1961, Die Natur wird in die Stadt geholt, in: BP v. 16.3.1961, Der Schlossplatz bekommt eine Grünanlage, in: BZ v. 16.3.1961, Grünpolster am Bohlweg bald fertig, in: BZ v. 13.4.1961, Schlosspark mit Gartenstühlen und Tischen, BP v. 12.7.1963, Anfang August fallen die letzten Sperrren. Erster Bauabschnitt des Schlossgartens fast beendet. Weitere Millionen notwendig, in:

artig an den vergrabenen Trümmerschutt und mahnten vorsichtig die Wiederverwendung der Säulen aus dem Portikus an, aber sie verhallten, ohne öffentliche Resonanz zu erzielen.²¹⁸ Vielmehr wurden zu wiederholten Malen Pläne für Um- und Ausbauten des Schlossparks in die Öffentlichkeit lanciert, ohne sein landschaftsarchitektonisches Grundkonzept, das ohne eine dekorierende Ruinenarchitektur auskam, nachhaltig zu verändern.

Zum Anlass für eine vorsichtig mahnende Presseberichterstattung über die diskontinuierliche Schlossgeschichte wurde vor allem die Publikation des Kunsthistorikers Bernd Wedemeyer über das Braunschweiger Residenzschloss aus dem Jahr 1986. Als erste größere fachwissenschaftliche Studie analysierte sie den Schlossabriss vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Quellen, wobei eine deutlich erkennbare Tendenz gegen den Abriss nicht verheimlicht wurde, die mittels einer opulenten Bebilderung ansprechend visualisiert wurde. Weil diese Monografie, eine kunstgeschichtliche Dissertation an der Technischen Universität Braunschweig, im institutionellen Rahmen der Richard-Borek-Stiftung des gleichnamigen Braunschweiger Handelshauses erschien, konnte diese baupolitisch reaktionäre und in Ansätzen auch apologetische Tendenz ohnehin nicht verborgen werden.

Bei der für die Presseberichterstattung inszenierten Übergabe des Buches an den damaligen Braunschweiger Oberbürgermeister Hartmut Scupin²¹⁹ verzichtete Richard Borek junior, als Sohn des Anti-Abriss-Propagandisten auch der Firmeninhaber, zwar noch auf jede polarisierende Kampfrhetorik. Aber er mahnte bereits die Bergung der vergrabenen Säulen an und richtete damit eine dezidiert politisch gemeinte, architekturgeschichtlich motivierte und städtebaulich virulente Forderung an die Kommunalpolitik.²²⁰ Nur scheinbar verdeckte die rhetorische Zurückhaltung den deutlich erkennbaren Eindruck eines Schlossrevivals, der mit der Wedemeyer-Publikation intendiert und eng mit dem früher allerdings wesentlich stärkeren nationalkonservativen Impetus der Borek-Familie verknüpft war. Denn die Bergung der Fassadenfragmente hätte unmittelbar eine Renaissance der »Wiederaufbau«-Debatte in der Braunschweiger Öffentlichkeit nach sich gezogen. So rückte eine fachwissenschaftliche Publikation »das Schloss« als ein Phantom oder besser ausgedrückt: als das prominente »Untote« der Braunschweigischen Städtebaukultur wieder in das Blickfeld des öffentlichen Interesses.

Hierzu passte auch, dass sich an einflussreichen Stellen in der politischen Öffentlichkeit der Stadt Ernüchterung über das durch den Abriss erzielte städtebauliche Ergebnis – den Schlosspark – breit machte. In dieser Phase einer partiellen Öffnung der politischen Lager für eine Neujustierung des Problemfeldes Schlossgeländes konnte die Schlossde-

BZ v. 28.6.1963. Bis dahin hatte die Anlage des Parks zwei Millionen DM an städtischen Geldern verschlungen. Nichtsdestoweniger war im süd-westlichen Abschluss zur neu angelegten Georg-Eckert-Straße ein weiträumiges privat genutztes Schrottlager erhalten geblieben, das eine Kette an Warnungen vor Verwahrlosung des Areals einleitete, die bis 2004 nicht abreißen sollte. Vgl. Die düstere Kehrseite des Schlossparks ist ein Schandfleck! Schrott-Idyll im Hinterhof der City. Stadt: »Nicht erfreulich, aber schwierig«, in: BZ v. 2.12.1964.

218 Gernot Manz, Braunschweigs Schätze unter Kleingärten vergraben!, in: Neue Braunschweiger v. 5.6.1980, S.3, *ders.*, Wann beginnt die Ausgrabung? Ebd., Postkarten für (oder gegen) das Braunschweiger Schloß!, in: Neue Braunschweiger v. 19.6.1980, S. 5. Außerdem zustimmende Leserbriefe, darunter auch mit folgender Übertitelung: »Ich habe schon 1959 protestiert!« Ebd.

219 Amtszeit von November 1981 bis November 1986, Vorgänger von November 1976 bis November 1981 und Nachfolger von November 1986 bis September 1990 war Gerhard Glogowski (SPD). Von November 1972 bis Juli 1974 amtierte Walter Klöditz und von Juli 1974 bis November 1976 Günter Jaenicke. Von September 1990 bis Oktober 2001 amtierte Werner Steffens als Oberbürgermeister, der im November 2001 von Gert Hoffmann (CDU) abgelöst wurde. Angaben laut StABr.

220 IS (vermutlich Ilse Stephani), Ein Stück Emotion flackert auch heute noch immer auf, in: BZ v. 15.8.1986.

batte der 1950er Jahre selbst in der Lokalpresse zunehmend nüchterner analysiert werden und das hieß auch, dass der darin beschlossene geschichtspolitische und ideologisch zugespitzte Zündstoff als ein solcher benannt wurde:

»Eine Wunde, die schlecht oder nie verheilte, hatte der Schloßabriß doch über den Bruch mit der Historie hinaus dazu beigetragen, dass in den folgenden Jahren die gesamte innerstädtische Planung im Raum Bohlweg, Steinweg, Magniviertel eine Wende nahm, über die man sich auch heute noch nicht glücklich fühlen kann. Gewiß, das Schloß, das bereits 1918 seine Bedeutung als herzogliche Residenz verloren hatte, war 1936 zur SS-Junkerschule umfunktioniert worden. So mag es für viele, die unter der Nazi-Herrschaft gelitten hatten, gleichsam zu einem Symbol der Tyrannei geworden sein, so daß die Entscheidung von Dezember 1959 im nachhinein wohl stärker unter emotional-ideologischen als unter rationalen Gesichtspunkten gesehen und wohl auch verstanden werden muß. Heute wäre man klüger, wie es damals schon andere Städte waren (Karlsruhe, Koblenz etc.) und würde unterscheiden zwischen dem städtebaulichen wie architekturgeschichtlichen Wert des Baues und seiner ihm während einiger Jahre aufgezwungenen unglückseligen Funktion.«²²¹

In dieser sehr reflektierten Urteilsbildung, die im Jahr 1986 in der *Braunschweiger Zeitung* publiziert wurde, konnte die Schlossdebatte der 1950er Jahre in ihrer spezifischen Verschränkung von städtebaulichen, architekturgeschichtlichen und geschichtspolitischen Kräftefeldern bereits treffsicher aus der Nahsicht eines professionellen Beobachters des politischen Feldes bilanziert werden. Ausschlaggebende Entscheidungskriterien wären für die damaligen Abrissakteure demnach die Emotionen einer widersprüchlichen Erinnerung an die eigene Stadtgeschichte während des 20. Jahrhunderts gewesen – ein Resümee, dem im Übrigen auch die vorliegenden Ausführungen folgen. Das aber war eine Diagnose, zu der bereits die Zeitgenossen des Abrisses in der Lage waren, wenn sie die Konfliktlinien in der Schlossdebatte übersahen, so wie es der Braunschweiger Architekt Helmut Ebbecke im September 1958 in einer Denkschrift getan hatte, die im Umfeld der Pläne zum Bau einer Stadthalle in Kombination mit dem »Wiederaufbau« des Schlosses entstanden war²²².

»Die Schlossfrage ist eine speziell Braunschweiger Frage, die folglich nur unter Berücksichtigung der nur für Braunschweig gegebenen Fakten gelöst werden kann; nicht also ohne die stadtbraunschweigische Geschichte, die Stadtbaukunst und den neuzeitlichen Städtebau Braunschweigs sowie den künftigen Funktionalismus des Gebäudes. Erst dann ist die baulich generell auftretende Finanzierungsfrage zu nennen, die selbstverständlich Grundvoraussetzung [...] für die Wiederherstellung des Bauwerks ist.«

Es war ein spezifischer Kommunalismus der Stadt-Braunschweigischen Geschichtspolitik, welcher als zentrales Hindernis einer vorurteilslosen Konsensbildung den »Wiederaufbau« des Schlosses verhindert hatte. Darüber hinaus war der Braunschweiger Architekt Helmut Ebbecke bereits 1958 in der Lage, die zentralen Bestimmungsfaktoren der lokalen Geschichtspolitik für die Schlossdebatte in ihren Grundzügen zu übersehen, aus der eine eigentümliche Verschränkung von Ressentiments und städtebaulichen Optionen im »Wiederaufbau« erwachsen war. Er konnte in der binären Konstruktion von Entscheidungsoptionen, wie er zutreffend schrieb: »in der Stellung falscher Alternativen«²²³, die Ursache für eine strukturelle Fehlentwicklung in der politisierten Debattenkultur benennen. Sie hatte dadurch eine zentrale produktive Option für eine konsensstiftende Baupolitik völlig ausgeblendet: die geschichtspolitisch voraussetzungslose, städtebaupolitische Entscheidung zugunsten des Erhalts eines wichtigen Baudenkmales innerhalb des Braunschweigischen Raumgefüges, eines traditionellen Architekturertes:

221 Rolf Heckelsbruch, Eine Dokumentation. Braunschweig und sein Herzogschloß, in: BZ v. 15.8.1986.

222 Helmut Ebbecke, Erhalt und Wiederaufbau des Braunschweiger Schlosses. Denkschrift, Braunschweig von September 1958, StABr H III 1–49, das folgende Zitat Dokument S. 3.

223 Ebd., S. 2.

»So darf es nicht heißen: Schloß oder Stadthalle, Schloß mit eingebauter Stadthalle, wenn nicht möglich, dann überhaupt Verzicht auf Wiederaufbau, Schlossruine: Realwert oder nicht, Schloß als Verkehrsfaktor: Störend oder nützlich, usw., sondern die Schlossfrage stellt sich als komplexes Problem, welches bei Beachtung der – finanzierungswürdigen – Wiederverwendungsfrage nur auf der unbedingten Grundlage stehen muß: das Schloß ist von baugeschichtlichem und architektonischem Wert, der so weit wie möglich erhalten werden muß. Diese Grundlage bedarf folglich gar keiner Diskussion!«²²⁴

Treffend hatte Ebbecke damit bereits den einzigen Begründungszusammenhang benannt, welcher die Zukunft der Schlossruine als eines repräsentativen Baudenkmales in der Stadt Braunschweig hätte absichern können. Dies war nur möglich, wenn man seinen baugeschichtlichen Wert von seiner politischen Überformung abtrennte. Letztere konnte als Bedrohung einer städtebaulichen Entscheidung dieser Größenordnung erkannt werden, die nur dadurch abgewehrt werden konnte, wenn man diese als eine permanent auf die Öffentlichkeit einwirkende Geschichte und als eine Narration über Geschichte mit identitätspolitischen Absichten entschieden marginalisierte, sofern man keine produktive Geschichtsarbeit leisten wollte. Nur wenn sich die Akteure zu selbstständigen und selbstbewussten Moderatoren der eigenen Geschichtsbilder aufschwangen, konnten sie eine von negativen Geschichtsdeutungen abgesetzte Zukunft für das Gebäude erschließen. Diese eigenständige Identitätskonstruktion des Schlossgebäudes sollte sich intentional auf einen bevorzugt ausgewählten Ausschnitt seiner Geschichte stützen, nämlich auf denjenigen seiner republikanischen Umcodierung als öffentlichen Museums- und Theaterbaus während der 1920er Jahre. Aber Voraussetzung dessen wäre nun einmal gewesen, dass die politischen Akteure ihre geschichtspolitische Fixierung auf nachhängende Identitätskonstruktionen, die sie in unentwirrbaren Knäueln um ihre eigene Wahrnehmung des Gebäudes geschlungen hatten, aufgegeben und sich davon distanziert hätten, wenn sie über dessen Zukunft entschieden. Und die Ausgangsbedingung dafür wäre nun einmal eine mutige Aufarbeitung des NS-Terrors und die Benennung seiner Täter und Unterstützer in Braunschweig gewesen.

Aber gerade diese Souveränität im Umgang mit der jüngsten deutschen Geschichte war nach Lage der Dinge im Braunschweig der 1950er Jahre nicht zu erwarten. Und womöglich handelte es sich vor dem Hintergrund einer schon seit dem frühen 19. Jahrhundert tief gespaltenen lokalen Öffentlichkeit überhaupt um eine völlig illusionäre Hoffnung, auf einen Konsens von identitätspolitischen Sinndeutungen zu hoffen. Damit schwanden die Aussichten rapide, die gerade in Hinblick auf den »Wiederaufbau« des Braunschweiger Schlosses wiederum als völlig gegensätzlich positionierten politischen Lager interessentpolitisch zu verbinden. Nach Lage der Dinge konnte diese Verknüpfung unterschiedlicher Lager nur in einer allgemeinen öffentlichen Anerkennung seines kunstgeschichtlichen Wertes bestehen. Aus diesem Grund verwiesen auch alle prominenten Abrissgegner aus den unterschiedlichen, am Diskussionsprozess nachhaltig beteiligten Fachwissenschaften, aus den verschiedenen Fächern der Architektur sowie der Architektur- und Kunstgeschichte – jedoch bezeichnenderweise nicht der Geschichtswissenschaft – wiederholt im Schriftwechsel mit der politischen Elite auf genau diesen Sachverhalt.²²⁵ Aber dieser Minimal-

224 Ebd., S. 2 f. Konkret sprach sich Ebbecke für den Erhalt der Bohlwegfront des Residenzschlosses aus, widersprach allerdings einer Stadthalle auf dem Schlossgelände, propagierte vielmehr eine alleinige Museumsnutzung, darunter auch durch das Naturhistorische Museum. Ebd., S. 4. Damit war Ebbecke der einzige Architekt, der eine öffentliche Nutzung des Gebäudes in Anlehnung an die frühere aus der republikanischen Freistaatzeit befürwortete.

225 Vgl. auch den Entwurf eines Schreibens des prominentesten damaligen Baudenkmalpflegers, Prof. Dr. Grundmann aus Hamburg, im Namen der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, des maßgeblichen institutionalisierten bundesstaatlichen Verbandes, an den Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig, Dr. F. Knost, Hamburg v. 2.2.1960, in dem Grundmann analog den Bemühungen aller Bauhistoriker um das Braunschweiger Schloss

konsens erwies sich als zu klein, um die geschichtspolitische Kontaminierung des Gebäudes mit negativen Sinndeutungen an die Seite drängen zu können.

Vor diesem Hintergrund urteilte Ebbecke auch über den letztlich erfolgten Beschluss zum Schlossabriss in einer vergleichenden geschichtspolitischen Perspektive. Darin rationalisierte er den stadträumlichen Verlust als eine zeitgenössische politische Grundsatzentscheidung über die maßgeblichen Identitätskonstruktionen »der Stadtbaukunst und der Baugeschichte« in Braunschweig und ordnete ihn einem vergleichbaren zeittypischen Abriss zu:

»Es braucht hier nur auf das Berliner Beispiel hingewiesen zu werden: dort hat man die großartige Schlütersche Schlossanlage, die jahrhundertlang den städtebaulichen Zentralpunkt Berlins darstellte, aus Gründen unverständlicher primitiver Ressentiments abgerissen. Dort ist ein städtebauliches Vakuum entstanden, das durch die neuzeitliche Architektur in keiner Weise geschlossen werden kann.«²²⁶

Der Vorwurf an die Adresse der Braunschweiger Abrissbefürworter, eine vergleichbare städtebauliche Todsünde zu begehen wie die Ulbricht-SED, welche 1950 die Zerstörung des Berliner Residenzschlosses durchgesetzt hatte²²⁷, erreichte schon bald die Braunschweiger politische Öffentlichkeit und nahm seitdem dort einen festen Platz im lokalen »Wiederaufbau«-Diskurs ein.²²⁸ Er enthielt in mehrfacher Weise politischen Zündstoff

betonte: »Die Leiter aller Denkmalämter in der Bundesrepublik sind über diesen Beschluß aufs Äußerste betroffen, weil er allen Bestrebungen widerspricht, die darauf gerichtet sind, Baudenkmale von überregionaler Bedeutung als Kulturwerte anzuerkennen und mit den für ihre Wiederherstellung zu bringenden Opfern den eigenen Kulturwillen durch die Tat zu beweisen.« NLD BrSchl S. 185, hier: S. 185/1. Grundmann übersandte diesen Entwurf am 3.2.1960 an den niedersächsischen Landeskonservator Prof. Dr. Karpa mit der Bitte um Zustimmung, bevor er seine Kollegen aus den Denkmalämtern diesbezüglich anschreiben werde. Ebd., S. 187. Diese Zustimmung ist nicht erfolgt, auch deshalb nicht weil Karpa zu diesem Zeitpunkt besonders starkem politischen Druck ausgesetzt war, sich nicht zugunsten eines Erhalts der Schlossruine zu profilieren. Wesentlich freier in dieser Hinsicht agierte der Braunschweigische Landesverein für Heimatschutz e. V., unter seinem Vorsitzenden Oberregierungs- und -baurat a. D. Hartweg, der am 5.2.1960 an den niedersächsischen Innenminister Benemann, den ehemaligen Braunschweiger Oberbürgermeister, den Kultusminister Voigt, an den Landeskonservator Karpa und an den Verwaltungsbezirkspräsidenten Knost schrieb, um die Beibehaltung des Denkmalschutzes für die Schlossruine, über die Unklarheit herrschte, und damit einen Rechtsschutz gegen den drohenden Abriss zu erwirken. Ebd., S. 190. Auch Hartweg verwies auf den Protest der Bauhistoriker. Im hs. Kommentar auf diesem Schriftstück betonte Karpa seine eigene Machtlosigkeit in dieser Frage. Ebd., S. 190/2 VS. In gewundenen Rechtfertigungsschreiben an Grundmann v. 10.2.1960 und an Hartweg v. 12.2.1960 versuchte er anschließend seine eigene Untätigkeit mit »fehlende[n] dienstliche[n] Informationen« zu rechtfertigen. Ebd., S. 195, 198, hier: S. 198.

226 Schreiben Dipl.-Ing. Helmut Ebbecke für die Gemeinschaft der Unterzeichneten (deren Namen sind nicht überliefert) an den Niedersächsischen Kultusminister Richard Voigt, Braunschweig v. 18.1.1960. StABr H III 1–49, Dokument S. 1.

227 Vgl. die späte ausführliche Würdigung des Gebäudes aus DDR-Sicht in: *Götz Eckardt* (Hrsg.), *Schicksale deutscher Baudenkmäler im zweiten Weltkrieg. Eine Dokumentation der Schäden und Totalverluste auf dem Gebiet der neuen Bundesländer*, Bd. 1: Berlin u. a., Berlin o. D. (Nachdruck etwa 2000), S. 14–25.

228 Auf diese nahe liegende baupolitische Analogie hatte zeitgenössisch bereits der Hamburger Denkmalpfleger Grundmann aufmerksam gemacht: »Schließlich halten es gerade die Denkmalpfleger für ihre Pflicht, mit allem Ernst auf die Optik eines Schlossabbruches in unmittelbarer Nachbarschaft der Zonengrenze hinzuweisen. Allen Verdammnisurteilen aus der Bundesrepublik, allen Beschuldigungen wegen Kulturbarbarei aus Kreisen der internationalen Denkmalpflege bei Abbruch des Berliner Schlosses und dem z. Zt. begonnenen Abbau des Potsdamer Stadtschlosses würde es Hohn sprechen, wenn fünfzehn Jahre nach Kriegsende eine

und wirkte sowohl lagerkonstituierend, indem er die Schloss-»Wiederaufbau«-Befürworter auf Dauer gegen Abriss-Befürworter stellte, als auch lagerstabilisierend, indem er die darin verankerten argumentativen Bezüge entdynamisierte. In einer charakteristischen Verdoppelung dieser konfrontativen Kommunikationsmuster schmälerte er allerdings auch die Ausgangsbedingungen für eine spätere kooperative Geschichtsarbeit über die Schlossdebatte der 1950er Jahre selbst und verbreiterte damit die existierenden geschichtspolitischen Gräben in der Braunschweiger Öffentlichkeit.

Einerseits war damals keine Konsensbildung erzielt worden, weil nur an den Extrempunkten der politischen Dichotomisierung, zwischen Abriss oder »Wiederaufbau«, politische Lösungen gesucht wurden, und andererseits erschien eine Heilung dieses Konfliktes wenig aussichtsreich, solange das damals erzielte städtebauliche Ergebnis – die leer geräumte Grundfläche des Gebäudes im Schlosspark – weiterhin die baupolitischen Ziele der Schlossfraktion negierte. Ohne Ansatzpunkte zur Überwindung der früheren Konfrontation konnte jedoch keine produktive Geschichtsarbeit über das Gebäude und seine Abrissentscheidung entstehen. Damit verfestigte sich eine erneute Konfrontation, die jetzt darin bestand, dass ohne ein Schlossrevival, in welcher Form auch immer, die früheren Abrissgegner in ihrem anhaltenden Widerstand gegen die Realitäten des Innenstadt-»Wiederaufbaus« am Braunschweiger Bohlweg einfach nicht zu befrieden waren. Und diese reaktive Haltung speiste sich auch aus dem Bewusstsein, der Unterlegene in einer instrumentell geführten politischen Auseinandersetzung gewesen zu sein, ohne deren historische Vorbelastungen angemessen wahrnehmen zu können.

Diese mehrfach vergrößerte Hypothek einer kommunikativen Dauerkonfrontation mit der Tendenz zur unversöhnlichen Lagerbildung lastete kontinuierlich auf dem politischen Klima der Stadt. Sie rückte erneut ins Rampenlicht, als im März 1987 der »Wiederaufbau« der Alten Waage, eines frühneuzeitlichen monumentalen Fachwerkgebäudes, als Hauptgebäude der Volkshochschule Braunschweig politisch durchgesetzt werden konnte.²²⁹ Dies geschah dank der persönlichen Intervention des SPD-Oberbürgermeisters Gerhard Glogowski gegenüber seiner Fraktion, welche den hohen Anteil der Stadt an den Baukosten von mehr als 6 Millionen DM nur ungerne tragen wollte. Im Kontext der damals schon mehr als vier Jahrzehnte währenden »Wiederaufbau«-Geschichte der Stadt Braunschweig kann diese damals noch sehr ungewöhnliche politische Entscheidung zugunsten des rekonstruktiven »Wiederaufbaus« eines im Zweiten Weltkrieg abgebrannten Fachwerkhauses auch als eine verbindliche politische Geste der Versöhnung gewertet werden. Sie richtete sich aus der Spitze des sozialdemokratischen, ehemaligen Abrisslagers dezidiert an das konservative »Wiederaufbau«-Lager und kann als entschiedener Versuch gewertet werden, mittels eines alternativen »Wiederaufbaus« die lange zurückliegende Konfrontation in der Schlossdebatte zu überbrücken, was allerdings nur sehr unvollkommen gelang.

Diesen (geschichts-)politischen Zusammenhang enthüllte die Rede des FDP-Fraktionsvorsitzenden vor der entscheidenden Abstimmung im Stadtrat. Sie brachte den Verlust des Braunschweiger Schlosses in direkte Verbindung mit dem Wunsch nach »Wiederaufbau« der Alten Waage. Ihr wurde als einem verschwundenen Baudenkmal dennoch Wahrzeichencharakter für die Stadt zugeschrieben.²³⁰ Dies geschah nicht nur, um ihren »Wie-

wiederherzustellende Schlossruine in Westdeutschland dem Erdboden gleichgemacht würde, die von der Geschichte des Landes und dem Stadtbild Braunschweigs zu lösen einer Selbstverstümmelung gleichkäme.« Entwurf des Schreibens Grundmann an Knost v. 2.2.1960, NLD BrSchl, S. 185/1 und 185/2.

229 Vgl. ausführlich dazu *Wagner-Kyora*, »Wiederaufbau« und Stadt-Raum.

230 Die Alte Waage galt bis zu ihrer Zerstörung im Jahr 1944 unbestritten als eines der herausgehobenen Wahrzeichen Braunschweigs. Vgl. Führer durch Braunschweig von 1911, S. 101 sowie die S/w-Fotografie S. 99 und die Farbbildungen nach S. 102 und insbesondere nach S. 134.

deraufbau« legitimieren zu können, sondern auch in der Suche nach festen Identitätsankern der lokalen Baugeschichte, welche den Verlust von stadträumlichen Sinnbezügen kompensieren und gleichzeitig durch den Neubau im »Wiederaufbau« auch ersetzen sollten. Ob das Schloss auch dazugehören könne, war und blieb jedoch in einer Gemengelage von Sinndeutungen umstritten. Sie offenbarte sich erneut in der Ratsdebatte über das Braunschweiger Waage-Gebäude. Kurioserweise wurde die entscheidende Abstimmung darüber erneut mit einer Stimme Mehrheit und wiederum von der SPD-Fraktion entschieden. Daraus ergab sich die paradoxe Verkettung, dass dieses Votum durchgesetzt worden war, obwohl die SPD-Fraktion eigentlich unwillig war, für den »Wiederaufbau« der Alten Waage so viel öffentliches Geld einzusetzen. Und das knappe Abstimmungsergebnis wurde erneut gegen den politischen Widerstand von CDU- und FDP-Fraktion entschieden, die zwar grundsätzlich zugunsten des Waage-»Wiederaufbaus« eingestellt waren, aber aus politischen Gründen, die eng mit der anti-konsensualen »Wiederaufbau«-Tradition Braunschweigs verknüpft waren, dennoch dagegen stimmten.

Als ausschlaggebendes Argument in der entscheidenden Ratssitzung wurde bemerkt, dass die bürgerlichen Parteien den Fachwerk-»Wiederaufbau« nicht als Hauptgebäude der Volkshochschule nutzen wollten. Dabei spielte eine wesentliche Rolle, dass die Bürgerlichen die neu zu bauende Alte Waage nicht in die Obhut desjenigen Bildungsverbandes übergeben wollten, der als eine klassische sozialdemokratische Domäne traditionell der konkurrierenden, gegnerischen Mehrheitspartei zugerechnet wurde. Darin lag eine verwickelte und für Außenstehende nur noch schwer verständliche Diskursivität politischer Entscheidungsprozesse im Braunschweigischen »Wiederaufbau«-Geschehen begründet, die nur dann Sinn machte, wenn man vor dem Hintergrund von noch oder bereits wieder existierenden politisierten Diskurslagern in der Braunschweiger Baupolitik ausgehen konnte. In dem bemerkenswerten Abschluss-Statement des FDP-Fraktionsvorsitzenden wurde diese binäre Grundhaltung für den »Wiederaufbau« der Alten Waage dezidiert mit der geschichtspolitischen Wirkung der älteren Schlossdebatte verknüpft und damit der Langzeitperspektive von Braunschweigischen politischen Diskurslagern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zugeordnet. Damit erfuhren der neuere und der ältere »Wiederaufbau« eine spezifische geschichtspolitische Einfassung, gewissermaßen die kommunizierbare Legitimation einer lokal spezifischen »Wiederaufbau«-Neurose:

»Wir bedauern, daß die SPD-Fraktion unserer Bereitschaft, den Haushalt gemeinsam zu gestalten, mit der schnöden Bemerkung begegnet: ›Wir haben unsere Einstimmen-Mehrheit zusammen und hindern niemanden, sich anzuschließen!«

Was Einstimmen-Mehrheiten an folgenschweren Negativwirkungen für die Stadt ausgelöst haben, ist beispielhaft am Schloßabriß zu demonstrieren.

Überspitzt formuliert:

Wäre das Schloß noch da, gäbe es dort Raum für VHS und Sozialamt.

Einstimmen-Mehrheiten bergen immer die Gefahr in sich, die Interessen einer zweifelhaften knappen Mehrheit gegenüber der knappen Hälfte der Bevölkerung zu bevorzugen.

Genau das geschieht durch die Ratsbeschlüsse zum Haushalt!

Wir von der FDP-Fraktion, sind der Auffassung, die rot-grüne Ratsmehrheit verspielt durch ihre Haushaltsentscheidung die Zukunft dieser Stadt, um zweifelhafte Tageswirkung vorzuzeigen.«²³¹

Das war eine zwar überspitzte, aber im Kern treffende Beobachtung: Die Waage-Diskussion war ohne die Schlossdebatte nicht denkbar gewesen und in ihrer diskursiven Gemeinsamkeit konnte ein beunruhigender matching-point des Braunschweiger Geschichtsbe-

231 Schlusserklärung FDP-Fraktion, Fraktionsvorsitzender Dr. Kurt Lüpke, Protokoll der 5. öffentlichen Ratssitzung der XIII. Wahlperiode der Stadt Braunschweig am 24.3.1987. StABr E 310 Akz 2005/030, Dokument S. 1 f.

wusstseins identifiziert werden, eine Neurotisierung der eigenen Kommunikationspotentiale vor dem Hintergrund nicht aufgelöster diskursiver Konfliktlagen. Implizit warf dieser Zusammenhang bereits die Frage nach der zukünftigen politischen Rolle einer potentiell wieder auflebenden Schlossdebatte auf. Der Tatbestand, dass die Alte Waage, von der ja ebenfalls nur eine leer geräumte Parkplatzfläche überkommen war, nach jahrelangen Diskussionen schließlich relativ zügig bis 1994 »wiederaufgebaut« werden konnte, musste Wasser auf die Mühlen all jener sein, die aus welchen Gründen auch immer einer Schlossrekonstruktion das Wort geredet hatten und dies womöglich auch in der Zukunft tun würden. Ohnehin ließ das erneut polarisierende Abstimmungsverhalten im Stadtrat über den »Wiederaufbau« der Alten Waage, trotz weitgehender politischer Übereinstimmung in der Sache, erneut zukünftige abrupte Stimmungsumschwünge bei wechselnden politischen Mehrheiten erwarten.

IX. KOMMERZIALISIERUNG EINES FASSADENNEUBAUS 2002–2005

Vor diesem politischen Hintergrund dauerte es nicht mehr lange, bis aus dem bürgerlich-konservativen Parteienspektrum ein erster dezidiert postmodern konzipierter Vorschlag zum Schloss-»Wiederaufbau« lanciert wurde. Bereits 1996 traten der Kaufmann Richard Borek junior und der einflussreiche Braunschweiger Bauunternehmer Michael Munte mit einem Plan an die Öffentlichkeit, auf der Grundfläche des Schlosses ein von ihnen selbst finanziertes Großkino zu errichten und hierfür die vergrabenen Fassadenteile des Schlosses in die Schaufront zum Bohlweg einzubauen. Die Art und Weise, wie dieser Vorschlag in die Öffentlichkeit lanciert wurde, lässt auf gezielte Strategien des medial vermittelten Politikmanagements schließen, zumal er im Vorfeld der Kommunalwahlen Wellen schlug. Aber danach wurde er sofort wieder kassiert, weil vom Stadtrat ein anderer Groß-Kino-Standort bestimmt wurde.²³² Zwar stand nicht zur Debatte, ob die Gruppe Borek/Munte die Investitionskosten dieses Großprojekts samt Teilrekonstruktion der Fassade, die sich nach Lage der Dinge auf mehrere zehn Millionen DM belaufen hätten, damals tatsächlich hätte schultern können, aber nach Lage der Dinge handelte es sich auch nicht um ein Investitionsobjekt, das übergroße Rendite hätte auswerfen können, und das deshalb wohl eher aus den profanen Gründen einer fehlenden Perspektive für die Profitmaximierung des eingesetzten Kapitals nicht von diesen Braunschweiger Unternehmern verwirklicht wurde.

Die baupolitische Motivation dieses Vorschlags ist demnach schwer zu bestimmen. Möglicherweise handelte es sich eher um einen medial aufgebauschten Versuchsbau, dessen Ziel darin bestand, die öffentliche Meinung für ein neu-altes Lieblingsprojekt zu begeistern und das deshalb in politisch unspezifischer Weise von konservativ eingestellten Unternehmern als wirtschaftsfreundliche öffentliche Investition propagiert wurde. Monate nachdem seine Schlosspläne längst verworfen waren, präsentierte der Bauunternehmer Munte im März 1997 der Öffentlichkeit dennoch ein neu angefertigtes Schloss-Architektur-Modell, welches seine »Wiederaufbau«-Vision veranschaulichte. Es handelte sich um eine ungestaltete Flächenkubatur eines breit gelagerten, futuristisch anmutenden Gebäudes. In dessen vorgehängter Glasfassade sollten lediglich der Mittelrisalit sowie die beiden Eckfronten und das erste Obergeschoss steinsichtig ausgebildet werden, so dass eine eigentümlich postmoderne Mischform von neu-alten Architekturfragmenten entstanden wäre.

In seiner unfertigen Wirkung suggerierte das Modell Verfügbarkeit einerseits über den nur angedeuteten, zu umbauenden Raum im Volumen des früheren Schloss-Gebäudes und

232 Vgl. dazu *Luitgard Hessenberg*, »Trojanisches« Geschenk. Schloß-Modell zum Nachdenken. Abschied oder neuer Anlauf?, in: *BZ* v. 21.3.1997.

andererseits eine historische Reminiszenz, nämlich dass ein Einbau derjenigen Architekturfragmente möglich sei, die in der vielfach zitierten und geradezu mystifizierten Sammelgrube des Abbruchjahres 1960 eingegraben worden waren. Auch sie konnten jederzeit, das suggerierte dieses erste Architekturmodell, der Gestaltung eines Schloss-Nachfolgebauwerks verfügbar gemacht werden. Beides, die illusionäre Form des Gebäudes und seine politische Aussage als »Wiederaufbau«-Potential, erzielte eine erhebliche Presseresonanz in Braunschweig, weil damit erstmals seit annähernd vierzig Jahren die Vorstellung eines Schloss-»Wiederaufbaus« als einer konkreten städtebaulichen Vision in der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Zudem wurde ein damit eng verknüpfter Lobbyismus erkennbar, der sich als virulenter Machtfaktor der Braunschweiger Baupolitik selbstbewusst präsentierte.

Wie stark Munte Einfluss auf das Meinungsbild in der Braunschweiger Baupolitik tatsächlich war, kann daran ermessend werden, dass er für die Modellpräsentation im kleinen Rahmen der von ihm ausgewählten, konservativen besitz- und bildungsbürgerlichen Elite, die außerhalb der Kommunalpolitik agierte, auch den Stadtbaurat Günter Jaenicke gewinnen konnte, der willig für ein Pressefoto hinter dem Modell und im Kreise der Bürgerelite posierte.²³³ Munte selbst bezeichnete es vieldeutig als ein »Trojanisches Geschenk«, welches eine fortlaufende Meinungsbildung über einen Schloss-»Wiederaufbau« initiieren sollte. Auch mit dieser Denomination erhielt die Modellpräsentation ihr spezifisches politisches Gewicht, denn von einem solchen »Wiederaufbau« war bis zur flüchtigen Munte-Initiative aus dem Vorjahr 1996 in der Braunschweiger Lokalpolitik noch gar keine Rede gewesen. Wenn er nach deren Scheitern dennoch ein Modell seines illusionären Planes vorstellte und dazu den Stadtbaurat bemühen konnte, lag dahinter ein zielgerichtetes politisches Kalkül.

Der Bauunternehmer Munte erhielt zudem Schützenhilfe vom ebenfalls anwesenden Präsidenten der Technischen Universität Braunschweig, Prof. Bernd Rebe, der als Vorsitzender eines einflussreichen Honoratiorenfördervereins bereits maßgeblich den »Wiederaufbau« der Alten Waage unterstützt hatte.²³⁴ Über den politischen Stellenwert des Modells befragt, zitierte die *Braunschweiger Zeitung* Rebe kommentarlos mit den Worten: »Braunschweig wird solange aus dieser Wunde bluten, bis sie geschlossen ist.«²³⁵ In einer langen Tradition der Schloss-Debatten war das erneut eine prononciert programmatische Äußerung mit einem starken geschichtspolitischen Unterton. Damit wurde eine lange zurückliegende städtebauliche Entscheidung als ein offenes Entscheidungsfeld abgesteckt, ohne konkrete architektonische oder städtebauliche Argumente dafür anzuführen.

Rebe charakterisierte die ältere Schlossdebatte indirekt als eine spezifische Neurose der Braunschweigischen Lokalpolitik, die gewissermaßen nach Heilung verlange. Einsicht in ihre fulminante politische Wirkung verknüpfte er darin mit der entschiedenen Parteinahme für die Wiederaufnahme der Schlossdebatte nach fast vierzig Jahren Schweigen. In seiner Diktion wählte er eine eher mythisierende Emotionalität, um damit Dringlichkeit zu evozieren, die objektiv nicht gegeben war. Die Schwelle zur Polemik war damit schon im

233 Ebd. Jaenicke seinerseits war in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren einflussreicher Lobbyist einer Honoratioreninitiative gewesen, welche den »Wiederaufbau« des Knochenhaueramtshauses in Hildesheim gegen anfänglich erhebliche Widerstände in der dortigen Stadtverwaltung und weitgehender Interesselosigkeit der Stadt-Bevölkerung durchsetzen konnte. Vgl. *Gerhard Rump*, »Ein immerhin merkwürdiges Haus«. Eine Dokumentation zum 25jährigen Bestehen der Gesellschaft für den Wiederaufbau des Knochenhauer-Amtshauses, Hildesheim 1995. Einen ähnlichen Honoratiorenlobbyismus Einzelner findet man auch in anderen »Wiederaufbau«-Städten aus den 1990er Jahren. Vgl. *Peter Körner*, Die Löwenapotheke zu Aschaffenburg. Geschichte, Zerstörung, Rekonstruktion, Aschaffenburg 1996, S. 102–119.

234 Vgl. *Wagner-Kyora*, »Wiederaufbau« und Stadt-Raum.

235 »Trojanisches« Geschenk. Schloß-Modell zum Nachdenken, in: BZ v. 21.3.1997.

Anfangsstadium der neu aufflammenden Schlossdebatte des frühen 21. Jahrhunderts überschritten. Sie gehörte auch deshalb zu diesem städtebaulichen Problemfeld dazu, weil es die Akteure nicht mehr ohne eine tiefsitzende emotionale Polarisierung denken konnten.

Hervorzuheben ist, dass die *Braunschweiger Zeitung* schon in diesem frühen Stadium auch diese »Wiederaufbau«-Initiative zur Neu-Implementation der Schlossdebatte vorbehaltlos unterstützte und dafür ihr mediales Kräftefeld bereitwillig zur Verfügung stellte. Auch der weitere Gang der Munte-Initiative zeigte, dass sie auf ein einflussreiches Unterstützerfeld zählen konnte. Stadtbaurat Jaenicke hatte das Multiplex-Schloss-Modell nicht nur als »Geschenk« angenommen, sondern die Stadtverwaltung präsentierte es wenig später für mehrere Jahre im Landesmuseum als ein Ausstellungsstück. Kommentarlos wurde das postmoderne Bau-Projekt neben einem älteren Schloss-Modell aus der Zeit um 1900 gezeigt, um damit den gewünschten Effekt einer Neujustierung von »Wiederaufbau«-Illusionen in der interessierten Öffentlichkeit zu erzielen.²³⁶ So sollte über den Weg der historisierenden Reminiszenz, über die bloß modellhafte Wirkung eines imaginierten Gebäudes der Braunschweiger Stadtgeschichte, in der öffentlichen Meinung die Schwelle für eine gänzliche Neuplanung des Schlossparkgeländes herabgesetzt werden, obwohl dafür weder ein Bedarf vorhanden war, noch die erforderlichen Investitionsmittel zur Verfügung standen.

Angesichts dieser gesteuerten Meinungsbildung, die auf dem schwankenden Grund höchst unsicherer Realisierungspotentiale operierte, kann davon ausgegangen werden, dass schon zu diesem frühen Zeitpunkt eine Kommerzialisierung des gesamten Schlossparkgeländes als eine radikale Lösungsmöglichkeit höchst disparater Planziele in der baupolitischen Akteurselite erwogen worden ist und dass die dahinter ebenfalls versammelte Investorenelite der Stadt Braunschweig selbst davor zurückschreckte, ein solches Projekt aus eigener Finanzkraft zu schultern. Dafür reichte das beträchtliche, ideologisch unterfütterte geschichtspolitische Engagement des Bauunternehmers Munte oder auch des Handelsherren Borek dann doch nicht aus. Dass es sich in ihrer Anfangsphase um eine noch weitgehend illusionäre Konzeptualisierung der neueren Schlossdebatte handelte, belegt auch die schnelle Ablehnung ihres noch unfertigen und auch völlig unangemessenen Realisierungsvorschlages durch die Stadtverwaltung im Sommer 1996. In der Rückschau kann allerdings festgestellt werden, dass sich die Munte-Unterstützer-Gruppe damit als eine neu entstehende Phalanx von Schloss-»Wiederaufbauern« positioniert hatte, die ihre Hilfstruppen in der Kommunalpolitik bereits gefunden hatte. Mit dieser etappenweisen Besetzung des öffentlichen Raumes hatte sie das lokalpolitische Primärziel einer Neuaufgabe der Schlossdebatte erreicht, ohne dafür konkret in Vorleistung gehen zu müssen.

Auch das Meinungsbild in den Parteien sowie in den zahlreichen Gegnerinitiativen kann im Folgenden nur aus der stark gefilterten Perspektive der in baupolitischer Hinsicht eindeutig zugunsten eines Schloss-»Wiederaufbaus« positionierten Lokalpresse wiedergegeben werden.²³⁷ Aus quellenkritischen Gründen ist der Informationszugang allein über die entsprechende Presseberichterstattung keineswegs unproblematisch, weil es sich bei der *Braunschweiger Zeitung* nicht nur um die meinungsführende Monopolistin, sondern auch um die unverhüllte Lobbyistin der später auf dem Schlossparkgelände realisierten *shopping mall* handelte. In welch unverhältnismäßig großem Umfang dieser entschiedene Lobbyismus gegen eine starke öffentliche Meinung in der Stadt Braunschweig durchgesetzt worden war, wurde spätestens dann offenkundig, als die *Braunschweiger Zeitung* im März 2005 vom Deutschen Presserat für ihre einseitige Berichterstattung darüber ausdrücklich abgemahnt wurde.

236 Uj, Modelle eines Schlosses, in: BZ v. 19.12.1997.

237 Für die kontinuierliche Überlassung seiner privaten Zeitungsausschnittsammlung der Jahre 2004 bis 2006 danke ich Dr. Peter Albrecht, Braunschweig.

Gerügt wurde insbesondere die fortgesetzte willentliche Vertauschung zentraler Bestimmungsmerkmale des geplanten Neubaus auf dem Schlossparkgelände: Während die *Braunschweiger Zeitung* »immer wieder von einer Rekonstruktion und einer Kopie des Schlosses gesprochen hatte«, handelte es sich um nichts anderes als um die Planungen für ein Innenstadteinkaufszentrum, dass sich nur in der äußeren Fassadengestaltung eines Teils seiner Hauptfront an die frühere Architektur des Residenzschlosses anlehnte.²³⁸ Die Ausnutzung ihrer Medienmacht für sektorale politische Entscheidungsprozesse zugunsten einer Kommerzialisierung eines zentralen Innenstadtbereiches legt in besonders gravierender Weise die Demokratiedefizite in einer zunehmend allein auf ökonomischer Macht basierenden Medienlandschaft der Bundesrepublik bloß, welche in den Kommunen schon seit den 1950er Jahren zutage getreten waren.²³⁹

Mit dieser Rüge hatte der Presserat tatsächlich eine zentrale Propagandastrategie der Neubauakteure offen gelegt. Denn von Anfang an wurde mit der In-Eins-Setzung von »Schloss« und *shopping mall* der Braunschweiger Öffentlichkeit suggeriert, mit dem Neubau des Einkaufszentrums könne ein »Wiederaufbau« des Residenzschlosses erreicht werden und damit die bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ostentativ beschworene »Wunde« im kollektiven Gedächtnis der Stadt durch einen Akt wiederherstellender Memorial-Architektur geheilt werden. Ein hervorragendes Beispiel für diese fortgesetzte, politisierte Geschichtspromulgation aus dem Jahr 2003, also sechs Jahre nach der Munte-Modell-Initiative, liefert die als Braunschweiger Museumsvorträge des Landesmuseums erschienene Vortragspublikation des Journalisten Dankwart Guratzsch von der überregionalen rechtskonservativen Tageszeitung *Die Welt*. Er schlug in dieselbe Kerbe, als er in einem weitschweifigen, pseudo-essayistischen Duktus in einem nur ansatzweise fachwissenschaftlich verbrämten, architekturgeschichtlichen Überblick die intentionale Verschmelzung der Identitätskonstruktionen von Residenzschloss und »Center«-Städtebau ostentativ anregte, um damit ein neu erbautes »Schloss-Center« auf dem Gelände des Schlossparks zu rechtfertigen. Damit überschritt der bereitwillig als Unterstützer auftre-

238 Auszug aus der Rüge des Presserates, abgedruckt in: Presserat: Rüge gegen unsere Zeitung, in: BZ v. 9.3.2005. Die Rüge fährt fort: »Dies ist aus Sicht des Presserates falsch und für die Leser irreführend, weil die geplante Wiederherstellung eines eher zweidimensionalen Bauobjektes tatsachenwidrig als dreidimensionaler historischer Baukörper dargestellt wird.« Die BZ unternahm erhebliche journalistische Anstrengungen, um diese ernstzunehmende Diskreditierung ihres Status als dominierender lokaler Meinungsmacht argumentativ-rhetorisch zu unterlaufen: *Ralph-Herbert Meyer*, »Falsch und für die Leser irreführend«. Presserat rügt die Bezeichnungen »Schloss-Rekonstruktion« und »Kopie des Residenzschlosses«, in: ebd., sowie *Armin Maus*, Kommentar. Fragen an den Rat, ebd. Die Rüge resultierte aus einer Beschwerde eines Braunschweiger Lesers. Dokumentation. Beschwerde und Gegenrede, ebd. Zwei Tage später erschien eine weitere Themenseite mit Rechtfertigungen unter der Überschrift »Rüge des Presserates: Was haben wir über den Schloß-Teil berichtet?«, in: BZ v. 11.3.2005. Darin wurde unter der Überschrift »Hochstapelei oder Rekonstruktion? Dokumentation der Berichterstattung über den Schloss-Teil des ECE-Einkaufszentrums« von R.-H. Meyer der Versuch unternommen, die Ausmaße des geplanten Kopfbauwerks an der Bohlwegfront in seinem Bauvolumen mit dem früheren Schloss zu parallelisieren und damit die begriffliche Gleichsetzung von »Schloss« und Einkaufszentrum dennoch zu rechtfertigen. Außerdem ließ die BZ unter der Überschrift »Einer Rüge wie dieser hätte ich niemals zugestimmt« einen kurzen gefilterten Leserbriefteil zu, in dem ein ehemaliger Redakteur der Süddeutschen Zeitung der BZ in dem genannten Sinne beisprang, während zwei Leser den »skrupellosen Tendenzjournalismus« der BZ brandmarken durften. Ebd.

239 Sie wirkte so lange in unkontrollierter Weise auf das Meinungsbild in der politischen Kultur zurück, bis diese sich im radikalen Spektrum der Alternativpresse in den 1970er und 1980er Jahren eine schnelllebige Gegen-Kultur schuf. Für den Zeitraum davor vgl. die hervorragende Regionalstudie von *Gerd Meier*, *Zwischen Milieu und Markt. Tageszeitungen in Ostwestfalen 1920–1970*, Paderborn 1999, hier: S. 173–192, 287–294, 367–371.

tende Direktor des Landesmuseums, Gerd Biegel, die Schwelle zur politischen Lobbyarbeit.²⁴⁰

Insgesamt gesehen kann von einer breit angelegten Unterstützung dieser auf mehreren Kanälen angelegten politischen Implementierung einer neuen, postmodernen Schlossdebatte ausgegangen werden. Sie konnte dennoch nur schleppend ihr Ziel ansteuern, wenn die politische Ebene nicht die Initiative übernahm. Ziel war die Implementierung einer synthetischen »Schloss-Center«-Identitätskonstruktion unter Ausklammerung sämtlicher konkurrierender geschichtspolitischer Identitätskonstruktionen des 20. Jahrhunderts. In den Hintergrund gerückt werden sollten also die herzogliche, die revolutionäre und die republikanische sowie die nationalsozialistische und schließlich die »Wiederaufbau«-Erinnerungsschicht. Letztere hatte die Schlossdebatte der 1950er Jahre in so polarisierender Weise nachhaltig ausgeprägt und ihr einen spezifisch ideologisierten, geschichtspolitischen Akzent verliehen, der dennoch nicht aufgearbeitet worden war und das galt für die übrigen Erinnerungsschichten ebenfalls, wenngleich in jeweils sehr unterschiedlich konturierten Wahrnehmungsweisen. In der unreflektierten Abkehr von allen historischen Bezügen der Erinnerungsorte Schloss und Schlossplatz, sofern sie politisch eingenommen waren, setzte vor allem Guratzsch mit seiner Rundumpolemik eine wichtige identitätspolitische Wegmarke für die Braunschweiger Öffentlichkeit in der ersten Hälfte der 2000er Jahre. Darin wird das Ziel, eine neuerliche Schlossdebatte vollständig zu enthistorisieren, als programmatische politische Strategie erkennbar, um sie in städtebaulicher Hinsicht vollständig kommerziell instrumentalisieren zu können:

»Die neue Allianz von Center und Schloß scheint in den Augen der Center-Planer ein Dilemma lösen zu helfen, das dem Center in die Wiege gelegt ist: das der mangelnden städtischen Identität. Wir haben auf den charismatischen Glanz und die suggestive Symbolmacht der mythenumrankten Schlösser hingewiesen, in denen diese Sinngebung wie in wohl keinem anderen Bautyp erfüllt erscheint. Was könnte da sinnvoller sein, als beide – Schloß und Center – in einem Konkubinat zusammenzubringen?«²⁴¹

Geschichte war in dieser freihändigen journalistischen Umcodierung auf das emotionale Erlebnis von wohlfeiler Gefühlsduseligkeit reduziert worden, die sich beliebig auch im Massenkonsum befriedigen ließ, wenn er im *shopping mall*-Bautyp »Schloß« angeboten wurde. Geschichte war demzufolge als eine Konsumhaltung zu identifizieren, die ortlos evoziert werden konnte, indem Mythen reproduziert wurden. Konsum und Geschichte sollten miteinander verschmolzen werden, um sich als bloße Gefühlslage in einem kommerzialisierten »Schloß-Center« flüchtig, wenngleich kontinuierlich gegenseitig zu prostituieren. Dass eine solche ahistorische, platt instrumentelle Konsumethik vom Direktor des Braunschweigischen Landesmuseums als »positive [...] Schlussfolgerung«²⁴² legitimiert und damit auch als dessen leitende städtebauliche Maxime publiziert werden konnte, belegt den hohen Grad an Akzeptanz, den die Neuauflage der Schlossdebatte gerade in Teilen der bildungsbürgerlichen Elite der Stadt Braunschweig erzielt hatte. Sie war von Anfang an eng mit einem korrespondierenden politischen Willen der Borek-Unternehmensgruppe verknüpft, welche nicht zufällig das frühzeitige Erscheinen des Guratzsch-Vortrages in der Publikationsreihe des Landesmuseums selbst finanzierte.²⁴³ Damit erlebte auch die ältere nationalkonservative Abrissgegnerschaft eine schnelle Renaissance. Ihr wurde jetzt retrospektiv eine pointiert positiv konnotierte geschichtspolitische Absicht zuer-

240 Gerd Biegel, Vorwort und Einführung, in: Dankwart Guratzsch, Wieviel ist Braunschweig seine Mitte wert? Die Stadt, das Schloß und das Center. Braunschweiger Museumsvorträge 5, hrsg. v. Braunschweigischen Landesmuseum, Braunschweig 2003, S. 5–11.

241 Dankwart Guratzsch, Wieviel ist Braunschweig seine Mitte wert? Die Stadt, das Schloß und das Center. Braunschweiger Museumsvorträge, in: ebd., S. 12–35, hier: S. 34.

242 Vgl. Biegel, Vorwort, in: ebd., S. 10.

243 Ebd., S. 10 f.

kannt²⁴⁴, welche für die Gegenwart des Jahres 2003 wiederum als Argument für die völlige Enthistorisierung der zweiten Schlossdebatte instrumentalisiert wurde. In dieser Überlappung von Braunschweiger Stadtgeschichte mit vielfältigen politischen und kommerziellen Bauinteressen kumulierte ihre starke, jedoch völlig unreflektierte Bindungskraft an ein städtisches Geschichtsbewusstsein mit starken, wenngleich ebenfalls sehr disparaten und vor allem völlig ahistorisch positionierten Lobbyinteressen.

Geschichtspolitik zeigte sich in diesem Kräftefeld als ein wandelbarer und politisch flexibler Konsensbereich. Er konnte zielgerichtet in eine baupolitisch erfolgreiche Kommerzialisierungsstrategie des erneut umstrittenen Großprojektes auf dem Schlossparkgelände integriert werden. So hatten sich die Prämissen des anvisierten Neubaus im Jahr 2003 bereits deutlich in Richtung der Interessenlage des späteren *shopping mall*-Betreibers verschoben. Indem das Landesmuseum nunmehr einen um das Mehrfache an Nutzfläche erweiterten überdimensionierten Baukörper in einem jetzt wesentlich veränderten »Schloss«-Modell als den gültigen Zukunftsentwurf des geplanten Einkaufszentrums präsentierte, vollzog die Museumsleitung den entscheidenden Schritt in Richtung einer programmatischen Umcodierung des Schloss-»Wiederaufbaus« zum Neubau eines Einkaufszentrums an dessen Stelle. Dass damit sämtliche geschichtspolitischen Bezüge des vormaligen Erinnerungsortes Schloss auf dem Spiel standen, wurde bedenkenlos hingenommen.

Ähnlich kompromissbereit verhielt sich ein anderer, schon früher aufgetretener Akteur der neueren Schlossdebatte, der Kunsthistoriker Bernd Wedemeyer, der im April 1998 in der Lokalpresse noch immer als Wortführer des ersten, bereits 1996 gescheiterten Neubauprojektes des Bau-Unternehmers Munte aufgetreten war. In der retrospektiven Sicht hatte er damit eine wichtige Scharnierfunktion im Übergang zur vollständigen Kommerzialisierung des »Schlosswiederaufbaus« als eines Einkaufszentrums ausgefüllt. Während Wedemeyer 1998 einen »maximal fünfgeschossige[n] Riegelbaukörper« als städtebauliche Gesamtlösung für den Schlosspark favorisierte und damit erneut, wie bereits 1986 mit der Publikation seiner Dissertation, die lokale fachwissenschaftliche Prominenz des für die Geschichte des Braunschweiger Schlosses versierten Kunsthistorikers in die aufkeimende Schlossdebatte eingebracht hatte²⁴⁵, adaptierte er im Mai 2005 kritiklos die aus städtebaulicher Sicht überaus radikale Gesamtlösung einer vollständigen Bebauung des Schlossparks durch den Betreiber ECE. Im Wortlaut des entsprechenden Wedemeyer-Grußwortes kann der Höhe- und Endpunkt einer Verschmelzung beider Identitätskonstruktionen, von »Schloss« und »Center«, in der bloß noch geschmäckerlichen Beschreibung seiner beabsichtigten, monumentalen Außenwirkung abgelesen werden:

»Die ECE, die Stadt Braunschweig und das Architekturbüro ROP lassen das ehemalige Residenzschloß, Juwel des Klassizismus mit internationalem bauhistorischen Atem des großen Carl Theodor Ottmer, in seinem dreiflügeligen Umriß mit der ganzen Flügeltiefe und den raumhaltigen meterstarken Fassaden substantiell wieder erstehen und erleben. Die historischen Pläne, Fotografien und der Einbau von 550 geborgenen Baufragmenten und entsprechende Natursteinsorten sind der Garant für die Originaltreue des neuen Schlossbaukörpers: eine vorbildliche, europaweit unikale Leistung!«²⁴⁶

Wedemeyer reduzierte die historische Wirkung des Neubaus auf die flüchtige Erlebbarkeit einer gerade durch seine Architektur des partiellen »Wiederaufbaues« vorgeblich authentisch wieder belebten identitätsstiftenden Aura. Nur in seiner bloßen Umrisswirkung als monumentale Fassade der Hauptfront lag die Schnittstelle zur Geschichte des vormaligen Schlossgebäudes an diesem Standort. Seine Legitimation erzielte diese Scheinarchitektur

244 Ebd., S. 8.

245 *Harald Duin*, Alles etwas kompliziert. Das Braunschweiger Schloss und die neue Nachdenklichkeit. Hoffen auf mehr, in: BZ v. 16.4.1998.

246 Schloss-Arkaden, Braunschweig, Das Schloss kommt wieder! Anzeige in der Braunschweiger Zeitung v. 22.5.2005.

lediglich aus ihrem visuellen Effekt, welchen der überdimensionierte Baukörper, der auf dem gesamten Schlossparkgelände entstehen sollte, durch die historisierende Fassade an seiner südlichen Bohlwegfront haben würde. Sie sollte Geschichte in einer rekonstruktiven Bauleistung als eine kunstgeschichtliche Sinndeutung von postmoderner Ästhetisierung zitieren, aber nicht mehr abbilden können. Dieser Effekt sollte unspezifisch bleiben, aber dennoch Emotionen zugunsten des intendierten Massenkonsums stimulieren können.

Reduziert auf nostalgische Gefühle, welche die Romantisierung von Geschichte erlaubten, bot das Gebäude in der öffentlichen Selbstdarstellung jedoch keine Ansatzpunkte für eine konkrete Geschichtsarbeit an einem traditionsreichen Erinnerungsort. Dennoch war dieses Konstrukt synthetischer Gefühlslagen als eine geschlossene Projektionsfläche von Anmutungen und visuellen Steuerungseffekten angelegt, welche mit Geschichte spielten. In der Propagierung der wieder zu verwendenden Fassadenfragmente als Schlüsselartefakte, welche vorgeblich die »Originaltreue des neuen Schlossbaukörpers« legitimierten, lag der ausschlaggebende Kunstgriff, mit dem die fast vollständige Enthistorisierung des Erinnerungsortes Schloss dennoch als eine städtebauliche Großtat gefeiert werden konnte. Somit ersetzte die Authentizität reanimierter Baufragmente die Authentizität der geschichtlichen Erfahrung eines prominenten Braunschweigischen Erinnerungsortes.

Diese instrumentelle Strategie zur Kommerzialisierung eines geschichtspolitisch mehrfach besetzten Erinnerungsortes ist auch durch die in dieser Anzeige ebenfalls abgedruckte Schlussklärung des Braunschweiger Oberbürgermeisters Hoffmann belegt. Er bilanzierte eine überaus knapp gehaltene Historisierung des Schlossparks als eines Ortes, in dem sich »über Jahrhunderte Braunschweiger Landesgeschichte, Herrschaftsanspruch und Identität des gesamten Braunschweiger Landes [manifestierten]«. ²⁴⁷ Das war in dieser Unspezifik nicht ganz falsch, aber eben auch nicht präzise genug, um daraus eine historiografisch einigermaßen gefestigte Positionierung gegenüber der widersprüchlichen Schlossgeschichte ableiten zu können, die ja immerhin bereits seit fast zwei Jahrhunderten nachwirkte. Weitaus größeren Wert legte der Oberbürgermeister allerdings auf den kommerziellen Charakter des Einkaufszentrums, das den Stellenwert Braunschweigs in der Städtekonkurrenz gegenüber Hannover, Wolfsburg und Magdeburg heben sollte. Darin lag die ausschlaggebende Motivation des CDU-Spitzenpolitikers für diesen Neubau. Einerseits wurden die damit verknüpften Erinnerungsschichten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schlankerhand entsorgt, und andererseits wurde eine historistische Anmutung hervorgerufen, welche Geschichte lediglich zur anheimelnden Emotion »der größten privaten Investition in Niedersachsen« ²⁴⁸ degenerierte.

Und dennoch sollte der Ruch der Authentizität gerettet werden, indem diese aufwändig gedruckte, doppelseitige Anzeige des Betreiberunternehmens Schloss-Arkaden, der Hamburger ECE-Unternehmensgruppe, mit der irreführenden Parole überschrieben war: »Das Schloss kommt wieder!« ²⁴⁹ Mit dieser instrumentellen Geschichtspolitik griff Hoffmann als führender politischer Akteur des ECE-Neubaus über den Anspruch des Historismus des 19. Jahrhunderts weit hinaus, der eine Nachahmung von Stilen als geschichtskulturelle Modeerscheinung propagiert hatte, indem Hoffmann Geschichte jetzt als eine bloße Emotion propagierte und ihre Bedeutung für die Gegenwart nahezu vollständig negierte.

²⁴⁷ Gert Hoffmann, Braunschweig im Aufwind, ebd.

²⁴⁸ Ebd.

²⁴⁹ Ebd. Gerade diese Form der Geschichtsverfälschung durch die polemisch behauptete, vorgebliche Identität von Schloss und Schloss-Arkaden-Neubau war ja bereits vom Deutschen Presserat in seiner Rüge aus dem Jahr 2004 gegenüber der Braunschweiger Zeitung vehement als amoralische Parteinahme und bewusst irreführende Indienststellung geschichtspolitischer Bezüge gebrandmarkt worden. Sie wurde von Hoffmann dennoch als eine höchst praktikable, polemische geschichtspolitische Strategie reaktiviert und zugunsten seiner Baupolitik instrumentalisiert.

Mit diesen ahistorischen identitätspolitischen Absichten des »Schloss-Centers« wurden die unterliegenden Traditionsstränge des Schlossparks als eines Kulminationsortes städtischer Geschichts- und Erinnerungspolitik dadurch zunichte gemacht, dass sie als ein Amalgam verschwommener und ins Ungefähre weit zurückliegender Jahrhunderte verschobener Erinnerungsschichten wahrgenommen wurden.

Und diese instrumentelle Negation veränderte den Blick auf Geschichte aus einer zwar unscharf umrissenen, aber weit geöffneten bürgerlichen, kunstgeschichtlichen und nationalkonservativen Richtung divergenter Sinndeutungen. Sie eröffnete der mythenumrankten Schlossgefühlsseligkeit eine begrenzte identitätspolitische Perspektive als Begleitmusik des zukünftigen Massenkonsums an diesem Ort. Identitätskonstruktionen dieses postmodernen Schlossgefühls wurden in der geschichtspolitischen Negation auf einem schmalen Grad öffentlicher Akzeptanz aktiviert. Darin wurde eine dem kommerziellen Nutzungsaspekt stadträumlich einverleibte historisierende Fassade als »Schloss« bezeichnet, obwohl sie alles andere als ein Schloss sein sollte. In der Summe war damit ein hochpolitischer Ort mit eindeutigem politischen Bedeutungsinhalt und starkem Identifikationspotential sowie Abwehrmechanismen zu seinem bedeutungsleeren Gegenteil verkommen. Er fungierte nur noch als Projektionsfläche für unspezifische Anmutungen von Geschichte, in denen ein posthistorisches Gefühl eine katalytische Funktion für postmodernes Wohlbefinden mit Geschichte eingenommen hatte. Geschichtspolitik war an ihrem anderen Ende zur austauschbaren Begleitmusik des Warenverkehrs mutiert, in ein handhabbares Extrem variabler Sinndeutungen zum Zwecke des innerstädtischen Städtebaus.

Der politische Entscheidungsprozess in den Jahren 2002/03 zeigt eine konsequente Enthistorisierung und instrumentelle Beliebigkeit der Sinndeutungen des Erinnerungsortes Braunschweiger Schloss auf. Nach der Kommunalwahl im Oktober 2001 war der neu gewählte Braunschweiger CDU-Oberbürgermeister Gert Hoffmann sehr schnell als der entschiedene Wortführer eines kommerzialisierten Schloss-»Wiederaufbaus« aufgetreten. In dieser Funktion inszenierte er publikumswirksam das im bürgerlich-liberalen Parteienspektrum eher dem rechten Flügel eines früher eindeutig nationalkonservativ bestimmten politischen Segmentes zugeordnete Wunschbild eines Schloss-»Wiederaufbaus«. In der Auswahl seiner Mittel geschah dies analog der Initiative der »Wiederaufbau«-Unterstützer aus den Jahren 1996/97, in seinen Zielen allerdings in einer sehr weit abgewandelten Variante. Vieles spricht dafür, dass Oberbürgermeister Hoffmanns städtebauliche Strategie als das Ergebnis eines Prozesses zielgerichteter Meinungsbildung anzusehen ist, das sich anfangs höchstwahrscheinlich auf kleine Zirkel einflussreicher Honoratioren sowie parteipolitisch besonders wichtiger CDU-Politiker beschränkte.²⁵⁰ Ihm dürfte eine mehr oder minder ausgefeilte lokalpolitische Strategie eines integrativen baupolitischen Managements zugrunde gelegen haben, das primär auf den Kontakt mit erfolversprechenden Investoreninteressen ausgerichtet war. Auch wenn der zeitliche Abstand zwischen den ausschlaggebenden Etappen der Entscheidungsbildung einige Jahre umfasste, kann die frühe Munte-Initiative damit als eine direkte Vorläuferin dem Schloss-Arkaden-Projekt zugeordnet werden.

Mit Hoffmanns Amtsantritt waren somit strukturell die politischen Voraussetzungen gegeben, um eine zielgerichtete Debatte über die Zukunft des Schlossparkgeländes in den 2000er Jahren zu initiieren, welche ein besonders avantgardistischer Teil der besitz- und bildungsbürgerlichen Elite der Stadt wenige Jahre zuvor angerissen hatte, ohne sie jedoch im kommunalpolitischen Raum bereits breitenwirksam verankern zu können. Auch der Umstand, dass die verschlungene Entscheidungsbildung relativ schnell zu einem greifbaren Ergebnis führte, lässt auf das Vorhandensein eines strategischen Masterplans schließen,

250 Ebd. Prozesse demokratischer Meinungsbildung in den Parteigremien der Braunschweigischen CDU sind davon selbstverständlich nicht ausgeschlossen, aber ihre Wahrscheinlichkeit ist eher gering, weil ausschließlich Hoffmann als Wortführer des ECE-Projektes seiner Partei auftrat.

der die Akteure auf der Basis gemeinsamer politischer Ziele dazu befähigte, in einer großen bürgerlichen Koalition der Schlossbefürworter sehr unterschiedliche politische und kommerzielle Interessen zu moderieren. Hierfür spricht insbesondere die phänomenale Geschlossenheit und instrumentelle Intelligenz, mit der sich Oberbürgermeister und ECE-Betreiber schon während der Implementierung ihres Neubauprojektes in den öffentlichen Diskurs, die im November 2002 reibungslos vonstatten ging, in ihren baupolitischen Zielen kongenial ergänzten.²⁵¹

Konsensuale Diskursivität und rationale Analyse auf der einen Seite, und leicht entfachte Emotionalität in purer politischer Konfrontation auf der anderen Seite bewirkten gleichermaßen, dass die zweite Schlossbaudebatte zwischen 2002 und 2004 in ähnlicher Weise die Braunschweiger Öffentlichkeit polarisierte, wie es bereits ihre Vorgängerin in den späten 1950er Jahren getan hatte. Denn in der Zwischenzeit von mehr als vier Jahrzehnten war der Schlosspark, der als künftiges Baugelände vorgesehen war, nicht nur zum integralen Bestandteil des Braunschweiger Freizeitalltags im Innenstadtbereich aufgewertet worden, sondern auch zu einem anerkannten Jugendtreffpunkt avanciert, der sowohl für Open-air-Veranstaltungen genutzt wurde, aber auch als zentraler Ort für die informellen jährlichen Abiturabschlussfeiern der Braunschweigischen Gymnasiasten.

Infolgedessen war ein Innenstadttreffpunkt mit generationsspezifisch unterschiedlich besetzter Bedeutung entstanden, dessen identitätsstiftende Wirkung auf die Braunschweiger Bevölkerung beträchtlich war.²⁵² Bauliche Fehlplanungen wie ein zurückhaltend dimensionierter Bibliothekskubus am südwestlichen Parkabschluss, der später als Eiscafé genutzt wurde²⁵³, und eine gewisse gestalterische Ratlosigkeit, welche einen Teil der Fläche, die vordere Bohlwegfront, immer wieder in die öffentliche Kritik brachten, konnten die positive öffentliche Resonanz zugunsten dieses öffentlichen Freigeländes nicht nachhaltig trüben, zumal es sich um eine der wenigen zentral gelegenen Grünflächen in der vergleichsweise großflächigen Braunschweiger Innenstadt handelte, die fußläufig erschlossen werden konnte. Sie wurde noch 1999 durch Pflanzung einer millionenschweren neuen Eichenallee aufgewertet und präsentierte zu diesem Zeitpunkt einen abwechslungsreichen, in vier Jahrzehnten gewachsenen Baumbestand an großen Wiesenflächen.²⁵⁴

251 Vgl. etwa die erstmalige öffentliche Darstellung des Projektes, die gemeinsam inszeniert wurde und bereits sehr freundlich vom darauf spezialisierten BZ-Journalisten Harald Duin präsentiert sowie von ihm mit einem äußerst wohlwollenden Kommentar angereichert wurde. *Harald Duin*, »Wir sind in der großen Gefahr zurückzufallen.« Oberbürgermeister Hoffmann. ECE-Projekt ernsthaft prüfen, in: BZ v. 16.11.2002. Das programmatische Zitat Hoffmanns machte aus seiner primären politischen Motivation, der Konsumförderung in der Städtekonkurrenz, keinen Hehl und wurde ebenso bereitwillig wie jedes andere Argument zugunsten der shopping mall von der BZ aufgenommen. Vgl. den Begleitkommentar von *Harald Duin*, Raus aus der Stagnation. Das ECE-Projekt ist eine Chance, in: ebd.

252 IS, Hat der Schlossplatz Dorfplatz-Funktion? Zwischen Kulturoase und Power-Zentrum, in: BZ v. 22.9.1988. Vgl. sehr positiv dazu auch Bernhard Liess: »Wir haben jetzt seit zehn, zwanzig Jahren und noch länger eine Schulabschlussfete zu Beginn der Sommerferien. Da waren jetzt noch mal über dreitausend junge Leute nach der letzten Schulstunde, bevor es in die Ferien ging, die diesen Platz, diesen Schlosspark als ihr Symbol der Innenstadt akzeptiert haben. Das sind zumeist Gymnasialschüler und die befinden sich zumeist in diesem Altstadt-Bereich. Und die haben nun überhaupt gar keine Beziehung dazu und können nun überhaupt nicht verstehen, weswegen da so ein Mammut-Konsum-Tempel hin gebaut werden soll mit den Unge-
wissheiten.« Interview Liess, S. 9.

253 Fotografie einer Innenansicht sowie der Außenansicht nach Süden mit dem Hintergrund des Horten-Kaufhauses in: *Harald Duin*, Kultur im »Cristallo« – Ein Besuch weckt Erinnerungen an Freuden der ersten Zeit. Schweigen und Blättern, in: BZ v. 20.1.2000, StABr A VII 3.

254 Thomas Kielhorn, 980.000 Mark kostete Teilsanierung des Schlossparkes. 42 Säuleneichen aus Berliner Traditions-Baumschule, in: BZ v. 16.9.1999, ebd. Die Baumreihe wurde in einem kleinen Festakt eröffnet durch den Braunschweiger Oberbürgermeister Werner Steffens.

Demzufolge war es vor allem dem großen Publikumserfolg des städtischen Parks geschuldet, dass auch das Remake der Schlossfassade in Gestalt einer *shopping mall*-Architektur auf diesem Gelände in den 2000er Jahren mit großer Verbissenheit zwischen den städtebaupolitisch entzweiten Kontrahenten umkämpft wurde, nicht aber einer Neuauf-
lage der geschichtspolitischen Konfrontation. Erneut teilte sich das Parteienspektrum entlang der alten Gräben, jedoch an neuen Inhalten. Ging es beim Abriss der Schlossruine mehr als vierzig Jahre zuvor um die Beseitigung eines historischen Gebäudes mit disparaten Sinndeutungen, entzündete sich der Konflikt jetzt an einer Neubebauung, die als Eingriff in die bestehende Grünflächenstruktur der Innenstadt abgelehnt wurde.

Zudem fächerte sich das Schlossbefürworterlager innerhalb des bürgerlich-liberalen Parteienspektrums auf, wobei gewichtige Abspaltungen zu verzeichnen waren und keine festen Schnittmengen entstanden, wie sie noch die Konstellation eines kleinen, aber fest gefügten nationalkonservativen Diskurslagers in den Jahren 1959/60 gekennzeichnet hatte. Und in der Gruppe derjenigen Kaufleute, die gegen einen Neubau als Einkaufszentrum auftraten, gab es eine kleinere Minderheit, die, unbeschadet dessen und von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, für eine Totalrekonstruktion des Gebäudes eintrat, so dass nahezu alle Facetten eines Schloss-»Wiederaufbaus« konkret in einem breiten Meinungsfächer positioniert waren. Nachdem die ECE-Baupläne im Jahr 2002 erstmals veröffentlicht worden waren, hatte sich zunächst das ältere Schloss-»Wiederaufbau«-Lager aufgespalten in eine Gruppe ökonomisch besonders starker Unternehmer, welche einen Fassadenneubau als Einkaufszentrum schnell akzeptierten – darunter befand sich auch Richard Borek junior –, während ein Teil des eingesessenen Kleinhandels sich scharf davon distanzierte, weil dessen kommerzielle Eigeninteressen die potentiell identitätsstiftende Wirkung der Fassadenrekonstruktion überwölbten.²⁵⁵

Daraus ging eine lose Bürgerinitiative von Innenstadtkaufleuten hervor, die sich zugunsten eines Bürgerentscheids gegen das Neubauprojekt engagierte. Allerdings war eine solche außerparlamentarische Protestinitiative gegen den gültigen Bebauungsplan einer Gemeinde nach dem niedersächsischen Verwaltungsrecht unzulässig. Sie wurde demgemäß zunächst von der Stadt Braunschweig und – nach der Verwaltungsklage – schließlich auch vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg zurückgewiesen.²⁵⁶ Unbeschadet dessen hatte diese Bürgerinitiative eine beträchtliche Mobilisierungswirkung entfaltet und bis Dezember 2004 mehr als 24.000 Unterschriften von Unterstützern sammeln können.²⁵⁷ Schließlich wurde aus ihren Reihen Ende Mai 2005 eine mit etwa 1.500 Teilnehmern gut besuchte Demonstration abgehalten und anschließend eine Menschenkette um den Bau-

255 *Ernst-Johann Zauner*, »Demokratische Entscheidung tolerieren«. IHK begrüßt Schritt zur Realisierung – Schlosspark-Freunde wollen weitere Strategie gegen ECE abstimmen, in: BZ v. 8.4.2005, S. 22. Vgl. Interview Albrecht, S. 7 f. und S. 10 f. Die Unternehmensgruppe Munte war zwischenzeitlich in Konkurs gegangen, nachdem sie sich wohl beim rekonstruktiven Erhalt der Wohngebäude an der Berliner Karl-Marx-Allee verspekuliert hatte. Gespräch Albrecht am 3.5.2006.

256 *Ralph-Herbert Meyer*, »Lektion für Oberbürgermeister« naht. Bürgerinitiative »Pro Schlosspark« zieht mit neuem Anwalt vor das Verwaltungsgericht, in: BZ v. 17.2.2004, StABr A VII 3; *ders.*, Weiterer Baustein für Schloss-Arkaden. Oberverwaltungsgericht bestätigt Stadt: Bürgerbegehren unzulässig – Winter streut Gerüchte um ECE, in: BZ v. 21.12.2004. Haupt-Initiator der Bürgerinitiative war der Braunschweiger Antiquar Roger Klittich, ebd.

257 Rm, Schlosspark-Initiative fast am Ziel. Drei Monate vor Ablauf der Frist fehlen nur noch 1000 Unterschriften – Notfalls Gang vors Gericht, in: BZ v. 30.9.2003; *Ralph-Herbert Meyer*, 19388 Unterschriften reichen nicht, in: BZ v. 22.10.2003; *Ernst-Johann Zauner*, ECE-Center. Infos in Stadthalle. Bürgerbeteiligung zu »Schloss-Arkaden« wird fortgesetzt, in: BZ v. 11.10.2003, Streit geht in die zweite Runde. Bürgerbegehren »Schlosspark« vor dem Aus – Frist zur Unterschriftenabgabe nicht eingehalten?, in: Neue Braunschweiger v. 26.12.2004.

zaun des Schlossparkgeländes gebildet²⁵⁸, nachdem dort die Bäume gefällt worden waren.

Erreichte damit die sichtbare Massenmobilisierung einen ähnlich hohen Grad wie unmittelbar vor dem Abriss der Schlossruine 45 Jahre zuvor²⁵⁹, verhielt sich auch das Parteienspektrum ebenfalls in analoger Weise konfrontativ: So lehnte die Braunschweiger SPD-Ratsfraktion den Haushalt des Jahres 2005 hauptsächlich wegen der umstrittenen ECE-Entscheidung der regierenden CDU/FDP-Koalition ab. Zentraler Kritikpunkt war die prospektive langfristige Nutzung eines großen Teils der Bohlweghauptfront für kulturelle Zwecke der Stadt Braunschweig, welche diese im Gegenzug mit einer auf dreißig Jahre festgelegten Jahresmiete von 1,3 Millionen Euro subventionierte.²⁶⁰ Schließlich gab es eine weitere Parallele zu früheren »Wiederaufbau«-Diskussionen: Der künftige Bauträger musste die an der Straße Am Ritterbrunnen parallel gelegenen, vier mehrgeschossigen Mietwohnungshäuser zukaufen, um eine drohende Klage des Eigentümers wegen des unterschrittenen Mindestabstandes zur nördlichen Front des Kaufhausneubaus abzuwenden. Erst damit waren alle juristischen Hindernisse für den Neubau aus dem Weg geräumt worden. Im Jahr 1990 waren vergleichbare Einwendungen ebenfalls noch so eklatant gewesen, dass sie beinahe den »Wiederaufbau« der Alten Waage verhindert hätten.²⁶¹

Die historische Bedeutung der potentiellen Erinnerungsorte Braunschweiger Schloss und Schlossplatz schien demgegenüber jedoch schon lange in Vergessenheit geraten zu sein. Von dieser Erinnerungslücke wurde die Argumentation der Kontrahenten dennoch entscheidend geprägt. Obgleich in hohem Maße politisiert, war die zweite Schlossdebatte von einer reflektierenden Geschichtsarbeit über die eigene Baukultur noch weiter entfernt als die erste, zumal der Verlauf der Auseinandersetzungen um den Neubau der projektierten »Schloss-Arkaden« offenbarte, dass alle bisherigen Konfliktlinien durch die kompromisslose Kommerzialisierung des Schlossparkgeländes noch einmal überwölbt werden konnten. Daran änderte zunächst auch die Reservierung einer großen Nutzfläche in der Hauptfassade für städtische Einrichtungen wie die Stadtbibliothek und insbesondere das Stadtarchiv nichts, zumal potentielle Effekte dieser Standortverlagerung erst nach Bezug des Gebäudes eintreten konnten. Erst mit der späten Entscheidung im Jahr 2006, in der vorgelagerten Bohlwegfront der »Schloss-Arkaden« auch ein in städtischer Regie eingerichtetes Schloss-Museum unterzubringen, haben sich die geschichtspolitischen Bezüge des Einkaufszentrums maßgeblich in Richtung eines produktiven Erinnerungsortes verschoben.²⁶²

258 *Annette Heinze*, Wut und Trauer am Schlosspark. Rund 1500 Menschen zeigten gestern ihren Unmut über das Verschwinden der Bäume, in: *Neu Braunschweiger* v. 22.5.2005.

259 Diese Parallele wurde in der lokalen Presseberichterstattung zunächst abgestritten, welche den »Gegner[n] des ECE-Projektes Schloss-Arkaden« trotz Unterschriftenlisten unterstellte, sie »setzen mehr auf juristische Auseinandersetzung denn auf Kundgebungen, die Massen mobilisieren können.« *Ralph-Herbert Meyer*, Massen gegen Schloss-Abriss. Tausende kamen – Gegner der Schloss-Arkaden schreiben an Ministerpräsident, in: *BZ* v. 23.4.2005, S. 25.

260 *Norbert Jonscher*, Wegen ECE. SPD lehnt Haushalt ab. Ratsfraktion schob gestern die Begründung für ihr Nein nach – Falsche mittelfristige Weichenstellung, in: *BZ* v. 18.12.2004, S. 23. Zur vorläufigen Geschossplanung für die Nutzung von Schlossmuseum, Standesamt und Bibliothek im ersten Obergeschoss des dreiflügeligen Neubaus vgl. *Ralph-Herbert Meyer*, Hochstapelei oder Rekonstruktion? Dokumentation der Berichterstattung über den Schloss-Teil des ECE-Einkaufszentrums, in: *BZ* v. 11.3.2005, S. 21.

261 Vgl. *Wagner-Kyora*, »Wiederaufbau« und Stadt-Raum sowie Schloss-Arkaden. Reaktionen auf die Einigung, in: *BZ* v. 8.4.2005, S. 22. Während CDU und FDP zustimmten, kritisierten SPD und vor allem Grüne den »Millionen-Deal«, mit dem sich »zwei Wirtschaftsgiganten skrupellos auf dem Rücken der am Steinweg lebenden Menschen geeinigt« hätten. Ebd. Immerhin sprachen sich auch vier von den fünf abgedruckten Bürgermeinungen entschieden dagegen aus. Ebd.

262 Gespräch *Albrecht* 3.5.2006.

Aber für die Neubau-Debatte der Jahre 2002 bis 2004 spielten diese Gesichtspunkte einer (geschichts-)kulturellen Multifunktionalität des Einkaufszentrums ohnedies nur noch eine völlig untergeordnete Rolle. In der Neukonfiguration eines lokalen Diskursfeldes wurde Geschichte als movens der lokalen Baukultur vielmehr marginalisiert, weil sie als Bedeutungsträger nur eine sektorale sinnstiftende Funktion für die Akteure des Neubaus ausfüllen sollte, nämlich diejenige eines legitimierenden Identitätsankers für ein historistisch verwendetes Fassadendekor, das die repräsentative Eingangsfront eines Einkaufszentrums aufwertete. Eine spätere Reorientierung auf den Erinnerungsort Schloss war damit zwar nicht ausgeschlossen, aber auch nicht intendiert gewesen.

Die Akzentverlagerung auf eine überwölbende Kommerzialisierung des Schlossparkgeländes lässt sich insbesondere an der kurz aufflammenden Diskussion um eine potentielle Rekonstruktion der Brunonia-Quadriga auf dem mittleren Gesimssockel der Hauptfront in der Schlossfassade beobachten. So wurde deren ästhetische und geschichtspolitische Sinndeutung auf eine dekorative Funktion in der Außenwirkung für die *shopping mall* eingegrenzt, »um die alte Pracht gänzlich vollenden zu können.«²⁶³ Erneut wurde damit ein postmodernes und post-historistisches Gefühl geweckt, welches von der Ikonografie der mit dem ehemaligen Schloss verknüpften Geschichte eher ablenken sollte als auf diese hinzu zu führen. Braunschweiger Stadtgeschichte und ihre bloß abbildhafte Kommerzialisierung in einer neu errichteten historistischen Fassade wurden dementsprechend als binär konstruiertes Gegensatzpaar von sich gegenseitig ausschließenden Bauphilosophien angesehen und nicht als sich potentiell gegenseitig ergänzende Motivationsstränge für ein sehr gegenwärtiges Bauprojekt mit breiter Öffentlichkeitswirkung.

Im Ergebnis der nur etwa dreieinhalb Jahre währenden zweiten Schlossdebatte bis zum Baubeginn des Einkaufszentrums »Schloss-Arkaden« im Sommer 2005 kann ein vielseitig verschränkter Prozess einer postmodernen baukulturellen Reanimierung des Schlossgeländes beobachtet werden. Während ursprünglich lediglich ein Bauvolumen in den Abmessungen des ehemaligen Braunschweiger Schlosses als potentielle Neubauplanung auf dem Schlossparkgelände lanciert worden war, das nur mit punktuell eingestreuten visuellen Fluchtpunkten an das frühere Gebäude erinnern sollte, entstand im südlichen Bereich des neuen Einkaufszentrums »Schloss-Arkaden« schließlich eine vollständig rekonstruierte, dreiflügelige Außenfront, welche die Fassade des ehemaligen Residenzschloss innerhalb eines mehr als dreimal so umfangreichen Baukörpers implantierte und damit die gesamte Grundfläche des Schlossparkgeländes überbaute.

Monumentalität und Fassadenreplik ergänzten sich in einer spezifischen Janusköpfigkeit: Erst indem der Schlosspark einer neuen kommerziellen Bauaufgabe vollständig geopfert wurde, konnte die post-historistische Scheinarchitektur der Schlossfassade finanziert werden. Sie wird sich in ihrer städtebaulichen Wirkung vollständig entfalten können und durch ihre schiere Präsenz den gesamten östlichen Innenstadtbereich am Bohlweg mit geschichtskulturellen Deutungen aufladen, ohne dass die Initiatoren sich über deren identitätsprägende Ausrichtung zuvor verständigt hätten. Dieser Selbstlauf von Identitätskonstruktion ist eine folgerichtige Konsequenz dessen, dass CDU-Oberbürgermeister Gert Hofmann und die als Investoren federführend auftretende ECE-Unternehmensgruppe im lokalen Diskurs einer zweiten »Wiederaufbau«-Debatte des Schlosses primär auf die visuelle Werbewirkung des Neubaus »Schloss-Arkaden« abzielten und erst sekundär auf dessen historische Bedeutung als eines Remakes eines konkreten Erinnerungsortes der Stadt Braunschweig. Künftige Aneignungsweisen in der Braunschweiger Bevölkerung werden darüber entscheiden, ob es bei dieser künstlichen Trennung von städtebaulichem Anspruch und historischer Tradition bleiben wird oder ob nicht vielmehr eine produktive

263 Anonym, ECE begrüßt Quadriga-Pläne. Projektleiter. Krönung des aufgebauten Schlosses, in: BZ v. 11.10.2003.



Nach dem Schloss-Brand von 1865, der infolge eines technischen Defektes bei einem herbstlichen Schloss-Ball ausgebrochen war und sich zunächst unbemerkt ausgebreitet hatte, waren das Innere des gesamten Nordflügels (vorne links) und des nördlichen Teils der Schaufront sowie des Zentralbereichs vernichtet worden, darunter auch die Quadriga. Erst nach mehrjähriger Bauzeit konnten die neu wiederhergestellten Räume in Besitz genommen werden. Schaufront und Bohlweg-Gitter boten damit bereits in den späten 1860er Jahren ein Ruinen-Bild, wie es auch zwischen 1944 und 1960 die Braunschweiger Innenstadt prägte.

© Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege. Fotothek der Bau- und Kunstdenkmalpflege.

Geschichtsarbeit einsetzen kann, wenn das Gebäude fertiggestellt sein wird. Die Teilnutzung als Schloss-Museum ist hierfür zweifelsohne ein vielversprechender Ansatz.

So tritt in der Verlagerung der Primärnutzung von einem zunächst unscharf ventilerten Multiplex-Kino zu einem multifunktionalen Einkaufszentrum ein beträchtlicher Spielraum für potentielle, produktive Nebeneffekte zutage, welcher sich am Ende eines höchst umstrittenen Entscheidungsprozesses zukünftig in der Braunschweiger Öffentlichkeit entfalten könnte. Im Ergebnis einer geschichtspolitischen Diskursentleerung in der zweiten Schlossdebatte ist damit eine architektonische Büchse der Pandora entstanden, welche mit neuer geschichtskultureller und -politischer Bedeutung aufgefüllt werden kann, wenn sie geöffnet wird. Infolgedessen können die Geschichte und die vielfältigen Erinnerungsschichten über das Braunschweiger Schloss, den Schlossplatz und den Schlosspark sowie seine kommerzielle Umnutzung mittels einer gewaltigen Kommerzialisierung dennoch Optionen für konkurrierende Sinndeutungen in einer öffentlichkeitswirksamen lokalen Geschichtsarbeit anbieten. Sie können an Vorstellungen von Stadt und Stadtgeschichte anknüpfen, die in der Braunschweiger Öffentlichkeit nach wie vor sehr präsent sind.

Aufgrund der Fassadengestaltung des Einkaufszentrums als Braunschweiger »Schloss« werden allerdings die Erinnerungsschichten des monarchischen Gebäudes als die weitaus nächstliegenden in den Vordergrund dieser neuen Geschichtskultur treten. Sofern es allerdings gelingen mag, das post-historistische Dekor der Schlossfassade seiner aus bau-

politischen Gründen intendierten Beliebigkeit zu entkleiden und die vielfältigen Traditionen des Vorgängerbaues kommunikativ in der Braunschweiger Öffentlichkeit zu reflektieren, wird auch die republikanische Erinnerungsschicht des Erinnerungsortes Braunschweiger Schloss und des Braunschweiger Schlossplatzes weitaus stärker hervortreten können, als das seit mehr als siebenzig Jahren, seit 1933, der Fall gewesen war. Von ihr ausgehend, sind auch konsensstiftende Sinndeutungen zu erwarten, welche die Identitätskonstruktionen der Braunschweiger Geschichte produktiv mit einer nach wie vor tief gespaltenen lokalen geschichtspolitischen Kultur vernetzen können und schließlich auch die lange tot geschwiegene Vergangenheit der SS-Kaderschule und des KZ-Außenlagers umfassen werden. Somit kann aus dem Verlust lange vergegenwärtigter, vergangener stadträumlicher Bezüge erneut ein kritisches Potential widerstreitender Sinndeutungen in der lokalen Öffentlichkeit einer an Geschichte und nachgelassenen Erinnerungsorten reichen europäischen Großstadt entstehen.

X. ZUSAMMENFASSUNG: »WIEDERAUFBAU« ALS IDENTITÄTSGENERATOR STÄDTISCHER KONSENSSPHÄREN DES 20. UND 21. JAHRHUNDERTS

»Wiederaufbau« als lange Kontinuitätslinie der deutschen Kommunalpolitik zwischen 1945 und 2005 bestimmte nicht nur die städtische Baupolitik, sondern auch die Sinndeutungsbezüge von Stadt. Beides wurde von den politischen und administrativen Akteuren maßgeblich beeinflusst und vielfach erst politisch implementiert, aber die Art und Weise, wie die neu gebaute Stadt von ihren Bewohnern sinnhaft angeeignet werden sollte, konnte nur indirekt von jenen vorgegeben werden. Geschichte als zentraler Bedeutungsinhalt des »Wiederaufbaus« mutierte in diesem Kommunikationsraum zum ideologisch verdächtigen Zankapfel, wenn Entscheidungsprozesse über Bauvorhaben mit Wahrzeichencharakter besonders umstritten waren. Sie wirkte in diskontinuierlicher und oft genug in nicht konsensstabilisierender Weise auf das kommunalpolitische Machtgeflecht zurück. Sinndeutungen der im Zweiten Weltkrieg ruinierten und in den anschließenden Jahren neu gebauten städtischen Umwelt und ihrer Baudenkmale entwickelten eine Eigendynamik, welche schwer kalkulierbare Traditionslasten mit sich führte und dennoch das einer besseren Zukunft zugewendete Bild neu zugeordneter Identifikationspotentiale transportierte.

Die intensiven Kontroversen um den Abriss der Ruine des ehemaligen Braunschweiger Residenzschlosses in den Jahren 1959/60 und um seinen »Wiederaufbau« als multifunktionale *shopping mall* zwischen 2002 und 2005 zeigen, in welchem Umfang sich Stadtgesellschaften als Bürgerschaften (*citizenships*) von Narrationen über die eigene Stadtgeschichte einfangen lassen können, um damit die stadträumliche Gegenwart zentraler Raumbezüge durch die Beseitigung oder den Neuaufbau von ehemals stadtbildprägenden Baudenkmalen vollständig zu verändern. Solche über Jahre und Jahrzehnte geführte Auseinandersetzungen fanden großen Widerhall in allen Stadt-Öffentlichkeiten, welche den Verlust ihrer historisch gewachsenen Innenstädte beklagten, und das bewies ihre Bindungskraft an Identitätskonstruktionen, welche aus Geschichte erwachsen oder mit dieser in enge Verbindung gebracht worden waren. Scharfe Brüche der politischen Zeitgeschichte, wie sie in Deutschland während des 20. Jahrhunderts gleich viermal sämtliche hergebrachten Bezüge vollständig in Frage stellten, hinterließen ohnehin ihre Spuren in allen Kommunen und sie wurden als spezifische Narrationen der deutschen Gesellschaft über ihre Verschränkung mit der Politik von Monarchie, Republik, NS-Diktatur und zweiter Republik, respektive zweiter Diktatur, schließlich einer vereinten Republik, weit über die kommunale Begrenztheit des eigenen Nahbereiches heraus gehoben. Sie verschmolzen mit Konstituentien eines lange wirkenden Geschichtsbildes und grenzten sich dezidiert von der Nationalgeschichtsschreibung ab. Daraus erwachsen *local master narratives*

der eigenen Traditionen und Geschichtsbezüge²⁶⁴, welche in der stadträumlichen Erfahrungswelt einen Spiegel oder ein Gegenbild gerade in jenen Relikten fanden, die aus den kriegerischen Katastrophen des Zweiten Weltkrieges und der NS-Diktatur überkommen waren, wenngleich oftmals nur noch als kümmerlicher Rest einstiger Herrlichkeit. Diese Gebäude, Ruinen und städtischen Brachflächen brachten eine spezifische, jedoch janusköpfige Realität der Sinndeutung hervor: die permanente Gerierung von festen Identitätskonstruktionen städtischer Selbstbilder, welche in wechselnden politischen Orientierungsrahmen Kontinuität in überkommenen Baudenkmalen repräsentieren sollten, oder eben die pointierte Abkehr davon, indem Kontinuität negiert und damit auch die traditionelle Architektur des Stadt-Raumes in Frage gestellt werden konnte.

In der Langzeitperspektive des bundesdeutschen »Wiederaufbaus« können die Befunde über die beiden Braunschweiger Schlossdebatten als Extremfälle städtischer Selbstverständigung über lokale Bautraditionen in der Bundesrepublik Deutschland zugeordnet werden. So exotisch die Feststellung anmuten kann, dass die Wahrnehmung des Braunschweiger Schlosses seit den 1950er Jahren primär diejenige des ehemaligen Residenzschlosses, also eines monarchischen Repräsentationsgebäudes aus der Zeit bis November 1918, gewesen ist, so nahtlos fügt sich diese Beobachtung doch in ein Resümee des gesamten »Wiederaufbau«-Geschehens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein, das in allen bundesdeutschen Städten diese länger zurückreichenden Kontinuitätslinien offenbarte.²⁶⁵ Aktives Totschweigen der NS-Vergangenheit lag im genuinen Interesse der lokalen administrativen Funktionselementen mit bildungsbürgerlichem Hintergrund, welche massiv in die nationalsozialistische Herrschaftspraxis »verstrickt« gewesen waren und vielfach gerade als deren Nutznießer in wichtigen Positionen der Stadtverwaltung oder des Denkmalschutzes überlebt hatten, während sich die Verfolgten und die Marginalisierten dieser Jahre in hohen politischen Ämtern wieder fanden, ohne diese zu konkreter Geschichtsarbeit auszunutzen. Entlastendes Beschweigen wurde als radikaler korporativer Herrschaftsmechanismus in konstanten Netzwerkbeziehungen auch und gerade in den Kommunen mit ihren vielfältigen professionellen Kontinuitätsbiographien durchgehalten und gegen jegliche aufkommenden Widerstände in der Öffentlichkeit konsequent und breitenwirksam exekutiert, obwohl die politische Elite diesem falschen Traditionsbestand fehlgeleiteter Loyalitätsmuster konsequent hätte entgegen treten können.²⁶⁶

Dass die prominenten Lokalpolitiker aus dem sozialdemokratischen und dem kommunistischen Politikspektrum davon abrückten, weil sie als die ersten geschundenen Opfer der Nazi-Barbarei ein sektorales kollektives Gedächtnis der Erfahrung von Verfolgung und des Bewusstseins von Widerstand wahrten, war nach Lage der Dinge zu erwarten, aber es trat dennoch nicht in breitem Umfang ein. Bedrückende Erfahrungen der Angleichung und des verschwiegenen Anders-Seins in der »longue durée der (Volks-)Gemeinschaftsidee«²⁶⁷, welche noch in der frühen Bundesrepublik zur »Konsensgemeinschaft« zwang, limitierten die biografischen Selbstbestimmungspotentiale im kollektiven Gedächtnis der lokalen citizenships. Genuines Opfer der NS-Barbarei gewesen zu sein, wurde nicht, wie in der DDR unter den Vorzeichen der stalinistischen und post-stalinistischen Diktatur, zur Stabilisierung eines in der Bundesrepublik demokratischen Herrschaftsme-

264 Vgl. von Saldern, »Sinfonie«, S. 409–459, hier: S. 442.

265 Vgl. Koshar, *Germany's Transient Pasts*, S. 226.

266 Vgl. ebd.; Adelheid von Saldern, *Symbolische Stadtpolitik – Stadtpolitik der Symbole. Repräsentationen in drei politischen Systemen*, in: *dies.*, *Inszenierter Stolz*, S. 29–80, hier: S. 42, sowie Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001, S. 109–113.

267 von Saldern, »Sinfonie«, S.453 f., hier: S. 453, das folgende S. 454.

chanismus instrumentalisiert, auch wenn diese Prädispositionen in der Öffentlichkeit bekannt waren.²⁶⁸

Schon daraus resultierten widersprüchliche Koordinaten einer im Entstehen begriffenen bundesrepublikanischen Neudefinition von anti-autokratischer Stadtbürgerlichkeit, von »moderner« Stadtgeschichte und von den »guten« städtischen Traditionslinien der Kommunen im 20. Jahrhundert. In diesem Kräftefeld von Sinndeutungen, die über fest gefügte Identitätskonstruktionen vermittelt und vervielfacht kommuniziert und in der Presseberichterstattung medialisiert wurden, nahm das kriegszerstörte Baudenkmal Braunschweiger Schloss eine katalytische, aber nicht eine konsensstiftende Funktion ein. Denn als höchst umstrittener Entscheidungsgenerator des »Wiederaufbaus« bewirkte es einen lang anhaltenden Prozess konfrontativer Selbstverständigung in divergenten politischen Milieus, nicht den parteiübergreifenden Konsens. Aufgrund seiner höchst umstrittenen geschichtspolitischen Sinndeutung konnte ein »Wiederaufbau« des ruinösen Baudenkmales innerhalb einer erst langsam konsensfähiger werdenden lokalen politischen Kultur in den 1950er Jahren noch nicht realisiert werden. In den 2000er Jahre wirkte sein brachial durchgesetzter Fassadenneubau als multifunktionale *shopping mall* dann ebenfalls Konsens zerstörend, weil sein überdimensionaler und Flächen verzehrender Neubau die zur Tradition gewordene städtebauliche Lage des innerstädtischen Schlossparks vollständig zerstörte.

In beiden Konfliktfällen dominierten jedoch nicht die Effekte der zeitgenössisch mehrheitlich verbreiteten Sinndeutungen eines historischen Gebäudes und seiner städtebaulichen Lage den politischen Entscheidungsprozess, sondern allein politische Richtungsentscheidungen. Eine innerstädtische Diskussion um den »Wiederaufbau« hätte sonst in den 1950er Jahren, trotz aller Vorbehalte gegen die nationalsozialistische Fremdnutzung als SS-Kaderschule, seinen Erhalt unbedingt ermöglicht, weil die Braunschweiger Öffentlichkeit eine Abwägung kritischer Bedeutungsinhalte zugunsten eines neu konfigurierten Erhalts des Gebäudes als multifunktionale Stadthalle unterstützte. Aber in den 2000er Jahren hätte das Geschichtsbewusstsein in der Braunschweiger Bevölkerung, trotz aller propagandistischer Lobbyanstrengungen der kommerziellen Interessenten und des mit ihnen verbündeten Oberbürgermeisters, den Neubau des an seiner Stelle errichteten Einkaufszentrums keineswegs legitimieren können, weil dieser die neu entstandenen Sinndeutungen eines republikanischen Begegnungsraumes unwiderruflich zerstörte.

Kommunalpolitik und Geschichtsdeutung fielen in beiden Fällen weit auseinander. Während erstere unter traditionellen parteipolitischen Ausgangsbedingungen eine Konfrontation des bürgerlich-(national-)konservativen Parteienspektrums mit dem sozialdemokratischen in der Schlossfrage perpetuierte und nach der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit im Stadtrat divergent entschied, wurde die Geschichtsarbeit davon abgekoppelt und nach Bedarf als konkrete Geschichtspolitik zugunsten der jeweils dominierenden politischen Richtung instrumentalisiert. Und in diesem Prozess der lokalen Entscheidungsbildung nahm die Geschichte der früheren Erinnerungsorte Schloss und Schlossruine eine unselbstständige, lediglich dienende Funktion als Argumentationspool für flexible politische Interessenlagen ein.

Ursache dessen war die geschichtskulturelle Überwölbung der Schlossruine durch instrumentelle Politikstrategien, von denen die nachhaltige Diskreditierung von Revolution und Erster Republik im kollektiven Gedächtnis durch die äußerst wirkungsvoll inszenierte Terrormaschinerie der Nazis auf dem Schlossplatz zwischen 1931 und 1933 die nach-

268 Diese politischen und identitätsprägenden Begrenzungen führten schon bald zu neuerlichen Verfolgungen des kommunistischen Parteiapparates, selbst aus den Reihen der früher bereits tätigen Beamten, die sich selbst als Teil eines autokratischen Ordnungsregimes definierten. Inwieweit die Verfolgungsmaßnahmen im Umfeld des KPD-Verbotes 1956 auf die kommunale Ebene durchschlugen, ist bislang nicht erforscht.

haltigste Wirkung erzielte. Insbesondere die Ausblendung aller republikanischen Traditionsstränge aus dem kollektiven Gedächtnis der (Stadt-)Bevölkerung wurde, das konnte in der nationalsozialistischen Umcodierung der republikanischen Erinnerungsorte Schloss und Schlossplatz in paradigmatischer Weise gezeigt werden, als zentrales Herrschaftselement zur ideologischen Legitimierung der nationalsozialistischen Machtausübung in Braunschweig inszeniert. Diese elementare Geschichtspolitik mittels stadträumlicher Identitätsgeneratoren fand ihren Höhepunkt in der Einrichtung der SS-Kaderschule im Schlossgebäude, die ihrerseits stilbildend auf die in Braunschweig besonders stark verbreitete »moderne« NS-Herrschaftsarchitektur, insbesondere der »Jugendführerschule«, zurückwirkte, damit erneut massiv in die lokale Öffentlichkeit ausstrahlte und die Wahrnehmung des früheren Multifunktionsgebäudes »Schloss« vollständig veränderte.

Damit nahm die Stadt Braunschweig eine Vorreiterrolle in der architektonischen Neubestimmung von diktatorischen Herrschaftsbezügen in der deutschen Großstadt des Nazi-Faschismus ein, und das Braunschweiger Schloss spielte darin die Rolle eines Transformators fest gefügter, repräsentativer Identitätskonstruktionen. Unter Negierung seiner republikanischen Erinnerungsschichten erstreckten sie sich eindeutig in Richtung auf die nationalsozialistische Herrschaftsikonografie. Auslassungen und »Überschreibungen« solcher diktaturstabilisierender, propagandistischer Performanz strahlten nachhaltig aus, selbst noch in die Nachfolgegesellschaften der Bundesrepublik und der DDR hinein.²⁶⁹

Dass es diese Erinnerungslücke an die Geschichte des Braunschweiger Schlosses während der Weimarer Republik war, welche auf Seiten des sozialdemokratischen Parteienspektrums die Entscheidung zu Lasten seines »Wiederaufbaus« bestimmte, konnte anhand der zeitgenössischen Aneignung seiner Identitätskonstruktionen in den 1950er Jahren und aus der Ex-post-Perspektive der Zeitzeugen dargestellt werden. Es überwölbten die Erinnerungsschichten an den Nationalsozialismus, die jedoch einem kollektiven Beschweigen anheim gefallen waren und deshalb keine kommunikative Transparenz entfalten konnten. Infolgedessen traten nicht sie, sondern die monarchischen Erinnerungsschichten des Gebäudes in den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen. Aber die herzoglichen Erinnerungen an den lieux de mémoire »Schloss« waren gleichwohl äußerst unscharf konturiert und zudem höchst widersprüchlich rezipiert worden. Aus Gründen seiner vor November 1918 weithin verborgenen Nutzung als Regierungs- und Wohngebäude bot das Schloss gerade für diese länger zurückliegende Erinnerungsschicht verhältnismäßig wenige konkrete Anknüpfungspunkte, die zudem eindeutig politisch und, je nach politischem Standpunkt, oftmals dezidiert positiv konnotiert waren.

In dieser Situation bot die körperliche und repräsentative Präsenz »der Herzogin« in der Stadt Braunschweig seit Februar 1953 einen konkreten Ansatzpunkt für eine Orientierung an den changierenden Sinndeutungen der Schlossruine. Aber die Chance dafür wurde nicht genutzt, weil diese charismatische Person durch familiäre Konflikte einerseits für eine dezidiert post-monarchische Vereinnahmung des Gebäudes zu geschwächt war und andererseits als erfolgreiche Identitätsgeneratorin auf ganz anderen Feldern der städtischen und landespolitischen Sinndeutung aktiv war. Ihre eigene, die persönliche Schlosserfahrung als ehemalige Hausherrin spielte in diesem Kontext keine Rolle, weil sie aus unterschiedlichen Gründen in der Öffentlichkeit nicht kommuniziert werden konnte. Eine Opposition zum republikanischen Deutungsfeld wurde gemutmaßt und fälschlich so auch publizistisch dargestellt, aber sie trat tatsächlich nicht ein, weil »die Herzogin« bereits längst ihren Frieden mit der Bundesrepublik und damit auch mit der Weimarer Republik geschlossen hatte. Von dieser hochadeligen Dame, Viktoria Luise von Braunschweig-Lüneburg, allerdings zu erwarten, dass sie als charismatische Selbst-Managerin ihres eigenen post-monarchischen Ego die Grenzüberschreitung zur »Heilung« eines republikani-

269 Vgl. von Saldern, »Sinfonie«, S. 441, sowie Koshar, *Germany's Transient Pasts*, S. 264.

schen Erinnerungsortes in der Braunschweiger Geschichtspolitik selbst initiierte, wäre zuviel des Zumutbaren und des Machbaren gewesen. Da sie im Ergebnis der Revolution »ihr Haus« zwangsweise hatte verlassen müssen, weil damit ein unerlässlicher Akt republikanischer Inbesitznahme des öffentlichen Raumes verbunden war, spielte noch in den 1950er Jahren eine große Rolle im kollektiven Gedächtnis und beschnitt ihren Handlungsspielraum. Jedoch spricht viel dafür, dass sie für genau diese Operation jederzeit zur Verfügung gestanden hätte, für die Entlastung von Geschichte durch eine kommunikative Selbstverständigung über ihre widersprüchlichen Ereignisabfolgen, hätte das sozialdemokratisch-republikanische Anti-Schloss-Lager diesen Bringedienst nur von ihr eingefordert.

Trotz gleicher Begegnungsräume und einer hohen landesgeschichtlich begründeten Basisloyalität zur öffentlichen Person »Herzogin« wurde dieser Spagat von der Braunschweiger Sozialdemokratie und an ihrer Spitze von den SPD-Oberbürgermeistern Benne- mann, Fuchs und später Liess jedoch nicht erbracht. Die Braunschweigische SPD gestaltete die Auseinandersetzungen in der ersten Schlossdebatte als einen verdeckt geführten Glaubenskrieg um basale republikanische Loyalitäten und wollte aus diesen die stadträumliche Wirkung der Schlossruine brachial ausgrenzen. Im stadträumlichen Konzept der selektiven Geschichtsaneignung durch verstreute »Traditionsinseln«²⁷⁰, das erstmals in Braunschweig realisiert worden war, wird schon früh das postmoderne geschichtspolitische Programm einer beliebigen Auswahl von stadträumlichen Traditionsbezügen erahnbar, das erst Jahrzehnte später, seit den 1970er Jahren, in allen »Wiederaufbau«-Städten reüssierte. In Braunschweig sollte es schließlich auch den Fassadenneubau der *shopping mall* »Schloss-Arkaden« des frühen 21. Jahrhunderts legitimieren.

Die selektive Geschichtspolitik der maßgeblichen politischen Akteure der Stadt Braunschweig in den 1950er Jahren war vor dem Hintergrund schwerster leidvoller Verfolgungserfahrungen dezidiert negativ besetzt. Aus diesem Grund richtete sie sich ganz konkret auch gegen solche kriegszerstörten Baudenkmale, welche die republikanischen Sinn- deutungen der Zeitgenossen unmittelbar beeinträchtigten. Es war nicht die Befürchtung vor einer NS-Renaissance, die mit einem Abriss der als SS-Kaderschule diskreditierten Schlossruine abgewehrt werden sollte, sondern es war die aktive, radikale Geschichtspolitik einer modernen Volkspartei, deren städtebauliches Konzept in den »Wiederaufbau«-Jahrzehnten der 1950er und 1960er Jahre Fortschritt auch durch den gezielten architektonischen Kahlschlag erreichen wollte.²⁷¹ Mit der völligen Neukonturierung des Schloss-

270 Koshar spricht in diesem Zusammenhang von »archipelagoes of memory in a sea of ruins«. Vgl. *ders.*, *Germany's Transient Pasts*, S. 211. Hinter dem Konzept der »Traditionsinseln« standen in vielen bundesdeutschen »Wiederaufbau«-Städten traditionelle Vorstellungen von Hochkultur als Inseln, die gegen die zunehmende Kommerzialisierung aufgebaut und verteidigt werden müssten. Ebd., S. 212.

271 So wurde in Verfolg der seit 1938 durch einen Vertrag mit der Reichsbahn konkret gewordenen Planungen für einen südlich der Innenstadt gelegenen neuen Zentralbahnhof großflächig abgerissen: Im »neuen Bahnhofsviertel« und entlang dessen neuer Zubringer-Magistrale in die Innenstadt wurden zahlreiche Wohngebäude samt einer Volksschule aus der Bebauung des 19. Jahrhunderts devastiert. Vgl. eine Luftbildfotografie mit entsprechender schematischer Markierung der Abrissgebiete sowie die nur teilweise verwirklichte Neubebauung entlang der überdimensionierten neuen Erschließungsstraße in: Braunschweig. 12 Jahre Aufbau, S. 110 f. Entlang dieser neuen Kurt-Schumacher-Straße entstanden später vier Wohnhochhäuser in einer uniformen braunen Waschbetonummantelung, die mit ihrem ästhetisch eher anspruchslosen Design mehr an den Städtebau sozialistischer Neuaufbaustädte erinnern als an Traditionen des europäischen Städtebaus der Vorkriegszeit. Eine Abbildung des neuen Bahnhofsgebäudes in: Braunschweig. Portrait einer Stadt, S. 98. Vgl. ausführlich die entsprechende Stadtmonographie über das »neue Bahnhofsviertel«: Hauptbahnhof Braunschweig 1960, hrsg. v. der Bundesbahndirektion Hannover, der Stadt Braunschweig, der Oberpostdirektion Braunschweig und der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Braunschweig 1960, hier Karten nach S. 56.

platzes wollte sie Geschichte »entsorgen« und gleichzeitig ein stadträumliches Sinnbild der einseitig stadtbürgerlich geprägten, mittelalterlichen Stadt erschaffen, wie es in den »Traditionsinseln« bewusst konserviert werden sollte.²⁷² Erst dadurch, und nicht vermittelt einer analytischen Diskursivität konkreter Geschichtsarbeit über die politisch umstrittenen Erinnerungsorte der Stadtbürgerschaft, sollten der Nationalsozialismus und seine reaktionäre Geschichtspolitik aus dem kollektiven Gedächtnis der Braunschweiger entfernt werden können.

In der Kontroverse über diese zielgerichtete stadträumliche Ausgrenzungsstrategie von störenden Elementen einer zutiefst abgelehnten Braunschweigischen Geschichtlichkeit zerbrach ein bis 1959 noch vorhandener »Wiederaufbau«-Konsens in der Braunschweigischen Bürgerschaft. Er machte einem aus ideologischen und erfahrungsgeschichtlichen Gründen dichotomisch angelegten Dauerkonflikt über die Brachiallösung des Schlossabbrisses Platz. Diese diskursive Neurose konnte nicht mehr produktiv kommuniziert werden, sondern sie mündete in hoch emotionalisierte Schuldzuweisungen und Negativ-Stereotypisierungen politischer Gegner ein, insbesondere jener aus der SPD, die für einen Verlust haftbar gemacht werden sollten, der für sie einen Gewinn dargestellt hatte.

Obwohl das materiale stadträumliche Konfliktfeld, das Gelände der im Frühsommer 1960 abgerissenen Schlossruine, durch die Anlage eines neuen Schlossparks für annähernd vier Jahrzehnte still gelegt zu sein schien, profilierten die Abrissgegner im Laufe der 1980er und 1990er Jahre diverse publikumswirksame Initiativen, um eine Wiederauflage der Schlossdebatte zu erreichen. Dies geschah konzeptionell zwar im Nachgang der architektonischen Postmoderne, institutionell aber im Rahmen bildungsbürgerlicher Traditionen, die als fest in den bürgerlich-liberalen Parteien verankert dargestellt wurden, weil sie ein unscharf konturiertes, regionalpolitisch instrumentalisiertes und oft hypertroph inszeniertes lokalpatriotisches »Braunschweig«-Bewusstsein mobilisierten. Zur Erfolg versprechenden politischen Strategie gerann diese Persistenz oppositioneller Anti-Abriss-Strömungen jedoch erst nach dem erneuten Regierungswechsel zu einem jetzt hauptamtlich regierenden CDU-Oberbürgermeister im Jahre 2001, weil dieser persönlich als ein entschiedener Parteigänger eines Schlossbauvorhabens auftrat.

Gleichzeitig erhielt dieser entscheidende Akteur des späten Schloss-»Wiederaufbaus« durch das massive Investorenangebot für eine fremd finanzierte Totalbebauung des gesamten Schlossparkgeländes ein probates Instrument an die Hand, um seine Neubauplanung in der Öffentlichkeit breitenwirksam und als ergebnisorientierte Lösung lastender Problemkonstellationen zu propagieren. Hierbei konnte mit der vorgeblichen Identifikation von »Wiederaufbau« des Schlosses und dem Neubau einer *shopping mall* ein letztlich erfolgreiches Täuschungsmanöver inszeniert werden, um den nachhaltigen Widerstand gegen die Bebauung des innerstädtischen Schlossparks zu überwinden. Geschichtspolitik mutierte in dieser zweiten Schlossdebatte zum ahistorischen städtebaulichen Geschmacksurteil über die Fassadengestaltung eines Einkaufszentrums, indem jegliche identifikatorischen Bezüge zu den früheren Erinnerungsorten Schloss und Schlossplatz sowie zu dem an ihre Stelle getretenen neuen urbanen Begegnungsraum Schlosspark ausgelöscht wurden. Erst in der Realisierungsphase dieses Neubaus, der auf der Niederlage eines breit verankerten gegnerischen Anti-Neubau-Lagers basierte, konnten im Nachgang vorsichtig initiierte, nachträglicher Konsensstrategien kulturelle Nutzungen in das Einkaufszentrum integriert werden. Und erst diese stießen schließlich auch das Tor zur ursprünglich keineswegs beabsichtigten Geschichtsarbeit auf. Indem sie Räume innerhalb der Fassadenfront des neuen Multifunktionsgebäudes sowohl für das Braunschweiger Stadtarchiv als auch für ein neues Schlossmuseum schufen, stellten sie erstmals nach langen Jahrzehnten der

272 Zur Präferenz des »Wiederaufbaus« von kriegszerstörten Baudenkmalen aus länger zurück liegenden Epochen, insbesondere des Mittelalters, vgl. *Koshar, Germany's Transient Pasts*, S. 247–254.

Geschichtsabstinentz konkrete Anknüpfungspunkte an eine erneuerte republikanische Multifunktionalität des »Schlosses« her, wie sie unter ähnlichen Vorzeichen, aber unter völlig anderen architektonischen Bedingungen bereits in den 1920er Jahren kongenial realisiert worden waren.

Im Resümee dieser im gesamten 20. und im frühen 21. Jahrhundert geschichtspolitisch äußerst diskontinuierlichen, städtebaulich jedoch sehr flexiblen »Wiederaufbau«-Geschichte eines spätklassizistischen Baudenkmals von kunstgeschichtlich großer, aber von historisch noch weitaus größerer Bedeutung kann einerseits auf die nationalgeschichtlich einmalige Verkettung von gegeneinander gerichteten Identitätskonstruktionen an den Mauern eines Gebäudes verwiesen werden, welche sein Schicksal in geradezu paradigmatischer Weise diskontinuierlich in mehrfacher Umnutzung, Teilerstörung, vollständigem Abriss und anempfundem Teil-»Wiederaufbau« prägten. Nur wenige andere repräsentative Gebäude in Deutschland und in Europa können auf eine vergleichbar umstrittene Baugeschichte verweisen und erlangten im lokalen oder auch im nationalgeschichtlichen Kontext eine ähnlich kontroverse Präsenz in der Öffentlichkeit. Andererseits zeigt gerade die politische Überfrachtung des Braunschweiger Schlosses zwischen 1913 und 2005 den prominenten Stellenwert geschichtskultureller Bezüge an historischen Baudenkmalen auf, welche in unterschiedlicher Brechung in zahlreichen vergleichbaren Fällen ähnliche Strategien der Wiederaneignung von Geschichte zunächst durch den Diskurs und dann auch durch die Praxis des »Wiederaufbaus« ermöglichten.